

14. Sitzung (Fortsetzung)

Potsdam, Donnerstag, 19. Mai 2005

Inhalt

	Seite		Seite
Mitteilungen des Präsidenten	878	Minister für Ländliche Entwicklung, Umwelt und Verbraucherschutz Dr. Woidke.....	896
Fortsetzung der 2. Lesung des Gesetzes über die Feststellung des Haushaltsplanes des Landes Brandenburg für die Haushaltsjahre 2005 und 2006 (Haushaltsgesetz 2005/2006 - HG 2005/2006)		Frau Lieske (SPD).....	899
Einzelplan 08 - Ministerium für Wirtschaft		Frau Adolph (PDS).....	900
Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Haushalt und Finanzen		Dombrowski (CDU).....	901
Drucksache 4/1108.....	878	Minister Dr. Woidke.....	902
Frau Hesselbarth (DVU).....	878	Einzelplan 11 - Ministerium für Infrastruktur und Raumordnung	
Müller (SPD).....	880	Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Haushalt und Finanzen	
Christoffers (PDS).....	882	Drucksache 4/1111.....	903
Karney (CDU).....	884	Frau Tack (PDS).....	903
Minister für Wirtschaft Junghanns.....	886	Frau Gregor (SPD).....	906
Homeyer (CDU).....	888	Frau Hesselbarth (DVU).....	908
Einzelplan 10 - Ministerium für Ländliche Entwicklung, Umwelt und Verbraucherschutz		Schrey (CDU).....	909
Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Haushalt und Finanzen		Minister für Infrastruktur und Raumordnung Szymanski.....	910
Drucksache 4/1110.....	890	Einzelplan 12 - Ministerium der Finanzen	
Frau Lieske (SPD).....	891	Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Haushalt und Finanzen	
Frau Wehlan (PDS).....	891	Drucksache 4/1112	
Helm (CDU).....	893	Einzelplan 15 - Hochbaumaßnahmen	
Schulze (DVU).....	894	Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Haushalt und Finanzen	
Persönliche Erklärung des Abgeordneten Christoffers (PDS).....	896	Drucksache 4/1115	

	Seite		Seite
Einzelplan 20 - Allgemeine Finanzverwaltung		3. Die demografische Entwicklung und ihre Auswirkungen auf die Lebensbereiche der Menschen in Brandenburg sowie ihre Folgen für die politischen Handlungsfelder	
Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Haushalt und Finanzen		Große Anfrage 1 der Fraktion der DVU	
Drucksache 4/1120		Drucksache 4/491	
Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplanes des Landes Brandenburg für die Haushaltsjahre 2005 und 2006 (Haushaltsgesetz 2005/2006 - HG 2005/2006)		Antwort der Landesregierung	
Gesetzentwurf der Landesregierung		Drucksache 4/1056.	927
Drucksache 4/620		Frau Fechner (DVU).	927
<u>2. Lesung</u>		Schulze (SPD)	928
Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Haushalt und Finanzen		Heinze (PDS)	930
Drucksache 4/1100		Frau Fechner (DVU).	931
Gesetz zur Beseitigung des strukturellen Ungleichgewichts im Haushalt (Haushaltsstrukturgesetz 2005 - HStrG 2005)		4. Weiterführung der Funktionalreform	
Gesetzentwurf der Landesregierung		Antrag der Fraktion der PDS	
Drucksache 4/621		Drucksache 4/1075.	931
<u>2. Lesung</u>		Frau Mächtig (PDS).	931
Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Haushalt und Finanzen		Bochow (SPD)	933
Drucksache 4/1122		Claus (DVU).	934
und		Petke (CDU).	934
Finanzplan des Landes Brandenburg für die Jahre 2004 bis 2008		Minister des Innern Schönbohm	935
Unterrichtung durch die Landesregierung		Frau Mächtig (PDS).	936
Drucksache 4/670		5. Sicherung der „Landesschule und Technische Einrichtung für Brand- und Katastrophenschutz (LSTE)“ ohne weitere finanzielle Belastung der Kommunen	
Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Haushalt und Finanzen		Antrag der Fraktion der PDS	
Drucksache 4/1121.	914	Drucksache 4/1125.	936
Frau Funck (CDU)	914	Dr. Scharfenberg (PDS)	936
Theel (PDS)	915	Schippel (SPD).	938
Bischoff (SPD)	917	Claus (DVU).	938
Frau Hesselbarth (DVU).	919	Petke (CDU).	939
Minister der Finanzen Speer.	922	Minister des Innern Schönbohm	940
		Dr. Scharfenberg (PDS)	940
		6. Tourismuskonzeption für das Land Brandenburg	
		Antrag der Fraktion der SPD der Fraktion der CDU	
		Drucksache 4/1126.	941
		Karney (CDU)	941
		Domres (PDS)	942

	Seite		Seite
Frau Hackenschmidt (SPD)	943	Anlagen	
Frau Hesselbarth (DVU).	944	Gefasste Beschlüsse	947
Minister für Wirtschaft Junghanns	945	Ergebnisse der namentlichen Abstimmungen zu Tages- ordnungspunkt 2 - Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplanes des Landes Brandenburg für die Haushaltsjahre 2005 und 2006 (Haushaltsgesetz 2005/2006 - HG 2005/2006)	
7. Wahl der Landesbeauftragten für den Daten- schutz und für das Recht auf Akteneinsicht		- Einzelplan 12 - Änderungsantrag der Fraktion der PDS, Drucksache 4/1172	947
Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Inneres		- Gesetz zur Beseitigung des strukturellen Ungleichge- wichts im Haushalt (Haushaltsstrukturgesetz 2005 - HStrG 2005)	948
Drucksache 4/1097.	946	Alle mit einem * gekennzeichneten Redebeiträge sind vom Redner nicht überprüft (lt. § 95 der Geschäftsordnung).	

Fortsetzung der Sitzung: 9.01 Uhr**Präsident Fritsch:**

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben gestern die 14. Sitzung unterbrochen und setzen sie heute mit der weiteren Behandlung des Tagesordnungspunktes 2 fort:

Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplanes des Landes Brandenburg für die Haushaltsjahre 2005 und 2006 (Haushaltsgesetz 2005/2006 - HG 2005/2006)

Ich rufe auf:

Einzelplan 08 - Ministerium für Wirtschaft

Beschlussempfehlung und Bericht
des Ausschusses für Haushalt und Finanzen

Drucksache 4/1108

Der Haushaltsplan des Wirtschaftsministeriums ist einer der wichtigen und verdient Ihre volle Aufmerksamkeit, die Sie am besten im Sitzen zum Ausdruck bringen können.

Ich erteile das Wort an die DVU-Fraktion. Es spricht die Abgeordnete Hesselbarth.

Frau Hesselbarth (DVU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Friede, Freude, Eierkuchen! Leider ist Frau Schulz, für deren Ohren das bestimmt war, heute nicht hier. Sie hat sich ja gestern darüber aufgeregt, dass die DVU-Fraktion in der Haushaltsdebatte über Katastrophen und Desaster spricht. Aber Friede, Freude, Eierkuchen, verehrte Damen und Herren, das ist nicht unser Part, sondern Ihr Part. Deshalb bleibt es dabei: Auch der Einzelplan 08 ist eine Katastrophe.

(Beifall bei der DVU)

Anders, Herr Wirtschaftsministers Junghanns und meine Damen und Herren auf der Regierungsbank, kann man Ihre Wirtschaftspolitik oder das, was Sie so nennen, wahrlich nicht bezeichnen.

Daher möchte ich, bevor ich zu den Zahlen des Einzelplans 08 sowie zu unseren Änderungsanträgen komme, auf die derzeitige Wirtschaftssituation in Brandenburg eingehen. Brandenburg bleibt ein Bundesland mit geringer wirtschaftlicher Dynamik. Im Vergleich zum Vorjahr ist das Land laut einer Studie der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft von Platz 13 auf Platz 14 abgerutscht. Es liegt damit vor Berlin an vorletzter Stelle im Bundesvergleich.

Wegen der Fehlentscheidung der Landesregierung, insbesondere von Ihnen selbst, Herr Ministerpräsident, und Ihrer damaligen Finanzministerin, Frau Ziegler, verliert Brandenburg aller Voraussicht nach in Zukunft rund 350 Millionen Euro an EU-Förderung. Denn Sie haben es zu verantworten, dass Brandenburg in einen angeblich armen Nordosten und einen angeblich reichen Südwesten aufgeteilt wurde, obwohl gerade in diesem Südwesten extrem strukturschwache Gebiete liegen.

Ohne Zweiteilung - so erklärten Sie damals - würde ganz Brandenburg ab 2006 die Höchstförderung verlieren. Inzwischen hat sich aber klar und deutlich herausgestellt, dass ohne künstliche Zweiteilung das gesamte Land weiter die maximale EU-Förderung als so genanntes Ziel-1-Gebiet bekommen würde, die durch Ihre voreilige Entscheidung jetzt nur für den Norden gesichert ist.

Jetzt kommen Sie, Herr Lunacek, der das Ganze damals unter anderem als Mitglied des Finanzausschusses stillschweigend mitgetragen hat. Sie erklären jetzt - natürlich zu Recht -, die damalige Entscheidung sei ein Fehler gewesen, da hier keine konkreten Daten zugrunde lagen, und daher müsse man jetzt quasi einen Canossagang nach Brüssel antreten und bei der EU-Kommission um eine Ausnahmeregelung betteln.

Wie verlogen, meine Damen und Herren von der CDU! Hätten Sie doch damals als Koalitionspartner die Fehlentscheidung des Ministerpräsidenten verhindern können, statt heute „Haltet den Dieb!“ zu rufen.

In der Folge drohen den betroffenen Regionen weniger Fördermittel und geringere Fördersätze. So ist im Gespräch, in der Übergangszeit zunächst noch 85 % zu zahlen, die dann auf 60 % absinken.

Bedenkt man dann noch, dass in den Haushaltsjahren 2000 bis 2004 von 1,2 Milliarden Euro gerade einmal 871 Millionen Euro abgeflossen sind, während die Wahnsinnssumme von 340 Millionen Euro zugesagter und genehmigter Fördermittel mangels Kofinanzierung voraussichtlich wieder nach Brüssel zurückfließt, kann man erkennen, welche Wirtschaftsvernichtungspolitik seitens dieser Landesregierung in Wahrheit betrieben wird.

Nun soll ausgehend von Herrn Platzecks Katastrophenleitbild der Förderdschungel für Unternehmen und Investoren gelichtet werden. Es soll nur noch zwei Fördersätze für Unternehmen geben: eine Basisförderung im ganzen Land und eine spezielle Höchstförderung.

Um in deren Genuss zu kommen, müssen mittelständische Firmen, die investieren, in einer der 16 so genannten Wachstumsbranchen wie Luftfahrttechnik, Medien, Automobilindustrie, Biotechnologie, Optik oder Kunststoff tätig sein. Die große Masse der mittelständischen Firmen unseres Landes, insbesondere die wirtschaftlich gebeutelte Baubranche, fällt selbstverständlich nicht darunter.

Darüber hinaus müssen selbst Firmen in diesen so genannten Wachstumsbranchen in den so genannten Branchenorten Brandenburgs investieren; anders ausgedrückt, im so genannten Berliner Speckgürtel, beispielsweise in Ludwigsfelde, um nur einen Ort zu nennen.

Will dagegen ein Unternehmen in der Prignitz oder im größten Teil der Lausitz oder der Uckermark investieren, dann heißt das fördertechnisch „keine Chance“.

Wahrhaftig, Herr Ministerpräsident und Herr Minister Junghanns, ein wirtschaftsstrukturpolitisches Meisterwerk!

Wie sieht die Lage der mittelständischen Firmen Brandenburgs derzeit aus? - Der Hauptgeschäftsführer der für ganz Westbran-

denburg zuständigen Potsdamer Handwerkskammer, Herr Wolfgang König, drückte es kürzlich so aus:

„Das Konzept geht an uns vorbei. Gefördert werden nur innovative Investitionen. Die findet man in unseren kleinen Betrieben wenig. Die Kammer fordert stattdessen, einen Schwerpunkt auf Ersatzinvestitionen, also etwa auf neue Werkzeuge, zu legen. Zudem können verschiedene vorhandene Fördertöpfe in den Ressorts der Landesregierung für einen großen Wurf zusammengefasst werden.“

„Die Politik muss sich mehr für Arbeit interessieren und sie in der Region zur Verfügung stellen“, sagte daher auch Potsdams Kammerpräsident Klaus Windeck. Denn Arbeit, das heißt Aufträgen, sieht man in den rund 15 400 Betrieben mit etwa 65 000 Beschäftigten im Kammerbezirk derzeit besonders interessiert entgegen.

Herr Windeck weiter:

„Die Stimmung hat sich drastisch verschlechtert.“

Dies ging aus der am 12. Mai vorgelegten Frühjahrskonjunkturumfrage unter 2 500 Brandenburger Unternehmen hervor. Nur noch jeder zehnte der etwa 500 Betriebe, die geantwortet haben, sprach von einer guten Geschäftslage; 59 % sprachen von einer schlechten Geschäftslage. Im Herbst 2004 hatten nur 36 % ihre Situation negativ beurteilt. Fast zwei Drittel der Betriebe klagen nun über Auftragseinbußen, 67 % über Umsatzrückgänge.

Besonders düster sieht es etwa beim Gesundheitsgewerbe aus, zum Beispiel bei Zahntechnikern oder Augenoptikern. Hier sehen sich laut Umfrage neun von zehn Unternehmen tief im Keller. Dazu Kammerpräsident Windeck wörtlich:

„Da hat die Gesundheitsreform zugeschlagen.“

Die miese Situation schlägt sich natürlich auch auf die Beschäftigungszahlen nieder. Allein in den ersten beiden Monaten dieses Jahres sind im Brandenburger Handwerk 7 % des Personals abgebaut worden. Jeder vierte Betrieb reduzierte seine Belegschaft.

Ähnliches gilt für Investitionen. Mehr als drei Viertel der Firmen haben seit einem Jahr oder länger nicht mehr investiert. Dabei verzeichnet das Handwerk einen Gründerboom. Glaubt man der Kammer, ist er aber auch ein Teil des Problems. Allein in den ersten drei Monaten des Jahres wurden demnach 504 Betriebe neu eingetragen; ein Viertel davon waren Ich-AGs. Ihre Zahl beträgt nun 1 300. Meist üben sie Berufe aus, bei denen seit In-Kraft-Treten der neuen Handwerksordnung vor 17 Monaten kein Meisterbrief mehr nötig ist, wie etwa bei Fliesenlegern. Deren Zahl stieg von 225 Ende 2003 auf 897. Die Kammer sieht in dieser Entwicklung eine - so wörtlich - „Dequalifizierungsspirale“ mit Minifirmen, die ansässigen Handwerkern mit Preisdumping zusätzlich das Leben schwer machen. Insbesondere in der strukturschwachen Lausitz fürchten die Handwerksbetriebe um ihren Ruf und um ihre Existenz, denn mit der Lockerung des Meisterzwangs und mit den von Ihnen als staatlich subventionierte Schwarzarbeiter abgestempelten Ich-AGs ist ihnen eine bislang ungeahnte Konkurrenz erwachsen. So wuchs im Kammerbezirk Cottbus beispielsweise die Zahl der Fliesenleger seit Anfang 2004 von 135 auf 337 Betriebe. Das bedeutet ein Plus von 150 %.

Zur Fördermisere und zum Preisdumping kommt insbesondere in den Ostbrandenburger Regionen auch noch die EU-Osterweiterung mit den damit verbundenen Risiken. Während die multinationalen Großkonzerne und die Wirtschaftsinstitute einen sprunghaft gestiegenen Handel mit den neuen EU-Mitgliedern verzeichnen und auch in den Beitrittsländern eine positive Bilanz gezogen wird, ist die Skepsis in den Brandenburger Grenzregionen inzwischen noch größer geworden. Die meisten dortigen Firmen klagen über die größer gewordene Konkurrenz. Als KMUs sind sie zu schwach, um selbst über die Grenze hinaus zu agieren.

Auch die Nichtunternehmer verhalten sich widersprüchlich. Als Verbraucher nutzen sie die billigeren Angebote aus dem Osten, als Arbeitnehmer dagegen fürchten sie um ihre Jobs. Es stellt sich also die Frage, weshalb Brandenburg weder von der Dynamik westlicher Unternehmen noch vom Elan bei den östlichen Nachbarn profitiert. Die Antwort darauf ist simpel: Bei den politisch Verantwortlichen fehlt einfach der Mut; vor allem aber fehlen Konzepte, um die ohnehin wenigen Chancen tatsächlich zu nutzen.

(Beifall bei der DVU)

Die Liste der Versäumnisse ist lang. Da werden Verkehrswege wie etwa die Eisenbahn und Grenzübergänge nur schleppend gebaut. Bürokratische Hürden für deutsche Firmen werden eher auf- als abgebaut, während die polnische Konkurrenz unbürokratisch auf den deutschen Markt drängen kann; die EU-Dienstleistungsrichtlinie, die Millionen Polen zu Selbstständigen und bereits jetzt Hunderttausende Deutsche zu weiteren Arbeitslosen macht, tut ein Übriges.

Wir als DVU-Fraktion jedenfalls sagen zu all diesem wirtschaftspolitischen Wahnsinn konsequent Nein.

(Beifall bei der DVU)

Daher fordern wir mit den von uns vorgelegten, sachlich begründeten und haushaltspolitisch gedeckten Anträgen, kleinen und mittelständischen Unternehmen mehr Unterstützung insbesondere im Bereich der Investitionen zukommen zu lassen, zum Beispiel durch eine Erhöhung der Zuschüsse für technologieorientierte Investitionen, durch eine Aufstockung der Zuschüsse für Investitionen an private Unternehmen der gewerblichen Wirtschaft, um die Kürzung der GA-Mittel durch Landesmittel im Sinne der Förderung kleiner und mittelständischer Betriebe auszugleichen, oder durch die Erhöhung der Zuführung aus dem Seed Capital Found Brandenburg in Höhe von 480 000 Euro. Wir fordern, gezielt Existenzgründungen und den Aufbau kleiner und mittelständischer Betriebe zu fördern, und wollen dazu mit dem von uns vorgelegten Änderungsantrag ein Existenzgründungs- und Existenzaufbauprogramm ins Leben rufen.

Darüber hinaus sollen Arbeitsplätze durch Hilfen insbesondere bei Krisen von mittleren Unternehmen gesichert und damit auch ausreichend arbeitsmarktpolitische Aktivitäten mit Blick auf die Binnennachfrage ausgelöst werden. Dem dient unter anderem unser Änderungsantrag mit dem Ziel, den Titel für Zuschüsse für Unternehmenssanierungen wieder mit 1 Million Euro auszustatten. Dagegen sehen wir keine Notwendigkeit, die Filmförderung in Babelsberg weiter finanziell zu unterstützen.

(Beifall bei der DVU)

Wie aus der Antwort der Landesregierung mit der Drucksachennummer 4/1013 auf Ihre Kleine Anfrage 319, Frau Kollegin Fischer von der SPD-Fraktion, hervorgeht, wurden in den Haushaltsjahren 1999 bis 2004 Fördermittel in Höhe von 114 Millionen Euro für Filmprojekte ausgegeben, wozu außerdem über 10 Millionen Euro an Ausreichungskosten kamen. Mit der gesamten Filmförderung der letzten zehn Jahre - gehen wir also ruhig von der doppelten Fördersumme aus - wurden Filmumsätze in Höhe von knapp 500 Millionen Euro generiert. Bei einer gut geschätzten Durchschnittsrendite von 10 % oder 50 Millionen Euro Gewinn hieße das nichts anderes, als dass für einen Euro Gewinn in der Filmbranche 5 Euro an Zuschüssen gewährt wurden, wobei der Gewinn dann noch nicht einmal in Brandenburg blieb und hier versteuert wurde.

„Ist es auch Wahnsinn“, könnte man mit Goethe sagen, „so hat es doch Methode.“ Inzwischen wird selbst auf Bundesebene darüber spekuliert, ob es nicht besser wäre, die Filmförderung komplett einzustellen und sie durch Steueranreize und privates Risikokapital zu ersetzen. Da die Babelsberger Filmstudios inzwischen im Übrigen kurz vor ihrem Börsengang stehen und damit das dritte an der Börse gehandelte Brandenburger Unternehmen wären, kann in diesem Zusammenhang, Herr Kollege Heiko Müller, von finanzschwach wohl keine Rede sein. Das dürfte Ihnen, meine Damen und Herren auf der Regierungsbank und von den Koalitionsfraktionen, kaum entgangen sein.

(Schulze [SPD]: Sie wissen vielleicht, wie man den Fernseher einschaltet und Filme ansieht! Aber davon, wie Filme produziert werden, haben Sie keine Ahnung!)

Warum Sie trotzdem unverdrossen an der Förderung gerade dieser im Übrigen nicht arbeitsplatzstarken Branche festhalten, bleibt daher wohl Ihr Geheimnis. Gestern noch, Frau Funck, haben Sie sich eindeutig gegen Subventionen ausgesprochen. Warum handeln Sie dann nicht?

Wir jedenfalls fordern, die Zuschüsse zur Förderung des Films in Brandenburg ersatzlos zu streichen und diese Mittel stattdessen zur Deckung der anderen von uns genannten Änderungsanträge zu verwenden. Den Einzelplan 08, Wirtschaftsministerium, lehnen wir selbstverständlich ab. - Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der DVU)

Präsident Fritsch:

Wir setzen mit dem Redebeitrag der SPD-Fraktion fort. Es spricht der Abgeordnete Müller.

Müller (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Frau Hesselbarth, eine Anmerkung: Die Studios in Babelsberg sind Dienstleister, nicht diejenigen, die die Filme selber auf den Weg bringen. Dafür, dass die deutsche Filmszene Unterstützung erhält, damit erfolgreiche Filme, wie es in der Vergangenheit bereits gelungen ist, auch in Babelsberg gedreht werden können, geben wir Unterstützung. Dies ist vernünftig. Es kann doch nicht Ihr Ziel sein, dass in unseren Kinos nur noch amerikanische Filme gezeigt werden. Daher macht es sehr viel Sinn, auch die deutsche Filmszene finanziell zu unterstützen. Sie wollen den Kahlschlag am Medienstandort; wir wollen ihn nicht. Des-

wegen waren Ihre Anträge an dieser Stelle auch nicht akzeptabel.

Nun aber zur Gesamtproblematik: In den Haushaltsberatungen der letzten Jahre gab es immer Gründe, warum der Haushalt in einer bestimmten Art gestaltet wurde. Die Gründe liegen im Wesentlichen in unseren Rahmenbedingungen. Wir müssen einfach kritisch feststellen, dass sich diese Rahmenbedingungen in den letzten Jahren nicht wesentlich verändert haben. Seit vielen Jahren ist das Problem Nummer eins die zu hohe Arbeitslosigkeit in Brandenburg, die mit einer nicht selbsttragenden Wirtschaftsstruktur verbunden ist. Wir haben es bisher nicht geschafft, eine selbsttragende Wirtschaftsstruktur zu gestalten, und müssen deswegen nach wie vor mit großer Kraft versuchen, dieses Ziel zu erreichen. Eines ist klar: Im Jahr 2019 wird die Förderung, die das Land Brandenburg bis jetzt in großer Breite bekommt, wesentlich geringer ausfallen. Bis dahin müssen wir es schaffen, den Haushalt, der heute nach wie vor sehr stark von Fremdfinanzierung abhängig ist, vorwiegend über eigene Steuereinnahmen zu bestreiten.

Was ist das Ergebnis dieser nicht selbsttragenden Wirtschaftsstruktur und der deswegen zu hohen Arbeitslosigkeit? Das Ergebnis sind Abwanderung von jungen Menschen, Resignation in ganzen Bereichen des Landes Brandenburg und ein demografischer Wandel, der sich hier stärker als in anderen Bundesländern zeigt und damit natürlich weitere Probleme bringt.

Wenn man dies ändern will, muss man zunächst analysieren, wo die Hauptprobleme liegen. Ich mache dies einmal an drei Schlagworten fest:

Erstens haben wir nach wie vor das Problem, dass unsere Unternehmen ein zu geringes Eigenkapital haben. Das ist ein Investhemmnis. Das heißt, Investitionen fallen unseren Unternehmen deutlich schwerer als denen in anderen Regionen der Bundesrepublik Deutschland.

Ein zweites Problem hängt mit der Auftragssituation der Unternehmen zusammen. Dies wiederum ist ein deutliches Indiz dafür, dass wir - in anderen Regionen ist es nicht so - nach wie vor zu stark von Binneneffekten abhängig sind. Das heißt, der Exportanteil unserer Wirtschaft in Brandenburg ist nach wie vor relativ schlecht. Er verbessert sich zwar Jahr für Jahr; verglichen mit anderen Regionen ist er jedoch immer noch relativ schlecht. Wir wissen, dass alles, was mit Export zusammenhängt, derzeit besser als alles funktioniert, was auf Binnen nachfrage basiert. Insofern muss auch hier ein Ansatzpunkt gesehen werden.

Ein drittes Problem, das sich auch in den nächsten Jahren nicht wesentlich verändern lassen wird, ist, dass es in unserem Lande sehr viele sehr kleine Unternehmen gibt. Wir haben relativ wenige große Unternehmen und brauchen deswegen auch andere Antworten auf die Frage, wie Wirtschaft organisiert werden kann. In diesem Zusammenhang ist dann auch zu sagen, dass gerade kleine Unternehmen im Hinblick auf Entwicklungspotenziale und eigene Forschungseinrichtungen natürlich wesentlich schlechter gestellt sind als große Unternehmen.

Insofern gab es einige zentrale Forderungen, die wir Wirtschaftspolitiker schon im Vorfeld der Haushaltsberatungen gestellt hatten. Schaut man sich an, wie die Forderungen umge-

setzt worden bzw. wie die Antworten auf diese Forderungen ausgefallen sind, dann kann man zumindest sagen, dass die wesentlichen Zielsetzungen erreicht wurden.

Die Kofinanzierung der Gemeinschaftsaufgabe wurde gesichert. Sie ist deswegen so wichtig, weil es für unsere Unternehmen natürlich leichter wird, zu investieren, wenn ihnen über Förderungen ein Stück der Last abgenommen wird. Die Sicherung der Kofinanzierung der GA führt dazu, dass die Investitionen, die förderfähig sind, von uns auch gefördert werden können.

Wir haben einen weiteren wichtigen Erfolg zu verzeichnen. Es ist viel über die Investquote diskutiert worden: Wie viel Geld aus dem Haushalt wird in Investitionen gesteckt und wird damit letztlich zu Aufträgen, die im Wesentlichen für die Wirtschaft im Land Brandenburg zu zusätzlichen Einnahmen führen? Die Investquote konnte oberhalb von 20 % gehalten werden. Es war vor eineinhalb Jahren und auch vor einem halben Jahr noch nicht klar, ob man das hinbekommt. Dass es gelungen ist, ist schon deutlich als Erfolg zu verzeichnen.

Wir haben außerdem eine stärkere Fokussierung der Förderung auf Netzwerke vorgenommen. Das ist aus meiner Sicht jedoch noch nicht ausreichend. Die vielen kleinen Unternehmen in der heutigen Wirtschaftsstruktur können die Märkte allein nicht so erschließen, wie es in Netzwerken möglich ist. Der Grund dafür liegt schlicht darin, dass große Abnehmer verstärkt Systemkomponenten und nicht mehr Einzelteile verlangen. Die Schraube hilft nicht weiter, wenn ein fertiges Bauteil gefordert wird; dieses ist nur in Zusammenarbeit verschiedener Unternehmen herzustellen. Deswegen muss die Kooperation verbessert und müssen Hemmschwellen überwunden werden. Allerdings müssen wir die Förderstrukturen darauf einrichten, dass solche Netzwerke stärker förderfähig werden.

Insofern ist der hier vorgelegte Haushalt alles andere als eine Katastrophe. Das Machbare ist realisiert worden. Dies wurde auch bei den Anträgen deutlich, die im Ausschuss diskutiert und beschlossen worden sind. Zur Technologieförderung wurde ein substantieller Antrag von uns gestellt. Im Wesentlichen - dies formuliere ich an dieser Stelle auch einmal als Lob - ist der Haushaltsentwurf durchaus plausibel gewesen, weshalb es für uns weder große Änderungsmöglichkeiten gab noch wir großen Änderungsbedarf gesehen haben.

Das Haushaltsvolumen wird von diesem zum nächsten Jahr sogar noch wachsen. Dieses Thema kann allerdings keine große Begeisterung auslösen, weil dies im Wesentlichen mit Drittmitteln zusammenhängt. Die Frist, innerhalb derer die europäischen Mittel zu verwenden sind, läuft 2006 aus. Damit nimmt die Intensität des Ausgebens der Gelder zu, was sich im Aufwuchs des Haushalts widerspiegelt. Insofern muss man sich darüber im Klaren sein, dass nach Ablauf der EFRE-Förderperiode eventuell ein entsprechender Abbruch eintreten wird. Dies hängt wesentlich damit zusammen, wie die neue Förderperiode finanziell untersetzt werden wird.

Einige Dinge stimmen uns ebenfalls nicht sonderlich glücklich. Dazu gehört zum Beispiel, dass sich das Coaching für Existenzgründer nicht mehr als Programm wiederfindet. Es gibt nach wie vor Defizite im Know-How von Existenzgründern bei den Fragen, wie ein Unternehmen aufgebaut werden muss und wie sich Markterschließung organisieren lässt. Des-

wegen wurde vor einigen Jahren ein Coaching für Existenzgründer eingeführt, also Schulung und Bildung für Existenzgründer. Dies ist jetzt nicht mehr möglich, wobei man sagen muss, dass die Umsetzung dieses Programms auch nicht immer optimal funktionierte. Wir werden dieses Thema beobachten müssen. Man muss zusammen mit den Kammern versuchen, darauf zu achten, dass Unternehmen nicht nur deswegen scheitern, weil sie einfach nicht wissen, an welchen Stellen man wie agieren und reagieren muss.

Hinsichtlich der Konversionsförderung werden wir überlegen müssen, wie wir auslaufende Programmbestandteile durch andere Mittel ersetzen können. Fakt ist, dass im Bereich Konversion, zum Beispiel beim Umbau von alten Militäreinrichtungen gerade in innerstädtischen Lagen, noch einiges zu tun ist. Man wird darüber nachdenken müssen, wie sich dieser Umbau anderweitig unterstützen lässt.

Nicht so gut finde ich, dass im Bereich der Außenhandels- und Marktzugangsförderung ein rückläufiger Mitteleinsatz zu verzeichnen ist. Gerade weil wir, was Aufträge für unsere Unternehmen angeht, eine schwache Binnennachfrage und eine Exportschwäche zu verzeichnen haben, muss Markterschließung im Fokus bleiben.

In diesem Zusammenhang sind die Auslandsplattformen zu erwähnen. Die Plattformen der alten Art wurden abgeschafft; sie haben das, was wir von ihnen erwartet hatten, offensichtlich nicht bringen können. Jetzt haben wir die „Auslandsplattform light“. Ob sie bringen wird, was von ihr erwartet wird, bleibt abzuwarten. Ich bin mir da noch nicht sicher. Aber dies darf nicht heißen - das wird manchmal in einen Topf geworfen -, dass wir unsere Unternehmen bei der Markterschließung im Ausland zukünftig nicht mehr unterstützen. Das ist eine ganz wichtige Aufgabe, weil gerade die kleinen Unternehmen an dieser Stelle oftmals nicht so aufgestellt sind, dass sie es alleine leisten könnten.

Zusammenfassend kann man sagen, dass beim Haushalt das Machbare realisiert worden ist. Nicht alles, was man sich wünschen würde, ist im Haushalt wiederzufinden; das wird man in der ganzen Bundesrepublik nirgendwo mehr finden. Insofern sind wir mit diesem Haushaltsansatz für Wirtschaft so weit zufrieden, wie man zufrieden sein kann.

Allerdings ist das, was im Haushalt steht, nicht das, was später die Wirtschaftspolitik gestaltbar macht. Dazu gehören auch Förderstrategien. Über diesen Punkt haben wir in diesem Jahr noch zu diskutieren. Es gibt eine Neuausrichtung der Wirtschaftsförderung. Frau Hesselbarth hat das überhaupt nicht verstanden, was aber nicht so wichtig ist. Auch ich habe nach wie vor einige Fragen. Insofern sollten wir miteinander intensiv darüber diskutieren; denn eine neu ausgerichtete Wirtschaftsförderung muss über einen längeren Zeitraum funktionieren. Wir können die Wirtschaftsförderung nicht alle Jahre neu ausrichten; das würde niemand mehr verstehen.

Insofern haben wir in diesem Jahr noch ein gutes Stück Arbeit zu leisten. Wir brauchen eine Wirtschaftsförderung, die erstens plausibel ist, zweitens funktioniert und drittens auch ein Stück weit eine Art Leitbild entwickelt, sodass wir unsere Region, die mit Berlin untrennbar verbunden ist, im Wettbewerb der europäischen Regionen vernünftig vermarkten können. Hier gibt es viel zu tun. Daneben haben wir noch einige andere Aufgaben,

denen wir uns widmen werden, wenn der Haushalt beschlossen ist. - Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der CDU)

Präsident Fritsch:

Vielen Dank, Herr Müller. - Wir setzen die Beratung mit dem Beitrag der PDS-Fraktion fort. Es spricht der Abgeordnete Christoffers.

Christoffers (PDS):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Gestatten Sie mir eine Vorbemerkung. Frau Kollegin Hesselbarth, wir sagen nicht nur Nein zu einer verfehlten Wirtschaftspolitik, sondern auch konsequent Nein zur DVU, weil wir glauben, dass DVU und NPD dem Standort Deutschland durch ihr politisches Agieren massiv schaden.

(Beifall bei der PDS)

Da der Einzelplan 08 auch den Bereich der Kartellbehörde umfasst, lassen Sie mich die Haushaltsdebatte etwas ungewöhnlich beginnen. Ich möchte mich bei den Mitarbeitern der Kartellbehörde im Land Brandenburg für ihr Agieren im Bereich der Gaspreise bedanken: Vorgesehene Preiserhöhungen wurden - zumindest zum Teil - abgewendet. Die Diskussion um die Gaspreise macht zugleich auf ein Problem aufmerksam: Wirtschafts- und Ordnungspolitik ist nicht nur eine Frage von Fördermitteln, sondern vor allen Dingen eine Frage der ordnungspolitischen Rahmensetzung. Ich hoffe sehr, dass - erstens - bundesweit die präventiven Möglichkeiten im Bereich der Kartellbehörde ausgeweitet werden - ich meine, es ist unter anderem eine Aufgabe des Bundesrats, dafür zu sorgen, dass man präventiv einwirken kann - und - zweitens -, dass wir auch im Land Brandenburg endlich ordnungspolitische Änderungen, wie ein Vergabegesetz und anderes, einführen. Ich halte dies für dringend notwendig, wenn wir die Substanz der Wirtschaft in Brandenburg stärken wollen.

Die Aufstellung und die Beratungen des Haushalts wurden von einer Diskussion über ein zukünftiges Ausgabeverhalten, sprich über die Neuordnung der Förderpolitik im Land Brandenburg, überschattet. Ich möchte an dieser Stelle deutlich machen, dass ich die Art und Weise, wie die Debatte zustande gekommen ist, nicht als kommunikative Eindeutigkeit - wie es der Ministerpräsident im Landesvorstand der SPD formuliert hat -, ansehe, sondern als politische Zweideutigkeit. Die Diskussion hat im Land zu Unsicherheiten geführt. Sie hat suggeriert, es gehe um den Wettbewerb, wer die meisten Subventionen, die meisten Fördergelder bekommt. Zur Klarheit in der Frage, wie zukünftig Wirtschafts- und Infrastrukturförderung miteinander verbunden werden, hat sie nicht beigetragen. Nebenbei bemerkt hat die SPD mit der von ihr angestoßenen Debatte dafür gesorgt, dass ihr Koalitionspartner in der Öffentlichkeit an Statur gewinnt. Das ist Ihr Problem. Nicht nur Ihr Problem ist allerdings, dass Glaubwürdigkeit und Verlässlichkeit von Politik im Land Brandenburg durch die Art und Weise der Debatte insgesamt wieder infrage gestellt worden sind.

(Beifall bei der PDS)

Das ist dann unser aller Problem. Ich gebe gern zu, dass ich

keine Lust habe, mich als Vertreter der Opposition in diesen Bereich einzubinden. Deshalb geht es in meinem Diskussionsbeitrag weniger um Zahlen als um politische Inhalte, was das zukünftige Ausgabeverhalten betrifft.

Die Steuer- und Wachstumsprognosen sind seit Jahren unsicher. Das ist nicht verwunderlich. Wir haben in diesem Haus schon öfter darüber gesprochen. Ich glaube, das ist vor allen Dingen eine Folge der Unterschätzung der Tiefe der Strukturumbrüche - auch in den alten Bundesländern. Wir erkennen das jetzt an den Auseinandersetzungen mit der Wahl in Nordrhein-Westfalen. Man hat jahrelang Probleme vor sich her geschoben und nicht gelöst, und das nicht nur in Nordrhein-Westfalen.

Neben der Tiefe der Strukturumbrüche haben Wirtschaftsforschungsinstitute die Schwäche der Binnenkonjunktur und ihre Auswirkungen auf den beschäftigungspolitischen Bereich unterschätzt. Auch die Auswirkungen der Steuerreform sind unterschätzt worden. Das betrifft zum einen die Steuereinnahmen der öffentlichen Hand und zum anderen die in Deutschland zu spürenden Folgen der Globalisierung.

Natürlich wurde auch die Sondersituation Ost in ihren Wirkungen auf die gesamtdeutsche Entwicklung jahrelang unterschätzt.

Frau Kollegin Funck, Sie sprachen gestern von der Deutschland AG. Ich kann nur sagen: Wenn mich nicht alles täuscht, ist die Steuerreform der rot-grünen Bundesregierung das Instrument gewesen, welches die Deutschland AG aufgelöst hat. Das werden Sie feststellen, wenn Sie sich einmal die Beteiligungsverhältnisse der Banken und anderer Finanzinstitutionen in Deutschland anschauen. Dieses Instrument hat überhaupt erst ermöglicht, dass Risikokapitalfonds, vor allem aus den USA, unter anderem die Deutsche Börse übernommen haben. Die Deutschland AG im klassischen Sinne existiert nicht mehr. Man sollte das nicht mit einer substanzlosen Kapitalismuskritik oder mit patriotischen Aufrufen zu korrigieren versuchen, denn es ist das Ergebnis einer politischen Entscheidung, die man selbst mit herbeigeführt hat. Insofern stehen wir tatsächlich vor neuen Bedingungen, vor neuen Herausforderungen.

Die unsicheren Steuerprognosen versucht die Landesregierung seit Jahren dadurch zu kompensieren, dass sie ihren eigenen Haushalt mit Wachstumsraten untersetzt, die unterhalb der von der Bundesregierung angesetzten Wachstumsraten liegen. Gestern dankte der Kollege Bischoff Gott und Herrn Speer dafür. Wenn mich nicht alles täuscht, war das eine Entscheidung, die bereits auf die Vorgängerin von Herrn Speer zurückzuführen ist. Die ehemalige Finanzministerin Ziegler hat das bereits eingeführt.

Die Art und Weise des Herangehens bei der Grundaufstellung unterstütze ich. Unser Problem ist, dass selbst die geringeren Annahmen noch einmal nach unten korrigiert werden müssen. Dieses Problem betrifft die politischen Gehalte der Haushaltsdebatte. Von daher ist die Diskussion um unser zukünftiges Ausgabeverhalten viel dringender, als einzelne Zahlen zur Diskussion zu stellen.

Die PDS hat in den Haushaltsberatungen zwei Linien im Bereich des Einzelplans 08 durchzusetzen versucht. Es ging uns - erstens - um eine Substanzstärkung des KMU-Bereichs und der freien Berufe. Deswegen haben wir vorgeschlagen, zur Über-

windung der Eigenkapitalschwäche ein eigenständiges Bürgerschaftssystem einzuführen. Das ist beihilferechtlich möglich und finanzierbar. Es ist ohne jeden Zweifel ein politisches Risiko, weil eine Bürgerschaft auch gezogen werden kann. Verzichten wir darauf, wird die Frage der zweiten Investitionsschwelle für tausende Unternehmen im Land Brandenburg zu einem ernststen Problem. Wir hatten die Einführung eines eigenständigen Bürgerschaftssystems vorgeschlagen, um dieses Grundproblem der wirtschaftlichen Entwicklung auch in Brandenburg zu überwinden. Das wurde von Ihnen abgelehnt. Wir haben Ihnen diesen Antrag heute noch einmal vorgelegt. Ich hoffe, dass Sie sich überwinden können und ihm Ihre Zustimmung geben.

Der Doppelhaushalt 2005/2006 umfasst - zweitens - den Zeitraum, in dem die Haushaltsinstrumente umorganisiert werden müssen, und zwar mit Blick auf die kommende Förderperiode der Europäischen Union nach 2007 wie auch mit Blick auf die tatsächliche Situation im Land Brandenburg.

(Vereinzelt Beifall bei der PDS)

Der Entwurf der Strukturfondsverordnung der Europäischen Union sowie eine erste Stellungnahme des Bundesrates liegen vor. Die alte Strukturfondsverordnung gibt uns vielleicht mehr Möglichkeiten, als wir sie bisher in Ansatz gebracht haben. Deswegen hat die Fraktion der PDS vorgeschlagen, nicht abgeflossene EU-Mittel - nach dem Bericht der Landeshauptkasse vom Februar dieses Jahres ist deren Höhe beträchtlich - im Einzelplan 08 zu konzentrieren und als einen Regionalfonds bei den Förderinstrumentarien zum Ansatz zu bringen. Das heißt, diese Mittel können für wirtschafts- und beschäftigungspolitische Maßnahmen in den Regionen und Kreisen des Landes Brandenburg eingesetzt werden. Wir hätten damit ein Instrument, um den unterschiedlichen Situationen in den Kreisen und Regionen des Landes Brandenburg entsprechen zu können und in den Regionen Wertschöpfungspotenziale zu erschließen. Ich darf daran erinnern, dass wir uns seit Jahren darüber beklagen, zumindest in den Reden hier im Landtag, dass bestimmte Vorhaben und Projekte in den Landkreisen, was Tourismus, nachwachsende Rohstoffe oder die Unterstützung von regionalen Wertschöpfungsketten betrifft, nicht zu finanzieren sind. Mit diesem Instrument hätten wir die Möglichkeit dazu und könnten es ab 2006 nach Verhandlungen mit der Europäischen Union auch in Ansatz bringen. Auch diesen Antrag haben wir Ihnen heute noch einmal vorgelegt und ich hoffe, dass wir im Ergebnis der Haushaltsdebatte zumindest in diesem Bereich Ihre Zustimmung erhalten.

Einige andere von uns heute vorgelegte Anträge beziehen sich vor allem auf das Haushaltsgesetz; denn es enthält eine ganze Reihe von Paragraphen, die unmittelbar Einfluss auf die wirtschaftliche Entwicklung haben. Wir schlagen Ihnen deshalb vor, den Inhalt einiger Paragraphen zu erweitern, unter anderem auch jene im Paragraphen Industrieansiedlungsverträge.

Anfang der 90er Jahre war dieser Paragraph in seiner jetzigen Fassung notwendig. Jetzt geht es aber nicht mehr nur um Industrieansiedlungen, sondern generell um Wertschöpfung und beschäftigungspolitische Vorhaben. Es muss die Möglichkeit bestehen, diese auszufinanzieren, wenn alle anderen Deckungsquellen ausgeschöpft sind. Das war eigentlich der Sinn des Industrieansiedlungsverträge betreffenden Paragraphen. Da sich Investitionspolitik heute anders darstellt als Anfang der 90er Jahre, sollte dieser Paragraph erweitert werden, damit wir

im Land Brandenburg die Möglichkeit haben, bei Bedarf auf die Sachverhalte zu reagieren. Ein entsprechender Antrag liegt Ihnen vor. Ich hoffe, dass Sie sich dazu durchringen können, ihm Ihre Zustimmung zu geben.

(Vereinzelt Beifall bei der PDS)

Ich war überrascht, als ich in der Zeitung las, auf einer Wirtschaftskonferenz der CDU sei unter anderem die Äußerung gefallen - sie ist bisher nicht zurückgenommen oder kommentiert worden -, das Land Brandenburg habe kein wirtschaftspolitisches Profil. Ich komme jetzt in eine eigenartige Situation: Natürlich hat das Land Brandenburg eine unzureichende Industriedichte. Natürlich haben wir ein Problem, was die Eigenkapitalausstattung im KMU-Bereich angeht.

Aber: Wir haben das größte Optik-Netzwerk der Bundesrepublik. Optik umfasst nicht nur den Standort Rathenow, sondern reicht vom Gesundheitswesen über die Medizintechnik bis hin zur Luft- und Raumfahrt. Es kommt hinzu, dass dieser Bereich zu fast gleichen Teilen in Berlin und in Brandenburg angesiedelt ist. Ich nenne weitere Beispiele: Wir haben den drittgrößten Medienstandort und das zweitgrößte Biotechnologie-Netzwerk in Deutschland.

Wenn wir selbst das, was erreicht worden ist, diskreditieren, dann brauchen wir uns nicht zu wundern, wenn sich die Stimmung nicht verbessert und das Image des Landes Brandenburg weiter demontiert wird.

(Beifall bei der PDS und vereinzelt bei der SPD - Zuruf des Abgeordneten Klein [SPD])

- Ich nehme das gern an.

Ich bin dagegen, das Erreichte minimierter darzustellen, als es von der breiten Öffentlichkeit wahrgenommen wird. Insofern schlagen wir vor, bei der Neuordnung der Wirtschaftsförderung nicht auf 16 Branchen zu gehen. 16 Branchen heißt nichts anderes als den Subventionswettbewerb derjenigen zu eröffnen, die nicht genannt werden. Deswegen schlagen wir die Konzentration auf Bereiche wie Optik und Luft- und Raumfahrt vor. Wir fordern, dass tatsächlich eine Verbindung von Wirtschaftsförderung und Infrastrukturentwicklung erfolgt.

Wir hatten im Ausschuss einen Antrag eingebracht - er wurde leider abgelehnt -, mit dem wir einen Prüfauftrag - man stelle sich vor: nur einen Prüfauftrag! - auslösen wollten, nämlich zu prüfen, ob es möglich wäre, ab 2006 die Mittel der Gemeinschaftsaufgabe zur Verbesserung der regionalen Infrastruktur herauszulösen und mit den Mitteln des Finanzausgleichsgesetzes zusammenzuführen. Die Situation stellt sich immer deutlicher so dar, dass nicht mehr die Förderhöhe, sondern die Einheit von harten und weichen Standortfaktoren das entscheidende Ansiedlungskriterium ist. Letztlich geht es darum, dass wir für die Städte, in denen eine wirtschaftliche Entwicklung stattfindet, ein Gesamtkonzept entstehen lassen, das die Bedingungen vor Ort berücksichtigt. Das wird nur möglich sein, wenn wir Infrastrukturentwicklung und Wirtschaftsförderung zusammenführen. Dass das bisher nicht geschehen ist und weiter verhindert wird, ist aus meiner Sicht nicht das Zeichen von politischer Führungsstärke, sondern vielmehr das Zeichen einer politischen Führungskrise.

(Beifall bei der PDS)

Ich hoffe, dass die Landesregierung beide Ansätze rasch zusammenführt und zu einem Gesamtkonzept kommt. Anderenfalls bleiben wir dauerhaft auf dem 14. Platz.

Gestatten Sie mir dazu eine Anmerkung: Ich halte solche Statistiken, die in der politischen Auseinandersetzung verwendet werden, für mehr als zweifelhaft. Die Situation in den einzelnen ostdeutschen Ländern unterscheidet sich qualitativ nicht. Alle gemeinsam haben ein Problem, was Wertschöpfung und Beschäftigung anbetrifft. Alle gemeinsam haben ein Problem, was die Industrieforschung anbetrifft. Alle gemeinsam haben ein Problem, was die Innovationsunterstützung angeht. Insofern ist es nicht entscheidend, ob wir den 13. oder den 14. Platz einnehmen; entscheidend ist, ob wir endlich beginnen, umzusteuern. Dabei müssen wir davon ausgehen, dass der Umsteuerungsprozess nicht innerhalb einer Legislaturperiode zu vollbringen ist - das weiß jeder in diesem Raum -, sondern dass wir mindestens 15 Jahre in Ansatz bringen müssen, weil es vorher eine dauerhafte, selbsttragende Entwicklung in den ostdeutschen Ländern nicht geben wird. Das haben wir als PDS im Wahlkampf gesagt; dafür sind wir teilweise abgestraft worden. Es bleibt dennoch die Wahrheit: Wir werden eine selbsttragende Entwicklung frühestens in 15 Jahren erreichen können.

Ich habe die feste Hoffnung: Wenn wir von dieser Zielbestimmung ausgehen, haben wir die Chance, die Lebenssituation der Bürgerinnen und Bürger und die Situation der Wirtschaft bzw. der Unternehmen tatsächlich zu verbessern. Ich hoffe darauf, dass wir im Landtag zu der politischen Kultur zurückkehren, die wir Anfang der 90er Jahre hatten. Es ist relativ uninteressant, von welcher demokratischen Partei ein Vorschlag kommt. Lassen Sie uns lieber darüber reden, ob er hilft, ein Problem zu lösen! - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der PDS sowie der Abgeordneten Melior [SPD])

Präsident Fritsch:

Vielen Dank, Herr Christoffers. - Wir setzen mit dem Redebeitrag der CDU-Fraktion fort. Herr Abgeordneter Karney spricht.

Karney (CDU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Als „Haushalt der Vernunft“ oder auch als „Haushalt der Verantwortung“ wird der heute von uns zu debattierende Etat bezeichnet. Der erste Haushalt der großen Koalition in der neuen Wahlperiode setzt in diesem Sinne erste Prioritäten. Dieser Haushalt steht für das Ziel der Koalition von SPD und CDU, alles zu tun, um mehr Wirtschaftswachstum und mehr Beschäftigung zu ermöglichen. Steigerung des Wirtschaftswachstums und mehr Beschäftigung sind die wichtigsten Voraussetzungen für ein starkes Brandenburg. Nur durch Wachstum, Leistung und Bürokratieabbau können wir die Entwicklung Brandenburgs zu einem modernen und zukunftsfähigen Land prägen. Mit diesem Haushalt beginnen wir in die Zukunft Brandenburgs zu investieren: in Bildung, Wissenschaft, Wirtschaft und Technologie.

Alle spüren es: Wir befinden uns in einer Zeit des Umbruchs. 15 Jahre nach der Wiedervereinigung ist die wirtschaftliche Entwicklung in Brandenburg noch nicht so fortgeschritten, wie wir es erwartet haben. „Nichts geht mehr“, sagen die einen. „Der Osten wird abgehängt“, sagen die anderen. Manche ha-

ben vom „Scheitern des Aufbaus Ost“ gesprochen. Blühende Landschaften erhofften sich viele bereits nach wenigen Jahren.

Es lässt sich nicht übersehen: Die Wertschöpfung in unserem Land stagniert. Die Bauwirtschaft schrumpft weiter. Im Vergleich zu den alten Ländern gibt es nur sehr wenige mittelständische Unternehmen mit solider Eigenkapitalbasis. Die Arbeitslosigkeit hat die katastrophale Höhe von fast 20 % erreicht. Insbesondere junge Menschen wandern verstärkt ab.

Schnell, zu schnell wird vergessen, was sich bei uns seit 1990 verändert hat. Ich will nur einige Stichworte nennen: Unser Lebensstandard ist erheblich gestiegen. In unseren Städten und in vielen Dörfern ist viel Neues entstanden. Zahlreiche Unternehmen sind gegründet worden. Es ist selbstverständlich geworden, dass jeder ohne Einschränkung die eigene Kfz-Werkstatt, die eigene Bäckerei oder die eigene Drogerie betreiben kann. Unsere Schulen, Hochschulen und Krankenhäuser sind heute zum Teil besser ausgestattet als vergleichbare Einrichtungen in den alten Ländern. Bahnhöfe und Schienenwege sind erneuert worden. Vieles hat sich geändert, aber vieles haben wir noch zu tun.

Die wichtigste Aufgabe in unserem Land besteht darin, für die Steigerung des Wirtschaftswachstums im Interesse von mehr Beschäftigung zu sorgen. Wir haben in der Koalitionsvereinbarung wichtige Ziele, denen alle Politikbereiche verpflichtet sind, festgeschrieben. Es geht darum, die Wettbewerbsfähigkeit der Handwerksbetriebe, Gewerbetreibenden und Selbstständigen sowie der sonstigen Unternehmen zu stärken, die Wirtschaftsstruktur zu stabilisieren, die Herausbildung von Branchenschwerpunkten und die Förderung von innovativen Kompetenzen zu unterstützen.

Der CDU-Fraktion geht es um mehr als um den Abschied von der dezentralen Konzentration, die von den Realitäten bereits weit entfernt war. Deshalb hat die Koalition mit dem Landeshaushalt 2005/2006 auch entscheidende Prioritäten gesetzt.

Wie sieht der Haushalt der Vernunft für den Bereich der Wirtschaft in Zahlen aus? Die investiven Zuweisungen steigen von rund 1,8 Milliarden Euro im Jahre 2004 um 125 Millionen Euro auf rund 1,9 Milliarden Euro in den Jahren 2005 und 2006. Daher liegt die Investitionsquote bei über 20 %.

Die investiven Zuweisungen an öffentliche und private Unternehmen steigen um 360 Millionen Euro auf 670 Millionen Euro. Die Wirtschafts-, Innovations- und Technologieförderung erfährt einen deutlichen Aufwuchs. In diesem Bereich steigen die Ausgaben von 989 Millionen Euro im Jahr 2004 auf 1,155 Milliarden Euro im Jahr 2006.

Die Wirtschaftsförderung ist von den Sparmaßnahmen weitgehend ausgenommen worden. Die Investitionspauschale im Rahmen des kommunalen Finanzausgleichs durch das FAG wird deutlich erhöht. Damit wird die Investitionskraft gerade der brandenburgischen Kommunen gestärkt. Es ist besonders für die vielen kleinen und mittleren Unternehmen wichtig, dass in den brandenburgischen Städten und Gemeinden mehr investiert wird.

Sehr geehrte Damen und Herren! Mit dem vorliegenden Haushalt 2005/2006 sind die veranschlagten Mittel der Gemein-

schaftsaufgabe zur Förderung der regionalen Wirtschaftsstruktur und die Mittel des Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung vollständig kofinanziert.

Damit dies gelingen konnte, bedurfte es gemeinsamer Konsolidierungsbemühungen aller Ressorts der Landesregierung. Es ist ein wichtiges Signal für unser Land, dass die Investitionen steigen werden.

Unsere parlamentarische Diskussion zum Haushalt wurde gleichzeitig von den Debatten über die Neuausrichtung der Wirtschaftsförderung begleitet. Die Koalition hat ihr Ziel, die Förderung künftig auf vorhandene Cluster und Kompetenzfelder zu konzentrieren, in Angriff genommen. Es gilt herauszufinden, mit welchen Maßnahmen und welchen Investitionen die jeweiligen Schlüsselfragen für die Entwicklung eines Branchenschwerpunktes gelöst werden können.

In der neuen Förderstrategie sollte es nicht nur um die bloße Subventionierung gehen; vielmehr müssen damit untereinander abgestimmte Maßnahmen der Ansiedlungsförderung, der Bestandspflege und der Gründungsförderung einhergehen. Infrastruktur- und Netzwerkförderung gehören genauso dazu wie der Bildungsbereich. Gedachte und angenommene landesplanerische Grenzen dürfen dabei der wirklichen Entwicklung nicht im Weg stehen.

Was heißt es, sich von der Gießkannenförderung zu verabschieden und eine zielgenaue Wirtschaftspolitik zu betreiben, in der sich die Wirtschaftsförderung auf vorhandene Cluster und Kompetenzfelder konzentriert? Wer hat sich nicht immer wieder über Förderblüten geärgert, die langfristig nicht tragfähig waren, über Mitnahmeeffekte oder unnötige Infrastrukturmaßnahmen wie Bushaltestellen auf Strecken, wo kein Bus fährt oder eine Straße mit einer Vielzahl von Straßenlaternen, wo weniger als die Hälfte ausgereicht hätte, den kleinen Ort erstrahlen zu lassen, zumal dort abends üblicherweise niemand spazieren geht.

Ein zentraler Punkt der neuen Wirtschaftsförderung soll es sein, die regionalen Produktionskomplexe verstärkt zu fördern. Das Ziel lautet: Stärken stärken.

Was aber soll sich nun ändern? Bisher fand die Investitionsförderung in einer Flächenbetrachtung statt. Mit ein und derselben Investition konnte an unterschiedlichen Standorten im Land unterschiedlich hoch gefördert werden. Jetzt werden wir die Investitionsförderung auf eine Wachstumsbetrachtung ausrichten.

Was wird neu sein?

Erstens: Alle förderfähigen Investitionen erhalten zukünftig eine Basisförderung. Die Höchstförderung erhalten Investitionen, wenn sie besondere Wachstumspotenziale aufweisen.

Zweitens: Wachstumsschub für den Mittelstand. Kleine Handwerksunternehmen erhalten zukünftig für Investitionen bis zu einer Höhe von 2,5 Millionen Euro grundsätzlich die Höchstförderung - unabhängig von Ort und Branche.

Drittens: Bei größeren Investitionen unterscheiden wir nach Branchen. Unternehmen aus den 16 Wachstumsbranchen erhalten ebenfalls die höchste Förderung.

Viertens: Für Neuansiedlungen wird ein Anreizsystem eingeführt: Wer sich an einem Ort ansiedelt, an dem bereits andere Unternehmen der Branche vertreten sind, erhält die Höchstförderung. Dadurch stärken wir die vorhandenen Strukturen.

Die Vorbereitungen zur Umsetzung dieser von uns begrüßten Förderstrategie laufen bereits auf Hochtouren. Die Ergebnisse umfangreicher Analysen über die vorhandenen Potenziale aber auch über Schwächen, die bisherige Wirkungsweise aller Beteiligten und ihrer Interessen sowie ihre Netzwerke und Strategien liegen vor.

Die vor uns liegende Arbeit ist schwierig, aber nicht unlösbar. Wir werden sie anpacken, denn, sehr geehrte Kollegen, unser Großprojekt heißt brandenburgischer Mittelstand.

Lassen Sie mich abschließend noch ein paar Worte zum wichtigsten Infrastrukturprojekt unseres Landes sagen. Der Ausbau des Flughafens Schönefeld zum Flughafen Berlin Brandenburg International wird zusätzliche Arbeit bringen und damit neue Arbeitsplätze schaffen - geschätzte 40 000. Allein aufgrund der Tatsache, dass zum Beispiel die Fluggastzahl weiter steigt, noch mehr Touristen als heute anreisen und die hiesigen Firmen besser erreichbar sind, wächst die Zahl der vom Luftverkehr abhängigen Beschäftigten innerhalb der nächsten sieben Jahre auf 73 000, so die aktuellen Schätzungen. Davon sollen rund 18 000 Menschen auf dem Flughafen, für eine Wartungsfirma oder für eine Airline tätig sein. Die anderen fahren zum Beispiel Fluggäste mit dem Taxi in die Stadt, beliefern Airport-Restaurants oder stellen mehr Produkte her, weil ihre Firma neue Absatzmärkte erschlossen hat.

Verkehrswissenschaftler gehen davon aus, dass der Flughafen BBI dazu führt, dass 2012 ca. 3,4 Milliarden Euro als Bruttowertschöpfung erarbeitet und 2,4 Milliarden Euro als Einkommen verdient werden. Von diesen Beträgen fordert der Staat seine Anteile - unter anderem als Lohn-, Körperschafts- oder Gewerbesteuer. So kommen Steuermehreinnahmen in die Kassen.

Diese Zahlen sprechen für sich, auch wenn der größte Wachstumsmotor und die Jobmaschine BBI von der PDS ständig und bei jeder Gelegenheit schlechtgeredet wird.

(Zuruf von der PDS)

Hören Sie mit Ihrer Miesmacherei auf, meine Damen und Herren von der PDS! Je schneller wir den Flughafen Berlin Brandenburg bekommen,

(Zurufe von der PDS)

um so eher werden Zehntausende Brandenburger wieder in Arbeit sein. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Fritsch:

Wir setzen mit dem Beitrag der Landesregierung fort. Es spricht Minister Junghanns.

Minister für Wirtschaft Junghanns:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Sehr geehrte Gäste! Die wirtschaftliche Lage in unserem Land muss in der Tat differenziert und gründlich, auch kritisch diskutiert werden. An einer so hohen Arbeitslosigkeit, wie gestern schon erörtert, und einem Wirtschaftswachstum, das weit unter den Erwartungen und Notwendigkeiten bleibt, kann man nichts beschönigen. Weil tagtäglich selbst damit konfrontiert, bin ich weit davon entfernt, diese harten Realitäten nicht zu sehen oder versucht zu sein, ihnen auszuweichen oder sie gar schönzureden.

Wenn man das Wirtschaftswachstum und die Arbeitslosenquote diskutiert und beklagt, darf man nicht diejenigen beschimpfen oder in Misskredit bringen, die es letztlich in der Hand haben, Wirtschaftswachstum und neue Arbeitsplätze zu schaffen.

Wirtschaft, Handwerk, Unternehmer - die Mittelständler und die Großunternehmen - haben es in der Hand, unserem Land zu einer besseren Entwicklung zu verhelfen. Deshalb gilt es, den Akteuren der Wirtschaft in unserem Land - auch in einer Haushaltsdebatte des Landtages, in der sich die Abgeordneten über die Verwendung von öffentlichen Mitteln kontrovers auslassen - hohe Wertschätzung und Anerkennung entgegenzubringen und ihnen dankbar zu sein. Gleichwohl hat Politik, auch wenn sie nicht unmittelbar daran beteiligt ist, Arbeitsplätze zu schaffen und zu sichern sowie Wachstum zu organisieren. Sie hat eine ganz große Mitverantwortung für das Schaffen von Rahmenbedingungen und vor allen Dingen für die Schaffung eines Wirtschaftsklimas im Land, das den gemeinsamen Zielen nicht zuwiderläuft, sondern deren Erreichung sicherer macht.

Wirtschaftspolitik ist zu 50 % Psychologie; das haben kluge Leute gesagt; wir erleben es jeden Tag. Politik wird diesem Anspruch - ich hole an dieser Stelle ein wenig von der großen internationalen Politik in unsere Diskussion - nicht gerecht. Das sage ich, Herr Christoffers, mit Wertschätzung und mit aller Klarheit. Nicht die selbstkritische Bewertung des Wirtschaftsprofils des Landes stellt die wirtschaftliche Entwicklung unseres Landes infrage. Vielmehr treibt die pauschale Gegenüberstellung die Unternehmer in unserem Land um. Durch globale Diskussionen nach der Devise, in Deutschland finde eine Umverteilung von unten nach oben statt, fühlen sie sich verunglimpft. Das kritikwürdige Verhalten von Geschäftsführern oder Managern in unserem Land dient dazu, von einer generellen Ausbeutungsstrategie zu sprechen. Der Kapitalismus wird in Misskredit gebracht, ohne dass man Alternativen benennt. Die Unternehmer fühlen sich missverstanden und sehen sich in eine unselige Phalanx gestellt.

Ein Wort an Herrn Vietze - wohlgermerkt den BMW-Fahrer Vietze -: Ihre gestrige Kritik, dass wir auf der einen Seite große Steuergeschenke machen und auf der anderen Seite die BMW-Ansiedlung in Leipzig - die wir gern in unserem Land gesehen hätten - mit 360 Millionen Euro subventionieren, bringt es auf den Punkt: Sie schüren den Eindruck, es liege in der Hand der Politiker und vor allen Dingen der Manager, diese Gelder gerechter zu verteilen, und damit wären unsere Probleme gelöst.

(Zuruf des Abgeordneten Vietze [PDS])

Wissen Sie, dass sich die Gewinnerwirtschaftung der DAX-Unternehmen - ich bin froh, dass die DAX-Unternehmen in

unserem Land einen großen Gewinn erwirtschaften - vor allen Dingen auf das internationale Geschäft stützt? Wenn sich ein weltweit agierendes Unternehmen darüber klar werden muss, was es mit einer besseren Marktpositionierung im Ausland erreichen kann, sich dann logischerweise in einem neuen Standortwettbewerb aufstellt und wir es im Wettbewerb mitfordern, dann ist das der Ausfluss einer Wettbewerbssituation in einer global agierenden Wirtschaftswelt. Man kann nicht alles platt nebeneinander stellen und damit im Grunde genommen eine Atmosphäre nähren, die da lautet: Liebe Leute, es ginge uns besser, wenn man nur die Reichen arm machte.

Die unselige Heuschreckendiskussion hilft keinem einzigen Arbeitslosen in unserem Land. Ich bin außerordentlich dankbar, dass die KKR, die Shareholder der MTU, außerordentlich engagiert tätig ist, um unserem Ziel in der Luft- und Raumfahrtbranche Zukunft zu geben.

Präsident Fritsch:

Herr Minister, gestatten sie eine Zwischenfrage?

Minister Junghanns:

Es kann doch - das darf ich noch sagen, Herr Vietze, dann sind Sie an der Reihe - nicht darum gehen, deren Agieren zu kritisieren, sondern die Frage ist, warum wir in Deutschland nicht solche Fonds haben, die in der Lage sind, Firmenumbrüche auf diese Art und Weise zu finanzieren und damit Marktpositionen zu stärken.

Präsident Fritsch:

Bitte, Herr Vietze.

Vietze (PDS):

Herr Minister, könnten Sie mir zustimmen, dass von gleichfalls erfolgreichen international tätigen Unternehmen wie Porsche - und dessen Vorstandsvorsitzenden Wiedeking - Auffassungen vertreten werden, die davon ausgehen, dass sie auf die Inanspruchnahme öffentlicher Gelder verzichten, weil sie das, was sie als Produkt auf den Markt bringen, und die Art und Weise, wie sie die Produktion organisieren, in völlig ausreichendem Maße in die Lage versetzt, Investitionen selbst zu tätigen, sodass der Staat die vorhandenen Investitionsmittel zum Beispiel im Bereich der kleinen und mittelständischen Unternehmen einsetzen kann?

(Zuruf von Minister Schönbohm)

Herr Schönbohm, ich finde es ja gut, wenn Sie ab und zu in die USA fahren, um die Wirtschaftstätigkeit für das Land zu organisieren, aber lassen Sie jetzt erst einmal die Frage zu, ohne dazwischen zu reden und für den Minister zu antworten. Er ist nämlich in der Lage, selbst zu antworten.

(Vereinzelt Beifall bei der PDS)

Minister Junghanns:

Herr Vietze, ich kenne die Einlassung von Herrn Wiedeking. Ich finde es auch honorig, wie er sich in diese öffentliche Diskussion begibt. Er hat aber in keiner Weise gegen die Marktpositionierung und das Verhalten im Umgang beispielsweise mit

der BMW-Ansiedlung gesprochen. Er weiß nämlich ganz genau, wohin der Hase läuft.

Von der Steuerreform, wie der des Jahres 2000, war ich nicht sonderlich überzeugt, denn diejenigen, die gehen wollten, sind nicht aufgehalten worden. Dem Mittelstand hat es nicht in ausreichendem Maße etwas gebracht, die Kommunen hatten einen Einnahmenverlust. An den Auswirkungen der Reform tragen wir heute noch.

Aber die Frontalkritik, dass die Reichen immer reicher werden und die Armen darunter leiden, dass die Reichen vor allen Dingen mit Unterstützung der Politik unverantwortlich zugunsten der Reichen verteilen, ist falsch, denn sie sagt im Grunde genommen den Menschen den Ast ab, auf dem sie sitzen. Aus dieser Situation gibt es keinen Ausweg. Wir politisch Verantwortlichen haben ja ein wenig mehr Gespür für die Abläufe in der globalen Wirtschaftswelt als Otto-Normalverbraucher und als solcher sage ich: Wir brauchen eine Unterstützung der Wirtschaft, in der die Akzeptanz der Wettbewerbsposition gegeben ist. Wir müssen Mut machen für internationale Märkte und Risiken. Wir müssen insbesondere Mut machen - Herr Müller sagte es - zur Netzwerkbildung für die Erschließung internationaler Märkte. Vor allem aber muss Politik für diejenigen, die die Verantwortung für Arbeitsplätze und Wirtschaftswachstum tragen, verlässlich sein.

An dieser Stelle belegt der Haushalt in seiner Struktur in Zahlen gegossen die Tatsache, dass die Koalition, die Regierung Wort hält.

Ich bin außerordentlich dankbar, dass das Parlament der grundsätzlichen Positionierung folgt, dass wir bei einer angespannten Haushaltslage alles dafür tun, die investiven Kräfte zu stärken und im Interesse der Wirtschaft des Landes einzusetzen. Das ist ein beschlossenes politisches Signal und ein wichtiger Impuls im Umgang mit der Wirtschaft. Es wird in der Reflexion - das möchte ich mit Dankbarkeit an dieser Stelle wiedergeben - dazu führen, die Missverständnisse zwischen Wirtschaft und Politik Schritt um Schritt abzubauen, wenn wir diesbezüglich gemeinsam nach vorn schauen.

An anderer Stelle gibt es Kritik. Man sagt mir oft: Traut uns mehr zu! - Die Lösungen für den Markterfolg werden in den Firmen im Miteinander von Arbeitnehmern und Unternehmern geschaffen. Man trägt vor allen Dingen an mich heran, dass wir stärker und konsequenter darangehen müssen, die Deregulierung und den Bürokratieabbau im Umgang zwischen Verwaltung und Unternehmen im Land wirksam werden zu lassen. Das Signal, die investiven Kräfte - die nationalen, internationalen und die Landeskräfte - dafür einzusetzen, die Wirtschaft zu befördern, ist außerordentlich wichtig. Ich möchte dem Parlament für sein Votum im Zuge der Haushaltsvorbereitungen meinen Dank aussprechen.

Ich möchte nicht auf einzelne Positionen eingehen. Wir haben plausibel argumentiert, uns mit verschiedenen Fragen auseinander gesetzt sowie zwischen dem Machbaren und dem Wünschenswerten abgewogen.

Ich möchte noch drei Anmerkungen machen. Zum einen geht es um das Coaching in Existenzgründerfragen und zum anderen um die Markterschließung. Drittens möchte ich etwas zu der Diskussion um die NUTS-VO sagen.

Erstens: Wir brauchen in dem Gründungsgeschehen ein Coaching, haben jedoch in den letzten Jahren festgestellt, dass es besser koordiniert werden muss. Wir befinden uns deshalb in Gesprächen mit den Kammern, um im Sinne der Kunden, der Nachfragenden, sicherzustellen, dass dieses Coaching treffgenau organisiert wird. Es ist eine Aufgabe, an die ich gemeinsam mit meiner Kollegin Ziegler herangehen will. Wir haben eine bessere Koordination verabredet, weil in Zukunft zwischen den EFRE- und den ESF-Mitteln insbesondere in diesem Bereich eine engere Vernetzung stattfinden kann und wir hier eine Koordinierungsaufgabe zu erfüllen haben.

Der Kontrolle, die das Parlament angekündigt hat, möchte ich mich gern stellen. Jedoch ist es ein sehr weites Feld mit sehr vielen Akteuren - auch privaten -, die das Gründungsgeschehen insbesondere aus den Hochschulen heraus stärker befördern wollen. Ich denke dabei an die private Professur von Klaus Krone oder an das Gründungsgeschehen, das insbesondere von SAP, von Herrn Plattner, in Potsdam auf den Weg gebracht worden ist. Daran sieht man, dass sich die Wirtschaft auch um den Nachwuchs kümmert. Dem Mangel an Unternehmern begehen wir aktiv.

Zweitens: Die internationale Markterschließung ist in der Tat reformbedürftig. Deshalb habe ich eine Veränderung in der Aufstellung der Auslandsplattformen vorgenommen bzw. bin noch dabei, diese vorzunehmen.

Andererseits wird es zukünftig noch stärker - das merke ich an den Anfragen der Unternehmen im Land - darauf ankommen, in so genannten Markterschließungsprojekten der Wirtschaft die Selbstorganisation der Markterschließung zu erleichtern. Ich will ausdrücklich neue Zielmärkte, neue Produkte zur Internationalisierung des Marktes unterstützen. Ich glaube, dass wir im System der Markterschließungsprojekte eine nachhaltigere Unterstützung geben können.

Drittens: Gestern und heute flammte die Diskussion um die NUTS-VO und ähnliche Strukturen auf. Ich halte es für fragwürdig, ja unverantwortlich, auf einer solchen Erkenntnisbasis erneut eine derartige Diskussion zu entfachen. Fakt ist: Wir verfolgen die Entwicklung in Brüssel sehr intensiv. In einer Sache sind wir uns doch einig: Wir werden alles daran setzen, um unter den Bedingungen der EU der 25 den Bedürfnissen des Mittelstandes die bestmöglichen Voraussetzungen zu schaffen, um in den nächsten Jahren auch im Land Brandenburg die Entwicklung der Wirtschaft im Grenzraum zu Polen sichern zu helfen.

Ich möchte an dieser Stelle ein wenig weg von der einseitigen NUTS-Betrachtung warnen und klarstellen, dass es im Kern um insgesamt drei Säulen geht, die wir nicht losgelöst voneinander diskutieren dürfen, die aber immer wieder aufeinander abgestimmt und verhandelt werden. Das erste ist die NUTS-Verordnung, die nichts anderes regelt als die statistische Grundlage für die Bestimmung der wirtschaftlichen Potenziale im Land und deren differenzierte Struktur.

Als zweites haben wir die Strukturfondsverordnung, in der festgelegt wird, in welcher Höhe für welche Zielgebiete welche Mittel eingesetzt werden.

Das dritte ist die Beihilferegelung; sie ist eine ganz entscheidende Größe. Diese regelt im Abgleich der einzelnen Zielgebiete, in welcher Höhe eine öffentliche Beihilfe getätigt werden

kann. Die statistische Basis ist stabil, sie wird im Grunde genommen fortgeschrieben, aber die beiden anderen Regelwerke, die Strukturfonds- und die Beihilferegelung, stehen gegenwärtig in Rede und werden verhandelt.

Wir müssen unsere Position in diesen Prozess einbringen, weil wir nicht direkt, sondern via Bundesregierung verhandeln. Es ist die Position unter den obwaltenden statistischen Bedingungen: Wir wollen die Folgen des so genannten statistischen Effekts abmildern bzw. abwenden. Ich möchte klarstellen: Wir vertreten gemeinsam die Position, dass selbst bei einer Zweiteilung des Landes die Breite der Förderziele für das ganze Land erhalten bleibt, und nur für den Fall, dass Verhandlungsergebnisse es erfordern, die Volumina im Norden oder Süden des Landes unterschiedlich eingesetzt werden.

Ich appelliere an Sie, dies bei allem öffentlichen Interesse - ich tausche mich auch mit den Akteuren der Wirtschaft in dieser Frage sehr intensiv aus - nicht auseinander zu reißen und im Umgang mit der Kommission Solidität bei der Formulierung unserer Interessen zum Ausdruck zu bringen. Unsere Interessen sind klar; wir haben sie formuliert: Wir nehmen es nicht hin, dass uns ein statistischer Effekt aus einer Förderposition herausdrängt. Wir erwarten als Antwort von der Bundesregierung neben ihrer Vermittlung bei der Europäischen Kommission, dass dieser statistische Effekt - wie es ihn in anderen Regionen auch gibt - in der nächsten Haushaltsperiode 2007 bis 2013 eine besondere Ausgestaltung erhält. Es ist gut, wenn wir diese Position gemeinsam vortragen.

Wir sind eng an diesem Thema dran; ich fahre demnächst nach Brüssel. Wir führen klärende Gespräche und Verhandlungen; daher sollten wir kein weiteres Durcheinander erzeugen.

Die Basis ist: Wir setzen die investiven Mittel für das Wirtschaftswachstum im Lande ein. Mit der gemeinsamen Position für Deregulierung und Entbürokratisierung haben wir auch der von der Wirtschaft vor der Wahl an uns gestellten Erwartung Rechnung zu tragen: Nach der Wahl verfahren wir nicht mehr nach dem Gießkannenprinzip, sondern investieren zielgenauer in Branchen, in Stärken.

Was die Regierung bisher geleistet hat, ist, den Teil der gewerblichen Wirtschaft zu strukturieren und zu modellieren. Die Klärung des Miteinanders aller Politikfelder in den regionalen Wachstumskernen, die zu Recht abgefordert wird, und die Klärung der besonderen Bedürfnisse der einzelnen Branchen in ihrer Aufstellung als Kompetenzfelder und Cluster, sind zukünftig noch zu leistende Aufgaben.

Herr Müller, ich bin gern bereit, neben den Impulsen, die die Branchen geben, den politischen Raum in diese Diskussion einzubeziehen. Wir haben eine Strategie, auch wenn Sie, Frau Hesselbarth, sie nicht wahrnehmen oder nicht begriffen haben. Sie lautet: Die Landesregierung richtet bei der Wirtschaftsförderung einen scharfen Blick zuallererst auf die vorhandene Wirtschaft. Wir unterstützen die Wirtschaft im Land, weil wir der Überzeugung sind, dass eine sich entwickelnde Wirtschaft das beste Aushängeschild für die wirtschaftliche Profilierung des Landes ist und größte Anziehungskraft für neue Interessenten und Investoren besitzt, denen wir ein guter Gastgeber sein möchten.

(Frau Hesselbarth [DVU]: Sie werden sich daran messen lassen müssen!)

Ich bitte Sie, dem Einzelplan 08 zuzustimmen. - Vielen Dank.

(Beifall bei CDU und SPD)

Präsident Fritsch:

Vielen Dank, Herr Minister. - Ich begrüße eine 9. Klasse der Gesamtschule Sachsenhausen.

(Allgemeiner Beifall)

Ihr hattet gerade Gelegenheit, die Strategie des Wirtschaftsministers zu hören. Das Wort geht noch einmal an die CDU-Fraktion. Bitte sehr, Herr Homeyer.

Homeyer (CDU):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte in meinem Redebeitrag auf ein Politikfeld eingehen, auf dem wir meiner Meinung nach als Parlamentarier gemeinsam mit der Landesregierung viel für Brandenburg bewegen können: Abbau von Bürokratie und von staatlichen Regelungen. In verschiedenen Redebeiträgen kam schon zum Ausdruck, dass die Wirtschaftsförderung in Brandenburg auf neue Füße gestellt wird. „Stärken stärken“ lautet das Motto, welches zu unterstützen ist; das ist der richtige Weg.

Aber machen wir uns nichts vor, liebe Kolleginnen und Kollegen: Brandenburg kann seine Chancen nur nutzen, wenn der Köder dem Fisch schmeckt und nicht dem Angler. Brandenburg muss also als ein investitionsfreundliches Bundesland in Erscheinung treten. Dazu gehört, dass Brandenburg alles tun muss, um staatliche Regelungen und Bürokratie entschlossen abzubauen. Verschiedenen Presseveröffentlichungen ist zu entnehmen, dass der Leidensdruck mittlerweile so groß ist, dass jetzt Handeln angesagt ist.

Wir alle wissen, in Brandenburg und insbesondere in der Bundesrepublik gibt es eine überbordende Bürokratie - Regelungen, die die Wettbewerbsfähigkeit verschlechtern und den Standort Deutschland unattraktiv machen oder sogar gefährden. Dies schreckt Investoren ab, lähmt die Wirtschaft. In Großbritannien, Österreich und Dänemark werden Investitionen für Unternehmen in manchen Fällen innerhalb von vier Tagen über die Bühne gebracht; bei uns dauert es durchschnittlich 42 Tage, also zehnmal so lange. Ich meine, Deutschland kann sich das auf Dauer nicht erlauben. Das Dickicht des deutschen Vorschriftenwaldes wirkt lähmend, der Behördenmarathon frustriert. Unnötige Bürokratie ist Vernichtung von Arbeitszeit und Geld. Das muss ein Ende haben.

(Beifall bei der CDU)

Wir Deutschen glauben, dass den Menschen mit der Ausweitung des Staates und immer neuen Vorschriften Gutes getan wird. Mehr Gerechtigkeit, mehr Sicherheit, mehr Stabilität sollte dadurch geschaffen werden. Doch wir sind mittlerweile weit über das Ziel hinausgeschossen. Viele Gesetze und Regelungen, die als Segen gedacht waren, sind zum Fluch für Wachstum und Arbeitsplätze geworden. Experten schätzen die Bürokratiekosten für Unternehmen in Deutschland auf mittlerweile 46 Milliarden Euro. Diese immense Summe müssen

Unternehmen neben anderen Kostenbelastungen verkraften bzw. können sie nicht für Investitionen nutzen.

(Dr. Klocksinn [SPD]: Wer hat denn das ausgerechnet?)

- Führende Wirtschaftsinstitute, Herr Kollege! Die Zahl ist nachzulesen. - So muss zum Beispiel ein Kleinunternehmen mit bis zu neun Mitarbeitern je Mitarbeiter bis zu 4 300 Euro dafür einkalkulieren. Für einen Unternehmer, der bis zu 20 Beschäftigte hat, haben sich die Bürokratiekosten in den letzten Jahren mehr als verdoppelt. Bei Großunternehmen ist das nicht der Fall. Hier liegt die Summe gerade einmal bei 350 Euro. Das heißt, die staatliche Regelungsflut trifft insbesondere kleinere und mittlere Unternehmen und damit Brandenburg in vollem Maße.

Woraus ergeben sich diese Bürokratiebelastungen? - Wir wissen es: Sozialversicherung, Arbeitsrecht, Arbeitsschutz, häufige Änderungen des Steuerrechts, Statistiken, überzogene Umweltschutzregularien. Allein die Aufzählung macht deutlich, in welchen Bereichen ein Kleinunternehmer oder mittelständischer Unternehmer heute nebenbei Experte sein muss, um erfolgreich am Markt zu agieren. Ich möchte an dieser Stelle an die aktuellen Diskussionen zum Antidiskriminierungsgesetz erinnern.

Die CDU-Fraktion hat bereits in den Koalitionsverhandlungen deutlich gemacht, was sie will: weg mit Investitionshemmnissen, Verkürzung von Genehmigungsverfahren, Öffnungs- und Experimentierklauseln, eine mittelstandsfreundliche Verwaltung. In diesem Zusammenhang, Herr Kollege Müller, hat es mich gefreut, in einem Artikel vom 09.05.2005 mit der Überschrift „Die Frösche rühren sich nicht“ lesen zu dürfen, dass gerade Sie - ich gehe davon aus, dass Ihre Stimme als Wirtschaftsexperte, als Sprecher und Vorsitzender des Wirtschaftsausschusses des Landtags in Ihrer Fraktion Gewicht hat - im Zusammenhang mit der Frage, wie wir die Bürokratie in Brandenburg künftig schneller und besser in den Griff bekommen, gesagt haben, dass Sie nicht mehr so recht daran glauben, dass die Verwaltung - die Exekutive - das auf die Reihe bekomme; sie habe es in zehn Jahren nicht geschafft. Das müsse nun einen neuen Schwung bekommen. Ich zitiere:

„Seit mehr als zehn Jahren warten wir vergeblich darauf, dass Regierung und Verwaltung bei der Entbürokratisierung Ergebnisse vorlegen. Müller plädiert für brachiale Maßnahmen. Er will neue Gesetze und Verordnungen zeitlich befristen und alten Regelungen nur noch eine Restlaufzeit einräumen. Damit werde die Verwaltung unter Zugzwang gesetzt und sie müsse überzeugend erklären, warum eine Vorschrift Bestand haben soll.“

Ich unterstütze Sie, Herr Müller.

Ich mache Ihnen einen Vorschlag - wir beide sind ja Mitglied im Wirtschaftsausschuss -: Wir setzen uns heute für eine halbe Stunde zusammen - länger brauchen wir vermutlich nicht - und haben dann einen entsprechenden Antrag auf den Weg gebracht; das ist eigentlich ganz einfach. Anschließend, Herr Müller, werben wir in unseren Fraktionen - Sie in Ihrer, ich in meiner - für diesen Antrag. Dann brauchen wir auch keinen Ausschuss,

(Beifall des Abgeordneten Schippel [SPD])

für den mein Kollege Lunacek, unser Fraktionsvorsitzender, kämpft.

(Schippel [SPD]: Fachbezogen, jawohl!)

Damit haben wir etwas Gutes für Brandenburg getan.

Ich will damit Folgendes deutlich machen: Alle Fraktionen, die SPD, die CDU - auch bei der PDS-Fraktion würden wir wohl Unterstützung bekommen - ,

(Vereinzelt Beifall bei der PDS)

wissen, dass in Brandenburg etwas geschehen muss.

(Vereinzelt Beifall bei CDU und SPD)

Wenn sich Landrat Gieseke öffentlich darüber freut, dass seine Kreisverwaltung die Baugenehmigung für das Verteilerzentrum der Volkswagen AG in Ludwigsfelde innerhalb von nur sieben Wochen erteilen konnte,

(Zuruf der Abgeordneten Dr. Enkelmann [PDS])

dann fordere ich ein solches Tempo für alle Unternehmen in Brandenburg, ob Großkonzern oder Handwerker, ob Mittelständler oder Einzelhändler.

(Beifall bei der CDU - Zuruf des Abgeordneten Schulze [SPD])

Auf allen staatlichen Ebenen muss ein Umdenken einsetzen. Damit verkünde ich keine Neuigkeiten. Wir alle wissen, dass die Zeit drängt. Meine Hinweise zu den Vorschlägen von Heiko Müller habe ich gar nicht ironisch gemeint. Über diese Vorschläge und über den Kommentar dazu habe ich mich wirklich gefreut, weil das zeigt, dass in der SPD wie letztendlich in allen Fraktionen der Druck mittlerweile so groß ist, dass sich in dieser Frage etwas Entscheidendes bewegen könnte.

Kürzlich zeigte mir der Inhaber einer brandenburgischen Bäckerei, und zwar nicht einer kleinen, sondern einer der größten im Lande, ein Schreiben, das er von der zuständigen Ordnungsbehörde erhalten hatte. Hintergrund dafür ist Folgendes: Der Inhaber der Bäckerei möchte vor einer seiner Filialen zwei Tische und zwei Stühle aufstellen und dort einen kleinen Imbiss anbieten - vielleicht auch einen halben Arbeitsplatz schaffen. Dieser Brandenburger Bäckermeister, ein gestandener Unternehmer, der mehrere Filialen aufgebaut und hart gearbeitet hat, bekam von dem zuständigen Ordnungsamt ein Schreiben des Inhalts, was nach dem Gaststättengesetz und nach weiteren Gesetzen dazu alles gefordert wird: drei Grundrisszeichnungen sämtlicher zum Gewerbebetrieb gehörenden Räume, Maßstab 1 : 100, drei Betriebsbeschreibungen der Räume, drei Lagepläne, Führungszeugnis des Antragstellers, Auskunft aus dem Gewerbezentralregister, Unterrichtsnachweis der Industrie- und Handelskammer, Gesundheitszeugnis des Antragstellers, Unbedenklichkeitsbescheinigung der zuständigen Stadt- und Amtsverwaltung, steuerliche Unbedenklichkeitsbescheinigung des Finanzamts.

Glauben Sie, meine Damen und Herren, dass ein Unternehmer in Brandenburg noch Lust hat, zwei Tische aufzustellen und einen kleinen Imbiss anzubieten? Ich frage Sie, liebe Kollegin-

nen und Kollegen: Wäre es nicht vernünftiger gewesen, wenn der Chef des Ordnungsamts mit dem Bäckermeister ein Gespräch geführt hätte nach dem Motto: „Wie bekommen wir das gemeinsam gebacken, dass du deinen kleinen Imbiss aufmachst, deinen Kaffee anbietest, wie kann das Amt dabei helfen?“ - Solche Schreiben wie das gerade vorgetragene sind frustrierend.

Ich meine, wir dürfen nicht länger nur darüber reden, sondern müssen solche Hemmnisse für unsere Unternehmen aus dem Weg schaffen, wobei der gute Wille manchmal schon der halbe Weg ist. Deshalb ist es auch sehr wichtig - wir sollten die Landesregierung dabei unterstützen -, dass die zentrale Normenprüfstelle endlich auf den Weg kommt und ihre Arbeit aufnehmen kann.

Der Unternehmer hat im täglichen Wettbewerb zu bestehen und kann Diskussionen über Personalstellen nicht verstehen. Es ist unser erklärtes Ziel als Koalition, den Normenbestand des Landes abzubauen und die Standards zu reduzieren. Geben wir unseren Unternehmen endlich die notwendige Unterstützung, so dass sie die besten Bedingungen zum Wirtschaften haben, hier in Brandenburg Erfolg haben, dass Kapital hierher kommt, dass sie auch die Gewissheit haben, willkommen zu sein, und dass die jungen Leute unser Land nicht mehr verlassen. Ich sage es noch einmal in aller Deutlichkeit - wir alle wissen es -: Es tut weh, dass jährlich 20 000 junge Leute unser Land verlassen. Wir müssen alles dafür tun, was unsere Möglichkeiten als Parlamentarier hergeben - wir können eine ganze Menge tun -, dies so weit wie möglich zu verhindern. Darum geht es mir. Das ist mein Anliegen. Ich meine, es lohnt sich, dafür leidenschaftlich zu kämpfen. Die Chancen stehen gut. Ich bitte um Ihre Unterstützung. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei CDU und SPD)

Präsident Fritsch:

Meine Damen und Herren, wir kommen zur Beschlussfassung über die vorliegenden Anträge.

Zunächst lasse ich über den Änderungsantrag der DVU-Fraktion, Drucksache 4/1200, abstimmen. Wer diesem Änderungsantrag folgen möchte, den bitte ich um sein Handzeichen. - Gibt es Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Dieser Änderungsantrag ist ohne Enthaltung mit sehr großer Mehrheit abgelehnt worden.

Der nächste Änderungsantrag ist ebenfalls von der DVU-Fraktion gestellt worden und findet sich in der Drucksache 4/1201. Wer diesem Änderungsantrag folgen möchte, den bitte ich um sein Handzeichen. - Gibt es Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Dieser Änderungsantrag ist ohne Enthaltung mit sehr großer Mehrheit abgelehnt worden.

Ich rufe den Änderungsantrag der PDS-Fraktion, Drucksache 4/1170, und in Verbindung damit den Änderungsantrag in Drucksache 4/1171 auf. Wer diesen beiden Änderungsanträgen folgen möchte, den bitte ich um sein Handzeichen. - Gibt es Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Bei einigen Stimmenthaltungen sind diese beiden Änderungsanträge abgelehnt worden.

Der folgende Änderungsantrag ist wiederum von der DVU-

Fraktion gestellt worden und findet sich in der Drucksache 4/1202. Wer möchte diesem Änderungsantrag zustimmen? - Gibt es Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Dieser Änderungsantrag ist ohne Stimmenthaltung mit sehr großer Mehrheit abgelehnt worden.

In der Drucksache 4/1235 findet sich ein weiterer Änderungsantrag der DVU-Fraktion. Wer diesem Änderungsantrag zustimmen möchte, den bitte ich um sein Handzeichen. - Gibt es Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Ohne Stimmenthaltung ist dieser Änderungsantrag mit sehr großer Mehrheit abgelehnt worden.

Nun steht der Änderungsantrag der PDS-Fraktion in der Drucksache 4/1244 zur Abstimmung. Wer diesem Änderungsantrag zustimmen möchte, den bitte ich um sein Handzeichen. - Gibt es Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Bei einer Stimmenthaltung ist dieser Änderungsantrag mit großer Mehrheit abgelehnt worden.

Der Änderungsantrag in der Drucksache 4/1203 ist wiederum von der DVU-Fraktion gestellt worden. Wer diesem Änderungsantrag zustimmen möchte, den bitte ich um sein Handzeichen. - Gibt es Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Dieser Änderungsantrag ist ohne Enthaltung mit sehr großer Mehrheit abgelehnt worden.

Jetzt steht der Änderungsantrag der DVU-Fraktion, Drucksache 4/1204, zur Abstimmung. Wer diesem Änderungsantrag folgen möchte, den bitte ich um sein Handzeichen. - Gibt es Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Dieser Änderungsantrag ist ohne Enthaltung mit sehr großer Mehrheit abgelehnt worden.

Wir kommen zur Abstimmung über den Änderungsantrag der DVU-Fraktion, Drucksache 4/1205. Wer möchte diesem Änderungsantrag zustimmen? - Gibt es Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Ohne Stimmenthaltung ist dieser Änderungsantrag mit sehr großer Mehrheit abgelehnt worden.

Wir kommen zur Beschlussempfehlung des Ausschusses für Haushalt und Finanzen zum Einzelplan 08, Drucksache 4/1108. Der Ausschuss empfiehlt die Annahme des Einzelplans 08 mit den beschlossenen Änderungen. Wer dem folgen möchte, den bitte ich um sein Handzeichen. - Gibt es Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Ohne Stimmenthaltung ist die Beschlussempfehlung mit Mehrheit angenommen worden.

Damit schließe ich die Aussprache zu Einzelplan 08.

Wir sind weiterhin bei Tagesordnungspunkt 2 und ich rufe auf:

Einzelplan 10 - Ministerium für Ländliche Entwicklung, Umwelt und Verbraucherschutz

Beschlussempfehlung und Bericht
des Ausschusses für Haushalt und Finanzen

Drucksache 4/1110

Die Aussprache hierzu wird mit dem Beitrag der SPD-Fraktion eröffnet. Für den erkrankten Abgeordneten Folgart spricht die Abgeordnete Lieske.

Frau Lieske (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Erlauben Sie mir, dass ich von dieser Stelle aus zunächst einen Gruß an unseren Kollegen Udo Folgart, der im Krankenhaus liegt, richte. Ich hoffe, dass es ihm bald besser geht und er unsere Reihen dann wieder bäuerlich stärken kann.

(Allgemeiner Beifall)

Er wird uns heute gerade bei der Debatte über den Einzelplan 10 aus fachlicher Sicht besonders fehlen.

Die heutige Zeit erfordert es, dass die ländlichen Räume für die Landwirtschaft und die Verbraucher durch die Politik entsprechend ausgestaltet werden. Die ländlichen Räume unseres Landes sind die etwa 1 400 kleinen Städte und Dörfer, die Gemarkungen, die Landschaften, die knapp 7 000 landwirtschaftlichen Betriebe und die forstwirtschaftlichen und sonstigen Betriebe außerhalb der Ballungszentren.

Die ländlichen Räume werden von etwa 900 000 Einwohnern geprägt, von denen immerhin noch etwa 40 000 in der Land- und Forstwirtschaft sowie Fischerei arbeiten. Jedoch hängt bundesweit jeder achte Arbeitsplatz direkt oder indirekt von der Land- und Forstwirtschaft ab. Vor dem Hintergrund der Stärkung und Entwicklung der ländlichen Räume ist die Stärkung des Kernbereichs Landwirtschaft unerlässlich. Die Verabredung der Agrarwirtschaftsinitiative für unser Land zwischen Politik, Verwaltung und Wirtschaft ist der richtige Ansatz zur richtigen Zeit. Das Ziel ist - wie überall - die Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen mit Zukunftschancen.

Zu den Inhalten der Agrarwirtschaftsinitiative nenne ich einige Beispiele: Beibehaltung der Finanzrahmen der Förderprogramme, wobei der Status quo zu sichern ist, keine Kürzung der Haushaltsansätze für Investitionen bei der Ausgleichszulage und beim KULAP, Rückfluss der Modulationsmittel in die produzierenden Betriebe, Erhalt der Gemeinschaftsaufgabe „Agrar- und Küstenschutz“ und - für alle Programme - die Kofinanzierung. Die Bundes- und EU-Rahmengesetzgebung muss 1 : 1 - zum Beispiel in der Dünge- und Tierhaltungsverordnung - ohne deutsche, aber auch ohne Brandenburger Alleingänge umgesetzt werden.

Die positive Begleitung von Investitionen durch die Schaffung eines positiven Investitionsklimas in Politik und Verwaltung ist weiterhin zu stärken, wie aus dem Bereich der Wirtschaft bereits zu hören war.

Bei der Bioenergiegewinnung und Verwertung nachwachsender Rohstoffe sind neue Standbeine für die Land- und Forstwirtschaft zu schaffen. Zum Beispiel müssen Biogas, Bioethanol, Biodiesel und die Holzverwertung einen immer breiteren Raum einnehmen.

Die Multifunktionalität wird in der Landwirtschaft und im ländlichen Raum durch den Tourismus gesichert. Sehr wichtig - gerade für den Bereich der Landwirtschaft - sind die Werbung von Nachwuchs und die Ausbildung. Ein Generationswechsel, der angezeigt ist, muss abgesichert werden. Das Programm „Land aktiv“, das Kinder und Jugendliche für den ländlichen Raum und für die Landwirtschaft begeistern soll, ist eine tolle Sache und wird durch die Förderung des Ministeriums für

Ländliche Entwicklung, Umwelt und Verbraucherschutz begleitet. Fünf Regionalbeauftragte sind im Land unterwegs und sollen in den folgenden drei Jahren diese Zielstellung verfolgen.

Zum Antrag der SPD-Fraktion: Um uns herum gibt es stets Veränderungen im gesellschaftlichen Leben, im Klima - in allen Bereichen. Neue Ansätze für die Produzierenden im ländlichen Raum sind ständig zu entwickeln und zu begleiten, zum Beispiel das integrierte Land- und Wassermanagement, die Forschung im Landschaftssystem, die Integration von Natur- und Umweltschutz, die Landschaftspflege und die artgerechte Tierhaltung.

Forschung und wissenschaftliche Lehre als prioritäres Entwicklungs- und Förderziel der Landesregierung müssen sich im Engagement für den ländlichen Raum widerspiegeln. Eine umweltverträgliche, nachhaltige Produktion vorrangig mit Tieren - die Veredelung - der Multifunktionalität muss unser Ziel sein. Deshalb dürfen keine Kürzungen bei den Bund-Länder-Instituten - „Blaue Liste“ genannt - und den Mehrländerinstituten des Agrarbereichs zugelassen werden. Eine Erhöhung um 600 000 Euro für die Blaue-Liste-Institute und um 105 000 Euro für die Mehrländerinstitute hat im Fachausschuss die Zustimmung erhalten. Dieser Vorschlag wird durch frei werdende Mittel aus dem Freiwilligen Ökologischen Jahr und durch Vorhaben gedeckt, die mit EU-Mitteln gegenfinanziert werden können.

Zu den weiteren in die Haushaltsdebatte eingeflossenen Anträgen werde ich in meinem nachfolgenden Vortrag Stellung nehmen. - Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Fritsch:

Vielen Dank, Frau Lieske. - Für die Fraktion der PDS hat die Abgeordnete Wehlan das Wort. Bitte schön.

Frau Wehlan (PDS):

Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! In der vergangenen Woche erblickte - vom Parlament völlig unbemerkt - der Agrarbericht 2005 über eine Pressekonferenz des Ministers das Licht der Öffentlichkeit. Das wird auch in Zukunft so sein; denn unter der Überschrift „Bürokratieabbau“ haben die Koalitionsfraktionen entschieden, dass sich der Landtag mit diesem Bericht nicht mehr zu beschäftigen hat. Dabei strotzt der Bericht vor Informationen, zum Beispiel darüber, was im Jahr 2004 an Finanzmitteln wohin geflossen ist, dass der Agrarsektor 25,6 Millionen Euro weniger Mittel bereitgestellt bekommen hat als im Vorjahr und wie die Entwicklung des Agrarbereichs, der Landwirtschaft und des ländlichen Raums von der Landesregierung bewertet wird. Es ist demnach ein Daten- und Faktenmaterial, das nicht nur in den Haushaltsdiskussionen Beachtung finden sollte. Meine Kollegin Lieske hat ebenfalls aus diesem Datenmaterial geschöpft.

Im vorangestellten Grußwort des Ministers zum Agrarbericht wird deutlich auf die angespannte Situation Brandenburger Milchbauern verwiesen, was ich ebenfalls tun möchte; denn die Situation ist symptomatisch und kann sehr schnell über

Entscheidungen zur Sicherung der Liquidität - auch in Anbetracht der bisher prognostizierten Frühjahrsausfälle - Haushaltsrelevanz erlangen.

Sie wissen, vor zwei Wochen fanden vor Discountern in allen Landesteilen Protestveranstaltungen der Milchbauern statt, die die Rechnung zwischen dem Preissturz bei Milch und steigenden Erzeugerkosten für Energie, Futtermittel und Sozialbeiträge aufmachten. Im Jahr 2003 belief sich der Verlust für Brandenburger Milchbauern auf 58 Millionen Euro. Man muss kein Landwirt sein, um die daraus resultierende Bedeutung zu begreifen, zumal der Preisverfall im Jahr 2004 anhielt und im Jahr 2005 anscheinend weitergeht.

Gemäß dem jüngsten Agrarbericht der Bundesregierung haben die Milchbauern bereits jetzt das geringste Monatseinkommen unter den Landwirten, sind die Investitionen in die Milchviehhaltung die teuersten in der Landwirtschaft. In Anbetracht eines Milchpreises von 26 bis 31 Cent ist an Neuinvestitionen nicht mehr zu denken. Ein Berufsstand, der einen wichtigen Beitrag zu Arbeit und Einkommen im ländlichen Raum leistet, gerät in Gefahr.

Die eigentlichen Verdienner sind hoch monopolisierte, international verflochtene Handelsketten. Sie halten die Verbraucherpreise für Nahrungsmittel auf Kosten der Landwirte bewusst niedrig. Mit diesem Preisdumping betreiben sie eine immer aggressiver werdende Expansion zur Sicherung größerer Marktanteile und fahren - wie ihre eigenen Statistiken zeigen - auf Kosten der Landwirte steigende Profite ein.

In der Kombination von marktorientierten, begründeten Erzeugerpreisen, Leistungspreisen für ökologische und landeskulturelle Dienste und direkten Subventionen in ungünstigen Gebieten liegt der Schlüssel zum Erfolg. Auch deshalb an dieser Stelle von uns ein positives Signal zur Sicherung der Ausgleichszulage. Vor allem die Politik ist hier gefordert. Es wäre zugleich eine Lösung, um Ausgleichszahlungen der EU zu begrenzen bzw. schrittweise abzubauen, ohne damit die Existenz der Agrarunternehmer - auch in Brandenburg - zu gefährden.

Die Politik ist ebenso gefordert, wenn es um hausgemachte Probleme bei den stetig steigenden Erzeugerpreisen - unter anderem bei den Energiepreisen - geht. Mit den Stimmen von Brandenburg wurde das rot-grüne Haushaltsstrukturgesetz auf den Weg gebracht, das Kürzungen beim Agrardiesel und mit der Festlegung von Obergrenzen erstmals eine typische Ostvariante vorsieht.

Das ist ein Dambruch, womit in die Wirtschaftlichkeit Brandenburger Agrarbetriebe - auch der Milchbauern - eingegriffen und der ländliche Raum in seiner strukturellen Substanz erheblich geschwächt wird.

Für einen angeblichen, nirgendwo nachzulesenden Kompromiss zur weiteren Verwertungspraxis der BVVG haben Sie gegen Ihren eigenen Koalitionsvertrag verstoßen, der festschreibt - ich zitiere -:

„Die Koalition wirkt darauf hin, dass der Bund nicht durch Regelungen die brandenburgische Landwirtschaft in ihrer Struktur benachteiligt.“

Ich unterstütze Ihre Kritik an den Billigkampagnen bei Lebens-

mitteln, Herr Minister, im Grußwort zum Agrarbericht. Aber die Zustimmung der Landesregierung zu Kürzungen beim Agrardiesel wiegt mindestens ebenso schwer.

Dass der ländliche Raum mit seinen fast 800 000 Bewohnern in seiner Gesamtheit nicht die erforderliche Aufmerksamkeit durch die Landesregierung erfährt, macht nicht erst die neueste Debatte zur Diskussion über das Metropolenkonzept deutlich. Wo spiegelt sich zum Beispiel eine Reaktion auf die infolge der GAP-Reform zu befürchtenden Einschnitte in der Bewirtschaftungsintensität wider? Es reicht doch nicht aus, Landwirte mit „Florida-Rolf“ zu vergleichen und zu unterstellen, dass diese es sich zukünftig auf Mallorca gut gehen lassen. Hier muss durch eine deutliche Schwerpunktsetzung auf Bereiche, die nicht an Garantiezahlungen gebunden sind, gegengesteuert werden.

Dabei anerkennen wir durchaus die Entwicklungen bei Biogas. Der Biogipfel bzw. Energiegipfel der Landesregierung mit dem Landesbauernverband hat dazu positive Akzente gesetzt. Das reicht aber nicht aus, meinen wir. Stichworte wie Berliner Markt, Tourismus- und Absatzförderung, eingeschlossen die Verarbeitung und Vermarktung von Ökoprodukten, sollen an dieser Stelle genügen.

Zum bürokratischen Bumerang hat sich die GAP-Reform im Einzelplan 10 entwickelt. Nicht nur, dass Landwirte über den Antragswust berechtigt stöhnen, 2 Millionen Euro mehr müssen von der Landesverwaltung aufgewendet werden, um den bürokratischen Anforderungen bei der Kontrolle und Umsetzung gerecht zu werden.

Ich komme zu einem weiteren Problem - zur Holzherzeugung. Während sich der Landeswald am Rande des Nachhaltigkeitsbewusstseins bewegt, gelingt die Überwindung der strukturellen Defizite im Privatwald, besonders im kleinen Privatwald, nach wie vor nicht. Die Konsequenzen aus der überstürzten Änderung der Entgeltordnung sind im Einnahmeplan der Landesforstverwaltung nachzulesen. Verträge wurden gekündigt, Einnahmeausfälle im Landeshaushalt sind die Folge, ohne - wohlgemerkt - dass die Bewirtschaftung nunmehr durch Dritte erfolgen würde.

Wir sind gespannt, wie sich die Forstwirtschaft in den nächsten Jahren entwickeln wird. Immerhin ist sie ja als Zukunftscluster identifiziert worden, auch wenn sich das im Agrarhaushalt so noch nicht widerspiegelt.

Vielleicht nur eine Randnotiz, Herr Minister Woidke: Die Einnahmeplanung der Landesforstverwaltung im Bereich der Jagd ist ebenfalls rückläufig. Das lässt zumindest auf den ersten Blick Zweifel daran aufkommen, dass es in Ihrem Haus mit der Reduzierung der Wilddichte ernst gemeint ist. Immerhin wäre das Land auf seinen eigenen Flächen in der Pflicht, eine Vorbildrolle zu übernehmen.

Positiv werten wir die sachliche Diskussion im Fachausschuss und die Übereinstimmung in der Ausfinanzierung der Arbeit der Verbraucherschutzzentralen sowie zur Unterstützung einer Reihe von Forschungsinstituten des Landes. Ich denke, es ist beim zuständigen Mitarbeiter im Ministerium angekommen, dass die Deckungsquellen künftig sachkundiger darzustellen sind. Dies war ja dann auch durch das Mitwirken meiner Fraktion möglich.

Sehr geehrter Herr Dr. Woidke, verehrte Kolleginnen und Kollegen, ich erinnere mich noch sehr genau an Ihre Äußerungen in der vergangenen Legislaturperiode, in denen Sie sich sehr kritisch mit der Organisation der Gewässerunterhaltung in Brandenburg auseinander gesetzt haben. Wir waren uns da in der Argumentation sehr nahe und vor allem in der Politik sowie hinsichtlich der Kritik an dem beim notwendigen Pflegeaufwand und den Kosten festgestellten übergroßen Gefälle.

Der vorliegende Haushaltsentwurf lässt nicht erkennen, dass in diesem Bereich Sparsamkeit Einzug hält. Ich weiß, dass der kluge Haushälter vorbeugt. Die nächste globale Minderausgabe kommt bestimmt. Aber derart offensichtlich über Bedarf und Mittelabfluss hinaus zu planen kann die Opposition nicht unkommentiert lassen. Wir haben diesen Teil der Mittel zur Deckung unserer Anträge herangezogen. Sie sind bei wirklich dringenden sozialen Projekten im Land besser eingesetzt und werden auch dem ländlichen Raum zugute kommen.

(Beifall bei der PDS)

Präsident Fritsch:

Wir setzen die Debatte mit dem Beitrag der CDU-Fraktion fort. Der Abgeordnete Helm spricht.

Helm (CDU):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die finanziellen Rahmenbedingungen, von denen der Landeshaushalt 2005/2006 ausgeht, sind erdrückend. Spielraum des Landes zur Gestaltung eigener Landwirtschaftspolitik ist einfach nicht mehr vorhanden.

Der oberste Grundsatz der Haushaltspolitik heißt deshalb sparen. Dennoch können wir mit einer gewissen Genugtuung feststellen, dass es gelungen ist, einen Haushalt aufzustellen, von dem keine zusätzlichen Belastungen für die Landwirte in Brandenburg ausgehen. Die eingestellten Mittel sind von uns Landwirten als Mittel zur Selbsthilfe zu begreifen und einzusetzen.

Die Zuschüsse für unsere außeruniversitären Forschungseinrichtungen und die Institute der „Blauen Liste“, einschließlich der Verbraucherschutzzentralen, werden weiterhin auf dem bisherigen Niveau gewährt.

Wo Agrarpolitik gemacht wird, ist deutlich an der Förderkulisse, die zu 84 % von der EU, zu 9 % vom Bund und nur zu 7 % von Brandenburg finanziert wird, abzulesen.

In den zurückliegenden Jahren habe ich immer formuliert, dass Landwirtschaft gerade auch in Brandenburg ein Wachstumsmotor für den ländlichen Raum ist. Dieser Motor gerät zunehmend ins Stottern, wenn sich die äußeren Bedingungen weiter so verschlechtern und komplizieren, wie es gerade in den letzten Jahren passiert ist. Agrardiesel, Legehennenverordnung, Pflanzenschutzzulassung, Düngeverordnung und als Krönung nun die geänderte Agrarförderung und hierzu das Antragsverfahren der EU sind dafür die entscheidenden Stichworte. Die Berechenbarkeit im unternehmerischen Handeln tendiert gegen null.

In Brandenburg können wir darauf Einfluss nehmen, dass die Kofinanzierung der Förderprogramme, die investive Förderung

und andere Maßnahmen, die dem Agrarbereich direkt zufließen, weitgehend gesichert bleiben. Der vorliegende Entwurf des Einzelplans 10 entspricht diesem Erfordernis.

Erhebliche Kritik wurde an der Mittelzuweisung für die Erweiterung des ökologischen Landbaus geäußert. Denn es ist doch unverantwortbar, diese Produktionsform gegen den Markt ohne entsprechende Verarbeitungs- und Vermarktungsstrukturen flächenmäßig weiter auszuweiten. Eine Wachstumsbranche ist es nur, wenn der Verbraucher darin eine ernährungspolitische Notwendigkeit erkennt und bereit ist, dafür die höheren Preise zu zahlen. 200 Euro höhere Kosten pro Hektar sind nur über den Markt und nicht durch den Ruf nach einer nicht begründeten Förderung auszugleichen.

Positiv möchte ich an dieser Stelle auch die Fördermöglichkeiten im Forstbereich erwähnen. Die Unterstützung im Waldbau und bei der Bildung forstwirtschaftlicher Zusammenschlüsse sowie - jetzt neu - die Förderung eines höheren Anteils an Totholz und Höhlenbäumen für die Baumbrüter in den Beständen, aber vor allem die höhere Nachfrage nach Holz durch die angesiedelte Holzindustrie im Land sind Maßnahmen, die die Forstwirtschaft unternehmerisch sowie naturschutz- und gesellschaftspolitisch wieder interessanter gemacht haben.

Frau Wehlan, ich bin ja etwas anderer Meinung als Sie. Ich bin Forstwirt und sage Ihnen: Wir schreiben bezüglich des Waldes richtig schwarze Zahlen. Da müssen sich die Eigentümer von Wald auch einmal überlegen, welche Pflicht sie als Eigentümer haben. Nicht immer nur der Ruf nach dem Staat ist hier gefragt.

Sehr große Sorgen bereitet mir allerdings die Politik auf Bundes- und auf EU-Ebene. Das bundesdeutsche Risiko für die Landwirte hat einen Namen: Bundesministerin Künast.

(Zuruf von der CDU: Genau!)

Die Belastungen aus dem Haushaltsbegleitgesetz des Bundes sind uns bekannt. Nicht bekannt ist, was sich hinter der Ankündigung einer zweiten Stufe der Agrarwende auf Bundesebene verbirgt. Wenn Frau Künast ausführt, dass kein Grundrecht auf Förderung besteht, die öffentlichen Mittel intelligent und gezielt eingesetzt werden müssen, ist das sicherlich richtig - aber bitte nicht wie bisher ideologiebestimmt, sondern immer am Erfordernis der aktuellen und zukünftigen Agrarpolitik orientiert.

Ein anderes Problem ist die aktuelle Bodenpolitik der Bundesregierung, die bereits angesprochen wurde. Die Bewirtschaftung von ca. 300 000 Hektar Fläche in Brandenburg durch heimische Betriebe ist langfristig nicht gesichert. Eine nochmalige Verlängerung der Pachtverträge durch die BVVG ist zurzeit nicht angedacht. Eine europaweite Ausschreibung dieser Flächen zum Höchstgebot - so die Forderung der Bundesregierung - lässt unseren Betrieben keine Chance. Mit diesem Wissen investiert natürlich kein Betrieb in die Zukunft.

Als Land sind wir in der Pflicht, die zurzeit bestehenden Vorstellungen und Verhandlungen zur Übernahme dieser Flächen, ihre Verwaltung und Privatisierung auch durch den Haushalt verantwortungsbewusst zu begleiten. Konsens mit den anderen Bundesländern, vor allem mit Sachsen-Anhalt und Mecklen-

burg-Vorpommern, ist herzustellen. Für mich ist dies eine der wichtigsten Maßnahmen zur Existenzsicherung unserer Betriebe. In dieser Frage sind ganz besonders Sie, Herr Ministerpräsident, gefragt. Sie sollten das Problem zur Chefsache machen.

Die Rolle der EU-Agrarpolitik habe ich schon angesprochen. Sie ist für uns dominant und alles bestimmend. Mit den Auswirkungen gegenüber dem bisherigen Förderniveau können wir leben. Die Entscheidungen der Landesregierung bei den Verhandlungen im Vorfeld waren richtig. Das ändert aber nichts daran, dass wir im Antragsverfahren ein bürokratisches Meisterwerk bisher unbekannter Natur zur Kenntnis nehmen mussten.

Beurteilen kann das nur, wer sich einmal selbst der Prozedur des Ausfüllens unterzogen hat. Ich habe mich durch die 107 Seiten des Antrages für meinen Betrieb gekämpft und mir gewünscht, dass die Väter dieses Werkes einmal selbst diese Anträge ausfüllen müssen. Der Eindruck liegt nahe, dass allen Landwirten kriminelles Handeln oder Subventionsbetrug unterstellt und deshalb ein doppelter und dreifacher Abgleich der Angaben eingearbeitet wurde. Ich kann nur hoffen, dass dieser Antrag ein einmaliger Akt war und sich in den nächsten Jahren nicht wiederholt. Wir sind schließlich keine Schreibwirte, sondern Landwirte mit einer klaren Aufgabe für die Gesellschaft: deren Ernährung sicherzustellen.

(Vereinzelt Beifall bei der PDS)

Die Meinung, dass uns die neuen Regelungen Sicherheit im Handeln bis 2013 geben, trage ich nur bedingt mit. Es gibt bereits jetzt Stimmen aus einer EU-Beratergruppe, die fordern, die Agrarausgaben des EU-Haushaltes von 45 % auf 20 % abzusenken, weil der Agrarhaushalt der einzige sei, bei dem es noch finanziellen Spielraum gebe.

Unklar ist auch die weitere Finanzierung durch die Mitgliedsstaaten. Deutschland und fünf weitere Nettozahler fordern, 1 % des Bruttosozialprodukts als Beitrag an die EU zu zahlen. Avisiert von der EU sind 1,14 %, in dieser Höhe jedoch wahrscheinlich nicht realisierbar. Die 0,14 % Differenz entsprechen einer Summe von 14 Milliarden Euro. Es ist angedacht, sie ab 2007 zur Finanzierung der ländlichen Räume zu verwenden. Je nach Einigung über die Beitragshöhe ist jetzt schon relativ sicher, dass diese 14 Milliarden Euro für die Entwicklung des ländlichen Raumes anteilig auch in Brandenburg nicht mehr im bisherigen Maße zur Verfügung stehen werden.

Wir müssen uns darüber im Klaren sein, dass die neue EU-Agrarförderung einen Strukturwandel beschleunigt. Es ist in erster Linie ein Aussteigerprogramm zur Reduzierung der Überproduktion. Die Anforderungen an das unternehmerische Handeln werden enorm steigen. Die Devise „Weiter so wie bisher!“ ist nicht mehr erfolgreich. Es gibt keinen Weg mehr für alle, aber für alle einen Weg. Der verordnete Ausstieg bzw. die Reduzierung der Produktion kann einer dieser Wege sein. Er wird gerade in Brandenburg aufgrund der Standortfaktoren das Ergebnis mit allen damit verbundenen Konsequenzen für den Arbeitsmarkt und die Lebensfähigkeit der ländlichen Räume sein. Visionen von einer Steigerung der Tierbestände und der Veredlungsproduktion, Herr Minister Dr. Woidke, sind zwar wünschenswert; sie sind aber noch im dichten Nebel.

Zusammenfassend ist festzustellen, dass die gegenwärtige und

zukünftige Agrarpolitik in Kombination mit dem Haushalt ein verantwortungsbewusstes Handeln des Parlaments mit seinem Fachausschuss und den berufsständischen Vertretungen voraussetzt. Bisher ist es uns gelungen; ich kann nur hoffen, dass es so bleibt. Viele Probleme - es wurde bereits angesprochen - haben wir noch zu lösen. Demzufolge stimmen wir dem Einzelplan 10 zu.

Ein Wort sei mir persönlich hinsichtlich der Vorgänge in Elsterwerda bei der Demo von Milchbauern vor der Molkerei noch erlaubt, da sie indirekt auch das Ergebnis der aktuellen Agrarpolitik sind. Das Pro und Kontra der Organisation und des Polizeieinsatzes kann und will ich nicht bewerten. Dies bedarf einer sachlichen Klärung. Ich mache nur darauf aufmerksam, dass sich aufgrund der Kombination der aktuellen Agrarpolitik mit anderen negativen Entwicklungen, die nicht im Handeln der Landwirte begründet sind, unter ihnen, besonders unter den Milchbauern, zunehmend eine Stimmung breit macht, die ich mit einem Satz charakterisiere: Des Landwirts Seele kocht.

(Vereinzelt Beifall bei der PDS)

Ein sehr sensibles Handeln ist notwendig, sowohl bei der Nachbesserung der Agrarförderanträge und deren Kontrolle als auch bei möglichen Protestaktionen. Das geht sowohl an die Adresse unseres Agrar- als auch unseres Innenministeriums. Wenn viele Landwirte, die ihrerseits härter als viele andere Berufsgruppen arbeiten müssen, dann noch feststellen, dass sie durch die Preissituation um die Früchte ihrer Arbeit gebracht werden, und den Verlust ihres Eigentums vor Augen haben, ist es nicht verwunderlich, wenn sie darüber nachdenken, mit welchen Mitteln man auf diese Situation reagiert und die Gesellschaft zum Nachdenken zwingt. Wie würden Sie reagieren, wenn zum Beispiel anstatt einer Demo einmal das Tagesgemelk von unseren 175 000 Kühen im Land, rund 4,5 Millionen Liter Milch, nicht in der Molkerei, sondern auf der Straße landeten? Sie ist ja nichts mehr wert, weniger als Mineralwasser; so gesehen ist das kein großer Verlust. In Frankreich wäre das längst passiert.

(Vereinzelt Beifall bei der PDS)

Ich kann nur hoffen, dass die Vorgänge in Elsterwerda das Ende und nicht der Anfang derartiger Aktionen sind. Mitwirken können wir dabei alle und vor allem stehen wir dazu in der politischen Pflicht. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei SPD und PDS)

Präsident Fritsch:

Vielen Dank, Herr Helm. - Wir setzen mit dem Beitrag der DVU-Fraktion fort. Der Abgeordnete Norbert Schulze spricht.

Schulze (DVU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! „Platzeck-Plan verreibt Kommunen aus Brandenburg“, so oder ähnlich war es vor kurzem in vielen Zeitungen zu lesen. Aufgrund Ihrer so genannten neuen Leitlinien, Herr Ministerpräsident Platzeck, werden die Randregionen Brandenburgs immer mehr abgeschrieben. Sie sollen weniger Fördergelder bekommen, die Infrastruktur soll abgebaut bzw. nicht mehr erneuert werden. Daher gibt es an der Landesgrenze Überlegungen, Brandenburg

den Rücken zu kehren und stattdessen den Wechsel nach Sachsen oder Mecklenburg-Vorpommern zu erwägen.

So erkundigte sich Sprembergs Bürgermeister bereits, wie ein Wechsel von Brandenburg nach Sachsen funktioniert, denn das Thema wird von den Sprembergern heftig diskutiert. Spremberg befürchtet, dass es den Status als Mittelzentrum verliert, wogegen sich die Bürger verständlicherweise wehren. In Putlitz in der Prignitz - um ein weiteres Beispiel zu nennen - werden die Rufe nach einem Länderwechsel in Richtung Mecklenburg-Vorpommern lauter. Auch andere Kommunen in der Prignitz wollen sich anschließen.

(Zuruf von der PDS: Falsche Rede!)

Als Grund dafür wird angegeben, dass kein Ort in der Prignitz nach der neuen Landesplanung Wachstumskern werden soll.

Brandenburg muss sich also etwas einfallen lassen, wenn sich die ländlichen Regionen an den Landesgrenzen jetzt schon überlegen, dem Land den Rücken zu kehren. Da können Sie, meine Damen und Herren von der Landesregierung, lange von Standortförderung oder davon faseln, die Randregionen seien nicht vergessen. Wenn die dortigen Kommunen vergeblich auf weniger Bürokratie und mehr Fördermittel warten, müssen sie am Ende doch selbst sehen, wo sie bleiben. Da helfen beschwichtigende Ministerworte nicht weiter.

Wenn sie schon so weit denken, in ein anderes Bundesland zu wechseln, dann muss die Not in diesen ländlichen Regionen an den Landesgrenzen recht groß sein, denn ein solches Prozedere erfordert viel Ausdauer und Nerven. Aber wenn das Geld fehlt, ist es den Kommunen letztendlich egal, woher die langfristige Besserung ihrer Finanzlage kommt, denn für Lokalpatriotismus können sie sich nun einmal nichts kaufen.

Herr Ministerpräsident Platzeck und meine Damen und Herren auf der Regierungsbank, ein schlechteres Zeugnis Ihrer politischen Unfähigkeit und Unwilligkeit, die Probleme gerade in den ländlichen Regionen Brandenburgs zu lösen, konnten Sie sich überhaupt nicht ausstellen, als durch Ihre neuen Pläne, mit denen Sie inzwischen nicht nur die Bürgerinnen und Bürger, sondern sogar die Kommunen in den Randregionen aus Brandenburg vertreiben.

Die lange Zeit vernachlässigten demografischen Fragen sind dadurch - das ist das durchaus Positive dabei - wieder ins Zentrum des politischen Interesses gerückt. Eng verknüpft damit sind raumordnerische, strukturpolitische und ökologische Fragen, denn insbesondere der ländliche Raum wird in noch stärkerem Maße als jetzt schon unter dem Damoklesschwert des Ausblutens und eines weitgehenden Verlustes insbesondere seiner jungen und besser qualifizierten Menschen leben müssen.

Wir von der DVU-Fraktion wollen und werden jedoch eine derartige Entwicklung nicht fatalistisch hinnehmen, die darauf zielt, die berlinfernen Regionen Brandenburgs bevölkerungsmäßig gezielt auszubluten und veröden zu lassen, und die Sie mit Ihrer kurzfristigen „Clusterpolitik“ im Speckgürtel rund um Berlin auch noch zu forcieren versuchen.

(Beifall bei der DVU)

Diese Politik hat sich bereits ad absurdum geführt und wird

sehr schnell wieder erlöschen, wenn weite Regionen unseres Landes zu einem „Raum ohne Volk“ werden.

(Oh! bei der PDS)

Bei der Schaffung beruflicher Perspektiven in den dünn besiedelten Räumen unseres Landes spielt die Landwirtschaft nach wie vor eine große Rolle. Es ist für uns vor diesem Hintergrund daher nicht nachvollziehbar, dass im Einzelplan 10 des Ministeriums für Ländliche Entwicklung, Umwelt und Verbraucherschutz die Gesamtausgaben der nächsten beiden Jahre um die irrsinnige Summe von 65 712 000 Euro gekürzt werden sollen, allein die Ausgaben für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen um fast 50 Millionen Euro. Auch der Abbau von 313 Stellen insbesondere im Bereich der Forstwirtschaft wirkt nicht gerade arbeitsmarktfördernd.

Dabei geht es der Landwirtschaft in Brandenburg schlecht. Wie aus dem Agrarbericht 2004 hervorgeht, befinden sich die landwirtschaftlichen Betriebe in Brandenburg in einer miserablen wirtschaftlichen Lage. Die Preise landwirtschaftlicher Produkte sanken vor allem bei Milch und Fleisch um insgesamt 4,8 %, während die Kosten für Energie, Treibstoff, Berufsgenossenschaft usw. massiv anstiegen und weiter anstiegen.

In aller Munde sind inzwischen die geradezu ruinösen Milchpreise, die besonders von Lebensmitteldiscountern erzwungen wurden. Landauf, landab protestierten und protestieren Brandenburger Landwirte vor Discountgeschäften und Verbrauchermärkten. In Elsterwerda wurde eine Bauerndemonstration vor dem Campina-Milchwerk kürzlich sogar mit brutaler Polizeigewalt aufgelöst.

Niedrige Erzeugerpreise vernichten Arbeitsplätze und verhindern Investitionen. Bei Kosten von 30 bis 34 Cent je Liter Milch bekommen Landwirte derzeit nur 26 Cent je Liter als Grundpreis von den Molkereien. Hier drängt sich einem unweigerlich die Frage auf, inwieweit es sich dabei um gezielte Existenzvernichtung unserer Bauern handelt. Unter den heutigen Bedingungen verwundert es nicht, dass sogar große landwirtschaftliche Betriebe mittlerweile Insolvenz anmelden. So verkaufte im Dezember 2004 die Prötzeler Landwirtschaftsgesellschaft bei Strausberg ihre Kühe mitsamt der Milchquote.

Viele Milchbauern im Oderland befürchten ein ähnliches Schicksal. Der Vorsitzende der Agrargenossenschaft Oderbruch in Zechlin, Herr Roberto Thiele, erklärte:

„Wir mussten Kredite aufnehmen, um unsere Milchviehanlagen zu modernisieren. Jetzt haben wir Spitzenmilcherträge, können aber selbst damit kaum rentabel produzieren.“

Für ihn und alle Milchbauern ist die Schmerzgrenze erreicht.

Andererseits soll nun, wenn es nach Ihnen geht, Herr Minister Woitke, für stillgelegte Agrarflächen weniger Prämie gezahlt werden. Einerseits treibt man also die Landwirte systematisch über die Preise sowie eine ruinöse Bürokratie auf EU- und Landesebene in den Ruin, und dann zahlt man ihnen, wenn sie Flächen stilllegen oder ganz aufgeben, sogar noch ein Almosen.

Darüber hinaus hatte die Landwirtschaft in Brandenburg im

letzten Jahr laut Agrarbericht gut 150 Millionen Euro an Ertragsausfällen zu verkraften. Der Landesbauernverband war bei seinen Kalkulationen sogar von 250 Millionen Euro Verlusten ausgegangen. Bei einer Anzahl von 6 709 Betrieben ergibt dies einen durchschnittlichen Verlust von 22 400 Euro pro Hektar oder umgerechnet auf ca. 39 000 landwirtschaftliche Arbeitskräfte durchschnittlich 3 900 Euro je Arbeitskraft und Jahr.

Obwohl von Bund und Land wegen des Hochwassers 2002 und der Dürre 2003 rund 29 Millionen Euro zur Existenzsicherung ausgegeben wurden, gaben allein im letzten Jahr ca. 200 landwirtschaftliche Betriebe oder 3 % aller landwirtschaftlichen Betriebe auf. In diesem Jahr wird es nicht besser. In der Landwirtschaft drohen wegen des überraschenden Kälteeinbruchs seit April erhebliche Frostschäden. In der Uckermark sind etwa 90 % des Rapses geschädigt. Auch Zuckerrüben und Gerste weisen zum Teil erhebliche Frostschäden auf. Betroffen ist vor allem das Gebiet entlang der Oder. Aber auch aus der Lausitz und dem Spreewald wurden Schäden gemeldet. In anderen Regionen unseres Landes sind beispielsweise das Getreide und sogar der Spargel betroffen.

Hilfe ist daher für die landwirtschaftlichen Betriebe in Brandenburg mehr als erforderlich. Das sind die Fakten, das belegen die Zahlen. Daher wurde von unserer Fraktion der Antrag gestellt, die Schuldendiensthilfen für landwirtschaftliche Unternehmen mit dem Titel 26 210 im Kapitel 10 032 mit 1 Million Euro aufzufüllen, um damit zumindest den geschädigten Landwirten den Zugang zu zinsgünstigen Darlehen zu ermöglichen.

(Beifall bei der DVU)

Dass es angesichts der Lage auf dem Milch- wie auf dem Fleischmarkt für viele Betriebe notwendig ist, neue wirtschaftliche Nischen zu suchen, dürfte Ihnen, meine Damen und Herren, eigentlich auch klar sein. Eine solche Nische ist die Entwicklung nachwachsender Rohstoffe, die angesichts des dramatischen Anstiegs der Energiekosten allerorten in Zukunft sogar zu einem energiepolitischen Generalthema werden dürfte. Mit einem Änderungsantrag fordern wir daher, die Zuschüsse zur Entwicklung innovativer Produktionstechnologien „Nachwachsende Rohstoffe“ mit 200 000 Euro auszustatten, damit hier landwirtschaftlich umsetzbare Pionierarbeit geleistet werden kann. Diese Mittel sind hier besser angelegt als bei der Verbandsförderung.

Den Einzelplan 10 des Ministeriums für Ländliche Entwicklung, Umwelt und Verbraucherschutz lehnen wir aufgrund der von mir aufgezeigten Mängel selbstverständlich in Gänze ab. - Ich bedanke mich.

(Beifall bei der DVU)

Präsident Fritsch:

Zu diesem Beitrag hat der Abgeordnete Christoffers eine Kurzintervention angezeigt.

Christoffers (PDS):

Ich möchte mich als Mitglied dieses Parlaments dagegen verwahren, dass in der politischen Debatte zu einem Haushalt des Landes Brandenburg mit Begriffen wie „Volk ohne Raum“ ge-

arbeitet wird. Die Assoziation dieses Begriffs und die Verbindung, die damit hergestellt wird, weise ich als politische Unkultur zurück. Aus meiner Sicht macht er auch ein ahistorisches Verständnis deutlich.

(Beifall bei der PDS sowie vereinzelt bei SPD und CDU)

Präsident Fritsch:

Nach unserer Geschäftsordnung hat der Redner die Möglichkeit, hierauf zu reagieren oder es sein zu lassen.

(Zuruf von der PDS: Besser, er lässt es sein!)

Schulze (DVU):

Sie hätten besser zuhören müssen. Sie haben es genau umgekehrt formuliert. In meiner Rede ging es um den „Raum ohne Volk“.

Präsident Fritsch:

Die Assoziation ist ziemlich gleich.

(Beifall bei SPD, CDU und PDS)

Ich begrüße unsere Gäste aus dem Oberstufenzentrum Lausitz. Es sind Schüler und Lehrer, wenn ich es richtig sehe. - Ich wünsche einen interessanten und informativen Vormittag.

(Allgemeiner Beifall)

Wir setzen mit dem Beitrag der Landesregierung fort. Dr. Woidke, bitte.

Minister für Ländliche Entwicklung, Umwelt und Verbraucherschutz Dr. Woidke:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wie wir gerade gehört haben, sind Haushaltspolitik, eine Haushaltsdebatte und das Lesen eines Haushalts doch eine anstrengende Angelegenheit.

Die Landwirtschaft ist und war in den letzten 15 Jahren der stabilste Wirtschaftszweig in Brandenburg, auch wenn hier einige Redner von diesem Pult aus einen anderen Eindruck erwecken wollten.

Dies hat nicht nur damit zu tun, dass die Landespolitik der Landwirtschaft und dem ländlichen Raum immer sehr große Aufmerksamkeit geschenkt hat, sondern es hat vor allem damit zu tun, dass in diesem Bereich auch hervorragende Leute als Betriebsführer und als Landwirte tätig sind, denen ich an dieser Stelle für ihre Leistungen in den letzten Jahren danken möchte.

(Beifall bei der PDS und des Abgeordneten Helm [CDU])

Für die Landesregierung ist und bleibt die Landwirtschaft und der ländliche Raum einer der wichtigsten Schwerpunkte der Landespolitik. Was wir vor dem Hintergrund eines recht engen Haushalts tun können, wollen wir tun, allerdings bei Konzentration auf Wachstum und Stabilität in diesem Bereich.

In der Landwirtschaft hat am 1. Januar dieses Jahres eine rela-

tiv starke Zäsur gegriffen. Am Dienstag dieser Woche sind die Förderanträge zur GAP-Reform abgegeben worden. Vor diesem Hintergrund, vor dem, wie sich in allen Diskussionen gezeigt hat, eine große Unsicherheit bestand, war für unser wichtigstes Ziel - wenn ich „uns“ sage, meine ich nicht nur den Minister, den Staatssekretär und die Abteilungsleiter, sondern auch den Agrarausschuss des Landtages, bei dem ich mich an dieser Stelle ganz herzlich bedanken möchte -, mit dem Beitrag, den wir im Land leisten können, für stabile Verhältnisse in unseren Betrieben zu sorgen.

Neben den Rahmenbedingungen für die Landwirtschaft ist noch ein anderer Bereich, der hier überhaupt noch nicht angesprochen wurde, für uns in Zukunft immer wichtiger. Es geht um die Investitionsbegleitung in der mittelständischen Wirtschaft. Hier geht es um den Bereich, der von der Altlastenbeseitigung über das Abwasser bis zum Trinkwasser reicht, wo wir im Wesentlichen über die Rahmenbedingungen, über Investitionen mitzuentscheiden haben und mit unseren Fördermitteln eine ganze Menge beeinflussen können. Auch dieser Bereich ist zunehmend wichtig geworden und für die Investitionsentscheidung der Betriebe häufig eine sehr wichtige Komponente. Wirtschaftsförderung bedeutet mehr als eine Diskussion über 3, 4 oder 5 %. Wirtschaftsförderung heißt, die Rahmenbedingungen zu gestalten. Das will ich auch weiterhin gemeinsam mit Kollegen Junghanns in der Fläche des Landes tun.

Auch in unserem Einzelplan sind die Ansätze verringert worden. Dies ist im Wesentlichen darauf zurückzuführen, dass die Drittmittel von der EU und vom Bund reduziert worden sind. Dabei ist mir eines besonders wichtig. Was wir als Abgeordnete immer gefordert haben, war die Kofinanzierung dieser Drittmittel. Diese ist in meinem Haus - dafür bin ich dem Ausschuss sehr dankbar - in vollem Umfang gesichert. Gerade vor dem Hintergrund der Diskussion über die nächste Förderperiode der EU, bei der wir nicht genau wissen, wo wir dann stehen werden, ist dieses Signal wichtig. Es wird dafür sorgen, dass es in unserem Bereich weiterhin Investitionen geben wird.

Auch wenn wir als Ministerium den gesamten ländlichen Raum fördern wollen, ist es für uns genauso wichtig, die Frage zu stellen: Was ist in den letzten 15 Jahren passiert? Was war gut und was nicht so gut? Muss man vor dem Hintergrund der Förderperiode ab 2007 bestimmte Weichenstellungen vornehmen?

Ich möchte an dieser Stelle Wolfgang Birthler danken. Er hat vor einem Jahr eine Feinjustierung der Politik für den ländlichen Raum eingeleitet, indem die Förderung jetzt nur noch nach so genannten integrierten ländlichen Entwicklungskonzepten erfolgt. Dies war auch dringend nötig. Ich werde nachher noch genauer darauf eingehen.

Die Förderung der landwirtschaftlichen Betriebe läuft ohnehin, unabhängig von einer Schwerpunktsetzung, im gesamten ländlichen Raum weiter, egal wo sich ein Betrieb im Land befindet. Flächendeckende Landwirtschaft - Frau Wehlan, Sie haben es angesprochen - ist und bleibt auch vor dem Hintergrund der GAP-Reform das Ziel der Landespolitik. Allerdings müssen wir dazu auch die Rezepte und die Mittel haben.

Das, was wir tun konnten, haben wir getan, vor allem bezüglich der Ausgleichszulage. Wir konnten die Ausgleichszulage

in der alten Höhe aufrechterhalten. Wir wollen in Zukunft diese Ausgleichszulage, auch wenn es vorhin kritisiert wurde, nur noch dafür bezahlen, dass Produktion auf der Fläche erfolgt. Ausgleichszulage heißt Ausgleich für Produktion auf benachteiligten Böden. Wenn ich auf diesen Böden nicht produziere, brauche ich als Landwirt diesen Ausgleich nicht. Das ist eine klare Ansage. Diese Meinung teilt übrigens auch der Bauernverband. Wir müssen uns konzentrieren. Wir wollen, dass in der Fläche weiterhin produziert wird und dass die Betriebe Möglichkeiten suchen, ihre Produkte wettbewerbsfähig zu vermarkten.

Die Förderung der ländlichen Entwicklung hängt in Zukunft stärker von den Potenzialen in den Regionen und den dortigen Aktivitäten ab. Irgendwann haben wir uns gefragt - diese Diskussion wurde permanent in diesem Hause geführt -: Ist es wirklich richtig, über die Förderung eines Dorfgemeinschaftshauses, eines Museums oder eines Radweges in einem Amt für ländliche Entwicklung oder - noch schlimmer - hier in Potsdam am grünen Tisch zu entscheiden, oder sollte diese Entscheidung nicht dort getroffen werden, wo die Leute zu Hause sind, wo man sich mit Gewerbetreibenden und anderen an einen Tisch setzen kann? Damals ist die Entscheidung gefallen, im Rahmen eines ländlichen Entwicklungskonzepts zu fördern. Die Prioritätensetzung liegt bei den Landkreisen.

Unsere Ansage ist klar. Wir wollen erstens, dass sich in den Regionen gewerbliche Strukturen entwickeln und diese durch das Konzept unterstützt werden. Wir wollen zweitens, dass diese Konzepte in der Fläche mit Unternehmern, mit Vereinen, mit dem Bauernverband und anderen, die dort tätig sind, diskutiert werden. Gegenwärtig sind wir in Erwartung der Konzepte voller Spannung. Eines ist aber klar: Ab 1. Juli wird bei uns nur noch nach dieser Prioritätensetzung gefördert. Die Landkreise sind dann diejenigen, die im Wesentlichen darüber bestimmen, wohin die Förderung der ländlichen Entwicklung geht. Eines kann ich jetzt schon sagen, ohne aus dem Nähkästchen zu plaudern: Der größte Teil der Konzepte wird einen Schwerpunkt haben, der ländlicher, naturnaher Tourismus heißt. Das erscheint auch logisch, wenn man sich alle anderen Dinge, die sich im ländlichen Raum tun, ansieht.

Ein weiterer wichtiger Bereich unseres Hauses ist der Umweltschutz. Die entsprechenden Programme können wir mit dem Haushalt weitgehend fortführen. Die Höhe der Mittel für die Förderung des Baus von Trinkwasserversorgungs- und Abwasserentsorgungsanlagen musste für das Jahr 2006 etwas verringert werden. Wer dieses Haus länger kennt, weiß um die heißen Diskussionen, die es bisher darüber gab. Wir haben im Abwasserbereich mittlerweile größtenteils einen guten Anschlussgrad mit vernünftigen Gebühren erreicht. Die Schwerpunktsetzung erfolgt in Richtung der so genannten Sorgenkinder. Diese werden wir weiter begleiten. Die Schwerpunktsetzung erfolgt gegenwärtig zunehmend auf den Bereich Trinkwasser, denn dieser Bereich ist kommunal angesichts der großen Abwasserdiskussionen in den letzten Jahren etwas in den Hintergrund getreten. Jetzt bemerkt man, dass einige Versäumnisse aufgetreten sind.

Ein weiterer wichtiger Punkt ist der Bereich der Haftungsfreistellung, die häufig unterschätzt wird. Sie war allerdings Voraussetzung für große Investitionen im Land und wird weiterhin Voraussetzung für Investitionen im Lande sein. Ich möchte hierzu nur einige Namen nennen. In Erkner, Schwedt, Lud-

wigsfelde und Schwarzheide wären Investitionen nicht getätigt worden, wenn wir nicht gemeinsam mit dem Bund die Altlastensanierung hätten durchführen können.

Das wird auch weiterhin so sein. Wir schätzen den Bedarf für die nächsten Jahre auf noch ca. 250 bis 300 Millionen Euro allein im wirtschaftsnahen Bereich.

Ich möchte von hier aus an den Bund appellieren, sich seiner Verantwortung weiterhin zu stellen; für das Land allein ist diese Summe nicht leistbar. Insbesondere an unseren Wirtschaftsschwerpunkten ist die Altlastenbeseitigung Voraussetzung für weitere Investitionen.

Der Naturschutz ist ebenfalls ein wichtiger Bereich. Ich bin sehr froh darüber, dass sich heute noch niemand hier vorn so positioniert hat, dass wir insoweit etwas falsch machen würden.

(Zuruf des Abgeordneten Schippel [SPD])

- Das war durchaus schon anders.

Wir wollen, dass der Naturschutz noch mehr als bisher für den Bürger erlebbar wird. Der Naturschutz sollte in der ländlichen Entwicklung eine eigene, wichtige Rolle spielen. Die Konzepte in den Regionen müssen Naturschutz, naturnahen Tourismus und ländliche Entwicklung zusammenführen. Wir sind in den meisten Regionen schon sehr weit, wenn es darum geht, dass auch Naturwächter Tourismusvertreter sind. Das wird von den Landkreisen sehr gern gesehen. Die Einrichtungen des Naturschutzes - Naturschutzstationen, Großschutzgebiete, Biosphärenreservate - sind mittlerweile Highlights des ländlichen Tourismus.

Wir wollen, dass die Klammer von Naturschutz und Tourismus noch enger gefasst wird, und können uns darauf verlassen - darüber bin ich sehr froh -, dass die Europäische Union mit uns in diesem Punkt übereinstimmt. Wir haben in diesem Bereich die Landesmittel durch europäische Mittel ersetzen können. Der Naturraum ist einer der Trümpfe des Landes Brandenburg, ein Schatz, den es für das Land zu bewahren gilt. Vor diesem Hintergrund wollen wir Ökonomie und Ökologie im ländlichen Raum möglichst weitgehend in Übereinstimmung bringen. Das ist für mich kein Widerspruch. Wir werden versuchen, gemeinsam mit den Vertretern der Regionen bzw. der Kommunen weitere Initiativen zu starten.

Die vorhin von Frau Wehlan - ich glaube, es war Frau Wehlan - angesprochenen Institute spielen in Zukunft auch in diesem Prozess eine wichtige Rolle. Vor dem Hintergrund der GAP-Reform und von Problemen in Teilen des Landes bei der Aufrechterhaltung der Bewirtschaftung sowie angesichts der Entwicklung des Tourismus und der Situation des Wasserhaushalts, insbesondere des Landschaftswasserhaushalts, ist es notwendig, dass die Institute mehr als bisher eine Dienstleistungsfunktion wahrnehmen. Wir haben gemeinsam mit dem Ausschuss die Kürzung der Mittel für die Institute auch deshalb rückgängig gemacht, weil ich deutlich die Erwartung geäußert habe, dass die Institute als Dienstleister für den ländlichen Raum auftreten. Der ländliche Raum steht momentan vor einer tiefen Zäsur. Das betrifft nicht nur die Landwirtschaft, sondern auch viele andere Aspekte, zum Beispiel die demografische Entwicklung. Es ist wichtig, dass unsere Institute diesen Prozess wissenschaftlich begleiten.

Der Einzelplan 10 ist im zuständigen Ausschuss kontrovers, aber auch sehr konstruktiv beraten worden. Dafür möchte ich mich an dieser Stelle noch einmal bedanken - nicht nur bei den Ausschussmitgliedern der SPD- und der CDU-Fraktion, sondern auch bei denen der PDS-Fraktion. Die Änderungsanträge, die einvernehmlich abgestimmt worden sind - viele waren im Tenor ähnlich -, trägt unser Haus vollinhaltlich mit.

Ich bin sehr froh, dass es uns gemeinsam gelungen ist, die Verbraucherzentrale Brandenburg angemessen mit finanziellen Mitteln auszustatten, damit sie auch in Zukunft ihre Aufgaben wahrnehmen kann.

Wir wollen weiterhin nicht an den wichtigen Aufgaben für das Land sparen; aber wir müssen an der Verwaltung sparen. Kollege Homeyer hat vorhin in der Debatte zum Einzelplan 08 einiges dazu gesagt; ich möchte noch ein paar mehr Worte verlieren. Die Personalbedarfsplanung 2009 sieht für mein Haus eine Stellenkürzung um ca. 20 % vor, das heißt, die Zahl der Mitarbeiter wird sich von 5 000 auf 4 000 verringern. Angesichts dessen ist es ein Problem, die Dienstleistungsfunktion unseres Hauses, die wir auch in der Fläche wahrnehmen, aufrechtzuerhalten. Meine Damen und Herren hier im Landtag, es ist wichtig, dass wir gemeinsam darüber reden, welche Dienstleistungsfunktion die Landesregierung wahrnehmen soll. Gemeinsam mit dem Berufsstand ist darüber zu beraten, wo welche Einschnitte am ehesten verkraftet werden können.

Ich sage aber sehr deutlich: Es wird nicht so sein, dass der Stellenabbau von 20 % in unserem Haus draußen nicht bemerkt wird. Man wird etwas davon merken. Wir müssen gemeinsam darüber entscheiden, in welchen Bereichen das der Fall sein soll.

Vor diesem Hintergrund ist es wichtig, dass mein Haus, aber auch die gesamte Landesregierung politisch handlungsfähig bleibt. Deswegen müssen wir die eingeleiteten Maßnahmen zur Verwaltungsreform konsequent fortsetzen. Mein Haus muss sich insoweit nicht verstecken: Im Forstbereich haben wir große Veränderungen vorgenommen und dabei auch Erfolge zu verzeichnen.

Die Zahl der Arbeitsplätze im Bereich Forstwirtschaft/Holzwirtschaft liegt mittlerweile bei 15 000. Daran hat auch die Landesforstverwaltung einen gewissen Anteil; Frau Wehlan, Sie haben vorhin vergessen, das zu erwähnen. Ich möchte mich bei der Landesforstverwaltung noch einmal herzlich bedanken. Die Herausforderungen, vor denen dieser Bereich steht, sind groß. Wir haben eine Industrie, die Arbeitsplätze im ländlichen Raum schafft - Gott sei Dank! Wir sind allerdings auch in der Situation, dass sich 30 % des Kleinprivatwaldes noch nicht in der Nutzung befinden. Wir müssen uns gemeinsam überlegen, mit welchen Rezepten wir die Nutzung ermöglichen können.

Die Herausforderung des Jahres war und ist für uns und die Landwirte die GAP-Reform. Es ist vorhin schon gesagt worden: Der Landwirt hat sich zum Schreibwirt, der Bauer zum Bürokraten entwickelt. Ich habe spaßeshalber gesagt: Mittlerweise erkennt man Bauern daran, dass sie so braun sind wie ein Berliner U-Bahn-Fahrer; denn sie kommen nicht mehr aus dem Büro heraus. Ich hoffe, dass sich diese Situation nach dem 17. Mai bessert. Die Anträge sind abgegeben, wenn auch häufig in letzter Minute. Wir werden versuchen, diesen Prozess

konstruktiv zu begleiten, insbesondere dann, wenn es noch Änderungen gibt oder wenn Fehler gemacht worden sind.

Es wird zu Recht beklagt, dass die Verfahren für die Landwirte, aber auch für die Verwaltung nicht einfacher geworden sind und dass die Bürokratie weiter zugenommen hat. An Brüssel muss die Frage gestellt werden, ob dieser hohe bürokratische Aufwand noch zeitgemäß ist. Wir werden uns den Aufgaben stellen - wir müssen das auch tun -, weil das Land sonst mit sehr hohen Anlastungsrisiken konfrontiert würde.

Die Gewässerunterhaltung ist für uns nach wie vor ein wichtiger Punkt. Im Jahre 2004 wurden mehrere Haushaltssperren erlassen; Sie werden sich daran erinnern. Deswegen ist das Geld im vergangenen Jahr bei uns nicht wie geplant abgeflossen. Im Bereich der Gewässerunterhaltung brauchen wir aber aus zwei Gründen dringend das Geld. Zum Ersten müssen wir im Landschaftswasserhaushalt dringend Verbesserungen herbeiführen. Zum Zweiten ist die Europäische Wasserrahmenrichtlinie in die Praxis umzusetzen. Ich bitte um Verständnis, dass die Ausschöpfung im vergangenen Jahr nicht wie geplant erfolgt ist; in diesem Jahr wird es mit Sicherheit anders sein.

Hinsichtlich der BVVG-Flächen bleibt es bei zwei Forderungen - sie stehen in keinem direkten Zusammenhang mit dem Haushalt, sind aber von mehreren Rednern angesprochen worden -: Erstens sollen die Pachtverhältnisse verlängert werden. Zweitens soll der derzeitige Pächter das Vorkaufsrecht haben, wenn es zum Verkauf kommt. Das ist die Position des Landes Brandenburg, die wir auch gegenüber dem Bund vertreten; wir werden dies weiterhin tun.

Ich möchte mich noch einmal bei - wenn ich es jetzt so sage, verstehen Sie mich bitte nicht falsch - meinem Ausschuss recht herzlich für die Arbeit bedanken und wünsche uns weiterhin ein konstruktives Miteinander. - Danke schön.

(Beifall bei SPD, CDU und PDS)

Präsident Fritsch:

Vielen Dank, Herr Minister, für diesen Vortrag. - Ich gebe das Wort noch einmal an die SPD-Fraktion, an die Abgeordnete Lieske.

Frau Lieske (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Dreiklang ländliche Entwicklung, Umwelt und Verbraucherschutz ist mit dem Einzelplan 10 herzustellen, zu erhalten und zu stabilisieren. Land- und Forstwirtschaft sind wirtschaftlich sozial tragende Säulen im ländlichen Raum. Daher sind die Unternehmen der Land-, Forst- und Ernährungswirtschaft weiter zu stärken, zu stabilisieren und ihre Wettbewerbsfähigkeit ist zu erhöhen. Die Agrarwirtschaftsinitiative Brandenburg ist wichtig, um mit langfristigen Strategien die Lebensfähigkeit des ländlichen Raumes zu erhalten und zu sichern. Dazu zählen standortgerechte Veredelung, aber auch neue Aufgabenfelder, Dienstleistungen, Direktvermarktung, Energieerzeugung - hier das Stichwort Energiewirt - und natürlich das Thema Tourismus.

Integrierte ländliche Entwicklung - der Minister hat schon darauf Bezug genommen - ist nicht nur damit zu beschreiben, wie

sie derzeit mit der Erarbeitung der ILE-Konzepte in den Landkreisen erfolgt, sondern sie ist mithilfe der gesetzten Förderinstrumentarien umzusetzen. Hier spreche ich auch von einer ressortübergreifenden Begleitung. Das Wirtschaftsministerium, das Infrastrukturministerium und das MASGF seien hier nur beispielhaft genannt. Natürlich haben auch die Regionen, die sich sehr intensiv in diesen Prozess einbringen, die Verantwortung. Es zeigt sich aber, dass diese Verantwortung intensiv wahrgenommen wird. Lobend möchte ich die Arbeit der Landkreise Märkisch-Oderland und Oder-Spree hervorheben, die sogar daran arbeiten, ein kreisübergreifendes Konzept abzuliefern, und in die Konzepterarbeitung eine breite Öffentlichkeit einbeziehen.

Dass zur Stärkung der Nachhaltigkeit der Förderinstrumente der Schwerpunkt auf die Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen gesetzt wird, ist nicht ganz neu. In vielen Leader-Plus-Regionen wird seit ihrer Gründung bzw. Anerkennung bereits danach gehandelt. Auch hier kann ich wieder aus meiner eigenen Arbeit als Vorstandsmitglied der Leader-Plus-Region Oderland berichten.

Wie bereits zu Beginn dargestellt, gilt es ländliche Entwicklung, Umwelt und Verbraucherschutz in Einklang zu bringen. So waren auch für uns Koalitionspartner die Anträge der PDS auf Minderung der Ausgaben für Trink- und Abwasser um 4 Millionen Euro sowie für wasserwirtschaftliche Maßnahmen um zusammengefasst 2,5 Millionen Euro und die Reduzierung der Kostenerstattung für die Schöpfwerke um eine halbe Million Euro nicht trag- und zustimmungsfähig.

Im Trink- und Abwasserbereich geht es - hier widerspreche ich der Kollegin Wehlan - auch weiterhin darum, die stabile Trinkwasserversorgung zu sichern und den Schwerpunkt auf die Sanierung und Modernisierung von Wasserwerken und maroden Leitungssystemen zu setzen. Auch im Abwasserbereich hat die weitere Förderung durchaus ihre Berechtigung. Gerade für den ländlichen Raum gilt es, mit der Förderung zukünftig stabile Gebühren und Beiträge zu sichern.

Die Förderung von Maßnahmen zur Verbesserung des Landschaftswasserhaushalts wurde auch bereits von unserem Minister Dr. Woidke angesprochen. Mit rund 33 000 km Fließgewässern und 3 000 Seen in Brandenburg haben wir eines der gewässerreichsten Bundesländer in Deutschland. Trotzdem verfügt Brandenburg über ein geringes Wasserdargebot. Geringe Niederschlagsmengen und ein kontinental geprägtes Klima führen dazu, dass eine höhere Verdunstung stattfindet, als Niederschläge zu verzeichnen sind. Die Förderung von Maßnahmen, die den Wasserrückhalt in der Landschaft verbessern, wird deshalb von uns weiterhin unterstützt. Dazu zählen beispielsweise die Rekonstruktion bzw. der Umbau von Stauanlagen, die Renaturierung von Gewässern, die Reaktivierung von Altarmen, die Rekonstruktion von Schöpfwerken, Gewässerstrandstreifen und natürlich die Bepflanzung von Gewässern.

Nach drei Jahren Förderung ist zu verzeichnen, dass sich eine Vielzahl von Wasser- und Bodenverbänden an diesem Förderprogramm beteiligt hat. Insgesamt sind 220 Komplex- und Einzelmaßnahmen mit einem Gesamtinvestitionsaufwand von 25 Millionen Euro durchgeführt worden.

Das Geld aus diesem Programm wird also voraussichtlich auch bis 2006 in voller Höhe ausgeschöpft werden. Sogar darüber

hinaus ist Förderbedarf angemeldet. Die Fortsetzung dieser Maßnahme ist also dringend erforderlich. Vorteile ergeben sich daraus nicht nur für die Umwelt, sondern auch für das Wasserregime. Es entstehen bessere Bedingungen für die Landwirtschaft und die Sicherung der Beiträge für die Wasser- und Bodenverbände.

Ein Schwerpunkt bei der Betrachtung des Haushaltsplanes war auch der Verbraucherschutz. Es haben schon mehrere Vorredner deutlich darauf hingewiesen, dass unter den Koalitionspartnern von Anfang an klar war, dass es keine Einschnitte bei der Finanzausstattung für die Verbraucherzentrale geben sollte.

(Einzelbeifall bei der SPD)

1,2 Millionen Euro institutionelle Förderung sind wichtig, um weiterhin eine fachgerechte Beratung der Verbraucher zu sichern und auch die Qualität entsprechend zu erhalten.

Ich bitte Sie zum Schluss meiner Ausführungen, dem Einzelplan 10 Ihre Zustimmung zu geben, da auch die Änderungsanträge, die wir als Koalitionspartner eingebracht haben, finanziell abgesichert sind und keine Einschränkung anderer Programme nach sich ziehen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Prof. Dr. Bisky:

Für die Fraktion der PDS spricht die Abgeordnete Adolph.

Frau Adolph (PDS):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die PDS-Fraktion wird in den nächsten Wochen über eine Reihe von Anfragen den Umgang mit EU-Mitteln etwas aufhellen. Unsere Neugier hat der Umstand geweckt, dass EFRE-Strukturmittel aus dem Einzelplan 08 - Wirtschaft - ausgebucht wurden, jedoch im Einzelplan 10 in dieser Höhe nicht angekommen sind. Nachdem sich der zuständige Ausschuss mit diesem Thema befasst hat, erfolgte die zugesicherte redaktionelle Änderung erst gar nicht und dann in zweistelligen Millionensprüngen, ohne jedoch plausibler zu werden. Ich spreche hier von Mitteln zur investiven Förderung im Abwasserbereich.

Der Minister hat sich bereits zu Investitionen auf diesem Gebiet geäußert. Allerdings ist es entgegen der Ankündigung von Finanzminister Rainer Speer nicht zur Absenkung der Förderung im Abwasserbereich gekommen. Schade! An dieser Stelle hätte es eine Übereinstimmung mit der PDS gegeben. Unsere Forderung nach einer Streichung von Fördermitteln im Abwasserbereich hätte geholfen, nicht weiterhin Millionen in den Anschluss einer Hand voll Haushalte an überdimensionierte Klärwerke zu stecken. Stattdessen könnten andere Infrastrukturprojekte im ländlichen Raum sinnvoll unterstützt werden.

Lassen Sie mich die Notwendigkeit eines solchen Vorgehens mit einem Zitat aus einer aktuellen Stellungnahme des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses zur Einführung angepasster Umwelttechnologien in den Beitrittsländern untersetzen.

„Die Vorschläge der Abwasserplaner können keineswegs als eine an die örtlichen Verhältnisse angepasste Lösung

betrachtet werden. Die angebotene Lösung erinnert sehr stark an die Fehlplanungen im Abwasserbereich, die nach der Wende in Ostdeutschland vollzogen wurden, dort zu exorbitanten Abwassergebühren führten und mittlerweile einen echten Standortnachteil darstellen. Auch dort entstanden Projekte, die auf illusorische Wachstumserwartungen, aber auch auf eine falsche Übertragung von Großstrukturen auf ländliche Regionen zurückzuführen sind. Die aus unangepassten Lösungen resultierenden sehr hohen Abwassergebühren schaden der wirtschaftlichen Entwicklung im doppelten Sinn. Einerseits könnte das Geld, das für hohe Abwassergebühren verwendet werden muss, für wirtschaftliche Entwicklung in anderen Bereichen genutzt werden. Andererseits können die hohen Abwassergebühren besonders Gewerbebetriebe mit hohem Wasserbedarf von einer Ansiedlung abschrecken.“

Dem ist eigentlich nichts hinzuzufügen. Immerhin konnte aber zwischen den Fraktionen Übereinstimmung bezüglich der Ausfinanzierung der Verbraucherzentrale Brandenburg erzielt werden, zumal die wachsende Bedeutung der Zentrale immer wieder seitens der Landesregierung unterstrichen wird. Herr Woidke hat sich eben dazu lobend geäußert.

Die Einrichtungen haben sich zu Beratungsstellen in nahezu allen Lebensbereichen entwickelt. Angesichts finanzieller Nöte einer zunehmenden Zahl von Menschen werden die Beratungsstellen mit wachsender Tendenz genutzt. Viele können sich teure Rechtsberatung einfach nicht mehr leisten.

Ich bin wie Herr Woidke sehr angetan von der angenehmen sachlichen Atmosphäre, die in unserem Ausschuss herrscht. Ich hoffe, dass das auch weiterhin so bleibt.

Übereinstimmung gab es auch im Bereich der finanziellen Unterstützung einer Reihe von Instituten des Landes. Ich wünsche mir von meinen Kolleginnen und Kollegen der Koalition ganz in diesem Sinne noch mehr Mut zu Veränderungen im Haushalt.

Ich möchte ein Missverständnis, das offensichtlich die sehr schwungvolle Rede meines jungen Kollegen Torsten Krause gestern ausgelöst hat, an dieser Stelle etwas aufklären bzw. beseitigen, indem ich als verbraucherpolitische Sprecherin Herrn Woidke die uns allen vom Jugendring übergebenen frischen Eier überreiche. Er möge doch die Qualität prüfen. - Schönen Dank.

(Beifall bei der PDS - Die Abgeordnete Adolph [PDS] übergibt Minister Woidke einen Karton mit Eiern. - Schulze [SPD]: Die musst du ausbrüten, dann gibt es mehr Eier! Das ist Wertschöpfung!)

Vizepräsident Prof. Dr. Bisky:

Meine Damen und Herren, die Eier sind gezählt und gehen als geldwerter Vorteil zu den Akten.

(Zurufe und Unruhe im Saal)

Wir kommen zum Beitrag der Fraktion der CDU. Bitte, Herr Dombrowski.

Dombrowski (CDU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Frau Adolph, Sie haben die sachliche Arbeit im zuständigen Fachausschuss gelobt. Seien Sie sicher, dass wir sie, wenn es alle wollen, so fortführen werden. So gehört sich das. Auch wenn man sich politisch nicht unbedingt nahe steht, sollte die fachliche Ebene Vorrang haben.

(Beifall bei der PDS und des Abgeordneten Bischoff [SPD])

Die mit der Übergabe der Eier vom Landesjugendring an den Minister verbundene Forderung, er möge sie ausbrüten, wird wohl nicht erfüllt werden. Ich habe selbstverständlich nachgeprüft, woher die Eier kommen. Sie kommen aus einem Käfighaltungsbetrieb und können daher nicht befruchtet sein. Deshalb wird es mit dem erfolgreichen Ausbrüten nichts werden.

(Heiterkeit und Zurufe)

- Ich bin für den Verbraucherschutz zuständig und muss so etwas nachprüfen.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich noch ein Wort an den Ausschusskollegen Herrn Schulze von der DVU richten, der, obwohl der Einzelplan 10 - sein Fachbereich - beraten wird, nicht anwesend ist. Ich möchte voranstellen, dass ich zu den Abgeordneten gehöre, die versuchen, zur DVU-Fraktion, zu Kollegen eine fachliche Arbeitsebene aufrechtzuerhalten und - ohne der DVU näher treten zu wollen - sozusagen kollegial miteinander umzugehen. Dies geht aber nur so lange, wie die Fachebene nicht verlassen wird. Den völkischen Calauer von Herrn Schulze vom Raum ohne Volk missbillige ich ausdrücklich. Er ist kein Fachbeitrag und nicht geeignet, im Landtag vorgetragen zu werden. Da der Bürgermeister von Calau, Herr Märkisch, da ist, kann ich dem Kollegen Schulze nur empfehlen: Es gibt einen Verein in Calau, der Calauer bewertet. Vielleicht reichen Sie ihn dort ein und haben dort eine Chance - hier haben Sie jedenfalls keine.

(Zurufe von der PDS)

Meine Damen und Herren, ich möchte noch einen weiteren Punkt aufnehmen, damit man nicht sagen kann, mit der DVU oder der PDS setze man sich nicht auseinander.

Der Kollege von der DVU brachte hier das Ansinnen, die Stadt Spremberg werde sozusagen aufgrund der „maroden Situation“ einen Länderwechsel wegen Perspektivlosigkeit vollziehen. Nun ist es ja so, dass wir in einem demokratischen Rechtsstaat leben. Grenzübertritt steht nicht wie zu SED-Zeiten unter Strafe. Da gibt es ein Verfahren. Dieser Weg kann beschritten werden. Man muss aber auch sagen, dass dazu die Bürger und der Landtag zu hören wären. Ich kenne die Bürgerinnen und Bürger in Brandenburg als bodenständig. Sie sind realistischer, als der eine oder andere Politiker vielleicht hofft, der glaubt, sie würden in derartige Fallen und auf Leimruten gehen.

Ich habe gestern mit dem Kollegen Domres eine Realschulklasse aus Wittenberge begrüßt und mit den Schülern diskutiert. Die Stadt Wittenberge ist ja auch nicht gerade auf Rosen gebettet. Auf meine Frage an die Jugendlichen, wie sie ihre berufliche Perspektive sehen - Herr Domres, Sie werden es be-

zeugen -, ging die Hand eines Jugendlichen hoch und er sagte: Sehr gut, ich habe mich selbst bemüht. - Andere haben dazu genickt und sich ebenso geäußert.

Selbst die jungen Menschen betrachten die Lage in Brandenburg realistischer, als der eine oder andere Politiker es darzustellen versucht.

Meine Damen und Herren, zum Haushalt zurück. Ich möchte mich ebenfalls bei Minister Woidke für seine Arbeit und die der Mitarbeiter des Hauses bedanken, die unter den gegebenen Rahmenbedingungen einen, wie ich finde, ausgewogenen Einzelplan 10 aufgestellt haben.

(Beifall bei CDU und SPD)

Nachdem Raumordnung mit Beginn der 4. Legislaturperiode nicht mehr dem Ministerium für Ländliche Entwicklung, Umwelt und Verbraucherschutz untersteht, sondern dem Infrastrukturministerium zugeordnet wurde, hat sich der gesamte Einzelplan 10 strukturbedingt um 50 Millionen Euro verringert. Eine Änderung haben wir in unserem Ausschuss lediglich bei den Kürzungen im Bereich der Verbraucherzentralen vorgenommen - das ist richtig, Frau Adolph -, und zwar parteiübergreifend einvernehmlich.

Die Rücknahme der geplanten Reduzierung von 100 000 Euro in diesem und von 150 000 Euro im nächsten Jahr wurde durch Umschichtungen im Einzelplan 10 realisiert. Wir waren uns mit dem Koalitionspartner einig, dass gerade in der heutigen Zeit ein flächendeckender Verbraucherschutz gewährleistet werden muss, um eine bestmögliche Verbraucherinformation sicherzustellen.

Im Havelland hat zum Beispiel auch der Landkreis seine Einsparung zurückgenommen. Im Ergebnis dessen konnte in Falkensee sogar eine zusätzliche Verbraucherberatungsstelle eingerichtet werden.

Ich will auch ganz klar sagen, dass ich künftig noch mehr als bisher an die Verbraucherzentralen die Erwartung habe, sich für Brandenburger Produkte, bei denen die Qualität stimmt, einzusetzen und immer wieder darauf hinzuweisen, welche ökologischen und ökonomischen Vorteile regionale Produkte haben. Auch ich habe die Erwartung, dass die Verbraucher für die Konsequenzen beim Produzenten sensibilisiert werden, wenn der Liter Milch oder ein Kilogramm Kartoffeln für 30 Cent und weniger angeboten werden.

Ich möchte mich den Worten meines Kollegen Helm anschließen, der den Protest der Bauern in Elsterwerda zwar nicht gebilligt, aber Verständnis dafür geäußert hat. Er verwies auf Frankreich. Wenn wir nicht in Deutschland wären, würden die Proteste der Bauern, die zum Teil um die Existenz ihrer Höfe und Familien Angst haben, ganz anders aussehen. Nun ist es ein wenig dem deutschen Wesen geschuldet, dass wir nicht so emotional wie andere Länder reagieren. Lenin soll einmal in den Sturm- und Drangzeiten fast resignativ gesagt haben: Wenn deutsche Revolutionäre den Auftrag bekämen, einen Bahnhof zu stürmen, lösten sie vorher eine Bahnsteigkarte. - Ähnlich diszipliniert waren und sind unsere Bauern in Brandenburg und in ganz Deutschland. Ich hoffe, dass es so bleibt. Wir werden unseren Teil zur Versachlichung beitragen.

Meine Damen und Herren, ich sehe das Sparvolumen, das erbracht werden muss, als eine Chance, sich über die Effizienz und die Notwendigkeit der eingesetzten Mittel Gedanken zu machen. Handelt es sich um freiwillige Pflichtaufgaben des Gemeinwesens? Diese Frage muss gestellt werden. Wo wird noch mit der Gießkanne verteilt? Wo wird das ökonomische Prinzip angewandt? Sprich: Wie werden Umweltziele mit möglichst wenig Geld erreicht bzw. wie erreiche ich möglichst viele Umweltziele mit einem feststehenden Budget?

Ich habe in diesem Zusammenhang bereits vor fünf Jahren vor dem Landtag den so genannten ökologischen Euro gefordert und dazu aufgefordert - wie ich es beim Einkaufen auch mache - zu überlegen: Was bekomme ich für einen Euro an Umwelt- und Naturschutzziele?

Wir müssen uns die Frage stellen, wie wir die Bürgerinnen und Bürger von den Zielen der Umwelt- und Naturschutzpolitik überzeugen und Widerstände, die in der Regel Geld kosten, argumentativ ausräumen. Minister Woidke erwähnte vorhin die Naturwächter. Sie leisten überwiegend positive Arbeit und setzen sich für den Tourismus ein. Jedoch gibt es auch Regionen, zum Beispiel den Naturpark Westhavelland, wo sich Bürger beschweren und die Naturwächter dort eher in den Rang eines „Wächterrats wie in einem anderen Land“ erheben. Sie fahren mit ihrem Jeep oder einem VW-Bus über die unbefestigte Deichkrone und verjagen zugleich Leute, die dort ihren Hund an der Leine führen.

Ideologiefrei und zielorientiert denken und handeln lautet die Devise. An diesem Leitbild müssen wir uns orientieren. Nur so können wir dieses Land zukunftsfähig machen. Unser Ministerium ist in meinen Augen bereits seit einiger Zeit auf gutem Wege. Wie Vertrauen gewonnen werden kann, zeigt die Umweltpartnerschaft zwischen dem Land Brandenburg und der Brandenburger Wirtschaft, die auch jetzt durch das gemeinsame Engagement von Wirtschafts- und Umweltminister einen neuen Schub bekommen hat. Ich denke, dass die Ergebnisse, die sich demnächst zeigen werden, von der Wirtschaft besser angenommen werden als in der Vergangenheit.

Für die Entwicklung des Landes ist ein umweltverträgliches Wirtschaftswachstum wichtig. Jedoch sollte auch in der Umweltgesetzgebung nicht über Bundes- und EU-Standards hinausgegangen werden. Auch im Naturschutzbereich haben wir, meine Damen und Herren, Herr Minister Woidke, Deregulierungsbedarf, denn in der Region gibt es nach wie vor Unsicherheiten bei der Anwendung des Naturschutzgesetzes. Ein aktuelles Beispiel: In Rhinow, im Havelland, wurde ein ehemaliges Stasiobjekt - eine Abhörzentrale auf einem Berg - von einem Bauunternehmer erworben; es sollte zu einem Gasthof und Hotel umgebaut werden. Nun soll der Unternehmer nachweisen, worin das öffentliche Interesse bestehe, diese Betonruine zu beseitigen und für die Bürger nutzbar zu machen.

Bezüglich des Wasserverbandsgesetzes werden wir uns die Frage gefallen lassen müssen, ob wir es mit der Deregulierung ernst meinen. - Ich komme zum Ende. - 15 Jahre nach der Wende - die Zeiten haben sich geändert: Das Geld ist knapper geworden, die notwendigen Einsparungen betreffen alle Politikbereiche und der Doppelhaushalt wird nur der Anfang sein. Lassen Sie uns diese Situation als Chance begreifen, um unser Land fit für die Zukunft zu machen, damit künftige Generatio-

nen nicht von der Schuldenlast erdrückt werden, die wir angehäuft haben bzw. anhäufen. - Ich bedanke mich.

(Beifall bei CDU und SPD)

Vizepräsident Prof. Dr. Bisky:

Das Wort geht noch einmal an Minister Woidke. Bitte sehr.

Minister Dr. Woidke:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte mich kurz fassen und etwas richtig stellen. Die Behauptung, wir würden im Sinne einer zentralen Lösung weiterhin kleine Gemeinden und Kleinstgemeinden mit Fördermitteln unterstützen, kann nicht im Raum stehen bleiben, denn das trifft nicht zu. Der geltenden Förderrichtlinie ist zu entnehmen, dass eine Gemeinde bzw. Siedlung mit weniger als 2 000 Einwohnern keinerlei Förderung für die Abwasserbeseitigung erhält. Zentrale oder dezentrale Lösung - das spielt, was die Förderung angeht, für die kleinen Dörfer keine Rolle. Es gibt zwar keine Vorgaben vonseiten des Landes, jedoch eine Einschränkung. Sie greift dann, wenn es wasserrechtliche Vorschriften gibt, die dezentrale Lösungen verhindern, zum Beispiel in Trinkwasserschutzzonen, wo das Grundwasser besonders sensibel ist. Es hat auch mit der Daseinsvorsorge zu tun, dass wir dezentrale Varianten in solchen Fällen nicht genehmigen können. Nur in solchen Ausnahmefällen werden wir die Abwasserbeseitigung weiterhin fördern und uns auf diesen Bereich konzentrieren.

Zu den Naturwächtern nur einen Satz: Herr Dombrowski, Sie sind demnächst Mitglied im Stiftungsbeirat des Naturschutzfonds. Dann werden wir die Arbeit der Naturwacht gemeinsam kontrollieren.

(Beifall bei SPD und CDU sowie vereinzelt bei der PDS)

Vizepräsident Prof. Dr. Bisky:

Ich schließe damit die Aussprache und wir kommen zur Abstimmung. Als erstes stimmen wir über den Änderungsantrag der DVU-Fraktion in Drucksache 4/1206 und in Verbindung damit über den Änderungsantrag der DVU-Fraktion in Drucksache 4/1208 ab. Ich frage: Wer folgt diesem Änderungsantrag? - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Damit ist der Antrag mit großer Mehrheit abgelehnt.

Ich lasse über den Änderungsantrag der DVU-Fraktion in Drucksache 4/1207 abstimmen. Wer diesem Änderungsantrag zustimmt, den bitte ich um sein Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Damit ist der Antrag mit großer Mehrheit abgelehnt.

Wir kommen zur Beschlussempfehlung des Ausschusses für Haushalt und Finanzen zum Einzelplan 10 in Drucksache 4/1110. Wer der Beschlussempfehlung zustimmt, den bitte ich um sein Handzeichen. - Wer ist dagegen? - Stimmenthaltungen? - Damit ist die Beschlussempfehlung bei etlichen Gegenstimmen und Stimmenthaltungen mehrheitlich angenommen.

Ich schließe die Debatte über den Einzelplan 10 und rufe auf:

Einzelplan 11 - Ministerium für Infrastruktur und Raumordnung

Beschlussempfehlung und Bericht
des Ausschusses für Haushalt und Finanzen

Drucksache 4/1111

Die Debatte wird mit dem Beitrag der Abgeordneten Tack von der PDS-Fraktion eröffnet.

Frau Tack (PDS):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! 12 Uhr mittags - die Stunde der toten Augen. Viele Stunden der toten Augen. Ich gebe Ihnen - anders als meine Vorredner - eine kritische Vorlage zur Auseinandersetzung mit dem Teil Verkehr - Einzelplan 11. Sie können sich dann dazu positionieren. Es tut mir Leid, aber so angenehm und nett wie zum Einzelplan 10 geht es jetzt nicht weiter. Das liegt jedoch nicht an der PDS, sondern am Entwurf des Einzelplans 11, denn er ist - und wird es auch bleiben - ein Zahlenfriedhof. Das wird schon dadurch bestimmt, dass die globale Minderausgabe ins Haus steht und dann sozusagen am Parlament vorbei gekürzt und gestrichen werden kann und wir kein Mitspracherecht mehr haben.

Ich muss an dieser Stelle einklagen: Haushaltsklarheit und -wahrheit fehlten auf weiten Strecken. Ich erinnere an den Zuwachs beim Ministergehalt - obwohl das Gesetz von einer Nullrunde spricht -, zu dessen Rechtfertigung ich im Hauptausschuss und bei anderen Gelegenheiten abenteuerliche Begründungen gehört habe.

Es gibt - das hat meine Vorrednerin bereits gesagt - einen Zahlenwirrwarr bei EFRE-Mitteln in den Einzelplänen 08 und 11. Es passte nichts zusammen, es wurde gesagt, alte Zahlen seien mit neuen vermischt worden.

Dann stellt sich bei vielen Beteiligten nach wie vor die spannende Frage: Was baut eigentlich der Landesbetrieb für Straßenwesen in den nächsten zwei Jahren? Welche Straßen werden saniert, welche werden neu gebaut, welche Radwege werden gebaut? Das sind viele Fragen, die uns durch den Einzelplan und auch durch die dazu geführten Diskussionen nicht beantwortet werden.

Frau Kollegin Gregor hat es sich im Ausschuss für Infrastruktur und Raumordnung sehr einfach gemacht, indem sie stellvertretend für alle Koalitionskollegen dort erklärt hat, dass sie sich außerstande sehe, im Einzelplan 11 Umschichtungen vorzunehmen. Dazu möchte ich sagen, dass Sie es sich vielleicht so einfach machen können, dass die PDS-Fraktion dies aber nicht für den richtigen politischen Anspruch hält. Aus diesem Grunde haben wir auch entsprechende Anträge eingebracht und die Diskussionen dazu geführt. So wie Sie das hier behandeln, liebe Kolleginnen und Kollegen, machen Sie sich bedenkenlos zum Mehrheitsbeschaffer für den Regierungsentwurf und nehmen Ihre Verantwortung als Abgeordnete nicht wahr. Ich erinnere in diesem Zusammenhang an die gestern von meinem Kollegen Vietze gehaltene Rede, in der er ebenfalls auf die Verantwortung der Abgeordneten auch der Regierungsfractionen hingewiesen hat.

Frau Gregor, diese Verhaltensweise ist bei Ihnen offenbar Methode. Kürzlich konnte ich nämlich in Bezug auf Potsdam ver-

nehmen, dass Sie zwar den teuren Landtagsneubau auf dem Schlossgrundriss in Ihrem Wahlkreis nicht wirklich vermitteln können, aber trotzdem dafür sind. - So weit zur Vorgeschichte.

Nun möchte ich den Minister auch einmal loben, weil er etwas Vernünftiges eingefordert hat. Das können wir in dem Zusammenhang auch realisieren. Der Minister hat sich nachhaltig dafür engagiert, dass der dritte Bauabschnitt für den Prignitz-Express realisiert wird. Mit Unterstützung vieler Menschen vor Ort, in der Prignitz, auch in Ostprignitz-Ruppin, auch durch die PDS, hat der Minister entschieden, dass er das Geld in die Hand nimmt und der dritte Bauabschnitt realisiert wird.

Da das so gut geklappt hat, gleich noch eine Forderung von unserer Seite hinterher, bei der ich an meinen Kollegen Scharfenberg und an andere Potsdamerinnen und Potsdamer denke, die von der Landeshauptstadt aus gern den Fernverkehr der Bahn nutzen wollen: Engagieren Sie sich bei Herrn Mehdorn dafür, dass er die Landeshauptstadt nicht vom Fernverkehr abkoppelt. Er soll dabei an unsere Interessen denken, soll also anders entscheiden, damit die Landeshauptstadt an den ICE-Verkehr angebunden bleibt.

(Beifall bei der PDS)

Das war es aber auch schon mit dem Lob; denn jetzt komme ich auf den öffentlichen Personennahverkehr und anschließend auf den Flughafen zu sprechen. Das sind die beiden Punkte, mit denen ich mich im Wesentlichen auseinander setzen möchte, auch wenn uns Herr Karney gerade verlassen hat.

Herr Szymanski, Sie sollten damit aufhören, die Mär zu verbreiten, dass es dem ÖPNV besser gehe, dass er mit dem neuen ÖPNV-Gesetz eine bessere Finanzierung erhalte, als es bisher der Fall gewesen sei. Sie sagen immer, die 50 Millionen Euro, die jetzt im Rahmen des ÖPNV-Gesetzes eingestellt sind, bedeuteten einen Aufwuchs von 24 Millionen Euro. Zwar haben Sie Recht, dass die Zuschüsse an die Aufgabenträger, die Kreise und kreisfreien Städte, um 24 Millionen Euro insgesamt erhöht werden; dabei verschweigen Sie aber - das ist nicht fair, weil die Betriebe vor Ort und auch die Kommunen es besser wissen -, dass die Zuschüsse für Investitionen an öffentliche und private Verkehrsunternehmen im Vergleich zum Jahre 2004 gleichzeitig in derselben Höhe, also um 24 Millionen Euro, gekürzt werden. 23 883 800 Euro - das können Sie sich durch die sehr kluge Verwaltung in Ihrem Ministerium vorrechnen lassen -, das ist leider das Ergebnis und das muss man fairerweise auch sagen.

Das bedeutet, dass die Verkehrsunternehmen in den kreisfreien Städten und in den Landkreisen notwendige Investitionen und Ersatzinvestitionen, zum Beispiel auch solche in den Fuhrpark - in manchen Bereichen sind die Busse und Straßenbahnen überaltert und müssen dringend ersetzt werden -, aus dem Ihnen zugewiesenen globalen Teil des ÖPNV-Gesetzes finanzieren müssen. Im Übrigen haben Sie mir auch auf eine entsprechende Kleine Anfrage geantwortet, dass die Mittel aus dem GVFG, das durch den Bund gespeist wird, für viele Bereiche nicht mehr nutzbar sind, zum Beispiel für die Haltestellenfinanzierung und für anderes, weil sich die Förderbedingungen geändert haben. Das ist die Realität und ich bin sehr dafür, dass wir diese Realität benennen, wenn wir über ÖPNV-Finanzierung reden.

Ich möchte an dieser Stelle auch noch einmal sagen, dass Sie ohnehin nur Zuschüsse des Bundes, die so genannten Regiona-

lisierungsmittel der Bahn, für den ÖPNV an die Kommunen weiterreichen. Dazu erinnere ich an das Jahr 2004, in dem die Bahn diese Regionalisierungsmittel um 8 Millionen Euro gekürzt hat. Die Auswirkungen waren zu spüren. Auch wissen wir, dass es bei den Regionalisierungsmitteln spätestens im Jahre 2007 eine Revision geben wird und damit natürlich die nächsten Kürzungen ins Haus stehen.

Ganz so viel Zeit hat sich der Bund beim Kürzen der anderen Mittel nicht gelassen. Wir wissen, dass die Mittel gemäß § 45 des Personenbeförderungsgesetzes und auch die Zuschüsse für die Behindertenbeförderung durch den Bund gekürzt worden sind, dass bei den Verkehrsunternehmen landesweit, vor allem aber in den Flächenkreisen, Einnahmeverluste zu verzeichnen sind, dass der Schülerverkehr aufgrund von Abmeldungen im Schnitt um ein Drittel reduziert worden ist. Das bedeutet, dass die Verkehrsunternehmen über weitaus weniger Einnahmen verfügen, demzufolge die Ausgleichsfinanzierung innerhalb des Verkehrsverbundes ein niedrigeres Niveau hat und die Verkehrsunternehmen weniger Geld bekommen.

Parallel dazu haben sie - was wir sehr kritisiert haben - zum 1. August wieder eine Tarifierhöhung beschlossen, was möglicherweise nicht unbedingt die Zahl der Fahrgäste erhöht, sondern das Gegenteil bewirkt, sodass Mehreinnahmen dadurch auch noch nicht gesichert sind.

Weil das so ist, weil die Investitionsmöglichkeiten und die Zuschüsse für die Träger des ÖPNV drastisch gekürzt worden sind und weil die aktuelle Situation dadurch gekennzeichnet ist, dass es hierbei auch einen Zusammenhang mit der Luftqualität und der Lärmsituation in den Städten gibt - ich möchte in diesem Zusammenhang aber nur auf die EU-Luftqualitätsrichtlinie eingehen -, hat die PDS veranlasst, dass in den drei kreisfreien Städten Potsdam, Brandenburg und Cottbus von unserer Seite ein Antrag dahin gehend gestellt wird, dass die 69 Busse, die dort im ÖPNV fahren, für insgesamt 700 000 Euro mit Dieselfußfiltern nachgerüstet werden. - Herr Bischoff erinnert sich daran.

(Bischoff [SPD]: Klar!)

Leider ist im Bund und leider über viele Jahre auch schon im Lande eine Zunahme beim Auto- und LKW-Verkehr zu verzeichnen, und zwar vor allem in den Städten, was genau Ihrer autoorientierten Verkehrspolitik geschuldet ist. Aus diesem Grunde halten wir es für wichtig, dass die Landesregierung reagiert; denn es ist auch eine Frage des Gesundheitsschutzes, dass die Menschen in den Städten eine Verbesserung der Luftqualität und damit der Lebensqualität erfahren.

Aus diesem Grunde haben wir den entsprechenden Antrag gestellt, den Sie leider abgelehnt haben, und zwar auch noch einmal im Haushaltsausschuss. Herr Bischoff, ich glaube, Sie waren es - wenn nicht, wehren Sie sich -, der im Haushaltsausschuss erklärt hat,

(Bischoff [SPD]: Ich war es nicht!)

dass der Antrag zwar Sinn mache, die Nachrüstung aber durch die Verursacher des Dieselfußes, des Feinstaubes, finanziert werden sollte. Dazu kann ich nur sagen: Wenn es um die Verursacher dieser Politik geht - da schaue ich wieder in Richtung der Landesregierung -, wäre es schon das richtige Zeichen gewesen, die 700 000 Euro, umgeschichtet im Einzelplan, in die Hand zu

nehmen und ein Zeichen für einen besseren Gesundheitsschutz und eine bessere Lebensqualität in den Städten zu setzen, wodurch im Übrigen der ÖPNV in den Städten attraktiver gemacht und mehr Akzeptanz für den ÖPNV erreicht werden könnte.

In diesem Zusammenhang möchte ich an Folgendes erinnern: In Frankfurt (Oder) gab es in den vergangenen Jahren eine große Unterstützung vonseiten des Landes zur Umrüstung der Busflotte auf Erdgas. Dort hat es also schon geklappt. Nun gibt es aber die EU-Richtlinie und das Land sagt: Ich hebe die Hände, ich habe kein Geld mehr für Investitionen. - Das halten wir für den falschen Ansatz. Sie schauen immer so gern nach Berlin. Ich kann Ihnen sagen, dass die Berliner Verkehrsbetriebe mit Unterstützung durch das Land in den vergangenen Jahren bereits 1 000 ihrer insgesamt 1 400 Busse mit Rußfiltern nachgerüstet haben. Es wäre schön, wenn wir dem naheiefen könnten.

Als die Potsdamer Verkehrsbetriebe ihre Busse nachrüsten wollten, hat der Finanzbeigeordnete der Landeshauptstadt sofort gesagt, dass es dafür kein Geld gebe.

Ich meine, Herr Szymanski, die Situation ist hinlänglich beschrieben. Das Land steht hier in der Verantwortung.

Liebe Kollegen der Koalition, dass dieses Problem auch Sie beschäftigt, kann man daran sehen, dass Sie unserem Antrag zwar nicht zustimmen konnten, aber gern Antworten dazu wollen. Sie haben zu dieser Thematik Kleine Anfragen an die Landesregierung gestellt. Das ist zwar interessant, aber Sie hätten sich konsequenterweise unserem Antrag anschließen sollen. Dadurch hätten Sie wirklich politischen Gestaltungswillen dokumentiert. - So viel zum ÖPNV.

Jetzt möchte ich Herrn Karney gern lobend erwähnen dafür, dass er wie immer aufs Stichwort reagiert. Er sagt, die PDS rede das größte Infrastrukturprojekt des Landes kaputt. Ich frage Sie: Was ist das für ein Infrastrukturprojekt, das sich durch ein bisschen Kritik vonseiten der PDS gleich ins Wanken bringen lässt? - Herr Karney verwechselt da offenbar etwas.

Lassen Sie mich noch etwas zu den Anträgen der PDS-Fraktion sagen. Sie stellen in den Einzelplan 08 in jedem Jahr - diesmal für beide Jahre des Doppelhaushalts - zweistellige Millionen-summen als Zuschüsse für die Flughafengesellschaft, die FBS, ein. Diesmal sind es 30 bzw. 38 Millionen Euro, wobei satte Verpflichtungsermächtigungen dazugehören. Neu ist diesmal, dass Sie explizit für die Schienenverkehrsanbindung des BBI noch einmal 8 Millionen Euro pro Jahr einstellen und eine Verpflichtungsermächtigung dafür vorsehen.

Ich will daran erinnern, dass es wirklich neu ist; denn bisher hatte sich der Bund bereit erklärt, sämtliche Kosten für die verkehrliche Anbindung des Flughafens zu übernehmen. Jedoch hat sich mittlerweile die Situation geändert.

Im Haushalt 2005 hat der Bund die Zuweisung an die Flughafengesellschaft mit einem Sperrvermerk versehen, was ich für ein sehr verantwortungsvolles Handeln halte. Das vermisste ich in Sachen Flughafen in Brandenburg.

(Beifall bei der PDS)

Ich erinnere die Landesregierung daran, dass alle Urteile, Herr Klocksinn, und Beschlüsse - sie beginnen im Jahr 2001 mit dem

Urteil zum Landesentwicklungsplan engerer Verflechtungsraum - sowohl vom Oberverwaltungsgericht als auch vom Bundesverwaltungsgericht im Zusammenhang mit dem Planfeststellungsverfahren zum BBI und den darauf aufbauenden landesplanerischen Grundlagen gefällt wurden. Daraus wird ersichtlich - ich spreche die Regierungsvertreter und Herrn Karney an -, dass die Landesregierung selbst das Projekt BBI in Schönefeld mit ihrer zuweilen sehr unsachgemäßen und dilettantischen Vorbereitung und Begleitung des Projekts gefährdet. Diesbezüglich gibt es wenig Widerspruch, weil es unter Einbeziehung der vergangenen Jahre und des Doppelhaushalts auch von Ihnen so gesagt werden kann.

Im Übrigen hat das Urteil des Bundesverwaltungsgerichts in Leipzig ausdrücklich verfügt, dass der Bau des unterirdischen Bahnhofs am BBI von den bauvorbereitenden Maßnahmen explizit ausgenommen wurde. Deshalb frage ich Sie: Warum wollen Sie dieses und nächstes Jahr für die Schienenanbindung 8 Millionen Euro im Haushalt einplanen, wenn nicht gebaut werden darf? Diese Frage werden Sie beantworten müssen; denn das Urteil in der Hauptsache, Herr Bischoff, wird erst im Sommer 2006 gesprochen.

(Dr. Klocksin [SPD]: Spätestens!)

- Spätestens, ja.

Die PDS-Fraktion unterstreicht an dieser Stelle noch einmal ihre Position, diese Mittel - die Anträge liegen vor - für andere Deckungsquellen zu nutzen.

Die PDS-Fraktion fordert, dass im Planfeststellungsverfahren der Beschluss ausgesetzt, überarbeitet und gerichtsfest gemacht wird, bis das Urteil vom Bundesverwaltungsgericht in Leipzig in der Hauptsache gesprochen ist. Das heißt, man beginnt, das Landesentwicklungsprogramm neu zu gestalten, den Landesentwicklungsplan engerer Verflechtungsraum zu überarbeiten und den LEP FS gerichtssicher zu machen. Aus der Sonderaufsichtsratsitzung und aus dem Bericht des Finanzministers im Finanzausschuss ging hervor, dass der Aufsichtsrat einschätzt ...

Vizepräsident Prof. Dr. Bisky:

Frau Abgeordnete, ich möchte Sie fragen, ob Sie eine Frage von Herrn Bischoff beantworten.

Frau Tack (PDS):

- Sofort.

... dass die Unterlagen zum Planfeststellungsbeschluss - wenn sie überarbeitet und gerichtsfest gemacht würden - eine Verschiebung des BBI um zwei Jahre ausmachen. Deshalb frage ich Sie - vielleicht auch Herrn Bischoff -, ob es das Risiko wert ist, jetzt Geld zu verschwenden oder in zwei Jahren eine ordentliche Arbeit vorzulegen, die den Planfeststellungsbeschluss gerichtsfest macht.

(Beifall bei der PDS)

Vizepräsident Prof. Dr. Bisky:

Herr Bischoff, bitte stellen Sie Ihre Frage.

Bischoff (SPD):

Herr Präsident, ich gehe davon aus, dass es mir nicht zusteht, auf eine Frage der Rednerin zu antworten, sondern eine eigene Frage zu stellen.

Frau Kollegin Tack, Sie sprachen eben von einer Haushaltssperre, insbesondere bezüglich der Schienenanbindung. Erste Frage: Ist Ihnen nicht bekannt, dass es dazu einen entsprechenden Antrag der Koalition gibt, der vom Haushalts- und Finanzausschuss bestätigt wurde? Zweite Frage: Sind wir uns darüber nicht einig?

(Zuruf von der PDS: Ging es nicht um die Schienenanbindung am Flughafen?)

- Es geht um beides.

Frau Tack (PDS):

In dieser Frage sind wir uns insoweit einig, dass der Bund verantwortungsvoll handelte, indem er per Beschlussfassung 2005 - es gibt noch einen Einzelplan 2005 - gesperrt hat. Es ging mir explizit um die Aussage, weshalb 8 Millionen Euro eingeplant sind, obwohl nicht gebaut werden darf.

Bischoff (SPD):

Ist Ihnen nicht bekannt, dass es einen entsprechenden Antrag der Koalition gibt, der zum einen 8 Millionen Euro für die Schienenanbindung und zum anderen eine qualifizierte Haushaltssperre in Höhe von 5 Millionen Euro für das Projekt insgesamt beinhaltet?

Frau Tack (PDS):

Das ist mir bekannt, jedoch sind bei den für das Projekt insgesamt benötigten 30 bzw. 38 Millionen Euro 5 Millionen Euro nicht ausreichend. Ich sage es noch einmal: Der Bund hat verantwortungsvoll gehandelt und alles gesperrt. Erst wenn das Urteil gesprochen ist und - wie der Finanzminister sagt - Beton in die Erde gesetzt werden darf, ist eine Entsperrung möglich.

In diesem Zusammenhang erinnere ich daran, dass es aus Sicht der PDS-Fraktion völlig übereilt war, eine inhaltlich unausgeregte Leitbilddebatte anzustoßen, einen mit der heißen Nadel genähten Landesentwicklungsplan „Zentrale-Orte-System“ zu erstellen, ohne die Arbeit am Landesentwicklungsprogramm aufgenommen zu haben. Das Landesentwicklungsprogramm hat Ziele und Grundsätze der Landesentwicklung in Brandenburg zum Gegenstand. Das gemeinsame, im Staatsvertrag befindliche Landesentwicklungsprogramm Berlin-Brandenburg stammt aus Zeiten des Wachstums. Inzwischen vollziehen sich völlig andere Entwicklungsprozesse.

Deshalb, Herr Minister, ist es ratsam, die Arbeit aufzunehmen. Dazu empfehlen wir Ihnen, einen entsprechenden Antrag zu stellen bzw. mit uns gemeinsam um die Einsetzung einer Enquetekommission zu ringen; denn sie wäre das sachbezogene Gremium, das gute Vorleistungen erbringen könnte.

(Beifall bei der PDS)

Da Herr Karney nicht anwesend ist, setze ich mich mit Herrn Dr. Klocksin auseinander. Am Montag der vergangenen Wo-

che fand auf Einladung der FBS ein Expertengespräch in Berlin statt. Jedoch war von Ihnen niemand zu sehen. Dort stellte die FBS das Gutachten zur Jobmaschine „Flughafen BBI“ vor.

Ich habe viele Fragen gestellt, unter anderem die, in welchem Zusammenhang die Wachstumszahlen die Arbeitsplatzsituation auf dem Arbeitsmarkt beeinflussen. Sie wird sich natürlich verbessern, wenn es mehr Flugbewegungen und Passagiere in Schönefeld gibt.

Welche Branchen sich vorrangig ansiedeln werden, erfuhren wir nicht; denn das wurde nicht untersucht.

Des Weiteren geht aus dem Gutachten eindeutig hervor, dass es bis zum Zuwachs - den wir möglicherweise zur Kenntnis nehmen können - zunächst zu einem Rückgang der Arbeitsplatzzahlen kommt.

Jedoch wurde auch eindeutig gesagt, dass das wachsende Arbeitsplatzaufkommen nicht in unmittelbarer Verbindung mit einem Neu- oder Ausbau BBI in Schönefeld steht, sondern mit mehr Flugbewegungen in Schönefeld. Deshalb gibt es bereits jetzt mehr Arbeitsplätze.

Herr Minister! Meine Damen und Herren! Im Ergebnis der kritischen Auseinandersetzung mit dem Thema und aufgrund der Ablehnung unserer Anträge können wir dem Teil Verkehr des Einzelplans nicht zustimmen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der PDS)

Vizepräsident Prof. Dr. Bisky:

Für die Fraktion der SPD hat die Abgeordnete Gregor das Wort. Bitte schön.

Frau Gregor (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren Abgeordnete! Den Haushalt der Landwirtschaft hätten wir weiter hinten verabschieden sollen; denn bei dem Stichwort nahmen sofort alle die Nahrungsaufnahme auf, sodass wir vor leerem Saal sprechen.

Ich gehe davon aus, dass sich der Minister zu den Fragen LEP ZOS und Flughafen noch einmal äußern wird. Deshalb gehe ich zu nächst auf die persönlichen Angriffe seitens Frau Tack ein.

Weshalb plädiere ich für den Landtagsneubau? Unser Ausschuss trägt für die Infrastruktur und Stadtentwicklung Verantwortung. Somit trägt er auch die Verantwortung für die Landeshauptstadt, die in ihrer Mitte ein Problem aufweist. Der Aufgabe, diese Mitte neu zu gestalten und mit Leben zu erfüllen, können wir uns nicht entziehen. Ich werde mich auch nicht in meinem Wahlkreis verstecken.

Mit den Mitteln, die wir in Kliniken, Fachhochschulen und Infrastruktur steckten, hätte längst ein Landtag gebaut werden können. Den Neubau des Sitzes des Parlaments, mit dem sich alle identifizieren können sollen, schoben wir ganz nach hinten. Als Allerletztes nahmen wir uns das Recht zu sagen, dass es höchste Zeit wird, den Plan umzusetzen.

(Beifall bei der CDU)

Nach endlosen Stunden der Diskussion über den Landeshaus-

halt 2005/2006 sind wir nun beim Einzelplan 11 angekommen. Der Einzelplan 11 gilt für das Ministerium für Infrastruktur und Raumordnung und wurde zu weit hinten platziert; denn bei den grundsätzlichen Ausführungen zum Haushalt wird immer wieder bemerkt, dass mehr als 20 % der Mittel des Landeshaushalts in Investitionen gesteckt werden.

Ich frage: Wo, wenn nicht in unserem Haushalt, wenn nicht in unserem Ministerium, werden die Investitionen in Straßen, Schienen, Wasserstraßen, in unsere Städte getätigt? Demzufolge hätte der Einzelplan 11 in Bezug auf Rang- und Reihenfolge weiter nach vorn gehört. Ich betrachte es einmal positiv und sage: Der Einzelplan 20 ist das Fundament des gesamten Hauses Brandenburg, aber wir bilden die Bodenplatte und schaffen die Infrastruktur in der Fläche des Landes. Darauf können wir das ganze Geflecht der landespolitischen Aufgabenfelder bauen.

Die Nummerierung der Einzelpläne ist also weder logisch noch eine Wertung und von der Stärke der Drucksache gleich gar nicht abhängig. Das haben wir bereits gestern als Kriterium gehört.

In den letzten 15 Jahren haben wir vieles auf den Weg gebracht, haben saniert, modernisiert, erweitert und neu gebaut. Die Städte haben sich herausgeputzt, das Land Brandenburg ist schöner denn je. Die Infrastruktur ist leistungsfähiger und sicherer geworden. Gleiches gilt für den SPNV und den ÖPNV, auch wenn das von meiner Vorrednerin nicht so dargestellt worden ist.

Wir müssen allerdings erkennen, dass das Tempo des Aufholens und des Aufbaus so nicht fortgeführt werden kann. Wir erkennen den noch bestehenden Bedarf. Dennoch muss man ehrlich sagen: Wir werden mit weniger zur Verfügung stehenden Mitteln und knapper werdenden Ressourcen dem Bedarf nicht mehr in vollem Umfang gerecht werden können. Es wird auch niemanden im Hause wundern, dass wir als Facharbeitskreis mit unserem Haushalt nicht glücklich sind. Dennoch haben sich die Koalitionsfraktionen nicht durchringen können, Änderungsanträge zu stellen. Das mag unlogisch klingen und hat auch nichts mit Einfalls- oder Verantwortungslosigkeit, wie es von Frau Tack in den Raum gestellt worden ist, zu tun, sondern ist folgender Tatsache geschuldet: Der Haushalt des Ministeriums für Infrastruktur und Raumordnung ist im gesamten Landeshaushalt derjenige, der den größten Einsparbeitrag geleistet hat. Allein im Haushaltsjahr 2005 haben wir eine Einsparung in dreistelliger Millionensumme erbracht. Ich frage alle anderen Fachpolitiker: Wer hatte Derartiges in seinem Haushalt zu verkraften? Ich frage weiter: Welche Schlachten sind schon bei einer Einsparung von 2 bis 3 % geschlagen worden? Was für Schlachten sollten wir dann erst bei einer 12%igen Einsparung schlagen?

(Frau Tack [PDS]: Wen machen Sie dafür verantwortlich, Frau Gregor?)

- Ganz ruhig, das alles kommt in meinen Erklärungen noch. Deshalb habe ich diese Rede heute auch zu halten.

Wir werden im Jahr 2006 weitere Millionen von Euro einsparen müssen. Unser Etat für die Jahre 2005 und 2006 sinkt um über 177 Millionen Euro. Diese Einsparungen werden im Land nicht unbemerkt bleiben. Darauf müssen sich alle in diesem

Haus einrichten. Wir als Fachpolitiker der Koalition haben genau diese Prioritätensetzung, die es im Land gibt, akzeptiert. Wir akzeptieren Investitionen in Köpfe. Denn vor dem Hintergrund, der uns alle bewegt - Bevölkerungsrückgang, Abwanderung, Fachkräftemangel, Nachwuchssorgen überall in der Wirtschaft -, haben wir uns dieser Aufgabe gestellt: Investitionen in Köpfe sind wichtiger als Investitionen in Beton, auch wenn wir das fachpolitisch gern anders sehen würden.

Deshalb hat zu Recht der Einzelplan 05 in den beiden Etats - 2005 und 2006 - einen höheren Ansatz als der Einzelplan 11. Denn nur so kann man Prioritätensetzung nachweisen, die hier immer angemahnt und bei der gestrigen Diskussion zum Einzelplan 05 völlig negiert worden ist. Der Etatansatz des Einzelplans 05 ist der höchste, den wir im Landeshaushalt überhaupt haben.

Weil wir keine Betonköpfe sind, haben wir in dem vorgegebenen Haushaltsrahmen Prioritäten zu setzen versucht. Diese lagen für uns eindeutig in der vollen Ausfinanzierung aller Mittel des Stadtumbaus.

Wir haben das Glück, dass wir bereits seit April die Verwaltungsvereinbarung mit dem Bund haben und mit der Verabschiedung des Haushalts sofort alle wichtigen und bereits beantragten Fördermittel für Stadtumbau fließen können; denn diese Maßnahmen sind für unser Land von großer Wichtigkeit. Wir haben für den Stadtumbau Ost, für die Förderung der Maßnahmen im Bereich „Soziale Stadt“ und auch für den städtebaulichen Denkmalschutz in den Städten mit historischem Stadtkern die nötige finanzielle Sicherung gefunden.

Eine weitere wichtige Priorität war für uns die Verkehrssicherheit, wozu auch der Radwegebau und die Schulwegesicherung gehören. Auch dies haben wir in vollem Umfang gesichert. Als Lausitzerin und für mich persönlich ganz besonders wichtig war, dass wir das neu übernommene Aufgabengebiet Braunkohlensanierung auch in diesen beiden Haushaltsjahren ausfinanzieren und damit sowohl alle zur Verfügung stehenden Bundes- wie auch EU-Mittel abrufen können.

Den Landesstraßenbau mussten wir zurückfahren und wir werden in Kauf nehmen müssen, dass die Straßeninstandsetzung weiter zurückfällt.

Vor diesem Hintergrund werden wir die Landesverkehrsstraßenplanung und die Nahverkehrsplanung überarbeiten müssen. Wir werden über Kriterien, Ausbaustandards und Prioritätensetzung neu diskutieren müssen. Man muss anerkennen, dass man mit weniger Geld nicht gleich viel und in gewohnter Qualität - ob vom Standard her angemessen oder nicht, darüber lässt sich sicherlich streiten - bauen kann.

Das Ministerium hat intern Strukturentscheidungen getroffen. Seit Januar arbeitet der Landesbetrieb für Straßenwesen. Wir erwarten davon große Effekte sowie mehr Qualität und Quantität und eine höhere Effizienz, weil das Aufheben des Nebeneinanders der Straßenbauämter, des Autobahnamtes und der Abteilungen 3 und 4 des ehemaligen Landesamtes für Bauen, Verkehr und Straßenwesen einen Effizienzgewinn bringen muss.

Wenn Demografie plötzlich in den Fokus aller Politikfelder gerückt ist, können wir als Fachpolitiker nur sagen: Dieser Aufga-

be mussten wir uns seit langem stellen, denn was anderes als Anpassung an die Bevölkerungsveränderung sind zum Beispiel die Maßnahmen im Stadtumbau? Die Maßnahmen des Stadtumbaus Ost werden letztendlich noch ein Exportschlager, weil all das, was wir an Erfahrungen gesammelt haben, auch für andere Bundesländer, die jetzt davon wahrscheinlich noch gar nicht betroffen sind, nutzbar sein wird. Die Demografiefalle ist nicht nur ein typisches Brandenburger Problem, sondern betrifft ganz Deutschland. So gesehen wird der Westen einmal vom Osten lernen können.

Die Nahverkehrsleistungen im Bereich des öffentlichen Verkehrs müssen in einem stetigen Prozess der Überprüfung von Pendlerströmen, Fahrgastaufkommen und Kosten-Nutzen-Betrachtung den im Land stattfindenden Entwicklungen angepasst werden. Das fällt weder Herrn Schrey noch mir, die wir aus peripheren Räumen kommen, leicht. Da haben Sie, Frau Tack, es relativ komfortabel, weil Sie immer mehr Leistungen verlangen können. Wir müssen in Kauf nehmen, dass bei uns Leistungen abbestellt werden; denn dem höheren Verkehrsaufkommen in dem Metropolenbereich Brandenburgs und den wachsenden Fahrgastzahlen steht die Abbestellung von Linien im Land gegenüber.

Politikgestaltung ist in unserem Politikfeld enorm schwierig; denn wir müssen die sich im Land völlig unterschiedliche Entwicklung zwischen engerem Verflechtungsraum und äußerem Entwicklungsraum gestalten. Das ist keine leichte Aufgabe. Wir wollen unseren Anteil an der ausgewogenen Landesentwicklung und der Neukonzeption eines Leitbildes leisten und werden uns deshalb aktiv in die Überarbeitung der Landesplanung einbringen.

Diesen Problemen, bei denen jedes für sich allein schon ein riesiges Aufgabenfeld darstellt und als Komplex betrachtet fast unlösbar erscheint, wollen wir uns als Koalition stellen und uns mit großem Engagement einbringen. Wir werden nicht ideen- und verantwortungslos handeln, wie es uns immer unterstellt wird, sondern gemeinsam mit dem Ministerium nach besten Lösungen suchen.

Zum Ende meines Beitrags möchte ich den Mitgliedern des Ausschusses für die faire und konstruktive Diskussion herzlich danken, auch wenn die Anträge zum Beispiel hinsichtlich des Rußfilters nicht angenommen werden konnten. Wir haben das auch begründet. Wir hatten ein Förderprogramm, das die 80%ige Um- und Nachrüstung der Busse in den letzten Jahren hätte gewährleisten können. Es ist kein Geld abgefordert worden. Demzufolge sahen wir uns außerstande, dem Antrag zuzustimmen und nur vor dem Hintergrund der aktuellen Diskussion in Aktionismus zu verfallen. Man hätte vorher reagieren können und nicht immer erst dann, wenn das Kind in den Brunnen gefallen ist. Diese Verantwortung kommt auch den Verkehrsbetrieben und den Kommunen, die jetzt von dieser Problematik eventuell betroffen sind, zu.

Da ich ein hoffnungsloser Optimist bin, möchte ich uns allen auf den Weg mitgeben, dass es vielleicht befriedigender sein kann, aus weniger mehr zu machen, als ständig aus dem Vollen zu schöpfen.

In diesem Sinne wünsche ich uns für die Politikgestaltung in den nächsten zwei Jahren und die weitere Zukunft trotz einiger Unwegsamkeiten im Haushalt, die wir alle kennen - ob das die

Steuerschätzung ist oder die Gerichtsentscheidungen sind, die uns im Bereich Flughafen ins Haus stehen usw. -, gemeinsam mit den in der Regierung Verantwortung Tragenden eine vernünftige Arbeit, denn unser Land hat es verdient, dass wir uns der Probleme annehmen und Lösungen anbieten. In diesem Sinne: Glück auf!

(Beifall bei SPD und CDU)

Vizepräsident Prof. Dr. Bisky:

Für die Fraktion der DVU spricht die Abgeordnete Hesselbarth. Bitte.

Frau Hesselbarth (DVU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Infrastrukturpolitik, Rotstift, Abrissbirne - mit diesen drei Worten könnte man die Infrastrukturpolitik dieser Landesregierung als ungenügend - 6! Setzen! - abtun

(Lachen des Abgeordneten Schulze [SPD])

und den vorliegenden Haushalt einfach ablehnen, denn eine Diskussion darüber erübrigt sich eigentlich, Herr Minister.

(Schulze [SPD]: Dann können Sie ja aufhören!)

- Nein, ganz so leicht mache ich es mir nicht.

(Schulze [SPD]: Sie machen es sich sehr leicht!)

Wie bereits seit Beginn der letzten Legislaturperiode im Jahre 1999 soll auch diesmal wieder der Haushalt des Ministeriums für Infrastruktur und Raumordnung die haushaltspolitische Milchkuh spielen, die man so lange aussaugt, bis von ihr nichts mehr übrig bleibt. Ja, es ist richtig: Fast 178 Millionen Euro sollen in diesem Ressort eingespart werden. Das ist der Einzelplan - auch das ist richtig -, dem am meisten abgezogen wurde.

Frau Funck, ja, das ist ein Investitionshaushalt. Warum tragen Sie, wenn Sie gestern davon gesprochen haben, dass wir Investitionen brauchen, diese Kürzungen mit?

Herr Minister Szymanski, Sie machen nicht einmal Anstalten, sich dagegen zu wehren. Sie haben es genau so akzeptiert, wie Frau Gregor es eben vortrug.

Von den Einsparmaßnahmen sind insbesondere die Baumaßnahmen mit knapp 109 Millionen Euro, und zwar bereits in diesem Jahr, betroffen. Ihr neues Leitbild mit der Förderung der berlinnahen Regionen und Ihr Zentrale-Orte-System, welches zwei Drittel des Landes von der Entwicklung und Infrastruktur abhängt

(Frau Gregor [SPD]: Das stimmt doch überhaupt nicht!)

- es stimmt! -, lassen in diesem Haushalt schön grüßen. Obwohl dieses Szenario nach der letzten Planung erst zum 1. Januar 2008 in Kraft gesetzt werden soll, wirft es bereits jetzt seine langen schlimmen Schatten voraus. Nach diesem Ihrem Konzept, Herr Minister Szymanski, soll die Zahl der zentralen Orte mit speziellen Versorgungs- und Dienstleistungseinrichtungen für ihr Umland von 152 auf 63 reduziert werden. Knapp

90 Orte haben damit keinen Anspruch mehr auf besondere Förderung öffentlicher Einrichtungen.

Im ganzen Land gibt es inzwischen scharfe Kritik an Ihren Plänen. Vor allem Gemeinden in den Randregionen fühlen sich vernachlässigt. Statt sieben Kategorien zentraler Orte soll es nunmehr vier geben. Die vier kreisfreien Städte Potsdam, Cottbus, Brandenburg an der Havel und Frankfurt (Oder) bleiben Oberzentren. Bis jetzt existieren daneben 31 Mittel- und 28 Nahbereichszentren. In Zukunft soll jede Kreisstadt ein Mittelzentrum werden. Vor allem Regionen wie die Prignitz, die Uckermark, die Lausitz oder der Spreewald werden in Zukunft förder technisch fast leer ausgehen.

Daher ist es kein Wunder, dass aus den Brandenburger Randregionen immer mehr Menschen fluchtartig das Weite suchen und in andere Bundesländer gehen. Brandenburg hat im vergangenen Jahr weitere Einwohner verloren. Das geht aus dem statistischen Jahresbericht 2004 des Landesbetriebes für Datenverarbeitung und Statistik hervor. Ende September 2004 lebten 7 301 Personen weniger in Brandenburg als Ende 2003. Damit setzt sich der Abwärtstrend der vergangenen Jahre fort. Die verschiedenen Regionen des Landes entwickeln sich somit immer weiter auseinander. Während der so genannte Speckgürtel um Berlin zusehends wächst - um 7 370 Personen in den ersten drei Quartalen des Jahres 2004 -, verloren die Randregionen in diesem Zeitabschnitt 14 018 Einwohner.

Beim Bruttoinlandsprodukt, das mit der Bevölkerungsentwicklung in direktem Zusammenhang steht, belegte Brandenburg im Jahre 2004 mit einem Wachstum von 0,9 % vor Berlin bundesweit den vorletzten Platz. Der Bundesdurchschnitt lag bei 1,6 %.

Herr Minister Szymanski, Statistiken sind eine tolle Sache. So lässt sich dem neuesten Jahresbericht unseres Landesbetriebes für Datenverarbeitung und Statistik entnehmen, dass wir Brandenburger total im Trend liegen. Beim Single-Sein und beim Keine-Kinder-Kriegen ist es jedenfalls so. Schön zu erfahren, dass Brandenburg beim Wirtschaftswachstum vor Berlin liegt und damit Vorletzter in Deutschland ist.

Früher gehörte übrigens auch das Wetter zum Berichtsgegenstand solcher Statistiken. In heutigen Zeiten, in denen weite Teile unseres Landes langsam versteppen, wird darauf verzichtet.

(Frau Gregor [SPD]: So ein Blödsinn!)

Vielleicht, Herr Dr. Klocksin, weil in Single-Haushalten niemand da ist, mit dem man über das Wetter reden kann? Oder weil durch die Beschreibung schlechten Wetters das Wirtschaftswachstum noch trüber erscheint? Doch Spaß beiseite! Was Sie betreiben, meine Damen und Herren auf der Regierungsbank, ist nicht mehr und nicht weniger als ein Anschlag auf das Lebensrecht und die Lebensumstände der Brandenburgerinnen und Brandenburger außerhalb des Berliner Umlandes.

(Beifall bei der DVU)

Wie Staatssekretär Dellmann vor kurzem unumwunden erklärte, zwingt die Haushaltslage bei den Landesstraßen zu Prioritäten. So hätten die Verkehrsprojekte sich an den noch festzulegenden Wirtschaftszentren und zentralen Orten zu orientie-

ren. Bei einigen Stellen könnten Straßen nur noch unterhalten, nicht aber mehr ausgebaut werden. Notfalls käme sogar ein völliger Verzicht auf Landesstraßen in Betracht. Dies sei von der lokalen Situation abhängig.

Inzwischen erkundigen sich die ersten Kreise und Gemeinden nach den Konditionen für die Übernahme von Landesstraßen in kommunale Zuständigkeit. Daher herrschen bereits heute in vielen Teilen unseres Landes auf den Landesstraßen sozusagen osteuropäische Verhältnisse. Man könnte, wenn man darüber fährt, eher von Schlaglochakrobatik als von normalem Verkehrsfluss sprechen.

Im Bereich anderer Verkehrswege und Verkehrsträger sieht es nicht besser aus. Auch bei den Wasserstraßen soll gespart werden.

Die Streckenstilllegungen durch die Deutsche Bahn AG - ob im Personen- und Güterverkehr - gehen ebenfalls munter weiter.

Bleibt die Luftfahrt: Nachdem es Ihnen, meine Damen und Herren von der PDS, mit den von Ihnen gesteuerten Bürgerinitiativen,

(Zuruf von der PDS: So ein Blödsinn!)

verbunden mit der Unfähigkeit dieser Landesregierung, gelungen ist, das einzig verbliebene Großprojekt des Landes, den Großflughafen BBI in Schönefeld, nach jahrelanger Verzögerungstaktik juristisch fast zum Stoppen zu bringen, sieht es bei den kleineren Flughäfen in Brandenburg nicht besser aus. - Siehe Neuhardenberg.

(Homeyer [CDU]: Wie bitte?)

- Jetzt werden Sie hellhörig, Herr Homeyer. Hier wurde der irischen privaten Flugesellschaft Ryanair, die vom Flughafen Neuhardenberg aus Osteuropaflüge durchführen will - diese Firma will keinen müden Cent Subventionen vom Land -, die Genehmigung für diese Unternehmung einfach versagt und dies, obwohl Ryanair in Neuhardenberg - in einer Region mit knapp 30 % Arbeitslosigkeit - 550 Arbeits- und 110 Ausbildungsplätze schaffen wollte. Die Begründung, dies schaffe eine Konkurrenzsituation für Schönefeld, ist im Übrigen lächerlich.

Wir als DVU-Fraktion jedenfalls machen bei einer solchen Landesplanungs- und Verkehrspolitik nicht mit und kündigen unseren schärfsten parlamentarischen Widerstand dagegen an.

Darüber hinaus möchten wir mit einem Änderungsantrag zum Titel Straßen- und Brückenbau erreichen, dass durch Erhöhung des Ansatzes um 10 Millionen Euro im Haushaltsjahr 2005 und um 20 Millionen Euro im Haushaltsjahr 2006 Ihre verkehrspolitischen Wahnsinns kürzungspläne bei den Landstraßen zumindest zum Teil rückgängig gemacht werden.

Die Personalverstärkungsmittel mit ihrer exorbitanten Steigerung im Einzelplan 20, bei denen es sich, wie Finanzminister Speer im Ausschuss indirekt zugab, um einen haushaltspolitischen Puffer handelt, sind hier besser angelegt als zum Löcherstopfen in anderen Bereichen. Deckungslücken, die den Haushalt noch zusätzlich belasten, wollen wir ebenfalls nicht. Deshalb decken wir die globalen Minderausgaben mit den Perso-

nalverstärkungsmitteln. Das sorgt für Haushaltswahrheit und -klarheit.

Zum Schluss noch ein Wort zum Landeswohnungsbauvermögen. Als man in den 60er und 70er Jahren massenhaft Plattenbauten hochzog, wurden sie als Errungenschaften des sozialistischen Fortschritts gefeiert. Heute kommt vielen Wohnungsbauunternehmen die Abrissbirne nicht schnell genug. Die rund 165 000 im Land Brandenburg leer stehenden Wohnungen - allein im letzten Jahr wurden über 7 000 abgerissen - belasten die Bilanzen der betroffenen Wohnungsbauunternehmen in extremer Weise und machen das Leben in den betroffenen Städten noch unattraktiver, das heißt, dass die Landesregierung den Abriss, wo er nötig ist, finanziell weiter unterstützen muss, egal ob die Kommune im neuen Infrastrukturförderkonzept als zentraler Ort ausgewiesen ist oder nicht.

All dies stellt für das Landeswohnungsbauvermögen ein enormes Risiko angesichts der in den 90er Jahren ausgereichten Milliardenkredite für den sozialen Wohnungsbau dar. Daher kommt der Landesrechnungshof zu dem alarmierenden Schluss, dass das Land beim Wohnungsbausondervermögen den Überblick verloren hat. Frau Präsidentin von der Aue erklärte wörtlich:

„Ein Vermögen gibt es nicht, nur eine versteckte Schuldenbelastung, die bei rund 5 Milliarden Euro liegen dürfte und im regulären Haushalt nicht auftaucht.“

Zu Ende gedacht, meine Damen und Herren auf der Regierungsbank, heißt dies nichts anderes, als dass ein Platzen der großen Blase Landeswohnungsbauvermögen nicht nur den Landeshaushalt, sondern das ganze Land Brandenburg in den totalen Ruin treiben könnte. Auch deswegen und wegen Ihrer katastrophalen Politik zulasten unserer Bürgerinnen und Bürger und der bestehenden Infrastruktur lehnt die DVU-Fraktion den vorliegenden Haushalt selbstverständlich ab. Stecken Sie ihn in den Papierkorb, wohin er auch gehört! - Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der DVU)

Vizepräsident Prof. Dr. Bisky:

Für die Fraktion der CDU spricht der Abgeordnete Schrey. Bitte schön.

Schrey (CDU):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Schon eine chinesische Weisheit sagt: Nichts ist teurer als das, was du umsonst bekommst. - Was von vielen für eine Selbstverständlichkeit gehalten wird, muss von der Allgemeinheit durch Steuermittel aufgebracht werden. Mittlerweile sollte jeder von uns begriffen haben, dass die Zeiten, in denen wir auf Pump gelebt haben, endgültig vorbei sind.

Für den Bereich Infrastruktur und Raumordnung stehen für das Jahr 2005 1,17 Milliarden Euro und für 2006 1,15 Milliarden Euro zur Verfügung. Mithilfe dieser Mittel konnte unter anderem die Kofinanzierung der Bundesmittel für den Neubau von Bundesstraßen und den Stadtumbau gesichert werden. Es bedarf nun gemeinsamer Anstrengungen und des Parlaments in Brandenburg, damit auch die Planungsmittel für das 2-Milliard-

den-Euro-Programm der Bundesregierung für die Jahre 2005 bis 2008 aufgebracht werden können.

Davon soll jährlich eine halbe Milliarde Euro in den Verkehr fließen. In diesem Investitionsprogramm ist unter anderem die Schienenanbindung des Flughafens Berlin Brandenburg International vorgesehen. Allerdings möchte ich hier auch klar sagen, dass für das Jahr 2005 durch die Bundesregierung im Infrastrukturbereich wesentliche Mittel gestrichen worden sind. Mit dem neuen Investitionsprogramm wurden die ursprünglichen Haushaltsansätze des Bundes noch nicht einmal wiederhergestellt. Wir müssen uns alle darüber im Klaren sein, dass Haushaltskürzungen im Infrastrukturbereich gerade in den neuen Bundesländern gravierende Folgen hätten.

Die CDU-Fraktion fordert deshalb, dass der Ausbau der Verkehrsinfrastruktur zwischen Leipzig und der Lausitz entsprechend der Leila-Studie umgesetzt wird und nicht haushaltspolitischen Maßnahmen zum Opfer fällt.

(Beifall der Abgeordneten Gregor [SPD])

Man soll die Hoffnung nie aufgeben. Das zeigt auch die Debatte um das schon ewig währende Verfahren um die Einführung der Maut auf den bundesdeutschen Autobahnen. Nach langem Hin und Her läuft das Projekt seit dem 1. Januar 2005. Die Einführung der Maut führt aber dazu, dass immer mehr Fahrer von Fernlastzügen Ersatzstrecken suchen, damit sie die Gebühren nicht entrichten müssen. Das bringt ebenfalls haushaltsrelevante Ausfälle. Diesbezüglich muss schnell gehandelt werden, damit diese Ausfälle nicht dazu führen, dass Infrastrukturmaßnahmen nicht mehr finanziert werden können.

Meine Damen und Herren, für einen effektiven Umgang mit unseren Steuergeldern müssen wir alle die Verantwortung übernehmen. Einerseits müssen auf Bundesebene entsprechende Gesetze verabschiedet werden, andererseits müssen wir auf Landesebene Prioritäten setzen und dafür sorgen, dass die Mittel punktgenau eingesetzt werden. Die Zusammenlegung von Ämtern und der Abbau von bürokratischen Hemmnissen wäre ein Weg. Mit der Zusammenführung der Straßenbauämter, des Brandenburgischen Autobahnamtes und zwei Abteilungen des Landesamtes für Bauen, Verkehr und Straßenwesen zu einem gemeinsamen Landesstraßenbauamt Brandenburg wurde ein erster guter Schritt getan. Dieser Prozess ist jedoch noch nicht abgeschlossen und muss weiter verfolgt werden, denn es gilt das Verhältnis zwischen Personalaufwand und Investitionen in Übereinstimmung zu bringen. Zurzeit stehen die Ausgaben für Personal noch weit über denen für Investitionen.

Gesetze zu novellieren ist die eine Sache, Folgendes die andere: Hemmend wirken sich immer wieder - wie man an der Brandenburgischen Bauordnung sehen kann - Verwaltungsvorschriften, Verordnungen, technische Baubestimmungen, Richtlinien und Runderlasse aus - alles in allem ein Wust von Vorschriften, die kaum jemand erfassen und überblicken kann. Hier gilt es, durch die Koalition den Abbau der Bürokratie effektiv voranzutreiben, um den Bürgern im Land das Leben zu vereinfachen. Dabei helfen keine Versprechungen, sondern nur Taten. Das hat für die CDU-Fraktion oberste Priorität.

Die Schließung vieler Großbetriebe unseres Landes ging mit dem Leerstand vieler Neubaugebiete einher. Leere Wohnblöcke sind weder für den Betrachter noch für die Wohnungsbau-

unternehmen ein schöner Anblick. Vieles ist dabei in den letzten Jahren schon korrigiert worden. In dieser Richtung ist aber noch einiges zu tun. Seit 2002 sind 26 Städte in das Stadtumbauprogramm des Landes aufgenommen worden, in diesem Jahr kommen weitere fünf hinzu: die Städte Angermünde, Dahme, Fürstenwalde, Herzberg und Kyritz. Friesack und Templin stehen im Neuaufnahmeplan für 2006. Wir haben derzeit eine Leerstandsquote von 14,1 %. Zum ersten Mal sinkt diese Quote. Die Erhöhung der Attraktivität der Wohnungen ist notwendig, um die Menschen in den Städten zu halten und gerade in ländlichen Gebieten die Ankerfunktion derselben zu sichern.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, nach dem ersten Entsetzen vieler Bürger über die neuen Leitlinien des Ministerpräsidenten und der Befürchtung, dass der ländliche Raum abgehängt werden soll, muss nun Klarheit über das neue Förderkonzept des Ministeriums für Infrastruktur und Raumordnung geschaffen werden. In vielen Gesprächen mit Bürgermeistern wurden mir gegenüber die Ängste bezüglich des neuen Landesentwicklungsplans Zentrale-Orte-System dargestellt.

Eines ist allerdings auch klar und wird von vielen Bürgermeistern unterstützt: Wie bisher kann es nicht weitergehen. Allerdings warten nun auch viele auf verlässliche Aussagen und Zielvorgaben durch den Minister für Infrastruktur und Raumordnung und auf die sich darauf gründenden Aussagen des Finanzministers zur Gemeindefinanzierung. Ich hoffe, dass diese so bald wie möglich gemacht werden können, damit in den Kommunen eine gewisse Planungssicherheit wieder hergestellt ist.

Für eine gesunde und effektive Infrastruktur im Land Brandenburg ist es notwendig, neben einem gut funktionierenden Straßen-, Schienen- und Wasserstraßennetz auch über einen internationalen Flughafen zu verfügen. Im kommenden Frühjahr wird sich das Bundesverwaltungsgericht Leipzig mit dem Flughafen Berlin Brandenburg International befassen. Wir hoffen - viele Unternehmen warten darauf -, dass die Entscheidung für Schönefeld positiv ausfallen wird. Wir stehen nach wie vor zum Standort Schönefeld und fordern, dass dies auch die obersten Repräsentanten von Berlin und Brandenburg tun.

Gerüchte über neue Standorte oder Schuldzuweisungen zwischen den Verwaltungen nutzen uns nichts. Was wir brauchen, sind klare Aussagen zugunsten von Schönefeld und ein dementsprechendes Handeln der Gemeinsamen Landesplanungsabteilung. Auch der Bund muss sich eindeutig zu Schönefeld bekennen, um den Bau weiter zu unterstützen.

Ich hoffe, dass unser Plan Ihre Zustimmung findet, und bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei CDU und SPD)

Vizepräsident Prof. Dr. Bisky:

Die Landesregierung erhält nun das Wort. Bitte, Herr Minister Szymanski.

Minister für Infrastruktur und Raumordnung Szymanski:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Einzelplan des zentralen Planungs- und Infrastrukturministeriums von Brandenburg hat drei Hauptziele zu erfüllen: erstens

die Überarbeitung der Landesplanung entsprechend der demografischen und wirtschaftlichen Entwicklung - Frau Tack, darauf gehe ich noch ein -, zweitens die nachfrage- und qualitätsorientierte Mobilitätssicherung und Entwicklung der Güter sowie - drittens - attraktive und lebenswerte Städte als Anker im Raum und Haus der Entwicklung von Bildung, Wissenschaft, Forschung, Wertschöpfung und damit Beschäftigung.

Es ist richtig: Der Einzelplan 11 wird einen erheblichen Konsolidierungsbeitrag leisten. Dies ist notwendig, wenn auch schmerzlich. Insbesondere die Bereiche Landesstraßenbau, Landeswohnungsbauvermögen und Städtebauförderung erhalten weniger Mittel. Die Schlussfolgerung daraus: Wir müssen Prioritäten setzen, wir müssen überprüfen, inwieweit unsere Förderpolitik nachhaltig auf die positive Entwicklung des Landes wirkt. Darüber hinaus gilt der klare Anspruch, das gute Beispiel ressortübergreifender integrierter Förderpolitik zwischen den Ministerien und der kommunalen Familie weiterzuentwickeln.

Wir haben im Jahre 2005 165 Millionen Euro sowie im Jahre 2006 178 Millionen Euro weniger zur Verfügung. Die Struktur des Einzelplans 11 ist von Bundes-, EU- und Landesmitteln geprägt, wobei ein Teil der Bundesmittel im Bundeshaushalt und ein Teil der EU-Mittel in anderen Einzelplänen verankert sind, sodass das MIR - mit den Titeln anderer Haushalte - insgesamt mehr als 1,5 Milliarden Euro zur Verfügung haben wird.

Es ist richtig: Das Landesprogramm für Stadtentwicklung und Stadterneuerung wird auf null gefahren. Auch die 5 % Landesförderung im ZIS-Programm wird es 2006 nicht mehr geben, aber es ist - als kleine Prioritätensetzung der Landesregierung - gelungen, dass alle EU- und Bundesmittel vom Land kofinanziert werden, das heißt, alle Städtebauprogramme und auch jene bezüglich des Straßen- und Schienenbaus vom Land kofinanziert werden können. Vor dem Hintergrund der Sparzwänge, denen das Land ausgesetzt ist, ist dies ein Erfolg.

Darüber hinaus ist es gelungen, dafür Sorge zu tragen, dass die Wohnungsbauförderung zielgerichtet fortgesetzt werden kann. Dabei stehen die Innenstadtentwicklung, die Bestandsförderung, der Eigentumserwerb und die Stärkung der Funktion der Innenstädte im Fokus.

Darüber hinaus ist es gelungen, die Planungsmittel für die Bundesfernstraßen und die wichtigsten Neubaumaßnahmen im Landesstraßenbau zu sichern. Was die Argumentation zum ÖPNV-Gesetz betrifft, das übrigens gut angelaufen ist, Frau Tack, habe ich eine andere Auffassung als Sie und habe heute nicht viel Neues von Ihnen gehört. Wir rechnen exakt. Durch die Finanzkonzentration und die Flexibilität, investiv oder konsumtiv zu entscheiden, konnten den Aufgabenträgern in diesem Jahr 8 Millionen Euro mehr zur Verfügung gestellt werden. Ich bin gern bereit, das noch einmal vorzurechnen und darüber zu diskutieren. Wir empfangen dazu positive Signale aus dem Land. Diese Mittel können - über die Jahresgrenze hinaus - übertragen werden, sodass auch größere Investitionen möglich sind.

Bitte erwähnen Sie bei solchen Vergleichen auch, dass insbesondere in Städten, die Straßenbahnen haben, größere Investitionsmaßnahmen - über 2 Millionen Euro - nach wie vor förderfähig sind. Dazu stehen wir. Sie wissen, dass dafür bis zu 5 Millionen Euro zusätzlich zu den 50 Millionen Euro zur Verfügung stehen.

Der Landesbetrieb für Straßenwesen befindet sich im fünften Monat nach seiner Geburt und entwickelt sich positiv.

Wir haben auch, was die Verwaltungsmodernisierung angeht, Wort gehalten. Die Kosten- und Leistungsrechnung wird eingeführt. Ich gehe davon aus, dass die im Landesbetrieb gesammelten Erfahrungen auch für andere, zukünftige Landesbetriebe bezüglich der Verwaltungsmodernisierung positive Erfahrungen bringen.

Wir haben die Braunkohlensanierung - auch dies ein für uns sehr wichtiger Punkt - ebenso gesichert wie die Gefahrenabwehr für das Grundwasser, die Erhöhung der Folgenutzungsstandards, aber auch die Beschäftigung in diesen Unternehmen. Das dritte Verwaltungsabkommen bis 2007 umzusetzen ist für uns klare Schwerpunktsetzung.

Wir haben das Tempo des Stadtumbaus erhöht und erreicht, dass rund 16 000 WEs rückgebaut wurden. Dazu gibt es keine Alternative, wenn man den Wohnungs- und Mietmarkt stärken will. Aber - sagen wir deutlich - Abriss und Aufwertung müssen Hand in Hand gehen.

Vizepräsident Prof. Dr. Bisky:

Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Minister Szymanski:

Sehr gern.

Frau Böhnisch (PDS):

Geben Sie mir Recht, dass die Mittel für die Städtebauförderung, welche in den Jahren 2005/2006 noch relativ gut kofinanziert wird, ab 2007 rapide sinken und dass dies angesichts sinkender Einwohnerzahlen, schrumpfender Städte und all dessen, was wir in diesem Zusammenhang wissen, keine Lösung ist und man einen Masterplan Stadtumbau auch finanziell untersetzen muss? Meine Frage lautet also: Geben Sie mir Recht, dass dies nicht ausreicht und so nicht funktionieren kann, da damit die Probleme nicht gelöst werden?

Meine zweite Frage: Welche Lösungsvarianten schlagen Sie angesichts der Diskrepanz vor, dass trotz tendenzieller Senkung der Einnahmen beim Landeswohnungsbauvermögen zu Lasten des Landeshauhalts weitere Kredite aufgenommen werden, obwohl wir noch 3,2 Milliarden Euro für Tilgung und Zinsen zu erbringen haben und die Tilgung bereits bis zum Jahre 2034 hinauszögern? Welche Lösungsvarianten schlagen Sie - da dies keine Lösung sein kann - für dieses Problem vor?

Minister Szymanski:

Frau Böhnisch, wir haben in den Jahren 2005/2006 keine relative, sondern eine vollständige Kofinanzierung gesichert. Sie wissen auch, dass es hier um Bundesförderprogramme geht und dass jedes Jahr eine Verwaltungsvereinbarung mit Bund und Ländern geschlossen wird, in der auch die Höhe festgelegt wird.

Wir haben darauf gedrungen - mit dem Ergebnis bin ich auch zufrieden -, dass innerhalb dieser Bundesförderprogramme, beispielsweise das für Städtebau, eine höhere Flexibilität und

damit Deckungsfähigkeit der Programme gewährleistet ist. In diesem Jahr sind es 10 %. Auf diesem Gebiet werden wir weiterhin mit dem Bund verhandeln, denn der Bedarf in den neuen Bundesländern ist unterschiedlich. Wir müssen auch akzeptieren, dass es Bedarf im Stadtumbau West gibt. Demzufolge gibt es zwischen Ländern und Bund Verabredungen darüber, wie sich die Höhe der Fördermittel in den nächsten Jahren entwickeln wird.

Wir sagen hier deutlich - Bundesbauminister Stolpe hat das bestätigt -, dass das Stadtumbauprogramm über das Jahr 2009 hinaus fortgesetzt werden muss. Wir liegen beim Rückbau sehr gut im Plan. Bis zum Jahre 2009 werden bei den AHG-berechtigten Wohnungsunternehmen rund 50 000 WEs rückgebaut. Die dafür notwendige Finanzierung werden wir sicherstellen, Frau Böhnisch, damit es gelingt, die Städte in ihrem Verkleinerungsprozess zu stärken. Wichtig ist, dass Rückbau und Aufwertung am Ende des Programms im angestrebten Verhältnis von 50 : 50 stehen.

Ich sage aber auch deutlich; ich kann das heute nicht versprechen. Stadtumbau-Monitoring, und zwar abgestimmt mit allen neuen Bundesländern und dem Bund, wird zeigen, wie unsere Instrumente wirken. Wir müssen auch die Möglichkeit der Nachsteuerung haben. Deswegen ist eine höhere Flexibilität erforderlich. Ich kann jedoch Ihre Annahme nicht bestätigen, dass mit den abnehmenden Mitteln die Ziele des Stadtumbauprogramms nicht zu erreichen sind.

Sie haben, was das Landeswohnungsbauvermögen anbelangt, das Jahr 2034 genannt. Davon ist mir nichts bekannt. Nach der jetzt zurückgeführten Landeszuweisung gehen wir davon aus - Sie wissen, dass es Modellrechnungen zur Liquiditätsentwicklung, zur Frage, wann das Land keine Zuführung mehr in diesen revolvingierenden Fonds speisen wird, gibt -, dass dies das Jahr 2021 sein wird. Sie wissen aber auch, dass wir gerade mit diesem Wohnungsbauvermögen die notwendigen Wohnraumförderungen weiterhin unterstützen wollen. Sie wissen vielleicht auch, dass wir mit dem Jahr 2007 eine Zäsur, was noch zu diskutieren ist, dahin gehend vornehmen wollen, dass wir darüber beraten, ob Mittel für die Wohnraumförderung dann entweder über Einzelplan 11 oder über das Vermögen zur Verfügung gestellt werden können. Dass das kreditiert werden muss, ist System-Bestandteil des Wohnungsbauvermögens an sich. Das wissen Sie, Frau Böhnisch; damit ist die Frage beantwortet.

Beim Stadtumbau ist es gelungen, bis zum Jahre 2004 16 000 WE zurückzubauen, weitere 8 000 sind bewilligt, so dass wir zur Halbzeit des Stadtumbauprogramms etwa die Hälfte der WE - so unsere Zielstellung - zurückgebaut haben werden.

Als positiv möchte ich des Weiteren herausstellen, dass im Einzelplan 11 auch wieder Mittel für Verkehrserziehung, Spiel- und Schulwegesicherung verankert sind. Es gibt aber eine 10%ige Kürzung.

Ich möchte mich bei allen bedanken, die im Verkehrssicherheitsforum und auch bei den Verkehrswachen des Landes mitgearbeitet haben. Wir haben rückläufige Unfallzahlen im Land, was sicherlich auch der Teamarbeit zu verdanken ist. Das integrierte Verkehrssicherheitsprogramm des Landes Brandenburg macht dies deutlich.

Ich möchte noch einmal darauf eingehen, dass die Konsequenz aus weniger werdenden Mitteln bedeutet, dass die Ministerien in ihrer ressortübergreifenden Zusammenarbeit noch weitere neue Wege gehen müssen. Wir haben in der Kombination von Städtebau-, Straßenbau- und Kulturförderung, aber auch beim Schulbau, auch im ländlichen Raum, sowie im Zusammenhang mit Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen - Stichwort BSI - sehr positive Erfahrungen gemacht. Damit ist es in den letzten Jahren gelungen, den kommunalen Mitleistungsanteil relativ gering zu halten. Ob wir das weiterhin in den bisherigen Größenordnungen tun können, hängt davon ab, inwieweit integrierte ressortübergreifende Förderpolitik weiterentwickelt wird. Ich bin sicher, dass der kommunale Bereich Vorschläge unterbreiten wird, um diese integrierte Förderpolitik weiterhin auf den Weg zu bringen.

Frau Tack, Sie kritisierten die Landespolitik in Richtung des ÖPNV und des SPNV. Ich möchte noch einmal sagen: Wir haben, was den SPNV, den Regionalverkehr, betrifft, eine positive Entwicklung. Wir haben aber auch eine zurückgehende Schülerzahl und damit verbunden einen zurückgehenden Schülertransport. Das sind Fakten, die Sie nicht wegwischen können. Wir sind aber - da würde ich gern an Ihrem Lob, Frau Tack, ansetzen - beim dritten Bauabschnitt des Prignitz-Express. Die Entscheidung zum integrierten Verkehrskonzept Prignitz-Netz wird in den nächsten Wochen zu treffen und gemeinsam mit den Landkreisen zu entwickeln sein. Wir haben hierbei die Möglichkeit, in einem abgestimmten integrierten Verkehrskonzept ÖPNV und SPNV in der Fläche ohne Doppelverkehr zu organisieren. Wir haben bisher Wort gehalten. Meine herzliche Bitte an alle Beteiligten ist, an der Entwicklung dieses Konzepts mitzuwirken, denn sie kostet Geld. Wenn wir weniger Mittel zur Verfügung haben, müssen wir die Frage der Wirtschaftlichkeit stellen und überprüfen, ob die prognostizierten Fahrgastzahlen tatsächlich zu erreichen sind. Das sage ich hier ehrlich; denn diese Prioritätensetzung - sprich: diese ehrliche Diskussion - ist ganz einfach notwendig.

Frau Tack, Sie haben die Landesplanung angesprochen. Ich erlebe zurzeit eine noch nie da gewesene breite öffentliche ehrliche Diskussion über die Zukunft des Landes Brandenburg. Es herrscht Konsens darüber, dass Umsteuerung notwendig ist. Es wird sowohl über Wege als auch über von uns vorgelegte Vorschläge diskutiert. Die Forderung nach einer Enquetekommission löst die Probleme jedoch nicht.

(Zuruf der Abgeordneten Tack [PDS])

Wir haben Vorschläge unterbreitet und die Diskussion darüber eröffnet. Wir führen die Diskussion in diesem Sinne und verschließen uns guten Vorschlägen nicht - das habe ich auch schon öffentlich gesagt -, die zum Beispiel aus Spremberg, Erkner oder Zehdenick gekommen sind.

Frau Tack, natürlich müssen wir das Landesentwicklungsprogramm aufgrund der veränderten Bedingungen überarbeiten. Dies wird gemeinsam mit Berlin geschehen. Deshalb ist es notwendig, dass wir uns mit unserem Partner Berlin zu den Grundzügen dieser Überarbeitung verständigen. Diese Verständigung erfolgt zurzeit und wird noch einige Zeit in Anspruch nehmen. Unsere Zielstellung ist, diese Überarbeitung im Jahr 2007 abzuschließen. Es ist ein Beteiligungsverfahren, bei dem die Hürden hoch sind. Das ist seitens aller Gemeinden und des Partners Berlin zu beachten.

Frau Tack, wir haben also Vorschläge unterbreitet, die nicht in einer Arbeitsgruppe, sondern in konkreten Vorschlägen, die im Land diskutiert und dann auch in das Verfahren gebracht werden müssen, gipfeln.

Ich werde mich natürlich dafür einsetzen, Frau Tack, dass die ICE-Verbindung nach Potsdam aufrechterhalten wird,

(Zustimmendes Klopfen bei der PDS - Beifall der Abgeordneten Dr. Enkelmann [PDS])

und heute einen Brief an Herrn Mehdorn schreiben, in dem ich darauf hinweise, dass Potsdam die einzige Landeshauptstadt ist, die keine ICE-Anbindung hat, und darum bitte, dass die Entscheidung bzw. der Vorschlag der Bahn überprüft wird.

Die anderen Fragen - von Tarifierhöhung bis zur Förderung des Einbaus von Rußfiltern - haben wir in diesem Haus schon diskutiert. Ich möchte nicht alles wiederholen. Sie kennen meine diesbezügliche Position. Ganz deutlich wende ich mich gegen die Aussage, der Einzelplan 11 sei ein Zahlenfriedhof. Es schmerzt, wenn Sie so etwas sagen.

(Oh! bei der PDS)

Das sage ich sehr deutlich, denn Sie wissen, dass das nicht der Wahrheit entspricht, Frau Tack. Wir haben Haushaltsklarheit und -wahrheit in diesem Einzelplan dargestellt. Ich bin gern bereit, noch einmal in Ihre Fraktion zu kommen -

(Heiterkeit bei der PDS)

ich war schon einmal in Ihrer Fraktion und habe das 6-Punkte-Programm von Herrn Vietze noch gut im Kopf -, um noch einmal über die Punkte 5 und 6 zu reden. Bei den anderen Punkten besteht, glaube ich, nicht mehr so großer Diskussionsbedarf.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich bitte Sie, dem Einzelplan 11 zuzustimmen. Er ist solide und setzt Prioritäten, obwohl ich deutlich sagen muss, dass wir im Landesstraßenbau nicht das erreichen werden, was nötig wäre. Auch hier gilt es Prioritäten zu setzen, insbesondere vor dem Hintergrund, dass wir im Landesstraßenbau keine großen Bauwerke mehr im Sinne von Ortsumgehungen finanzieren können.

Hier ist die Priorität Ortsdurchfahrt in geordnete Bahnen zu lenken. Eine weitere Priorität besteht im Radwegebau, gerade vor dem Hintergrund der Schulwegesicherung. Es geht auch darum, auf die Fragen der touristischen Entwicklung entsprechend zu reagieren.

Wir müssen sehr deutlich sagen - das ist einfach eine Konsequenz -, dass Mittel in die Verkehrssicherheitspflicht, in das grüne Netz fließen müssen. Wir müssen aber auch die Diskussion darüber führen, welche Ausbaustandards wir im Straßenbau und im Radwegebau des Landes künftig anlegen. Nicht jeder Radweg muss 2,5 m breit, nicht jede Bundesstraße 4-spurig ausgebaut sein und niveaufreie Knoten haben.

Wir haben bereits rund 150 Kreisverkehre im Land; dort gilt es weiterzumachen. Ich sage das vor dem Hintergrund, dass auch die Dringlichkeitsstufen transparent dargestellt werden müssen. Dort, wo die wirtschaftlichen Effekte am größten sind, werden wir Planungsmittel - dies sind Landesmittel - in die

Hand nehmen und bauen, und zwar mit den entsprechenden Standards. Das berührt auch die Belange des Gesundheitstourismus - Stichwort Kur- und Erholungsorte. Auch mit Blick auf sie muss die Prioritätensetzung bei der Entscheidung über entsprechende Straßenbaumaßnahmen erfolgen.

Wir müssen eine ehrliche und offene Diskussion über die Überprüfung der Straßennetze führen. Wo entsprechen Straßen nicht mehr ihrer definierten Funktion? Darüber hinaus: Wo wird auf der Grundlage welcher Standards investiert? Das ist ein sehr wichtiger Punkt, der - so jedenfalls meine Wahrnehmung - im Land auch als wichtiger Steuerungsfaktor im Straßenbau akzeptiert wird.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Unser Einzelplan trägt wesentlich dazu bei, dass die Investitionsquote von 20 % im Doppelhaushalt gehalten wird. Damit tragen wir dazu bei, dass Aufträge in der Bauwirtschaft - insbesondere vor Ort, weil es kleinteilige Aufträge sind - tatsächlich zur Sicherung von Arbeitsplätzen beitragen. Wir haben darüber hinaus mit der Entwicklung der verkehrlichen Infrastruktur Rahmenbedingungen zu schaffen, die dazu beitragen, eine positive wirtschaftliche Entwicklung, das heißt Ansiedlungs- und Investitionsfreundlichkeit, zu erzeugen. Ich bitte um Ihre Zustimmung. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei SPD und CDU)

Vizepräsident Prof. Dr. Bisky:

Ich schließe die Aussprache. Bevor wir zur Abstimmung kommen, begrüße ich Schüler der 12. Klasse des Gauß-Gymnasiums aus Schwedt sowie zehn Schüler, die auf Einladung der Abgeordneten Siebke den Landtag besuchen.

(Allgemeiner Beifall)

Wir kommen nun zur Abstimmung. Erstens stimmen wir über den Änderungsantrag der DVU-Fraktion in Drucksache 4/1209 ab. Wer diesem Änderungsantrag seine Zustimmung gibt, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Damit ist der Antrag mehrheitlich abgelehnt.

Zweitens stimmen wir über den Änderungsantrag der DVU-Fraktion in Drucksache 4/1210 ab. Wer diesem Änderungsantrag seine Zustimmung gibt, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Damit ist der Antrag abgelehnt.

Wir stimmen drittens über den Änderungsantrag der DVU-Fraktion in Drucksache 4/1211 ab. Wer diesem Änderungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Damit ist dieser Änderungsantrag mit großer Mehrheit abgelehnt.

Wir kommen viertens zur Abstimmung über die Beschlussempfehlung zum Einzelplan 11 - Drucksache 4/1111. Wer dieser Beschlussempfehlung seine Zustimmung gibt, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Damit ist der Beschlussempfehlung mehrheitlich gefolgt worden. Sie ist angenommen.

Ich schließe die Debatte und die Abstimmung zum Einzelplan 11.

Wir kommen zu den Einzelplänen 12, 15 und 20.

Wir hatten vereinbart, dass jede Fraktion sowie die Landesregierung 180 Minuten Redezeit hat. Es ist nur fair, wenn ich nun die verbleibenden Redezeiten für die Fraktionen und die Landesregierung verlese, damit sich alle darauf einstellen können.

Die Zeitmesser haben ergeben: Die PDS-Fraktion hat noch 12 Minuten, die SPD 81 Minuten, die CDU 6 Minuten.

(Frau Dr. Enkelmann [PDS]: Könnten wir von der SPD-Fraktion etwas Redezeit abbekommen? - Heiterkeit bei der SPD sowie Zurufe: Nein!)

- Frau Enkelmann, Ihre Geschäfte mit der SPD wollen Sie bitte selbst besorgen. Von der Geschäftsordnung her ist dies jedenfalls nicht möglich.

Die DVU hat noch 64 Minuten, die Landesregierung 48 Minuten. Eine Verlängerung der Redezeiten für die Fraktionen wird es nur geben, wenn die Landesregierung ihre 48 Minuten Redezeit überschreitet.

Ich rufe auf:

Einzelplan 12 - Ministerium der Finanzen

Beschlussempfehlung und Bericht
des Ausschusses für Haushalt und Finanzen

Drucksache 4/1112

Einzelplan 15 - Hochbaumaßnahmen

Beschlussempfehlung und Bericht
des Ausschusses für Haushalt und Finanzen

Drucksache 4/1115

Einzelplan 20 - Allgemeine Finanzverwaltung

Beschlussempfehlung und Bericht
des Ausschusses für Haushalt und Finanzen

Drucksache 4/1120

Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplanes des Landes Brandenburg für die Haushaltsjahre 2005 und 2006 (Haushaltsgesetz 2005/2006 - HG 2005/2006)

Gesetzentwurf
der Landesregierung

Drucksache 4/620

2. Lesung

Beschlussempfehlung und Bericht
des Ausschusses für Haushalt und Finanzen

Drucksache 4/1100

Gesetz zur Beseitigung des strukturellen Ungleichgewichts im Haushalt (Haushaltsstrukturgesetz 2005 - HStrG 2005)

Gesetzentwurf
der Landesregierung

Drucksache 4/621

2. Lesung

Beschlussempfehlung und Bericht
des Ausschusses für Haushalt und Finanzen

Drucksache 4/1122

und

Finanzplan des Landes Brandenburg für die Jahre 2004 bis 2008

Unterrichtung
durch die Landesregierung

Drucksache 4/670

Beschlussempfehlung und Bericht
des Ausschusses für Haushalt und Finanzen

Drucksache 4/1121

Ich eröffne die Aussprache mit dem Beitrag der Abgeordneten Funck von der CDU-Fraktion. Bitte sehr.

Frau Funck (CDU):

Sehr geehrter Herr Präsident! Nach Ihrer langen Ankündigung könnte man vermuten, dass ich mindestens genauso lange oder gar noch länger reden möchte. Ich hatte jedoch vor, eine kurze Rede zu halten, und nun wird sie noch kürzer.

Unsere Fraktion hatte eine Menge zum Haushalt zu sagen. Es ist ein 10-Milliarden-Euro-Haushalt und eben kein Zahlengrab. Deswegen wurde er auch sehr intensiv diskutiert.

Ich möchte mich kurz auf einen wesentlichen Punkt beziehen, der nicht zwingend mit Zahlen zu tun hat, aber in den Zuständigkeitsbereich des Finanzministers fällt. Er betrifft zum einen die Steuerbehörden und in Verbindung damit die Verwaltung.

Die Steuerbehörden sind bekanntlich nicht entsprechend ausgestattet und unterqualifiziert. Das haben wir in verschiedenen Gesprächen auch mit der Steuergewerkschaft gehört. Wir haben eine hohe Personalquote im Land. Daher bleibt uns nichts anderes übrig, als Personal abzubauen. Gut ausgebildete junge Leute, zum Beispiel die Steueranwärter, können wir nicht bzw. nicht zusätzlich übernehmen - das ist der springende Punkt. Da muss man schon fragen: Was steht dem entgegen, dass wir qualifizierte Nachwuchskräfte behalten können, die bei den Finanzämtern für Einnahmeerhöhungen sorgen und auch eine geringere Fehlerquote garantieren könnten? - Die staatlichen Überregulierungen des Arbeitsrechts, die rigiden Tarifverträge, aber auch der Solidaripakt mit den Gewerkschaften. Sie ermög-

lichen nicht nur nicht, sondern verhindern sogar, dass wir qualifizierten Nachwuchs behalten und trotzdem - das ist, was wir tun müssen - die geplanten geringeren Personalzahlen erreichen. Da frage ich mich schon: Ist das gerecht und sinnvoll? Wollen wir so weitermachen? Vor allen Dingen lautet die Frage, ob wir so weitermachen können.

Wir stehen tatsächlich vor der spannenden Aufgabe, eine hoch qualifizierte, effiziente, motivierte und vor allem bürgerfreundliche Verwaltung in Brandenburg zu gestalten. Was wir im technischen Bereich mit E-Government und Kosten- und Leistungsrechnung begonnen haben, muss seine Fortsetzung in der Verbesserung der Qualität des Personals finden.

Eine moderne Verwaltung, die für Deutschland Maßstäbe setzt, könnte übrigens ein Markenzeichen, das künftige Markenzeichen für unser Bundesland Brandenburg, werden. Das könnte zum Beispiel - das wäre eine schöne Sache - der Wettbewerbsvorteil Brandenburgs schlechthin werden, und wir müssten nicht einmal wahnsinnig viel Geld dafür einsetzen.

(Vereinzelt Beifall bei der CDU)

Ich wollte das heute auf alle Fälle noch einmal ansprechen. Denn die Aussicht auf einen solchen Wettbewerbsvorteil macht mir persönlich Lust auf die vor uns liegende Arbeit - trotz aller Dramatik, die in diesem Haushalt steckt.

Ich freue mich auf diese Arbeit und hoffe, wir packen es gemeinsam an. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der SPD)

Vizepräsident Prof. Dr. Bisky:

Für die Fraktion der PDS spricht Herr Abgeordneter Theel. Bitte, Herr Theel.

Theel (PDS):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Vor den Kommunalwahlen im Jahr 2003 keimte in den Städten und Gemeinden unseres Landes die Hoffnung auf, die Finanzausstattung der Kommunen könnte künftig auf festeren Füßen stehen. Selbst ich als - wie manch anderer in diesem Haus auch - unverbesserlicher Optimist habe mich von dieser Euphorie anstecken lassen und gemeint, es könnte sich ändern.

Landauf, landab war nämlich auf Hochglanzplakaten zu lesen „Für starke Kommunen“. Wer nach einem Programm dafür suchte, hatte natürlich ein Problem. Bei näherer Betrachtung des Plakats hat er festgestellt, das Programm dafür hieß Matthias Platzeck. Mehr nicht. Aber besser als gar nichts.

Dann im Wahlprogramm der SPD zu den Landtagswahlen 2004 fanden die Bürgerinnen und Bürger, die Abgeordneten der Kreistage, Städte und Gemeinden schon etwas mehr zu dem Thema „Kommunen stärken“, nämlich Mobilität ausbauen, ländliche Räume vernetzen, Kultur - Kultur belebt das Land - und viele andere Dinge mehr.

Wie all das umgesetzt werden kann und soll, ging dann aus der Regierungserklärung vom Oktober 2004 hervor, nämlich „Alles aus eigener Kraft“.

Der Entwurf des Haushaltsplanes 2005/2006 sagt endlich mit aller Deutlichkeit: Eine bessere finanzielle Ausstattung der Kommunen wird es nicht geben. Im Gegenteil! Das Land weist die Kommunen in die Schranken, lässt den Rückwärtsgang einlegen und unverbesserliche Optimisten vom guten Glauben abfallen.

Ein Optimist bleibt uns: Herr Minister Speer. Er kommentiert sein Erstlingswerk leider mit wenigen und sehr kargen Worten.

(Schulze [SPD]: Das ist seine Bescheidenheit!)

- Seine Bescheidenheit lässt ihn sogar so weit gehen, dass er die schriftlichen Handreichungen seiner Fachleute nicht braucht. Er macht es aus dem Ärmel und mit dem Laptop. Nicht schlecht, Hochachtung! Ich habe für das verstehende Lesen des Haushalts zehn Jahre gebraucht und muss heute noch viele Stunden sitzen, um manches zu begreifen.

(Frau Dr. Enkelmann [PDS]: Das liegt aber nicht an dir, Otto!)

- Das kann man so nicht sagen. Da bin ich nicht so vermessen.

Heute fiel das Wort „Meisterwerk“. - Davon darf keine Rede sein. Es fiel das Wort „Haushalt der Vernunft“. - Da frage ich mich: Worin besteht die Vernunft?

(Schulze [SPD]: Dies zeigt sich darin, dass wir noch 81 Minuten Redezeit haben und Sie nur noch zwölf!)

- Das ist der Grund, jawohl. Sie haben dazu anscheinend nichts zu sagen. Deswegen sage ich Ihnen noch einmal ein paar Worte dazu.

(Zuruf von der PDS)

Deshalb sage ich jetzt noch etwas zu dem, was Herr Speer regelmäßig sagt, wenn es um die Kommunen geht. Er sagt, den Kommunen geht es eigentlich gut, ganz gut sogar. Es ist alles okay, wenn es darum geht zu sagen, dass die Entwicklungen stimmen.

Dann hat er ganz toll gesagt: Zahlen lügen nicht. Da hat er Recht. Das Verschweigen von Zusammenhängen ist zwar in der Tat keine Lüge, jedoch ein Versäumnis gegenüber Bürgern und Abgeordneten.

Er verschweigt zum Beispiel, dass die Jahre 2004, 2005 und 2006 in vielen Punkten überhaupt nicht vergleichbar sind. Dann kann man etwas aufbauen, was die Öffentlichkeit zur Kenntnis nimmt und auch umherträgt - wir erleben das ja auch -: Uns geht es gar nicht schlecht. Zum Beispiel wird in der Entwicklung der Jahre suggeriert, die 190 Millionen Euro für Hartz IV wären eine vergleichbare Summe. - Die hat es aber 2004 nicht gegeben, sie ist 2005 neu hinzugekommen und damit eben nicht vergleichbar.

Rechnen Sie diese Summe ab, kommen Sie schon unter die Summe des Vorjahres.

(Zuruf von der CDU)

- Die Zahlen kenne ich. Wir haben mit Herrn Bischoff oft darüber gesprochen.

Des Weiteren muss man noch das abrechnen, was Sie auch nicht als Zuwachs nehmen dürfen, was den Kommunen aber aus den Vorjahren zusteht. 20 Millionen Euro bzw. 40 Millionen Euro stehen den Kommunen nämlich zu, ohne dass wir es in die Masse neu hineinrechnen dürfen. Das ist aufgrund der Verteilung verbrieft.

Wenn Sie dann noch Zuweisungen herausrechnen, die erstmals 2005 im Umfang von über 230 Millionen Euro im Haushalt stehen und nur für konkrete Aufgaben eingesetzt sind, mit denen keine Kommune handeln kann, sondern nur im Sinne dieses Paragraphen mit dieser Zuweisung verfahren darf, sie mit diesem Geld also politisch nichts gestalten können, kommen Sie erheblich unter das Niveau der Vorjahre.

Das ist also nicht vergleichbar und da merkt der Fachmann, dass Ihre Interpretation nicht zutrifft. Deshalb hat Herr Minister Woidke Recht: Das Lesen des Haushalts ist eine schwierige Sache, besonders für Laien. Aber hier sitzen ja nur Profis. Deshalb widersprechen sie ja auch. Wir können die Zahlen ja auch noch einmal durchgehen.

Im Detail wird es dann ein bisschen komplizierter. Im FAG wird vorgeschlagen - das wird heute sicherlich auch durchgesetzt -, die allgemeine Verbundquote - wie übrigens in den Vorjahren Jahr für Jahr praktiziert - noch weiter abzusinken. Der kommunale Anteil an der Masse der Steuereinnahmen wird auf den Tiefststand von 20 % gebracht.

Nach einem Gutachten, das der Finanzminister und das Kabinett kennen und das von einem honorigen und anerkannten Fachmann, Herrn Prof. Seitz, erstellt wurde, haben die brandenburgischen Kommunen allein in den Jahren 1998 bis 2001 rund 187 Millionen Euro eingebüßt, weil die Verteilung der Mittel zwischen Land und Kommunen zugunsten des Landeshaushalts erfolgte.

So schlecht wie in Brandenburg haben die Kommunen in keinem anderen der neuen Bundesländer bei der Verteilung der Steuereinnahmen abgeschnitten.

Wenn wir es bei dem Satz des Jahres 2004 beließen, kämen wir auf eine höhere Zuteilung an die Kommunen von 270 Millionen Euro im Jahr 2005 und von 277 Millionen Euro im Jahr 2006.

Dieser Tendenz zum Nachteil der Kommunen setzt die Landesregierung aber noch eins drauf. Ab 2006 werden den Kommunen aus dem verringerten Anteil aus der Verbundmasse einfach mal so weitere 50 Millionen Euro für die Sanierung des Landeshaushalts abgezogen.

Proteste der kommunalen Spitzenverbände werden ignoriert. Das Ergebnis des in Auftrag gegebenen Gutachtens über die symmetrische Verteilung der Mittel zwischen Land und Kommunen wird nicht einmal mehr abgewartet.

Dieser Umgang mit den Kommunen des Landes hat nun schon Tradition, spricht aber gleichzeitig für Kontinuität der Politik, die in Brandenburg praktiziert wird. Seit 1991 und bis 2004 hat sich der Zuwachs der Einnahmen aus dem Steuerverbund für das Land insgesamt um 43 % erhöht. Die Kommunen sind im gleichen Zeitraum mit 8 % bedacht worden - nachzulesen in einer Berechnung des Städte- und Gemeindebundes.

Der Begriff Symmetrie, der ja so viel heißt wie Gleichmaß, Ebenmaß, muss danach für Brandenburg neu definiert werden.

Die Begründungen für dieses Verhalten, die während der Beratungen in den Ausschüssen ständig wiederholt wurden, muten abenteuerlich an. Wenn dies alles für die Kommunen nicht solch gravierende Folgen hätte, könnte man manchmal darüber lachen, aber es bleibt einem im Halse stecken, wenn man sich den Kommunen verbunden fühlt und diese Arbeit jahrelang gemacht hat.

Das Land befindet sich in einer schwierigen Haushaltslage und muss deshalb die eigene Nettokreditaufnahme mittels Zugriff auf Mittel des kommunalen Finanzausgleichs als Konsolidierungsmittel zurückführen. Der Grund, Herr Bischoff, bestehe darin, dass wir angeblich in kommunizierenden Röhren säßen. Wenn der eine mit seinen Schulden nicht klarkomme, müsse der Sparsame eben auch dafür geradestehen. Kein Familienvater käme mit einer solchen Art der Verteilung des Taschengeldes an seine Kinder durch; das Frühstück würde ihm verweigert werden.

Der Sinn und Zweck, Finanzverteilungsanforderungen zu praktizieren, wird damit ins Absurde verkehrt. Nicht die Schulden eines Landes oder der Kommunen sind der Maßstab für die Verteilung, sondern die Leistungen, die zu erbringen und zu finanzieren sind.

Ein zweites Argument lautet: Den Kommunen des Landes geht es finanziell besser als dem Land. Das mag sein. Tatsache ist, dass die meisten Landkreise und eine Vielzahl von Städten und Gemeinden keinen ausgeglichenen Haushalt haben. Allein im Jahr 2004 stieg das Volumen der Kassenkredite auf 564,6 Millionen Euro. Das sind 224 Millionen Euro mehr als 2003 - in einem Jahr! Wenn das kein Alarmzeichen ist!

Die Folgen sind anders als im Land: Hat die Kommune keinen ausgeglichenen Haushalt, erfolgt keine Haushaltsgenehmigung. Damit gibt es dann auch keine neuen Investitionen bzw. werden keine Maßnahmen in Angriff genommen, die zur Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen führen könnten. Mögliche Fördermittel können - wie jedes Jahr - nicht abgerufen werden und die wirtschaftliche Talfahrt bekommt weiteren Schwung.

Drittens machen Sie im Finanzausgleichsgesetz aus der Not des Landes angeblich eine Tugend. Ab 2005 wollen Sie den Kommunen 40 % des Sonderbedarfsbundesergänzungszuweisungsbetrages zuführen; bisher waren das nur 25,3 %. Diese großzügige Geste soll als Ausgleich für die Reduzierung des Steuerverbundanteils beklatscht werden, macht sie ja einen Betrag von rund 220 Millionen Euro aus, also 50 Millionen weniger, als aus dem Steuerverbund reduziert wird.

Der Pferdefuß steckt aber woanders: Bereits zum zweiten Mal wurde die Landesregierung im Fortschrittsbericht „Aufbau Ost“ angemahnt, die Mittel aus diesem Topf ihrem Zweck entsprechend einzusetzen. Diese Mittel sind zweckgebunden für die Deckung teilungsbedingter Sonderlasten aus dem bestehenden starken Nachholbedarf auf dem Gebiet der Infrastruktur-entwicklung und zum Ausgleich unterproportionaler Finanzkraft zu verwenden. Für tatsächliche Probleme der Kommunen, ausgeglichene Haushalte aufzustellen, steht dieses Geld nicht zur Verfügung. Da das Land aber gleichzeitig die Verbundquo-

te vermindert und den kommunalen Finanzausgleich erheblich reduziert, darf niemand darauf hoffen, dass mit diesem Trick die Städte und Gemeinden ihre Infrastrukturlücken schließen, geschweige denn ihre unterproportionale Finanzkraft aufbessern. Die absehbare Folge: Die Verwendung dieser SoBEZ-Mittel in mindestens dieser Höhe wird vom Bund erneut als nicht zweckentsprechend festgestellt werden. Die Verbesserung der Infrastruktur in den Kommunen und eine bessere Finanzausstattung derselben bleiben aus; die Gefahr, dass der Bund die Ausreichung dieser Mittel erneut infrage stellt, bleibt bestehen.

Vizepräsident Prof. Dr. Bisky:

Herr Abgeordneter, ich muss Sie bitten, zum Schluss zu kommen. Die Redezeit ist aufgebraucht.

Theel (PDS):

Dann mache ich Schluss; das andere wissen Sie auch alles, denn Sie haben ja alles gelesen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren von der Koalition! Ich weiß, dass Sie mit den Argumenten und Anträgen der Opposition anders umzugehen haben, als es die Kommunen und Bürger des Landes erwarten könnten. Ich habe versucht, Ihnen klarzumachen - wenn Sie es nicht schon wussten -, in welche Lage dieses Finanzausgleichsgesetz die Kommunen bringt. Da Sie alle in Kommunen leben und zum Teil auch in deren Vertretungskörperschaften tätig sind, halte ich es auch für Sie für gerechtfertigt, dass Sie diese 50 Millionen Euro als Mindestangebot nicht streichen, sondern 2006 im Verbund für die Kommunen lassen. Stimmen Sie also diesem Antrag ebenso wie den anderen, beispielsweise dem Antrag hinsichtlich der Steueranwärter, zu. Bewerten Sie das nicht als Herauswerfen von Geld, sondern als ein Entgegenwirken dessen, was uns die demografische Entwicklung immer nahe legt. Wir wollen Abwanderung verhindern. Halten wir die Fachleute im Land! - Vielen Dank.

(Beifall bei der PDS)

Vizepräsident Prof. Dr. Bisky:

Für die SPD-Fraktion hat der Abgeordnete Bischoff das Wort. Bitte.

Bischoff (SPD):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Frau Kollegin Dr. Enkelmann, mit der Redezeit ist es anscheinend ein bisschen wie mit dem Landeshaushalt: Spare mit der Zeit und du hast mehr in der Not. Mein Fazit ist also: Sparen zahlt sich auf Dauer ein Stück weit aus, auch bei der Redezeit.

(Zuruf des Abgeordneten Vietze [PDS])

- Laut Geschäftsordnung, lieber Kollege Heinz Vietze, gibt es jetzt auch keinen zusätzlichen Kredit mehr.

Gestern haben wir sehr viel über einen Entschließungsantrag diskutiert oder vielmehr vom Kollegen Vietze dazu gehört. Der vorgelegte Entschließungsantrag verstetigt aber - genau das ist damit gemeint und gewollt - 1 : 1 unseren Kurs der Modernisierung des Landeshaushalts. Wir werden den Haushalt moder-

nisieren, die Verwaltung modernisieren und die Personalstellen weiterhin sozialverträglich anpassen. Worum geht es? Ich nenne einige Punkte.

Erstens: Die Budgetierung selbst schafft mehr Entscheidungsfreiheit vor Ort. Seit einigen Jahren ist es in einer Hochschule in Brandenburg möglich, selbst zu entscheiden, ob ein wissenschaftliches Gerät oder ein Fotokopierer angeschafft oder eben ein wissenschaftlicher Mitarbeiter eingestellt wird. Ich denke, es ist der richtige Weg, die Entscheidungen vor Ort und nicht hier vom grünen Tisch aus zu treffen.

Zweitens: Es geht um Kosten-Leistungs-Rechnung. Inzwischen werden 1 Milliarde Euro Landesmittel, also rund 10 % des Landeshaushalts, über Kosten-Leistungs-Rechnung erfasst. Ich halte das für sehr gut. Der Innenminister hat mit der Polizei andere Bereiche in der Hochbauverwaltung sehr gute Vorarbeit dazu geleistet.

Drittens: Die Verwaltungsreform wird umgesetzt, und zwar in allen Bereichen der Verwaltung. Die Personalstellen werden sozialverträglich reduziert und wir werden - das ist mir ebenso wie unserer Fraktion und der Koalition mit ihrem Entschließungsantrag besonders wichtig - bei künftigen Entscheidungen der Landesregierung sehr sorgfältig darauf achten - deshalb haben wir das im Entschließungsantrag auch so eindeutig formuliert -, dass Verbeamtungen nur noch im absolut staatlichen, hoheitlichen Bereich stattfinden und nicht mehr in Bereichen, die uns später mit Kosten belasten, die auf die Jugend, auf die Kinder, also auf diejenigen, die einmal nachwachsen, verschoben werden.

Die Fakten sind eindeutig. Die Anzahl der Versorgungsfälle hat auch gestern in der Debatte schon eine sehr große Rolle gespielt. Sie steigen stetig. Ich rede hier übrigens nicht von Zahlen, die demnächst einmal eventuell infrage kommen, sondern von heute schon feststehenden Zahlen. Im Jahr 2030 - das ist der absolute Höhepunkt - steht die Zahl von 27 000 Versorgungsempfängern im Bereich der Beamten. Die Kosten werden dann für die Landeskasse von heute nicht einmal 40 Millionen Euro auf über 620 Millionen Euro sozusagen explodieren.

Auch in den Einzelplänen 12, 15 und 20 spiegeln sich eine Reihe der Maßnahmen wider, die zur Verwaltungsmodernisierung zählen: Wir werden zum 1. Januar 2006 einen Landesbetrieb für Bau und Liegenschaften gründen. Die Automatisierung in der Steuerverwaltung wird vorangetrieben. Die Beendigung der Tätigkeit der BBG als Landesgesellschaft wird vollzogen und die Auflösung der Oberfinanzdirektion als Parallelstruktur vorangetrieben.

Herr Kollege Theel, Sie haben hier vorhin in nach meinem Empfinden sehr bewegenden Worten die Situation in den Gemeinden und Kommunen dargestellt. Wenn ich es richtig in Erinnerung habe, ist mindestens jeder zweite Parlamentarier - ich gehe einmal davon aus, dass das auch auf das zufällig ausgewählte Teilnahmeverhalten des heutigen Nachmittags zutrifft - auch Mitglied einer Kommunalvertretung, ob eines Kreistags, einer Stadtverordnetenversammlung, eines Amtsausschusses oder wo auch immer. Ich glaube, dass die Parlamentarier im Landtag Brandenburg die Situation vor Ort sehr wohl kennen. Übrigens bin ich Stadtverordneter in einem sehr großen Industriestandort, in Schwedt. Wir haben dort auch eine prekäre Haushaltssituation. Aber Sie können jetzt nicht von uns erwar-

ten, vor dem Publikum oder vielleicht bei einzelnen Kollegen den Eindruck zu erwecken, dass wir zwar alle in einem Boot sitzen, aber dass nur die Gemeinden rudern und das Land hinten dran Wasserski fährt.

Diese Einschätzung ist einfach falsch. Wir sitzen in einem Boot und werden uns 1 : 1 mit den Problemen beschäftigen. Es geht uns allen - egal, ob in einer Gemeinde wie bei uns in der Uckermark oder hier - um das 610-Stellen-Programm und vor allem um die Menschen im Land Brandenburg. Da ist es mir relativ schnuppe, von welcher Seite aus wir das Blatt drehen und wenden.

Wir werden die Sorgen der Kommunen selbstverständlich auch künftig fest im Auge behalten. Das wird schon dadurch gesichert sein, dass wir sehr viele erfahrene kommunale Vertreter im Landtag haben; Sie sind ja selber viele Jahre Bürgermeister einer großen Stadt gewesen. Ich sehe zu Wolfgang Pohl hinüber, dem früheren Oberbürgermeister von Frankfurt (Oder). In diesem Parlament gibt es also eine Menge kommunaler Erfahrungen.

In Ihrem Vortrag hat mir die nüchterne Darstellung gefehlt, dass das Finanzausgleichsgesetz eine Ausgleichsfinanzierung bewirkt. Es gibt Städte in Brandenburg, die keinen einzigen Cent aus der Landeskasse bekommen. Dies hängt aber nicht damit zusammen, dass wir einfach sagen, bestimmte Städte bekämen viel, manche wenig und andere gar nichts, sondern damit, dass eine Gemeinde wie Ludwigsfelde inzwischen so viel an Gewerbesteuern einnimmt, dass es keinerlei zusätzlicher Finanzierung aus der Landeskasse mehr bedarf. Die Entwicklung in Brandenburg ist höchst unterschiedlich; durch die Ausgleichsfinanzierung werden wir dieser Entwicklung selbstverständlich auch in Zukunft in angemessenem Rahmen Rechnung tragen.

Das Volumen im Finanzausgleichsgesetz ist entgegen Ihrer Darstellung, lieber Kollege Theel, nicht gesunken, sondern angewachsen. Die Zahlen liegen auf dem Tisch; ich kann sie Ihnen nachher gern noch einmal geben und wir können darüber diskutieren. Es gibt im kommunalem Bereich insgesamt mehr Geld.

Auf einem sehr hohen Niveau sind Investitionen in Landesprogrammen enthalten, die ganz konkret Städten und Gemeinden zur Verfügung stehen. Ich schaue jetzt einfach einmal auf meine Heimatstadt. Das Programm zur Stadtentwicklung, zum Stadtumbau, zur Modernisierung von Schulen und Kitas kommt ja nicht imaginär dem Land Brandenburg, sondern immer ganz konkret einer Gemeinde - ob Brandenburg an der Havel, Wittenberge oder vielleicht Prenzlau in der Uckermark - zugute. Das 610-Stellen-Programm - auch dies ist ein bisschen unter den Tisch gefallen - ist ein Programm des Landes Brandenburg, lieber Abgeordnetenkollege, keine Landesaufgabe, sondern primäre Aufgabe der Gemeinden. Wir haben uns darauf verständigt, es auf möglichst hohem Niveau weiterzuführen, weil wir sehen, dass in den ländlichen Regionen eine gute Jugendarbeit stattfindet. Als Beispiel nenne ich das Kinder- und Jugendtheater meiner Heimatregion.

Insgesamt wächst das Volumen also auf. Wir diskutieren hier über ein Volumen von insgesamt mehr als 3 Milliarden Euro. Das ist kein kleiner Posten, sondern der größte Posten im Landeshaushalt. Der größte Posten in einem Etat von insgesamt

10 Milliarden Euro geht an die Gemeinden, Städte, Ämter und Landkreise.

Die vorgeschlagene Absenkung von 50 Millionen Euro im Jahr 2006 - da gebe ich Ihnen wiederum Recht - ist schmerzlich, aber angesichts der Situation - das sagen wir ganz offen - unausweichlich und ehrlich. Die Investitionspauschale steigt im Gegenzug landesweit um 110 Millionen Euro. Im Jahr 2005, lieber Kollege Theel, wird es noch einen Nachschlag geben. Die Gemeinden werden im laufenden Haushaltsjahr noch zusätzlich Mittel in Höhe von 20 Millionen Euro vom Land überwiesen bekommen; im nächsten Haushaltsjahr werden es 40 Millionen Euro sein. Das ist aber kein Geld, das wir, wie Rainer Speer gestern sagte, zusätzlich aus den Rippen schwitzen, sondern es ist Geld, das den Gemeinden aus der Steuer-spitzabrechnung des Jahres 2003 zusteht. Die 50 Millionen Euro relativieren sich also ein wenig, wenn es in diesem Jahr 20 Millionen Euro und im nächsten Jahr 40 Millionen Euro zusätzlich geben wird.

Hinsichtlich der Anpassung um 50 Millionen Euro im Zuge des Haushaltssicherungsgesetzes haben wir im Finanzausschuss auch mit Ihnen darüber diskutiert, dass diese Anpassung mit dem Symmetriebericht überprüft werden wird. Dies besagt auch der Antrag der Koalition von SPD und CDU.

Mein Fazit: Während die Landessteuern sinken, steigen die Steuereinnahmen bei den Gemeinden. Das ist eine sehr gute Entwicklung. Die Gemeinden hatten im Jahr 2004 bei den Gewerbesteuern im Vergleich zum Jahr 2003 eine Steigerung um 8,8 % zu verzeichnen. In den nächsten Jahren ist noch mit einer weiteren Steigerung zu rechnen. Das ist kein schlechtes, sondern einmal ein positives Signal, das es verdient, genannt zu werden.

Zum BBI haben Sie, Frau Kollegin Tack, heute noch einmal ein großes Plädoyer abgegeben. Ich hoffe, wir haben über dieselbe Sache geredet. Ich will noch einmal klarstellen, dass die Haushaltssperre von insgesamt 13 Millionen Euro von der Koalition beschlossen worden ist. Wir werden abwarten, bis die abschließende Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts in Leipzig erfolgt sein wird. Eines jedoch werden wir nicht tun: Wir werden das Projekt bis dahin nicht einfach abschreiben, sondern alle erforderlichen baufeldvorbereitenden Maßnahmen treffen. Wir werden dies allerdings mit Augenmaß tun und sicherlich das eine oder andere einmal miteinander diskutieren.

Eine Reihe von Entscheidungen sind getroffen. Wir befinden uns am Ende der 2. Lesung. Der Landeshaushalt 2005/2006 setzt in starkem Maße Prioritäten. Insgesamt haben wir einen Betrag von 280 Millionen Euro - ich gehe ungern auf D-Mark-Zeiten zurück, aber es sind eine halbe Milliarde DM, um nur einmal die Größenordnung ein bisschen klarzumachen - als Sparmaßnahmen umgesetzt. - Nein, das stimmt nicht. Rainer Speer sagt immer zu Recht, dass wir an dieser Stelle gar nicht sparen. In der Tat sparen wir im Moment noch keinen einzigen Cent, sondern machen immer noch verdammt viele Schulden. Wir reduzieren also nur die Schuldenaufnahme. Dies ist ein absolut notwendiger und richtiger Schritt.

Die Verwaltungsausgaben, meine Damen und Herren, sinken im Doppelhaushalt nicht um 1 oder 2 %, sondern um 4,4 % gegenüber 2004. Es ist ein sozialverträglicher Stellenabbau um insgesamt rund 7 400 Stellen ohne betriebsbedingte Kündigungen.

gen eingeleitet. Vorfahrt hat der Themenbereich Bildung und Wissenschaft. Im Bereich der Hauptgruppen 5 bis 8 wird hier im Doppelhaushalt ein Aufwuchs von 16 % erfolgen. Wissenschaft und Forschung sind mit einem Ausgabeniveau von 340 Millionen Euro nahezu stabil. Wirtschafts- und Technologieförderung sind erstmalig auf über 1 Milliarde Euro angestiegen, die Investitionsquote steigt und die Kreditfinanzierungsquote sinkt.

Folgendes scheint wichtig zu sein - es hat bereits in der Debatte eine Rolle gespielt -: Das Kita-Gesetz in Brandenburg ist neben dem von Mecklenburg-Vorpommern bundesweit das Gesetz mit den stärksten und besten Rechtsansprüchen für die Eltern. Jede Mutter, jeder Vater, die oder der in Brandenburg Arbeit hat, hat den Rechtsanspruch, dass ihr oder sein Kind im Alter von null bis zwölf Jahren bis zu zehn oder elf Stunden betreut wird. Daran sollte man sich einmal erinnern; denn auch dies wird aus dem Landeshaushalt finanziert. An dieser Finanzierung gibt es im Doppelhaushalt trotz der eklatanten Sparvorgaben keinerlei Abstriche. Das ist eine sehr kluge Entscheidung, die beweist, dass wir als SPD-Fraktion nicht nur über das Motto „Sparen mit sozialem Augenmaß“ reden, sondern es tatsächlich sehr ernst nehmen. Wir sind aber mit Blick auf den Konsolidierungskurs erst am Anfang der Bescheidenheit angelangt. Auch dies hat in der Diskussion eine große Rolle gespielt.

Ich komme zum Schluss: Hinter uns liegen monatelange Fraktionsberatungen, tagelange Ausschussberatungen und eine zweitägige Parlamentsdebatte zur 2. Lesung. Vor uns liegen jetzt 7 Kilogramm Papier und die Verantwortung für die Verwendung von 20 Milliarden Euro. Rund 200 Änderungsanträge behandelte der Haushalts- und Finanzausschuss und es bestand im Rahmen der 2. Lesung die Möglichkeit, diese insgesamt zu diskutieren.

Ich möchte die Gelegenheit nutzen, um den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Landtagsverwaltung - ich denke, ich darf dies auch im Namen der Ausschussvorsitzenden tun - ganz herzlich zu danken. Es gab unheimlich viel Papier, lange Diskussionen und sehr viele Änderungen. An dieser Stelle danke ich auch ausdrücklich der Vorsitzenden des Haushalts- und Finanzausschusses, Frau Kerstin Osten,

(Beifall bei der PDS)

für ihre sehr engagierte und, wie alle Mitglieder des Ausschusses empfanden, konstruktive Leitung des nicht so einfachen Verfahrens der Beratung eines Doppelhaushaltes. Herzlichen Dank.

Ich freue mich dann auf die 3. Lesung morgen. - Vielen Dank.

(Beifall bei SPD und CDU)

Vizepräsident Prof. Dr. Bisky:

Für die Fraktion der DVU spricht Frau Abgeordnete Hesselbarth.

(Schulze [SPD]: Zeit zu gehen!)

Frau Hesselbarth (DVU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Dieser Haushalt ist ein Zahlengrab, wie es Frau Funck vorhin angesprochen hat. Er ist aber nicht nur unsolid und unsozial - dies waren alle Vorgängerhaushalte ebenfalls -, sondern geradezu kriminell. Da

helfen auch keine schönen Worte, Herr Bischoff, weil er im Unterschied zu den früheren Haushalten nicht nur die wahre Haushaltslage dieses Landes verschleierte, sondern als getreue kameralistische Abbildung Ihres neuen Leitbildes auch den größten Teil des Landes Brandenburg und der Brandenburgerinnen und Brandenburger buchstäblich abschreibt. Ich sage es ganz bewusst: abschreibt wie eine alte Maschine oder einen alten, unrentablen Betriebsteil.

Doch Brandenburg ist keine ins Schlingern geratene Kapitalgesellschaft, in die nach Ihrem Parteivorsitzenden Müntefering - um ihn zu zitieren, Herr Bischoff - „finanzkapitalistische Heuschreckenschwärme eingefallen sind, sie abgegrast haben, um danach weiterzuziehen“, sondern Brandenburg ist unsere Heimat, die Heimat aller Brandenburgerinnen und Brandenburger auch außerhalb der berlinnahen Räume.

Seit Jahren hat sich die Haushaltslage des Landes Brandenburg immer mehr verschärft und zugespitzt. Die Ursachen für die desolante Finanzsituation des Landes sind sehr vielfältig. Stellvertretend möchte ich folgende benennen:

- die verfehlte Wirtschafts- und Steuerpolitik der Bundesregierung, die zu gravierenden Steuerausfällen und einer weiteren Verarmung der öffentlichen Haushalte geführt hat,
- eine fehlerhafte Wirtschaftspolitik des Landes, welche ohne Konzeption fast ausschließlich auf Großprojekte gesetzt hat,
- das Scheitern vieler Projekte in der Landesregierung, Stichwort LEG,
- die damit verbundenen erheblichen finanziellen Schäden und ausbleibenden Steuereinnahmen
- und schließlich die gravierende Massenarbeitslosigkeit, die weitere Reduzierung der Kaufkraft und der ausbleibende wirtschaftliche Aufschwung.

Sie, meine Damen und Herren der Koalition, waren einstmals mit hochtrabenden Worten angetreten, und zwar zu Beginn der letzten Legislaturperiode. Sie wollten den Haushalt konsolidieren und die Nettokreditaufnahme gegen null reduzieren. Aus heutiger Sicht betrachtet waren die Gebrüder Grimm sowie Hans Christian Andersen mit ihren Märchen im Vergleich zu Ihnen eiserne Realisten.

(Beifall bei der DVU)

Denn heute ist weder der Landeshaushalt saniert noch ist die Nettokreditaufnahme reduziert. Genau das Gegenteil ist der Fall. Die Haushaltsansätze liegen seit Jahren hart an der Grenze der Verfassungsmäßigkeit und die Verschuldung des Landes hat ein Besorgnis erregendes Rekordniveau erreicht. Nicht zuletzt unser Landesrechnungshof wirft Ihnen in großen Teilen eine verfehlte Finanzpolitik vor. In seinem Jahresbericht 2004 bemängelt er ganz klar und deutlich, dass Sie immer noch nicht den Hauch eines Konzepts zum Abbau der dramatischen Verschuldung des Landes haben.

Inzwischen liegt der Schuldenstand bei gut 17,5 Milliarden Euro, Tendenz stark steigend. Auch im vorliegenden Haushalt trägt die Nettoneuverschuldung im Haushaltsjahr 2005 wieder knapp 1 Milliarde Euro und liegt im Haushaltsjahr 2006 deut-

lich über 800 Millionen Euro. Doch ich bezweifle sehr, dass es dabei bleibt. Ganz im Gegenteil ist die DVU-Fraktion der Meinung, dass dieser Landeshaushalt hier und heute nicht verabschiedungsfähig ist, denn die Ergebnisse der Regionalisierung der Mai-Steuerschätzung sind darin überhaupt nicht enthalten. Nach der aktuellen Steuerschätzung rechnen schließlich Sie selbst, Herr Finanzminister, für dieses und das nächste Jahr mit Steuermindereinnahmen von insgesamt 250 Millionen Euro. In diesem Jahr würden es voraussichtlich 120 Millionen Euro und 2006 bis zu 130 Millionen Euro sein, teilte Ihr Haus am Freitag letzter Woche mit.

Wie Sie angesichts dieser Zahlen gleichzeitig erklären konnten, der Doppelhaushalt 2005/2006 sei nicht infrage gestellt, obwohl er aufgrund dieser neuen Zahlen doch nur mehr Makulatur ist, müssen Sie vor sich selbst verantworten, Herr Finanzminister.

(Minister Speer: Aber ja!)

Doch vielleicht werden Sie irgendwann dafür auch zur Verantwortung gezogen.

Alle Wirtschaftsprognosen gehen derweil nach unten. Die Prognosen für das Wirtschaftswachstum lassen in den kommenden Jahren keine Verbesserung der Einnahmesituation erwarten. Die dramatische Finanzentwicklung der öffentlichen Haushalte des Landes wie der Kommunen setzt sich damit fort. Die geschönten Wachstumsprognosen von 1,2 % im Haushaltsjahr 2005 und 2,0 % im Haushaltsjahr 2006 mussten auf 0,7 % für 2005 bzw. 1 % für 2006 reduziert werden. Vermutlich werden wir in den nächsten beiden Jahren wieder ein so genanntes Nullwachstum haben. Wörtlich erklärten Sie, Herr Finanzminister, vor der Presse - dies ist es wirklich wert, zitiert zu werden -:

„Die Finanzlage ist extrem schwierig, aber für das Jahr 2005 noch beherrschbar. Ich werde den Vollzug des Haushalts sehr genau beobachten und mir entsprechende Steuerungsmaßnahmen vorbehalten.“

Da sind wir aber gespannt, Herr Finanzminister, wie Sie das anstellen wollen und welche Steuerungsmaßnahmen Sie sich einfallen lassen werden.

(Beifall bei der DVU)

Wir als DVU-Fraktion werden Ihren Haushaltsvollzug und dessen Auswirkungen auf das Land jedenfalls parlamentarisch gebührend zu würdigen und auch zu kommentieren wissen.

Für 2006 gaben Sie im Übrigen völlig unumwunden zu, dass Sie nicht die geringste Ahnung haben, noch prognostizieren können, wie sich die Zahlen bis dahin entwickeln werden. Also doch ein Zahlengrab. Irgendwie, meine Damen und Herren, kommt mir das Ganze vor, als würde ein Blinder mit seinem Krückstock durch den dichten Nebel stochern.

Bei alledem sind - ich erwähnte es bereits beim Einzelplan des Ministeriums für Infrastruktur und Raumordnung - die Risiken im Zusammenhang mit dem Landeswohnungsbauvermögen ebenso wenig berücksichtigt wie die Tatsache, dass über dem Landeshaushalt als weiteres Damoklesschwert Kredite in Höhe von sage und schreibe 107,5 Millionen Euro für die Pleite-LEG hängen, für die das Land gebürgt hat und dessen gewahr sein muss, während der Haushaltsperiode 2005 und 2006 auch in Anspruch genommen zu werden.

Kommen wir nun zu den Änderungsanträgen meiner Fraktion zum Einzelplan 20. Im Gegensatz zu Ihnen, meine Damen und Herren von SPD und CDU, mit Ihrer wahrlich heroischen Einsparsumme von 5 Millionen Euro in den nächsten beiden Haushaltsjahren fordern wir als DVU-Fraktion mit unserem vorliegenden Änderungsantrag eine Einsparung von ca. 51,3 Millionen Euro im Haushaltsjahr 2005 und 102,6 Millionen Euro im Haushaltsjahr 2006. Diese Gesamteinsparsumme hätte sich immer noch ergeben, wenn all unsere Änderungsanträge mit doch zum Teil hohen Aufwüchsen im Bereich Wirtschaft, Infrastruktur, Soziales usw. zum Wohle unserer Bürgerinnen und Bürger in Brandenburg durchgegangen wären. Da Sie inzwischen alle diesbezüglichen Änderungsanträge abgelehnt haben, nehmen wir die Deckung aus den Personalverstärkungsmitteln sowie den zugunsten der Pleite-LEG in den Haushalt eingestellten Mitteln von 22 Millionen Euro pro Jahr.

Bezüglich der Personalverstärkungsmittel - das erwähnte ich bereits - hat der Finanzminister im Haushaltsausschuss indirekt erklärt, dass es sich hier um einen Finanzpuffer handle. Unsere Einstellung zur LEG dürfte Ihnen ohnehin hinlänglich bekannt sein. Wir als DVU-Fraktion fordern - dies wiederhole ich hier und heute klipp und klar -: Die derzeit schleichende Liquidation dieses Milliardengrabs mit immer neuen Belastungen und Risiken für das Land kann und darf auch und gerade im Hinblick auf die haushaltmäßige Sicherheit so nicht weitergehen. Daher ist es sinnvoller, die LEG in eine geordnete Insolvenz zu führen, also ein Ende mit Schrecken, als über 20 Jahre oder mehr von Jahr zu Jahr immer neue zwei- oder gar dreistellige Millionenbeträge in dieses Fass ohne Boden zu schütten.

Bevor ich kurz zu den Einzelplänen 12 und 15 komme, noch eine letzte Anmerkung zum Einzelplan 20. Wie es um Ihr Demokratieverständnis, meine Damen und Herren von SPD und CDU, bestellt ist, haben Sie während der Behandlung dieses Einzelplans im Rahmen der Haushaltsdebatte im Finanzausschuss klar und deutlich dokumentiert. Sie selbst haben die Zuschüsse für die politische Bildungsarbeit an Ihnen nahe stehende Bildungs- und Kommunalpolitische Vereinigungen um 60 000 Euro jährlich angehoben. Die DVU soll außen vor bleiben. Die Tatsache, dass nach geltender Rechtslage die Bildungs- wie die Kommunalpolitische Vereinigung der DVU ebenfalls in den Genuss von ca. 20 000 Euro jährlich gekommen wären, ließ Ihnen, Sie Superdemokraten, wahrscheinlich keine Ruhe, zumal Herrn Innenminister Schönbohm wohl die Argumente ausgegangen sind,

(Bochow [SPD]: Das wäre ja das erste Mal!)

um uns die Mittel nicht auszahlen zu müssen.

(Beifall bei der DVU - Lachen bei der SPD)

- Warum bringen Sie dann so einen Antrag ein? Also müssen Ihnen die Argumente ausgegangen sein. Das ist die logische Schlussfolgerung.

(Beifall bei der DVU - Schuldt [DVU]: Genau so ist es! - Frau Mächtig [PDS]: Das setzt Bildung voraus! Diese haben Sie bis jetzt nicht nachgewiesen, Frau Hesselbarth! - Schuldt [DVU]: Aber Sie?)

- Aber Sie, Frau Mächtig!

So peitschten Sie, Herr Bischoff, aber auch Sie, Frau Funck, mit geradezu krimineller Energie

(Unruhe bei der SPD - Schippel [SPD]: Seien Sie vorsichtig mit dem, was Sie sagen! Wir können auch über Briefkastenfirmen reden!)

- für mich ist das kriminell! - und rechtsbrecherischer Wortverdreherei einen Antrag durch, die Erläuterungen zu dem genannten Titel dergestalt zu ändern, dass nur mehr Vereinigungen von Parteien, welche seit mindestens drei Legislaturperioden im Landtag vertreten sind, in den Genuss der Förderung kommen sollen. So etwas gibt es nicht nur in keinem anderen Bundesland, sondern es ist auch ein himmelschreiender Angriff auf den Gleichheitsgrundsatz des Grundgesetzes und unserer Landesverfassung sowie auf das Demokratieprinzip, welches ein freies Spiel der politischen Kräfte gewährleistet.

(Beifall bei der DVU)

Herr Schippel, wenn Sie mit mir über Briefkastenfirmen diskutieren wollen, dann kann ich mich gern darauf einlassen; ich habe noch unendlich viel Redezeit.

(Beifall bei der DVU - Schippel [SPD]: Nein, das müsste interessant sein! Das ist es nicht!)

Deshalb erkläre ich Ihnen hier und heute noch einmal: Die Klage vor dem Verfassungsgericht des Landes Brandenburg wird derzeit vorbereitet und demnächst eingereicht. Wir sind uns sicher, dass Sie, meine Damen und Herren von Rot-Schwarz, dann wieder auf den Boden der demokratischen Tatsachen zurückgeholt werden.

(Beifall bei der DVU - Schuldt [DVU]: Jawohl!)

Dieser Angriff auf das Demokratieprinzip ist für uns sogar so gravierend, dass wir auch den Gang nach Karlsruhe oder vor den Europäischen Gerichtshof nicht scheuen werden. Wir sehen uns also vor Gericht wieder, Herr Schippel.

Zum Einzelplan 15 wurde von meinen Fraktionskollegen dort, wo wir der Meinung sind, dass es sich um unnötige Ausgaben handelt, insbesondere bei den Planungsmaßnahmen für den Landtagsneubau, die wir zumindest für die nächsten beiden Jahre gesperrt haben wollen, sowie bei den unsinnigen Baukosten für das nicht mehr genutzte Verbindungsbüro bei der EU in Brüssel, welche gestrichen gehören, bereits darauf hingewiesen. Selbstverständlich lehnen wir auch den Einzelplan 15 ab.

Zu dem ansonsten unspektakulären Einzelplan 12 des Ministeriums der Finanzen liegt eine Petition der Steueranwärter des Finanzamtes Eberswalde vor; wir haben es schon mehrfach gehört. Es handelt sich um Menschen, die guten Glaubens ihre Ausbildung als Steueranwärter begonnen haben und demnächst abschließen werden, von denen aber nur bis zu 50 % in das Beamtenverhältnis auf Probe übernommen werden sollen. Wir halten eine solche Vorgehensweise gegen die Interessen junger Menschen schlicht und ergreifend für einen Anschlag auf das Prinzip von Treu und Glauben. Wir fordern daher, dass alle Steueranwärter, die derzeit in der Ausbildung sind und diese demnächst abschließen werden, in die Beamtenlaufbahn auf Probe übernommen werden.

Bei einem zu diesem Thema vorliegenden Änderungsantrag einer anderen Fraktion werden wir uns nur deswegen der Stimme enthalten, weil wir die vorgesehene Deckung für unrealistisch halten. Wir fordern Sie, Herr Finanzminister Speer, jedoch auf, alles dafür zu tun, dass diese jungen Menschen nicht vor den Kopf und in die Hoffnungslosigkeit gestoßen, sondern in ein Anstellungsverhältnis übernommen werden.

Den Einzelplan 12 als solchen lehnen wir ab.

Das vorliegende Haushaltsgesetz enthält, ähnlich wie frühere Haushaltsgesetze, über die Nettokreditermächtigung in § 2 Abs. 2 hinaus zusätzliche Kreditermächtigungen von ca. 2,2 Milliarden Euro jeweils in den beiden kommenden Haushaltsjahren. Das ist mehr als das Doppelte der jeweiligen Nettoneuverschuldung. Hinzu kommen Bürgschaften und sonstige Garantieleistungen in Höhe von über 1,3 Milliarden Euro. All diese Blankoermächtigungen sollen wir hier im Landtag stillschweigend abnicken, ohne dass das Landtagsplenum oder der dafür zuständige Ausschuss für Haushalt und Finanzen in den nächsten beiden Jahren ein Mitsprache- oder gar ein Entscheidungsrecht hätten. Alle unsere Änderungsanträge, die Genehmigungen für diese Schattenkreditaufnahmen und -gewährleistungen unter den Zustimmungsvorbehalt des zuständigen Ausschusses zu stellen, wurden von Ihnen, meine Damen und Herren, im Finanzausschuss wieder einmal samt und sonders abgelehnt. Damit hat sich die Legislative aber auch bei diesem Haushalt wieder buchstäblich selbst kastriert. Da wir jedoch in einer Demokratie und nicht im Absolutismus leben, ist auch dies ein Grund dafür, warum wir das Haushaltsgesetz und den Gesamthaushalt als solchen ablehnen.

Meine Damen und Herren von SPD und CDU, dasselbe gilt natürlich für Ihren selbstbeweihräuchernden Entschließungsantrag, für den wir als DVU-Fraktion bestenfalls ein müdes Lächeln übrig haben.

Zum Schluss noch zum Haushaltsstrukturgesetz: Die Brandenburger Kommunen beklagen die von Jahr zu Jahr schlimmer gewordene Finanzknappheit. Es werde immer komplizierter, freiwillige Leistungen wie die Unterhaltung und den Betrieb eines Schwimmbades zu erbringen. Schon jetzt könnten es sich viele Gemeinden kaum noch leisten, Reparaturen an Freibädern ausführen zu lassen. Herr Böttcher sprach von „Investitionsstau“.

In Südbrandenburg werden in diesem Jahr viele Freibäder vermutlich nicht öffnen können, weil das Personal nicht bezahlt werden kann. Wie bei den Freibädern sieht es bei allen kommunalen Einrichtungen aus, ob es sich um Bibliotheken, Jugendbegegnungsstätten, Senioreneinrichtungen oder um kommunale Straßenbau- und sonstige Infrastrukturmaßnahmen handelt. Die meisten Kommunen sind so überschuldet - und damit finanziell handlungsunfähig -, dass sie freiwillige Aufgaben längst nicht mehr erfüllen können.

Dann geht die Landesregierung hin und will ihnen im Haushaltsplan für 2006 weitere 50 Millionen Euro aus der Verbundmasse kürzen. Die Ausführungen der kommunalen Spitzenverbände wie des Brandenburgischen Städte- und Gemeindebundes oder des Landkreistages dazu während der Anhörung waren wohl mehr als eindeutig. Alle Kommunalverbände lehnen diese Kürzung unumwunden ab. Da hilft auch kein neuer Symmetriebericht, Herr Bischoff.

Also fordern wir mit unserem Änderungsantrag, Artikel 1 des Haushaltsstrukturgesetzes komplett zu streichen. Dasselbe gilt für Artikel 2 des Haushaltsstrukturgesetzes. Meine Fraktionskollegin Birgit Fechner äußerte sich dazu bei der Behandlung des Einzelplans des Ministeriums für Bildung, Jugend und Sport bereits ausführlich. Wir als DVU-Fraktion sagen klipp und klar: Hände weg von den Privatschulen! Keine Kürzungen!

Da uns die von Ihnen in dieser Angelegenheit beschlossenen Nachbesserungen nicht ausreichen, haben wir auch zu Artikel 2 des Haushaltsstrukturgesetzes nochmals einen Änderungsantrag vorgelegt mit der Intention, auch diesen Artikel ersatzlos zu streichen. Das Haushaltsstrukturgesetz in seiner jetzigen Form lehnen wir ebenfalls ab.

Ihre famose Finanzplanung bis 2008, meine Damen und Herren auf der Regierungsbank und insbesondere Herr Finanzminister Speer, ist nur insoweit bemerkenswert, als Sie damit zugeben, dass es auch in den Folgejahren mit der Nettokreditaufnahme und damit dem Schuldenmachen wie bisher munter weitergeht. Dagegen soll es - anders als beim vorliegenden Haushalt - in den Haushaltsjahren 2007 und 2008 mit 323 Millionen Euro 2007 und 616 Millionen Euro 2008 wieder deutlich höhere globale Minderausgaben geben.

Meine Damen und Herren Koalitionsfinanzjongleure, Sie bleiben Ihrer unsoliden Haushaltspolitik wahrlich treu. Das ist aber auch wirklich das einzig Konstante an Ihrer Politik. Ansonsten ist Ihre mittelfristige Finanzplanung ungefähr so aussagekräftig und realistisch wie ein Science-Fiction-Film.

Unsere DVU-Fraktion lehnt, um es nochmals klar und deutlich zu sagen, den vorliegenden Haushalt 2005/2006 sowohl in der Ursprungs- als auch in der Beschlussfassungsform des Finanzausschusses vehement ab. Das Gleiche gilt für das Haushaltsstrukturgesetz. - Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der DVU)

Vizepräsident Prof. Dr. Bisky:

Meine Damen und Herren, bevor die Landesregierung das Wort erhält, begrüße ich herzlich in unserer Mitte Vertreterinnen und Vertreter der Gewerkschaft ver.di. - Seien Sie willkommen.

(Allgemeiner Beifall)

Jetzt hat der Finanzminister das Wort. Bitte, Herr Speer.

Minister der Finanzen Speer:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! An dieser Stelle wird über die Einzelpläne 12, 15 und 20, über das Haushaltsgesetz, das Haushaltsstrukturgesetz und die mittelfristige Finanzplanung geredet. Insofern könnte ich die 48 Minuten ausschöpfen, will mich aber auf das Wesentliche konzentrieren.

Der Einzelplan 12, also das, was das Ministerium, die Landesverwaltung an sich betrifft, ist ein klassischer Verwaltungshaushalt. Ungefähr 90 % des gesamten Haushalts umfassen Personal. Wenn überlegt wird, in diesem Einzelplan noch Sparbeiträge zu erbringen, wird deutlich, dass das Personal eine Größenordnung ist, die nicht umgangen werden kann.

Die Landesregierung ist meinem Vorschlag gefolgt, die Steuerverwaltung, die hier mehrfach angesprochen wurde, lediglich über fünf Jahre um 0,4 % abzubauen. Das ist ein Wert, der unter der allgemeinen demografischen Entwicklung des Landes liegt, also de facto ein Abbau von Personal um null. Das sage ich so deutlich, weil mitunter in der Öffentlichkeit ein anderer Eindruck erweckt wird.

Trotzdem haben wir innerhalb der Landesverwaltung viele Stellen einzusparen. Wir haben uns verpflichtet - ich halte das nach wie vor für richtig -, dies sozialverträglich zu gestalten. Das bedeutet, dass wir den Weg der Fluktuation nutzen müssen. All das, was aufgrund des Erreichens der Altersgrenze, aber auch aufgrund sonstiger Fluktuation an Stellen frei wird, wird entweder kassiert oder durch Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter besetzt, die an anderer Stelle der Landesverwaltung ihren Dienst tun. Das trifft auch auf das Finanzministerium zu. Vor dem Hintergrund, dass wir bis zum Jahr 2010 das Landesamt zur Regelung offener Vermögensfragen auflösen werden und auch erhebliche Einsparbemühungen umsetzen müssen, muss das für den 2006 zu gründenden Landesbetrieb für Bauen und Liegenschaften freizusetzende Personal im Bereich des Finanzministeriums selbst kompensiert werden. Demzufolge ist meine Entscheidung gefallen, bis auf weiteres auf die Ausbildung von Finanzanwärtern zu verzichten und auch bei der Übernahme der derzeit in Ausbildung Befindlichen die Zahl zu beschränken.

Wir werden uns nichtsdestotrotz bemühen, für die, die nicht in ein Beamtenverhältnis übernommen werden, Beschäftigungsmöglichkeiten im Ressort oder auch darüber hinaus zu finden.

Vizepräsident Prof. Dr. Bisky:

Herr Minister, beantworten Sie eine Zwischenfrage?

Minister Speer:

Wer fragt denn? - Frau Osten, gerne.

Frau Osten (PDS):

Herr Finanzminister, da Sie gleichzeitig zum Einzelplan 15 am Mikrophon sind, stelle ich eine Frage, die die Ausbildung der Finanzanwärter betrifft: Inwieweit ist es denn notwendig, dass die Finanzakademie, die jetzt Finanz- und Justizakademie werden soll, mit viel Geld - ich habe 14 Millionen Euro in Erinnerung - modernisiert und ausgebaut wird, wenn die Landesregierung plant, wie Sie gerade sagten, dass in Zukunft vielleicht gar keine Ausbildung mehr stattfindet oder sie vielleicht sehr eingeschränkt wird? Wie sind die Pläne gemeinsam mit Berlin? Da Sie das noch nicht explizit gesagt haben, würde ich Sie bitten, dazu einen Satz zu formulieren.

Minister Speer:

Ich habe nicht gesagt, in Zukunft, sondern „bis auf weiteres“. Das bedeutet, dass in den nächsten Jahren der Überhang an anderer Stelle im Geschäftsbereich kompensiert wird. Danach wird natürlich ausgebildet. Wir werden - das hat die Zahl 0,4 % deutlich gemacht - auch in Zukunft einen stetigen Bedarf an Auszubildenden haben. Das gilt für Brandenburg, aber auch für die Nachbarländer, für die wir die Ausbildung an diesem Standort mit übernommen haben. Insofern ist diese Schule wie

auch die Polizeischule in Oranienburg - der Einzelplan 15 ist hier angesprochen - notwendig, denn es wird, auch wenn wir die Ausbildung und Übernahme von Ausgebildeten temporär herunterfahren, notwendig sein, auf Dauer wieder eine konstante Zahl an jungen Mitarbeitern in den Landesdienst zu übernehmen. Wir haben derzeit einen erheblichen Personalüberhang - wenn man die Zahlen auf das Jahr 2009 hochrechnet -, den wir nur kompensieren können, wenn wir die Ausbildung in der Zwischenzeit - ich sagte bewusst: in der Zwischenzeit - herunterfahren; aber es wird einen Ausbildungsbedarf geben.

Zum Einzelplan 15 nur so viel: Wir haben über die Jahre hinweg eine Reduzierung zu verkräften. Wir hatten im Jahr 2000 480 Millionen Euro im Plan, gehen jährlich um 10 Millionen Euro herunter, im Jahr 2005 auf 170 Millionen Euro und im Jahr 2006 auf 160 Millionen Euro. Das bedeutet, dass bisher nicht angefangene Projekte länger zu warten haben und Projekte, die sich in der Realisierung befinden, zum Teil geschoben werden müssen. Nichtsdestotrotz gilt auch hier die Priorität der Landesregierung.

Nummer 1 ist an dieser Stelle der Bereich der Hochschulen und der Forschung. Der Einzelplan 15 wird im Wesentlichen genutzt, um die Vorhaben, die im Bereich der Hochschulen und der Forschung angefangen wurden und komplettiert werden müssen, zu Ende zu bauen.

Zweiter Schwerpunkt ist nach wie vor das Thema Strafvollzug, Gerichtsstandorte, Staatsanwaltschaften, deren Unterbringung und Arbeitsbedingungen in diesem Bereich.

Dritter Schwerpunkt bleibt auch weiterhin die Polizei.

Zum Einzelplan 20: Hier werden im Wesentlichen das Verhältnis von Einnahmen und Ausgaben und auch die Entwicklung über die Jahre hinweg deutlich. Wir konstatieren, dass wir nach wie vor weniger als 50 % dessen, was wir ausgeben, als eigene Einnahmen im Land erwirtschaften. Ich sage es hier auch noch einmal ganz deutlich, weil es immer wieder unterschlagen wird oder in der öffentlichen Debatte zu kurz kommt: Wir geben momentan 140 % dessen aus, was eine Regierung zum Beispiel in Kiel, Hannover oder Mainz zur Verfügung hat. Das macht pro Kopf ungefähr 1 000 Euro aus. Das sind 1 000 Euro, die wir mehr ausgeben - nicht weniger, sondern mehr - als einkommensvergleichbare Länder im Westen. Das muss immer wieder gesagt werden, weil daraus auch eine besondere Verantwortung erwächst, mit dem Geld, das uns zur Verfügung gestellt wird, das sich in westlichen Ländern und Kommunen für den Aufbau Ost abgespart wird, das Richtige zu tun.

Die Debatte über die Konzentration der Förderung in Brandenburg hat begonnen. Zweifelsfrei gibt es - wenn auch nicht in allen Ausprägungen - bei der Frage, ob die Mittel richtig eingesetzt sind und eine Konzentration notwendig ist, in diesem Haus Übereinstimmung. Es ist jedoch in der Vergangenheit zu Verzerrungen gekommen, was sich in Begriffen wie „Abhängen des äußeren Raumes“ oder Ähnlichem niederschlägt.

Wenn wir über eine Neuformulierung der Förderstrategie reden, bedeutet das im Ergebnis nichts anderes, als dass Städte wie Ludwigsfelde oder Stahnsdorf die gleichen Förderbedingungen wie Schwedt, Eisenhüttenstadt oder Schwarzheide haben.

Wir gehen davon aus, dass auch eine sich in Wildau etablierende Investition die Unterstützung braucht, die derzeit vergleichbare Standorte im äußeren Entwicklungsraum bekommen. Da reden wir nicht über die Frage, ob nun der äußere Raum abgehängt wird.

Nach wie vor geht die Überlegung dahin, Standorte wie Schwedt, Eisenhüttenstadt oder Schwarzheide so weit wie möglich zu unterstützen, weil sich die dortige Wirtschaftsentwicklung als tragfähig erwiesen hat; sämtliche Infrastrukturanstrengungen des Landes, sämtliche Anstrengungen zur Unterstützung der Standorte mit so genannten weichen Standortfaktoren sind aus unserer Sicht unabdingbar.

Wir gehen von dem Ansatz aus, dass das Geld, welches wir überdurchschnittlich zur Verfügung haben, in die Zukunft investiert werden muss. Deswegen trägt dieser Haushalt auch die Handschrift, Bildung, Wissenschaft, Forschung, Entwicklung von Technologien in einer Linie zu betrachten, und zwar auch im Hinblick auf das hier schon mehrfach angesprochene wichtige Infrastrukturobjekt Ausbau des Schönefelder Flughafens.

Wir haben gesagt, dass all das, was uns das Gericht erlaubt, getan werden muss. Die Alternative, sämtliche Arbeiten, auch Planungsarbeiten, in der Zwischenzeit einzustellen, ist im Aufsichtsrat diskutiert worden. Wir haben dazu im Haushalts- und Finanzausschuss umfangreich debattiert. Dass wir als Gesellschafter zu unserer Verantwortung für dieses Projekt stehen, wird dadurch deutlich, dass wir die Gesamtsumme in Höhe von 153 Millionen Euro als Verpflichtungsermächtigung mit den Sperrern auch in den Einzelplan eingestellt haben. Die Sperrern werden sich, wenn sie denn wirken, auf die Verpflichtungsermächtigung für die nächsten Jahre erhöhend auswirken. Ich gehe davon aus, dass wir spätestens Mitte des Jahres 2006 eine Antwort des Gerichts aus Leipzig haben.

Frau Hesselbarth, in Deutschland können Gerichte übrigens auch gegen die Politik und gegen die Regierung entscheiden. Dass Sie in Ihrer Vorstellung von Gesellschaft eine andere Wahrnehmung haben, wissen wir, aber das ist nun einmal nicht unser Weg.

Das Thema Bürokratieabbau/Genehmigungsverfahren ist deutlich angesprochen worden. Es geht zum einen um die Standort- bzw. Ansiedlungsbedingungen für Unternehmen und um die Fragen: Welche Hürden gibt es? Wie ist zu erreichen, dass die Verfahren übersichtlicher werden und dass vor allen Dingen für den Mittelstand und die Kleinunternehmen die Zahl der Genehmigungsverfahren reduziert wird?

Begleitend zum Personalabbau im Land Brandenburg brauchen wir zwingend eine Verwaltungsmodernisierung, die sicherstellt, dass die Qualität, die Quantität und der Zugang zu Verwaltungsleistungen mit weniger Personal auch erhalten bleiben bzw. wachsen. Die Regierung erkennt ihre Funktion bei dieser Aufgabe. Meine Bitte geht an dieses Haus, dies bei allen hier zu treffenden Entscheidungen zu berücksichtigen.

Wir diskutieren gerade über - ich nenne ein Beispiel - die überörtliche Prüfung und die Zusammenführung dieser Aufgabe beim Innenminister. Im Gegenzug haben wir als Projekt der Verwaltungsmodernisierung bzw. -vereinfachung die Zusammenführung von Kommunalfinzen und Finanzen im Finanzministerium vorgenommen. Dieses konnte der Minister-

präsident kraft seiner Organisationshoheit organisieren. Für Weiteres ist ein Gesetz notwendig.

Es wird derzeit überlegt, diese von uns vorgeschlagene Vereinfachung über ein Amt beim Innenminister mit einer entsprechenden Verwaltungsvorschrift, die noch in Form von Einvernehmensregelungen verkompliziert wird, zu gestalten. Ich nenne das nur als ein Beispiel dafür, dass Verwaltungsmodernisierung, wenn wir sie ernst nehmen, an allen Stellen ernst genommen werden muss.

Ich verkenne nicht, dass der wesentliche Anteil dessen, was zu tun ist, bei der Regierung liegt, aber meine Bitte geht auch an dieses Haus, dafür zu sorgen, dass die angeschobenen Dinge auch umgesetzt werden.

In diesem Zusammenhang der Hinweis an den geschätzten Kollegen Müller: Ein Vergabegesetz funktioniert auch nicht ohne Bürokratie.

Wir hatten eine Debatte zum Thema kommunale Finanzausstattung, Herr Theel. Ich muss an dieser Stelle noch einmal richtig stellen, dass ich in der Vergangenheit nicht behauptet habe, den Kommunen gehe es gut, sondern wir haben über die Finanzausstattung der Kommunen geredet. Ich weiß um die angespannte finanzielle Situation der Kommunen. Ich weiß auch, dass es sehr schwer ist, mit dem Geld, das wir ergänzend zur Verfügung stellen, die Aufgaben zu erfüllen.

Nichtsdestotrotz muss festgestellt werden, dass es unter Abzug der 190 Millionen Euro, die wir von der Bundesebene durchleiten, und auch unter Abzug der Mittel in Höhe von ca. 40 Millionen Euro, die wir für das Ganztagschulprogramm durchleiten, gelungen ist, mit diesem Haushalt sicherzustellen, dass die Kommunen zumindest einen leichten Aufwuchs im Verhältnis zu 2004 haben, bilanziert um diese zwei Summen. Die Zahlen kann man im Haushalt nachlesen. Deswegen bestehe ich darauf festzustellen, dass an dieser Stelle nicht gekürzt wurde. Gleichwohl betrachte ich die Finanzausstattung der Kommunen nicht als rosig und habe es auch in der Vergangenheit nicht getan.

Wir haben gestern über die Steuerschätzung vom Mai und deren Auswirkungen diskutiert. Ich kann es mir aussuchen: Entweder ist der Haushalt Makulatur oder der Finanzminister ist ein Trickser und hat Vorsorge getroffen. Auch dies war ein Vorwurf, bei dem ich frage: Wo liegt das Problem, wenn der Finanzminister für Unwägbarkeiten Vorsorge trifft?

(Zuruf der Abgeordneten Dr. Enkelmann [PDS])

Das, meine Damen und Herren von der Opposition, ist keine Trickserei.

(Frau Dr. Enkelmann [PDS]: Das hat doch mit Haushaltswahrheit zu tun!)

Nein, das ist keine Trickserei, sondern ganz normale Haushaltsvorsorge. Ich muss mich darauf vorbereiten, dass die Energiepreise schwanken, dass die Wechselkurse schwanken, dass über das Jahr hinweg die Zinssätze schwanken und dass auch die Steuereinnahmen schwanken.

(Frau Dr. Enkelmann [PDS]: Die gesamte Regierung schwankt!)

Dafür muss man Risikoversorge treffen. Das ist normales Handeln eines Finanzministers, der nicht tricky, sondern seriös an die Haushaltsaufstellung herangeht und sagt, dass wir auf diese Eventualitäten eingestellt sein müssen. Sie schlagen mit Ihren Anträgen vor, die Steuereinnahmen, die wir, kritisch betrachtet, bei 1,2 gerechnet haben, höher zu veranschlagen. Sie sagen, es interessiert Sie gar nicht, was in der Welt passiert, sondern setzen die Zahlen mal eben nach oben und vergrößern das Risiko, um dem Finanzminister bzw. der Landesregierung das Leben schwer zu machen.

(Frau Dr. Enkelmann [PDS]: Wir können Ihnen das gern noch einmal vorrechnen!)

Es ist ja legitim, dass es Ihre Ansicht ist. Aber letztendlich sage ich: Ihr Herangehen ist nicht seriös, sondern tricky. Der Haushalt, den wir vorgelegt haben, ist die seriöse Variante.

Vizepräsident Prof. Dr. Bisky:

Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Abgeordneten Osten?

Minister Speer:

Ja, bitte.

Vizepräsident Prof. Dr. Bisky:

Bitte, Frau Osten.

Frau Osten (PDS):

Auch wenn ich das Gefühl habe, dass die Diskussion ein wenig müde wird, frage ich, ob Sie uns falsch verstanden haben. Erstens: Die PDS-Fraktion möchte natürlich, dass Sie Vorsorge treffen, aber bitte transparent und nachvollziehbar. Zweitens: Wir haben nie behauptet, unsere Steuerschätzung sei von der Realität meilenweit entfernt. Wir sind noch nicht einmal von einem Wachstum ausgegangen, sondern vom Istzustand 2004. Haben Sie missverstanden, was wir gefordert haben?

Minister Speer:

Ich habe Sie nicht missverstanden. Im Gegenteil: Ich habe Sie genau richtig verstanden und deswegen habe ich es eben so dargestellt, wie ich es dargestellt habe.

(Heiterkeit bei der SPD)

Über die Frage, wie wir mit dem zusätzlichen Risiko aus der Steuerschätzung umgehen, habe ich gestern gesprochen. Ich habe deutlich gesagt: Wir reden über ein Risiko; nicht über Zahlen, die schon im Haushalt oder in der Abrechnung stehen, sondern über ein erhöhtes Risiko für den Haushaltsvollzug.

(Zuruf der Abgeordneten Dr. Enkelmann [PDS])

Wie geht man mit Risiken um? Wenn man der Meinung ist, das Risiko tritt mit großer Wahrscheinlichkeit ein, muss man finanzwirtschaftliche Maßnahmen ergreifen. Eine realistische Einschätzung können wir zum jetzigen Zeitpunkt nicht abgeben. Zum Beispiel sind die Tarifverhandlungen ins Stocken geraten. Derzeit ist nicht absehbar, wann sie wieder aufgenommen

men und mit welchem Ergebnis sie abgeschlossen werden. Das können Sie ebenso wenig vorhersehen wie ich. Insofern ist es völlig unseriös, vor diesem Hintergrund eine genaue Zahl festzulegen. Die Berechnungen erfolgen stets mit einem gewissen Puffer. Wenn Sie, Frau Osten, an meiner Stelle wären, würden Sie genauso handeln. Alles andere wäre unseriös; das ist nun einmal so.

Ich gehe davon aus, dass es nach derzeitiger Einschätzung dessen, was im Ergebnis der Tarifverhandlungen herauskommt - Stand: Ende April, Haushaltsvollzug -, und nach Einschätzung dessen, was wir für dieses Jahr zu erwarten haben, möglich sein kann - ich sage es bewusst eingeschränkt -, den Haushalt auf der Grundlage des vom Haushalts- und Finanzausschuss vorgelegten Vorschlags zu vollziehen und mit den Risiken, die sich aus der Steuerschätzung ergeben, umzugehen, ohne dass wir den Haushalt sperren müssen oder Ähnliches. Das ist jedoch eine Perspektive, die sich nur durchhalten lässt, wenn entsprechend der bisherigen Handlungsweise der Landesregierung diszipliniert mit dieser Tatsache umgegangen wird. Ich gehe davon aus, dass uns das gelingt.

Ich denke, aus der Diskussion im Finanzausschuss wird sich nicht mehr allzu viel ergeben. Ich wünsche mir, dass wir die Beschlussvorlage für den Haushalt zügig für die 3. Lesung vorbereiten und dem Parlament vorlegen können, und bitte um Zustimmung zu den Voten, die der Haushalts- und Finanzausschuss abgegeben hat. - Vielen Dank.

(Beifall bei SPD und CDU)

Vizepräsident Prof. Dr. Bisky:

Ich schließe damit die Aussprache und wir kommen zur Abstimmung.

Wir stimmen 1. über den Änderungsantrag der PDS-Fraktion in Drucksache 4/1172 ab. Die PDS-Fraktion hat dazu eine namentliche Abstimmung beantragt.

(Namentliche Abstimmung)

Hatte einer der anwesenden Abgeordneten keine Gelegenheit, seine Stimme abzugeben?

(Der Abgeordnete Baaske [SPD] gibt sein Votum ab.)

Ich bitte um die Auszählung der Stimmen.

Die Abstimmung hat Folgendes ergeben: 26 Abgeordnete haben dem Antrag zugestimmt, 46 haben ihn abgelehnt und es gibt 6 Stimmenthaltungen. - Damit ist der Antrag abgelehnt.

(Abstimmungslisten siehe Anlage S. 947)

Wir kommen 2. zur Beschlussempfehlung des Ausschusses für Haushalt und Finanzen zum Einzelplan 12, Drucksache 4/1112. Wer dieser Beschlussempfehlung folgt, den bitte ich um sein Handzeichen. - Gibt es Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Damit ist der Beschlussempfehlung mehrheitlich gefolgt worden.

3. stimmen wir über die Beschlussempfehlung des Ausschusses für Haushalt und Finanzen zum Einzelplan 15, Drucksache

4/1115, ab. Wer dieser Beschlussempfehlung folgt, den bitte ich um sein Handzeichen. - Gibt es Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Damit ist der Beschlussempfehlung mehrheitlich gefolgt worden.

Wir kommen damit 4. zur Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion der DVU, Drucksache 4/1212. Wer diesem Änderungsantrag zustimmt, den bitte ich um sein Handzeichen. - Gibt es Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Damit ist dieser Änderungsantrag mit großer Mehrheit abgelehnt worden.

Wir kommen 5. zu dem Änderungsantrag der PDS-Fraktion, Drucksache 4/1173, zu Artikel 1 Nr. 1 Haushaltsstrukturgesetz 2005. Wer diesem Änderungsantrag zustimmt, den bitte ich um sein Handzeichen. - Gibt es Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Damit ist dieser Änderungsantrag bei einigen Stimmenthaltungen mehrheitlich abgelehnt worden.

Wir kommen 6. zu dem Änderungsantrag der PDS-Fraktion, Drucksache 4/1174. Wer diesem Änderungsantrag folgt, den bitte ich um sein Handzeichen. - Gibt es Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Damit ist der Änderungsantrag bei einigen Stimmenthaltungen mehrheitlich abgelehnt worden.

Wir kommen 7. zu dem Änderungsantrag der PDS-Fraktion, Drucksache 4/1175. Wer diesem Änderungsantrag folgt, den bitte ich um sein Handzeichen. - Gibt es Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Damit ist dieser Änderungsantrag bei einigen Stimmenthaltungen mehrheitlich abgelehnt worden.

Wir kommen 8. zu dem Änderungsantrag der DVU-Fraktion, Drucksache 4/1213. Wer diesem Änderungsantrag zustimmt, den bitte ich um sein Handzeichen. - Gibt es Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Damit ist dieser Änderungsantrag mit großer Mehrheit abgelehnt worden.

Wir kommen 9. zu dem Änderungsantrag der PDS-Fraktion, Drucksache 4/1176. Wer diesem Änderungsantrag folgt, den bitte ich um sein Handzeichen. - Gibt es Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Damit ist dieser Änderungsantrag mit großer Mehrheit abgelehnt worden.

Wir kommen 10. zu dem Änderungsantrag der PDS-Fraktion, Drucksache 4/1177. Wer diesem Änderungsantrag folgt, den bitte ich um sein Handzeichen. - Gibt es Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Damit ist dieser Änderungsantrag mehrheitlich abgelehnt.

Wir kommen 11. zu dem Änderungsantrag der PDS-Fraktion, Drucksache 4/1178, in Verbindung damit zu dem Änderungsantrag der PDS-Fraktion zum Haushaltsgesetz 2005/2006, Drucksache 4/1180. Es geht um die Änderung von § 1 Satz 1 Nrn. 1 und 2 sowie § 2 Nrn. 1 und 2. Wer dem folgt, den bitte ich um sein Handzeichen. - Gibt es Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Damit sind diese Änderungsanträge mehrheitlich abgelehnt worden.

Wir kommen 12. zu dem Änderungsantrag der DVU-Fraktion, Drucksache 4/1214 - Neudruck. Wer diesem Änderungsantrag folgt, den bitte ich um sein Handzeichen. - Gibt es Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Damit ist dieser Änderungsantrag mehrheitlich abgelehnt worden.

Wir kommen 13. zu dem Änderungsantrag der DVU-Fraktion,

Drucksache 4/1249. Wer diesem Änderungsantrag folgt, den bitte ich um sein Handzeichen. - Gibt es Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Damit ist dieser Änderungsantrag mehrheitlich abgelehnt worden.

Wir kommen 14. zu der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Haushalt und Finanzen zum Einzelplan 20, Drucksache 4/1120. Wer dieser Beschlussempfehlung folgt, den bitte ich um sein Handzeichen. - Gibt es Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Damit ist der Beschlussempfehlung mehrheitlich gefolgt worden.

15. kommen wir zu dem Änderungsantrag der PDS-Fraktion, Drucksache 4/1179. Wer diesem Änderungsantrag folgt, den bitte ich um sein Handzeichen. - Gibt es Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Damit ist dieser Änderungsantrag mehrheitlich abgelehnt worden.

Wir kommen 16. zu dem Änderungsantrag der PDS-Fraktion, Drucksache 4/1181. Wer diesem Änderungsantrag folgt, den bitte ich um sein Handzeichen. - Gibt es Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Damit ist dieser Änderungsantrag mehrheitlich abgelehnt worden.

17. kommen wir zu dem Änderungsantrag der Fraktion der PDS, Drucksache 4/1182. Wer diesem Änderungsantrag folgt, den bitte ich um sein Handzeichen. - Gibt es Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Damit ist dieser Änderungsantrag bei einigen Stimmenthaltungen mehrheitlich abgelehnt worden.

Wir kommen 18. zu dem Änderungsantrag der PDS-Fraktion, Drucksache 4/1183, betreffend Neufassung § 9. Wer diesem Änderungsantrag folgt, den bitte ich um sein Handzeichen. - Gibt es Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Damit ist dieser Änderungsantrag bei einigen Stimmenthaltungen mehrheitlich abgelehnt worden.

Wir kommen 19. zur Abstimmung über die Beschlussempfehlung des Ausschusses für Haushalt und Finanzen zum Haushaltsgesetz 2005/2006, Drucksache 4/1100. Wer dieser Beschlussempfehlung folgt, den bitte ich um sein Handzeichen. - Gibt es Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Damit ist das Haushaltsgesetz 2005/2006 in 2. Lesung angenommen.

20. kommen wir zu dem Änderungsantrag der DVU-Fraktion, Drucksache 4/1216, betreffend die Streichung von Artikel 1. Wer diesem Änderungsantrag zustimmt, den bitte ich um sein Handzeichen. - Gibt es Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Damit ist dieser Änderungsantrag mehrheitlich abgelehnt worden.

21. kommen wir zur Abstimmung über den Änderungsantrag der PDS-Fraktion, Drucksache 4/1184. Hierzu hat die beantragende Fraktion namentliche Abstimmung beantragt.

Ich eröffne die Abstimmung und bitte um das Verlesen der Namen.

(Namentliche Abstimmung)

Gibt es Abgeordnete im Plenarsaal, die keine Gelegenheit hatten, ihre Stimme abzugeben? - Das ist nicht der Fall. Ich schließe die Abstimmung.

Ich gebe Ihnen das Ergebnis der namentlichen Abstimmung bekannt: 26 Abgeordnete stimmten dafür und 42 Abgeordnete dagegen, wobei es keine Stimmenthaltungen gab. Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt worden.

(Abstimmungslisten siehe Anlage S. 948)

Wir kommen zur Abstimmung 22, betreffend Änderungsantrag der Fraktion der PDS, der Ihnen in der Drucksache 4/1185 vorliegt. Wer diesem Änderungsantrag folgt, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Damit ist der Änderungsantrag mehrheitlich abgelehnt.

Wir kommen zur Abstimmung 23: Änderungsantrag der Fraktion der PDS, der Ihnen in der Drucksache 4/1186 vorliegt. Wer diesem Änderungsantrag folgt, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Damit ist der Änderungsantrag mehrheitlich abgelehnt.

24. kommen wir zur Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion der DVU, der Ihnen in der Drucksache 4/1215 vorliegt. Wer diesem Änderungsantrag folgt, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Damit ist der Änderungsantrag mehrheitlich abgelehnt.

Wir kommen zur Abstimmung 25, Änderungsantrag von zwei Abgeordneten - Streichung des § 2 (124) Nr. 2 -, der Ihnen in der Drucksache 4/1245 vorliegt. Wer diesem Änderungsantrag folgt, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Damit ist der Änderungsantrag mehrheitlich angenommen.

Wir kommen zur Abstimmung 26 über den Änderungsantrag der Fraktion der PDS, der Ihnen in der Drucksache 4/1187 vorliegt. Wer diesem Änderungsantrag folgt, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Damit ist der Änderungsantrag mehrheitlich abgelehnt.

27. rufe ich die Beschlussempfehlung zum Haushaltsstrukturgesetz 2005 des Ausschusses für Haushalt und Finanzen, die Ihnen in der Drucksache 4/1122 vorliegt, zur Abstimmung auf. Wer dieser Beschlussempfehlung seine Zustimmung gibt, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Damit ist die Beschlussempfehlung mehrheitlich angenommen worden und das Haushaltsstrukturgesetz 2005 verabschiedet.

Das Präsidium empfiehlt die Überweisung des Haushaltsgesetzes 2005/2006 an den Ausschuss für Haushalt und Finanzen zur Vorbereitung der 3. Lesung, das Ihnen in der Drucksache 4/1100 vorliegt. Wer dieser Empfehlung des Präsidiums folgt, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Damit ist der Antrag mit einigen Stimmenthaltungen angenommen.

Der Finanzplan des Landes Brandenburg für die Jahre 2004 bis 2008 wurde gemäß der Beschlussempfehlungen und des Berichts des Ausschusses für Haushalt und Finanzen, der Ihnen in der Drucksache 4/1121 vorliegt, zur Kenntnis genommen.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 3** auf:

Die demografische Entwicklung und ihre Auswirkungen auf die Lebensbereiche der Menschen in Brandenburg sowie ihre Folgen für die politischen Handlungsfelder

Große Anfrage 1
der Fraktion der DVU

Drucksache 4/491

Antwort
der Landesregierung

Drucksache 4/1056

Ich eröffne die Aussprache mit dem Beitrag der Fraktion der DVU. Frau Abgeordnete Fechner, Sie haben das Wort.

Frau Fechner (DVU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Werden wir bald in einem Raum ohne Volk leben? Oder für die Ewiggestrigen: Wir werden wohl bald in einem Gebiet ohne Bevölkerung leben.

(Beifall bei der DVU)

Der demografische Wandel ist zu einer demografischen Katastrophe angewachsen. Frau Schulz, nun haben wir erneut das böse Wort „Katastrophe“. Jedoch fällt mir kein passenderer Begriff dafür ein. Wir steuern auf eine demografische Katastrophe hin.

Die sinkende Geburtenrate, die steigende Zahl älterer Menschen und die anhaltenden Wanderungsströme bestimmen die demografische Entwicklung.

Die DVU-Fraktion hat in den vergangenen Jahren mehrfach auf die Probleme hingewiesen und die Landesregierung zum Handeln aufgefordert. Doch wieder einmal ist nicht allzu viel passiert.

Viel zu lange sonnte sich die Regierung in den Zahlen, die der besonderen Lage Brandenburgs, sprich dem engeren Verflechtungsraum zu Berlin, geschuldet sind.

Aber, meine Damen und Herren, Brandenburg ist größer als der Speckgürtel um Berlin. Gerade die jungen Leute im Alter zwischen 16 und 25 Jahren verlassen die Region, da ihnen keine Chancen auf eine Lehre oder eine Arbeit geboten werden. Seit dem Jahr 2000 kehrten jedes Jahr ca. 24 000 junge Menschen der Heimat den Rücken zu.

Die von der Landesregierung beschworenen Perspektiven existieren eben nicht. Weite Teile des äußeren Entwicklungsraumes wurden deindustrialisiert. Der Mittelstand konnte sich nicht entwickeln und wird völlig unzureichend gefördert.

Noch immer prägen die sprichwörtlich beleuchteten Schafweiden unser Land. Die Landkreise des äußeren Entwicklungsraumes sind zu den ärmsten Regionen ganz Deutschlands verkommen. So brachten es erst kürzlich veröffentlichte Statistiken zu tage.

Aus dem sozialen Notstand ergibt sich auch die logische Konsequenz bei den noch Verbliebenen, dass ein Kinderwunsch nur noch selten vorhanden ist. Das drückt sich auch in der hohen Zahl von 49 000 Schwangerschaftsabbrüchen in den letzten zehn Jahren aus.

Durch die neue Förderpolitik des Landes wird sich die Lage im äußeren Entwicklungsraum weiter verschärfen. Unsere Dörfer sind wie erstarrt, sagte Herr Pfitzner, der stellvertretende Landrat des Elbe-Elster-Kreises. Keine Geschäfte mehr, die Post ist weg, die Gaststätten sind leer und die Verbliebenen müssen sich im Existenzkampf mühen.

Der Verödungsprozess - insbesondere in den Randregionen - muss gestoppt werden. Die Schlagzeilen der Presse in der letzten Woche über unser Land sprechen Bände: „Dörfer im Kampf ums Überleben“ - „Berliner Zeitung“; „Pleitenrekord in Brandenburg“ - die „MAZ“; „Wegzug von der Oder - Frankfurts Einwohnerzahl sinkt 2015 auf 54 000“ - „Oranienburger Generalanzeiger“ und schließlich der „Focus“: „Sag mir, wo die Kinder sind“.

Um diese Missstände und bevorstehende demografische Katastrophe - Frau Schulz, wieder das Wort Katastrophe - wieder in das Blickfeld der verantwortlichen Politiker zu rücken, haben wir diese Große Anfrage gestellt. Wie notwendig das war, zeigen die Antworten auf unsere Fragen.

Bei der Beantwortung der Großen Anfrage verweist die Landesregierung häufig auf den Demografiebericht vom Februar 2004, dem allerdings statistische Daten aus dem Jahr 2002 zugrunde liegen. In den vergangenen zwei Jahren ist sehr viel passiert - leider nicht sehr viel Positives. Hier wartet man vergeblich auf aktualisierte Daten.

So ist es denn auch nicht verwunderlich, wenn die Landesregierung keine detaillierten Angaben dazu machen kann, wie die einzelnen Landkreise den Wohnungsleerstand in den nächsten zehn Jahren reduzieren wollen.

Im Übrigen wirft der Demografiebericht mehr Fragen auf, als Antworten gegeben werden. Antworten zu geben, Konzepte zu entwickeln und mit Strategien der verheerenden Entwicklung entgegenzuwirken ist Aufgabe der Landesregierung.

Der erste Teil des Berichts zu den Auswirkungen der demografischen und wirtschaftsstrukturellen Veränderungen in Brandenburg endet mit dem vielsagenden Satz - ich zitiere -: „Antworten zu finden, Konzepte für Anpassungs- bzw. Änderungsstrategien zu entwickeln ist Aufgabe aller in naher Zukunft.“ Das war vor 14 Monaten, meine Damen und Herren!

Doch passiert ist wieder einmal nichts, außer dass der Ministerpräsident ein neues Leitbild der Förderpolitik entworfen hat, das mehr oder weniger das Abhängen der Randregionen vorsieht. Auch wenn das seitens der Regierung immer bestritten wird, ist es so. Nicht nur wir von der Deutschen Volksunion sehen das so.

Die Antworten der Landesregierung auf die Problematik der demografischen Entwicklung sind völlig unzureichend und werden der dramatischen Situation im Land Brandenburg nicht gerecht. Es reicht eben nicht aus, darauf zu vertrauen, dass möglicherweise die rückläufigen Effekte aus dem Bevölkerungsrückgang durch Produktivitätsentwicklung und höhere

Ausschöpfung der Erwerbspersonen wettgemacht werden könnten.

Der DVU-Fraktion genügt es auch nicht, wenn darauf hingewiesen wird, dass der demografische Wandel in ganz Europa einen ähnlichen Verlauf nimmt.

Ist die Lage auf dem Arbeits- und Ausbildungsmarkt in Deutschland schon dramatisch, so ist die Lage in den neuen Ländern und insbesondere in Brandenburg verheerend. Die verfehlte Bildungs-, Finanz- und Wirtschaftspolitik der rot-grünen Regierung in Berlin sowie der Katastrophenregierungen von Stolpe und Platzeck zeigen ihre Auswirkungen. Die Jugendlichen stimmen mit den Füßen ab, sie verlassen ihre Heimat. Das haben Sie, meine Damen und Herren von der Landesregierung, zu verantworten. Jedes Jahr stehen Tausende Jugendliche vor der existenziellen Frage: Gehen oder bleiben? Die Chancen der Jugend in Brandenburg verschlechtern sich Jahr für Jahr.

Wie ist zum Beispiel die aktuelle Lehrstellensituation im Arbeitsamtsbezirk Cottbus? - Zurzeit stehen für 4 000 Lehrstellen Suchende ganze 380 Lehrstellen zur Verfügung. Was muss denn noch passieren, damit endlich wirksam gehandelt wird? Gerade deswegen können auch die Antworten auf die angesprochene Sonderwirtschaftszone Ost nicht befriedigen. In der Beantwortung der Kleinen Anfrage - Drucksache 3/7793 - verweist die Landesregierung auf zu befürchtende - ich zitiere - „massive beihilferechtliche Bedenken bei der EU sowie Umsetzungs- und Akzeptanzprobleme.“ Das sind ja völlig neue Aspekte: Die EU als Hemmschuh.

Es ist aber nun einmal die Aufgabe der Landesregierung, sich auch gegen Widerstände beim Bund und in der EU durchzusetzen. Aber es passiert heute wie auch in der Vergangenheit nichts.

Schönreden hilft hier und heute nicht weiter. Wo war denn die Landesregierung, als zum Beispiel im Landkreis Oberspreewald-Lausitz sowohl die Kohlegewinnung als auch die Kohleveredlung von 100 auf 0 % gefahren wurde?

(Schulze [SPD]: So ein Schwachsinn! Weil die Leute auf Ölheizung umgestellt haben!)

- Herr Schulze, hören Sie doch einmal zu! Bleiben Sie doch ganz ruhig!

1991 gab es noch ca. 80 000 Arbeitnehmer im aktiven Bergbau und im Sanierungsbergbau. Im Jahr 2000 waren nur noch 7 500 Arbeitnehmer im Sanierungsbergbau beschäftigt. Es wurden also in zehn Jahren über 90 % der Arbeitsplätze platt gemacht. Im Gegensatz dazu, Herr Schulze, wurden und werden die Arbeitnehmer in der westdeutschen Steinkohle jährlich mit ca. 135 000 DM pro Arbeitsplatz subventioniert.

(Zuruf des Abgeordneten Schulze [SPD])

Die Lausitzer Kohle lässt sich dagegen ohne Subventionen fördern und veredeln. Wo war hier die Landesregierung und hat sich für Brandenburger Interessen stark gemacht?

Die Folgen sind überall spürbar: Abwanderung, Bevölkerungsrückgang und dramatische Veränderung der Altersstruktur,

Wohnungsleerstand, überflüssige Schulen und Kindergärten, ökonomisch nicht vertretbare Ver- und Entsorgungsanlagen, Kostenexplosion, geringere Schlüsselzuweisungen an die Kommunen usw.

Die DVU-Fraktion möchte heute nochmals auf das Problem der indirekten und der direkten Folgekosten des so genannten Stadumbaus hinweisen. Die Einordnung dieser Kosten ist bisher nicht möglich. Es ist vorzusehen, dass die Versorgungsunternehmen mit den entstehenden Kosten überfordert sind. Diese Kosten dürfen nicht auch noch der ohnehin bis an die Grenze belasteten verbliebenen Bevölkerung aufgebürdet werden.

(Beifall bei der DVU)

Auch hier besteht akuter Handlungsbedarf seitens der Regierung.

Im Übrigen kann festgestellt werden, dass trotz der realisierten Stilllegungs- und Rückbaumaßnahmen keine nachhaltige Reduzierung des Wohnungsleerstandes erreicht wurde.

An die Adresse der Landesregierung sagen wir heute klipp und klar: Solange Sie unfähig sind, die Rahmenbedingungen für die Wirtschaft grundlegend zu verbessern und damit die Konjunktur in Schwung zu bringen, wird sich die Perspektive für die verbliebenen Brandenburger nicht verbessern. Wenn es nicht gelingt, der demografischen Katastrophe wirksam entgegenzusteuern, wird Brandenburg wohl bald ein Raum ohne Volk sein.

(Beifall bei der DVU)

Präsident Fritsch:

Wir setzen mit dem Redebeitrag der Koalitionsfraktionen fort. Es spricht der Abgeordnete Schulze.

Schulze (SPD):

Werte Kollegen! Wir haben es mit einem demografischen Wandel, nicht mit einer demografischen Katastrophe zu tun. Frau Fechner, es überrascht uns nicht, dass Ihnen dazu nichts Besseres einfällt. Uns ist schon mehrfach aufgefallen, dass die DVU-Fraktion Probleme mit der deutschen Sprache hat. „Katastrophe“ heißt „plötzliches Naturereignis“ und „plötzlich“ heißt „ohne erkennbare Ursache“. Das ist bei dem demografischen Wandel zweifellos nicht der Fall. Wir reden auch schon lange Zeit darüber und haben uns dazu Gedanken gemacht. Ihre Wortwahl entspricht der Endzeitstimmung, die Sie hier immer wieder verbreiten wollen: Katastrophe, Untergang, soziales Chaos.

(Schuldt [DVU]: Ihre Politik ist eine Katastrophe!)

Die Zeiten sind zweifellos schwierig, aber es ist völlig absurd und völlig neben der Sache, den Leuten, die schon genug Probleme haben, auch noch Angst zu machen, denn Angst lässt die Menschen nur erstarren.

Im Übrigen war diese Große Anfrage überflüssige Bürokratie. Wenn Sie beklagen, dass wir zu viel Bürokratie haben und der Verwaltungsaufwand zu groß ist, sollte man auf solche Großen Anfragen verzichten, denn die meisten der Fragen sind schon in Form von Kleinen Anfragen und anderen Drucksachen ge-

stellt und im Demografiebericht behandelt worden. Das kann man sehr gut sehen, wenn man die Antwort der Landesregierung liest, in der an vielen Stellen auf vorhandene Drucksachen verwiesen worden ist.

Ihnen fällt im Übrigen auch nicht mehr ein - auch in Ihrer jetzigen Rede nicht -, als eine bunte Tour de raison durch die Probleme dieses Landes zu machen, die niemand leugnet oder wegreden will. Aber das alles unter die Überschrift „Demografie“ zu stellen ist Unsinn.

(Zuruf von der DVU)

Im Übrigen ist Demografie - das wäre einmal ein neuer Ansatz, dem Sie sich vielleicht zuwenden sollten - natürlich so etwas wie Reproduktion. Was kommt im Rahmen der Familienplanung und der Familienentwicklung in diesem Land herüber, das heißt, wie viele Kinder schaffen sich die Menschen noch an? Es ist kein Geheimnis - das wissen Sie auch -, dass viele Kinder zu haben, im 19. und im frühen 20. Jahrhundert sowie noch heute in der Dritten Welt Ausdruck von sozialer Angst und von Nichtabgesichertsein waren und sind. Bei uns ist das Gott sei Dank nicht mehr so. Die Leute legen nicht mehr Wert darauf, viele Kinder zu haben,

(Schuldt [DVU]: Auf keine Kinder aus Angst vor der Zukunft!)

sondern nur noch ein oder zwei Kinder, um die sie sich dann in ganz besonderer Art und Weise bemühen. Das ist auch gut und richtig so.

(Zuruf)

Auch Sie wissen, dass sich 40 % der akademisch gebildeten Frauen keine Kinder anschaffen, weil sie Karriere machen wollen. Dann müsste man einmal fragen, wie viele Männer keine Kinder haben, um die Schuld nicht immer nur auf die Frauen zu schieben. Das empfinde ich als ziemlich peinlich und billig. Wenn Sie hier schon die 45 000 Schwangerschaftsabbrüche thematisieren, frage ich: Wer drängt denn die Frauen zu den Schwangerschaftsabbrüchen? Das sind doch häufig die Männer, die nicht zu ihrer Verantwortung stehen wollen.

(Beifall bei SPD und PDS)

Ich halte den Unterton, der im Rahmen der Diskussion mitschwingt, dass viele Menschen in diesem Land alt werden und nicht so viele Menschen nachwachsen, für schlimm - das ist eine Sache, die niemand verhindern kann; es ist einfach der Gang der Dinge -, ebenso, wenn man dann versucht zu suggerieren oder zu inaugrieren, die Überalterung des Landes wäre etwas Furchtbares. Ich bin jedenfalls froh und dankbar, dass meine Großeltern sehr alt geworden sind, und hoffe, dass meine Eltern in Gesundheit ein hohes Alter erreichen werden.

Wenn wir ehrlich sind, so ist die ältere Generation eine wertvolle Generation, die viel für dieses Land bedeutet; allein schon angesichts der Kaufkraft, die sie beisteuern kann, wenn man es einmal rein pekuniär betrachtet. Wir müssen uns um die Produktivität dieses Landes Gedanken machen, darüber, dass diejenigen, die in diesem Land wohnen und arbeiten, genügend erwirtschaften können, damit sich die soziale und die sonstige Infrastruktur erhalten lässt. Um diese Fragen geht es, nicht aber

um Tonnenideologie oder darum, wie viele junge oder wie viele alte Menschen wir haben. Das ist völlig daneben.

Um noch einmal auf den ursprünglichen Ansatz zurückzukommen: Dieses Land, diese Region Berlin-Brandenburg war einmal ein Zuwanderungsland, vor und nach 1871 sowie in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts; auch jetzt sind wir eine Zuwanderungsregion. Die Hälfte der Berliner kam aus Schlesien, die andere Hälfte kam aus Polen. Das kann man auch an den Namen sehen. Es gibt ja gar nicht den typischen Brandenburger. „Der Brandenburger“ ist ein buntes Sammelsurium aus sehr vielen Bevölkerungsgruppen in Deutschland. Wenn wir dieses Land auf einen guten Kurs bringen wollen, müssen wir dafür sorgen, dass nicht nur für die Menschen, die bereits hier wohnen und Kinder haben wollen oder werden, familienfreundliche Rahmenbedingungen herrschen, sondern wir müssen auch darauf achten, dass es ein zuwanderungsfreundliches Land bleibt,

(Zuruf des Abgeordneten Schuldt [DVU])

und zwar nicht nur für Zuwanderer aus Deutschland, sondern auch aus anderen Ländern.

Wissen Sie, Herr Schuldt, da können Sie so hoch oder niedrig springen und so laut werden, wie Sie wollen: Die Zuwanderungsfreundlichkeit in diesem Land ist auch ein anderer Aspekt der Ausländerfreundlichkeit. Wenn man gegen Menschen, gegen Ausländer hetzt - Ausländer raus, Arbeitsplätze nur für Deutsche -, dann ist das ausgesprochen dumm,

(Zuruf des Abgeordneten Schuldt [DVU])

denn es gibt Studien der Bundesregierung, der Europäischen Union, der OECD und auch der Vereinten Nationen, dass Deutschland und insbesondere Brandenburg in den nächsten Jahren und Jahrzehnten zwingend auf Zuwanderung angewiesen sind.

Deshalb ist eine der Konsequenzen, die man aus dieser Großen Anfrage ziehen muss: Brandenburg muss sich nicht nur bemühen, soziale und andere Infrastruktur aufrechtzuerhalten und Firmen anzusiedeln, sondern wir müssen uns vor allem auch bemühen, ein aufnahmefreundliches, ein menschenfreundliches, ein ausländerfreundliches, ein antirassistisches, ein offenes, ein tolerantes Brandenburg zu sein. Wenn wir dies auf die Reihe bekommen, werden sich auch die anderen Dinge finden, aber daran hätten insbesondere Sie sehr zu arbeiten.

(Schippel [SPD]: Das ist wohl wahr! - Beifall bei SPD und PDS)

Präsident Fritsch:

Vielen Dank, Herr Schulze. - Ich begrüße in diesem Zusammenhang Vertreter der älteren Generation, die nicht nur wegen der Kaufkraft wertvoll ist. Wir Älteren stellen bald die Mehrheit. Ich begrüße Vertreter der IG BAU Potsdam. Herzlich willkommen im Plenum!

(Allgemeiner Beifall)

Wir setzen die Debatte mit dem Beitrag der PDS-Fraktion fort. Es spricht der Abgeordnete Heinze.

Heinze (PDS):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Sehr geehrte Anwesende! Demografie, demografische Entwicklung, demografischer Wandel haben als Begriffe, als Erklärungsbrücken und auch als Totschlagargumente im Moment Konjunktur. Es gibt kaum ein politisches Handlungsfeld, das aktuell nicht in den Rahmen der Bevölkerungsentwicklung gepresst werden kann: Bildung, Verkehr, Renten, Gesundheit, Wirtschaft, Familie, Zuwanderung, Sozialstaat usw. Die Fraktion der DVU kann sich diesem Trend nicht entziehen und stellt im Januar dieses Jahres eine Große Anfrage „Die demografische Entwicklung und ihre Auswirkung auf die Lebensbereiche der Menschen in Brandenburg sowie ihre Folgen für die politischen Handlungsfelder“ als einen kolossalen Rundumschlag, beginnend vom Geburtenrückgang über die Überalterung, die Abwanderung und den Bürokratieabbau bis hin zur Scheidungsrate in Fernbeziehungen und zur Kriminalitätsrate in Abwanderungsgebieten.

Das ist insofern verwunderlich, als die Fraktionsvorsitzende der DVU, Frau Hesselbarth, außerdem Vorsitzende des Ausschusses für Infrastruktur und Raumordnung ist, in dessen Aufgabenbereich auch die Suche nach politischen Antworten auf die demografischen Entwicklungen unseres Landes fällt. Diverse Antworten, wenn sie auch nicht immer überzeugen und befriedigen, hat es in diesem Ausschuss gegeben. Die Landesregierung verweist in ihrer Antwort auf die Große Anfrage - Drucksache 4/1056 - folgerichtig mehr als ein Dutzend Mal auf den Demografiebericht, der seit Februar 2004 vorliegt, und ist damit erst einmal auf der sicheren Seite.

Präsident Fritsch:

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Heinze (PDS):

Ja, bitte.

Präsident Fritsch:

Bitte, Frau Hesselbarth.

Frau Hesselbarth (DVU):

Herr Heinze, können Sie mir Recht geben, dass gerade nach Einbringung der Großen Anfrage durch die DVU-Fraktion diese Debatte hier im Land losgetreten wurde und dass es vorher im Ausschuss keine Antworten auf diese Fragen gegeben hat?

(Lachen bei der SPD)

Heinze (PDS):

Diesen Zusammenhang vermag ich beim besten Willen - ich gebe zu, ich bin Neuling hier in diesem Haus - nicht herzustellen,

(Vereinzelt Beifall bei der PDS)

im Gegenteil: Ich hätte erwartet, dass von Ihnen in diesem Ausschuss Impulse gekommen wären.

(Beifall bei der PDS und vereinzelt bei der SPD)

Dann hätten wir uns manches ersparen können. Allerdings muss ich sagen: Es ist schwer nachvollziehbar, warum die Landesregierung vom 20. Januar bis zum 21. April gebraucht hat, um diese Antwort auf so aktuelle Fragen vorzulegen.

(Bochow [SPD]: Sie hat das eben sehr gründlich gelesen!)

Das heißt, Zahlen, Fakten und Antworten zu den wichtigen Fragen - es gibt sie auch in der DVU-Anfrage neben vielem, was weit vom Gegenstand der Demografie entfernt ist - sind seit einem Jahr bekannt. Liebe Frau Hesselbarth, Sie hatten seither im Ausschuss ausreichend Gelegenheit, Einzelthemen abarbeiten zu lassen und Handlungsfelder zu bestimmen.

Heute stehen den Fraktionen jeweils fünf Minuten zur Verfügung, um das komplexe Thema zu beleuchten. Das Ergebnis muss naturgemäß überschaubar ausfallen. So werden wir der Aufgabe nicht gerecht, den demografischen Problemen dieses Landes nachzugehen.

Ich muss den Damen und Herren der DVU einschließlich der Fraktionsvorsitzenden unterstellen, dass es ihnen an der notwendigen Ernsthaftigkeit mangelt, aufbauend auf dem im Land vorliegenden Erkenntnis- und Arbeitsstand der letzten Legislaturperiode das Parlament und die Landesregierung sachlich und ohne Katastrophengeschrei in die Pflicht zu nehmen, die aus dem Demografiebericht abzuleitenden Aufgaben kreativ in Angriff zu nehmen.

Auch die Regierung hat die Demografie im aktuellen Handeln immer wieder in Anspruch genommen. Die Diskussionen um die Landesentwicklungsplanung LEP ZOS, die Änderung des Schulgesetzes, zum Teil die Neuansätze der Wirtschaftsförderung sowie aufflackernde Ansätze einer Kreisgebietsreform werden mit demografischen Entwicklungen erklärt. Die PDS hat wesentliche Teile dieser Aktivitäten kritisch bewertet, weil die Herangehensweisen an die Landesentwicklung aus unserer Sicht nicht komplex genug sind, weil sie den hochdifferenzierten Verhältnissen im Land nicht ausreichend Rechnung tragen und weil sie schlicht und einfach nicht offensiv genug sind. Die Diskussion um den Doppelhaushalt hat dies für mich noch einmal nachdrücklich bestätigt. Aufgrund der Kürze meiner Redezeit kann ich die Landesentwicklung nicht anhand von Beispielen erläutern. Wir kritisieren nicht nur die Methode, sondern die grundsätzliche Art und Weise des Regierungshandelns nach der Rede des Ministerpräsidenten am 18. Februar dieses Jahres.

Liest man sich die Antwort auf Drucksache 4/1056 aufmerksam durch, dann wird das Defizit der Aussagen zu den aktiven politischen Handlungsfeldern, die sich als Folge der Bevölkerungsentwicklung ergeben, ganz offensichtlich. Es entsteht insgesamt der Eindruck: Das Problem ist erkannt, es ist alles getan. Überspitzt gesagt, hört es sich ein bisschen nach „Weiter so“ an. Nicht gerecht wird das Antwortenpaket der Sicht des Ministerpräsidenten - hier vorgetragen am 3. März -, dass es eine solche demografische Situation hierzulande seit dem 30-jährigen Krieg nicht mehr gegeben habe.

Auch im Detail ist Widerspruch notwendig. Die Aussage auf Seite 12, mit dem Finanzausgleichsgesetz sei eine wichtige Grundlage für eine solide Kommunalfinanzierung gelegt, ist schlicht und einfach abwegig.

Präsident Fritsch:

Herr Abgeordneter, Sie haben Ihre Redezeit schon um eine Minute überzogen.

Heinze (PDS):

Ich komme zum Schluss. - Nun hat die Landesregierung für den 1. Juni eine Konferenz mit dem Thema „Demografischer Wandel in Berlin-Brandenburg - Erneuerung aus eigener Kraft“ angekündigt. Im Ausschuss für Infrastruktur und Raumordnung ist dazu mit durchaus interessanten Akzenten informiert worden, die sich aus der Fortschreibung des Demografieberichts hinsichtlich des schlussfolgernden Handelns ergeben. Wir begrüßen das und sehen dieser Tagung mit Interesse entgegen.

Ich zitiere aus der Antwort:

„Die Erarbeitung von Konzepten und Maßnahmen zur Familien-, Bildungs- und Wirtschaftspolitik sowie zur Anpassung an die Folgen des demografischen Wandels ist ein dynamischer politischer Prozess, dem die regelmäßige Vorlage von Berichten nicht gerecht werden kann. Stattdessen setzt die Landesregierung auf einen breiten Dialog, um die erforderlichen Maßnahmen einzuleiten.“

Dem weitgehend zustimmend ist die Fraktion der PDS davon überzeugt, dass eine Enquetekommission „Zukunft Brandenburg 2020“ ein sehr geeignetes Instrument wäre, die perspektivischen Entwicklungen unseres Landes in einem breiten Dialog zu erarbeiten. Wir werden dem Parlament unsere Vorstellungen vorlegen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der PDS)

Präsident Fritsch:

Das war eine hohe Anforderung an meine Großmutter.

(Frau Dr. Enkelmann [PDS]: Der letzte Satz war ein sehr langer!)

Wir setzen mit dem Redebeitrag der Landesregierung fort. Wer möchte dazu das Wort ergreifen? - Niemand. Also gibt es noch einmal eine Worterteilung an die DVU-Fraktion. Frau Abgeordnete Fechner, bitte.

Frau Fechner (DVU):

Danke, Herr Präsident, für die Großzügigkeit. Ich bin ganz überrascht, dass ich noch Redezeit habe. Ich werde es auch ganz kurz machen.

Herr Schulze, Sie lügen, wenn Sie behaupten, dass die DVU „Ausländer raus“ und „Arbeitsplätze nur für Deutsche“ fordere. Das ist schlichtweg ...

(Lachen bei der SPD - Zurufe von der SPD: Ihre Wahlplakate!)

- Daran sieht man wieder einmal: PISA-Land Brandenburg. Auf diesen Plakaten steht: „Kriminelle Ausländer raus“. Diese Forderung stammt nicht nur von uns; mittlerweile haben sich

auch Teile der Bundesregierung dieses Slogans bedient. Der andere Slogan lautete: „Arbeitsplätze zuerst für Deutsche“. Ich finde das gar nicht zum Lachen. Wie wichtig dieser Spruch ist, hat sich ja nun gerade im grenznahen Gebiet zwischen Polen und Deutschland bewahrheitet.

(Schulze [SPD]: Sie leben doch davon, die Unterschiede zu konservieren! Für Sie sind die doch Menschen zweiter Klasse!)

Auch diese Forderung wird nicht nur von uns gestellt; mittlerweile wird auch die Bundesregierung diesbezüglich aktiv.

(Zurufe von SPD und PDS)

- Nun bleiben Sie doch einmal ganz ruhig!

Ganz kurz zur PDS: Ich finde es ja sehr gut, dass auch die PDS eine Enquetekommission errichten möchte. Nur frage ich mich allen Ernstes, warum erst jetzt. Als wir in der letzten Legislaturperiode eine solche Kommission gefordert hatten, wurde sie von der PDS abgelehnt. Hier stimmen also Taten und Worte nicht überein.

(Zurufe von der PDS)

Das wars. - Danke.

(Beifall bei der DVU)

Präsident Fritsch:

Danke sehr. Das musste noch einmal gesagt werden.

(Heiterkeit und Beifall bei SPD und PDS - Frau Fechner [DVU]: Das stimmt!)

Ich beende die Aussprache zu diesem Thema. Die Antwort der Landesregierung ist hiermit zur Kenntnis genommen. Damit sind wir am Ende des Tagesordnungspunktes 3.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 4** auf:

Weiterführung der Funktionalreform

Antrag
der Fraktion der PDS

Drucksache 4/1075

Die Aussprache hierzu eröffnet die Abgeordnete Mächtigt.

Frau Mächtigt (PDS):

Herr Präsident! Sehr verehrte Damen und Herren Abgeordnete! Am 28. August 2003, also vor genau 630 Tagen, hat der Landtag ein Konzept der Landesregierung zur Weiterführung der Funktionalreform nach Abschluss der Gemeindestrukturreform debattiert. Dieses Konzept - das sage ich für unsere neuen Kolleginnen und Kollegen - ist in der Drucksache 3/6250 nachzulesen. Damit wurde immerhin schon sieben Jahre nach dem Auftrag aus dem Abschlussbericht der Landesregierung vom Dezember 1996 zur Umsetzung der Funktionalreform im Land Brandenburg das Thema Funktionalreform wieder aufgegriffen.

Mit der Festlegung in der Koalitionsvereinbarung, für die jetzt laufende Legislaturperiode bis etwa September 2009 lediglich einen Katalog zu erarbeiten, der die Aufgaben beinhalten soll, die vom Land auf die Landkreise und kreisfreien Städte und von den Landkreisen auf die kreisangehörigen Gemeinden übertragen werden können, scheinen sich die Koalitionspartner entgegen ihren Aussagen in Kommunal- und Landtagswahlkämpfen nunmehr selbst ein sehr behäbiges Schrittmaß zu verordnen. Damit sind auch die mit der Durchführung der Gemeindegebietsreform versprochenen Aufgabenübertragungen in weite Ferne gerückt. Die Vermutung liegt nahe, dass solche Ziele der Gemeindegebietsreform wie die, eine Stärkung der öffentlichen Selbstverwaltung und eine bürgernahe Aufgabenrealisierung durchzusetzen, halbherzig waren. Auch die Weiterführung der Funktionalreform in engem Zusammenhang mit dem Haushaltssicherungskonzept 2003 war wohl mehr ein Argument denn ein Anspruch an die eigene Arbeit.

Aber die Ziele sind definiert und lauten: erstens eine orts- und bürgernahe Erfüllung von Verwaltungsaufgaben, zweitens die größtmögliche Bündelung von Aufgaben auf kommunaler Ebene, drittens der Abbau von Doppelzuständigkeiten im Land, viertens die Durchsetzung der Einräumigkeit von Verwaltung, fünftens die Sicherung einer sachgerechten, wirtschaftlichen und effektiven Aufgabenerledigung, sechstens eine umfassende Kosteneinsparung auf allen Ebenen bei dennoch strikter Beachtung des Konnexitätsprinzips und siebentens die Nutzung aller Effektivitätspotenziale durch E-Government, welches die Durchführung von Prozessen der öffentlichen Willensbildung, der Entscheidung und der Leistungserbringung in Politik und Verwaltung unter sehr intensiver Nutzung der Informationstechnik ermöglichen kann.

Wenn es dazu also offensichtlich Einigkeit gab und gibt, ist es doch eine Frage der Fachkompetenz, des Organisationswillens und der Konsequenz des eigenen Tuns, dass spürbare Schritte unternommen werden. Seit mehr als sechs Jahren machen Landkreise und Städte, aber auch die kommunalen Spitzenverbände auf dringende notwendige Veränderungen der Zuständigkeiten in den Bereichen Bauordnung, Denkmalschutz, Städtebauförderung, Wohnungswesen, Wirtschaftsförderung, Natur-, Gewässer- und Immissionsschutz, Zulassung von Fahrzeugen, Fahrerlaubnis- und Führerscheingelegenheiten, aber auch Personenstandswesen, um nur einige zu nennen, aufmerksam.

Zur Erörterung und Prüfung wurden eine interministerielle Projektgruppe berufen und ein überaus großzügiger Zeitplan verabredet. Im Übrigen wäre jedes Unternehmen pleite, wenn es sich fünf Jahre Zeit nähme, sich den aktuellen Veränderungen des Marktes zu stellen. Es zeigt sich schon seit langem, dass insbesondere die Beteiligung von so genannten Drittbehörden eine Überregulierung behördlichen Agierens und eine unnötige Verzögerung von Entscheidungen darstellt.

Ich nenne hier zum Beispiel die Denkmalfachbehörde, die nicht nur die Kompetenz der Kommunen infrage stellt. Bei Übertragung der Fachkompetenz dieser Behörde an die Kreisverwaltung ist eine deutliche Kosteneinsparung zu erwarten.

Aber auch im Bereich des Bildungswesens wird im Prozess der Schulentwicklungsplanung der Landkreise die Stellung der Schulämter immer wieder hinterfragt. So sind politische Gremien und Verwaltungen gefordert, der demografischen Entwicklung Rechnung zu tragen und Schulentwicklungspläne

vorzulegen sowie Maßnahmen zu deren Realisierung vorzubereiten und durchzuführen. Gleichzeitig steuern die Schulämter völlig autark ohne Berücksichtigung begleitender Entwicklungspotenziale von Teilräumen die Schließung von Schulen, und das auf der Grundlage sehr individueller Auslegung und Anwendung von Kriterien.

Lassen Sie mich das an einem Beispiel des Landkreises Barnim verdeutlichen. Der Kreistag Barnim beschloss vor Jahren, nachdem sich das Land aus dem Areal der ehemaligen ADGB-Schule/FDGB-Hochschule verabschiedet hatte, in Anerkennung des Erhalts des Baudenkmals „Meyerbau“ am dortigen Standort einen Bildungskomplex zu errichten. Das dortige Gymnasium bedarf insofern einer besonderen Zuwendung, als es sich im Gegensatz zu anderen im Landkreis befindlichen Gymnasien außerhalb der städtischen Bereiche befindet. Diese Zuwendung erfolgte nicht nur durch die besondere Ausrichtung als naturwissenschaftlich-technisches Gymnasium, sondern auch durch einen aktuellen Kreistagsbeschluss, initiiert durch die CDU-Kreistagsfraktion, zum Erhalt dieser Bildungseinrichtung in ihrer Komplexität. Dazu gehört ein extra Finanzfonds zur Werbung für dieses Gymnasium. Dies aber völlig neugierig, untersagte die zuständige Schulrätin die Einrichtung einer Leistungsprofilklasse, da zwei Schüler fehlten. So konkretisiert die Entscheidung des Schulamtes als dritte Ebene entwicklungspolitische Ziele des Landkreises, da im Übrigen im gleichen Atemzug für eine andere Schule des Landkreises die Kriterien zur Errichtung von Zügigkeiten gegenteilig interpretiert und natürlich auch ausgenutzt wurden. Hilfreich wäre es also, die Aufgaben der Schulämter an die Landkreise der kreisfreien Städte zu übertragen, um damit ein einheitliches entwicklungspolitisches Agieren realisieren zu können. Unstrittig ist hier auch für die PDS, dass jede Aufgabenübertragung in ihrer Effizienz, Kostenentwicklung und Übereinstimmung mit Bundes- und Landesrecht geprüft werden soll und auch muss. Jedoch sind wir auch der Überzeugung, dass dieser Prozess deutlich beschleunigt werden kann und muss.

Gestatten Sie mir deshalb ein kurzes Zitat:

„Der nächste Schritt sollte in der kommenden Legislaturperiode eine Funktionalreform sein. Damit besser vor Ort entschieden werden kann, müssen auf die leistungsfähigen Einheiten der Verwaltungen, das heißt von den Landratsämtern auf die Kommunen, mehr Aufgaben übertragen werden. Ebenso soll dies von den Landesbehörden auf die Kommunen geschehen. Beispielsweise müssen mehr Aufgaben von der unteren Naturschutzbehörde auf die Gemeinden verlagert werden. Es geht auch um bessere Verwaltungsabläufe. Es ist nicht einzusehen, dass die Führerscheine nur bei der Zulassungsstelle abgeholt werden können. Der Bürger sollte ihn bei der Gemeinde beantragen können, die Zulassungsstelle stellt den Führerschein aus und er holt ihn sich bei seiner Gemeinde wieder ab.“

So der Innenminister des Landes Brandenburg in der „Märkischen Allgemeinen“ am 11. August 2003, also vor dieser Legislaturperiode. Das spricht also als Aufgabe für diese Legislaturperiode. Herr Minister, im Anschluss an Ihre Frage von heute Morgen: War das Ihre Märchenstunde damals? - Hier erleben Sie, dass die PDS eine von Ihnen gewollte Aufgabe uneingeschränkt unterstützt.

(Minister Schönbohm: Bravo!)

Ja, wir formulieren es sogar noch einmal in einem eigenen Antrag, damit Sie in die Lage versetzt werden, durch alle Koalitionstücken hindurch eine rasche Fortsetzung der Funktionalreform realisieren zu können, und zwar in dieser Legislaturperiode.

(Beifall bei der PDS)

Herr Minister, wir nehmen Sie beim Wort. Nehmen Sie sich selbst in die Pflicht!

Und lassen Sie es mich zum Schluss sagen: Eine mit LEP ZOS neu ausgelöste Debatte über Funktionen der Kommunen für Bürgerinnen und Bürger sowie umliegende Gemeinden wird die Mühe der Ebenen, nämlich die Aufgaben der unteren Ebenen und Verwaltungen auszuschreiben und durchzusetzen, nicht ersetzen können. Oder lassen Sie es mich anders sagen: Bevor Sie neue Buchhüllen beschreiben, füllen Sie einfach die vorhandenen Buchhüllen mit guter Literatur. Dann lohnt es sich auch wieder zu lesen, was Sie uns aufs Papier bringen. - Danke schön.

(Beifall bei der PDS)

Präsident Fritsch:

Wir setzen die Beratung mit dem Redebeitrag der SPD-Fraktion fort. Es spricht der Abgeordnete Bochow.

Bochow (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Aufgabe, den Verwaltungsaufbau im Land Brandenburg schlanker und effizienter zu gestalten, ist, glaube ich, aktueller denn je. Die gegenwärtige Haushaltslage zwingt uns dazu, das vorhandene Geld so effektiv wie möglich einzusetzen. Dies gilt auch und gerade für die Verwaltung auf Landes- und kommunaler Ebene. Wenn wir über die Fortsetzung der Funktionalreform reden, dann dürfte zumindest an diesem Punkt Einigkeit bestehen. Bei allem, was darüber hinaus geht, gehen die Meinungen freilich weit auseinander. Das haben uns die vorangegangenen Debatten in diesem Haus gezeigt und das wird sich auch heute wieder zeigen, wenn meine Fraktion den vorliegenden Antrag ablehnen wird.

Es handelt sich um einen typischen PDS-Antrag, der vor allem deutlich macht, wie sehr sich die PDS in der Rolle der ihrer Meinung nach konstruktiven Opposition gefällt. Indes hat diese Selbstwahrnehmung nichts, aber auch wirklich gar nichts mit der Wirklichkeit zu tun. Denn dass eine effiziente Funktionalreform heute überhaupt im Bereich des Möglichen liegt, ist in entscheidendem Maße dem erfolgreichen Abschluss der Gemeindestrukturreform zu verdanken, die zu leistungsfähigeren Verwaltungsstrukturen auf kommunaler Ebene geführt hat. Der Beitrag der PDS zu dieser Reform war wohl - da sind wir uns einig, zumindest in der Koalition - bescheiden. Es ist vielmehr unserem entschlossenen Agieren zu verdanken, dass wir uns heute überhaupt erst der Frage stellen können, wie eine Aufgabenübertragung auf die unteren Verwaltungseinheiten aussehen könnte.

Meine Damen und Herren, bekanntlich wurde von kommunaler Seite eine Reihe von Vorschlägen unterbreitet, aus denen ein umfangreicher Handlungsbedarf ersichtlich wurde. Es wur-

de eine Projektgruppe eingerichtet, die diese Vorschläge analysieren und bewerten soll. Die Koalitionsfraktionen haben sich darauf verständigt, bis zum Ende dieser Legislaturperiode einen Katalog zu erarbeiten, der Auskunft darüber gibt, welche Aufgaben übertragen werden können und sollten. Dieser Katalog seinerseits ist eine, wenn auch nicht die einzige Voraussetzung dafür, dass in der kommenden Legislaturperiode eine Verwaltungsstrukturreform in Angriff genommen werden kann. An diesem Zeitpunkt werden wir festhalten.

Es ist schlicht und einfach wenig sinnvoll, bereits jetzt mit der Umsetzung einzelner Maßnahmen zu beginnen. Dies wäre nämlich nichts anderes als ein Handeln nach dem Prinzip Hoffnung darauf, dass am Ende etwas Brauchbares herauskommt. Zielführend ist es dagegen, zunächst einmal die Arbeit der Projektgruppe selbst unter die Lupe zu nehmen. Insofern besteht der einzig brauchbare Ansatz Ihres Antrags darin, die Funktionalreform auf die Agenda des Innenausschusses zu setzen. Dafür jedoch, meine Damen und Herren von der PDS, benötigen wir diesen Antrag nicht. Daher kann auch dieser Punkt Ihren Antrag nicht retten.

Was der Arbeit der Projektgruppe bislang zu fehlen scheint, ist eine systematische Vorgehensweise, ein roter Faden. Damit kommen wir zwar voran, aber ob wir weit und schnell genug vorankommen, erscheint mir - im Moment jedenfalls - zweifelhaft. Darüber müssen wir sicher reden. Ich plädiere für eine umfangreiche und vor allem systematische Überprüfung der Landesbehörden und ihrer Aufgaben. Zu hinterfragen ist hier insbesondere, ob die Kommunalisierung von Teilaufgaben den gewünschten Effekt bringt oder ob nicht vielmehr die Verlagerung von Aufgabenblöcken in den Blick genommen werden muss.

Bei einer systematischen Herangehensweise muss man sich darüber hinaus die Frage stellen, ob das Hochziehen von Aufgaben, wie sie in Betracht gezogen wurde bzw. wird, zielführend ist. Des Weiteren geht es gegenwärtig fast nur um die Übertragung von Aufgaben von den Landkreisen auf die Gemeinden. Hier treffen sich unsere Vorstellungen ein wenig. Warum sollen wir uns nicht auch einmal treffen? Demgegenüber mangelt es offenbar an der Bereitschaft, die Übertragung von Landesaufgaben auf die Landkreise zu diskutieren. Dies wäre trotz einer Schwerpunktsetzung bei der interkommunalen Aufgabenübertragung zwar möglich, doch zu meinem Bedauern wird die Leistungsfähigkeit der Verwaltung unserer Landkreise wohl noch weithin unterschätzt. Die Landkreise sind zur Übernahme weiterer Aufgaben nicht nur bereit, sie werden sich diesen Aufgaben auch gewachsen zeigen.

Meine Damen und Herren, Sie sehen also, dass die Weiterführung der Funktionalreform zunächst weiterer konzeptioneller Arbeit bedarf. Solange dies der Fall ist, sollten wir uns im Hinblick auf praktische Maßnahmen in Zurückhaltung üben. Gut meinen und gut machen sind bekanntlich zwei verschiedene Dinge. Hinzu kommt, dass die Funktionalreform mit vielen anderen Themen in einem engen inhaltlichen Zusammenhang steht. Ich nenne hier beispielhaft die Aufgabenkritik, den Abbau von Normen und Standards sowie die finanzielle Ausstattung der Kommunen. In diesen Fragen besteht noch viel Klärungsbedarf und Schnellschüsse verbieten sich eigentlich schon von allein.

Ich komme zum Schluss. Die SPD sieht keinen Grund, neben

der im Koalitionsvertrag vorgesehenen Erarbeitung eines umfassenden Katalogs bereits jetzt mit der Umsetzung einzelner Maßnahmen zu beginnen.

Aus unserer Sicht wäre eine solche Vorgehensweise nicht nur nicht hilfreich, sondern sogar kontraproduktiv. Welche Konsequenzen das für den vorliegenden Antrag hat, habe ich eingangs erwähnt. - Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei SPD und CDU)

Präsident Fritsch:

Ich danke Herrn Abgeordneten Bochow. - Die Debatte wird mit dem Beitrag der DVU-Fraktion fortgesetzt. Es spricht Herr Abgeordneter Claus.

Claus (DVU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Weiterführung der Kommunalreform mag durchaus ein interessantes und zählbares Thema sein, meine Damen und Herren von der PDS. Es begleitet uns schon seit Jahren.

Zu Ziffer 1 Ihres Antrags: Wie man sich wohl denken kann, ist das Thema „Funktionalreform“ recht komplex. Es geht um die Zuordnung und die Übertragung von Aufgaben, mithin um Grundfragen der Organisation unseres Gemeinwesens. Konkret stellt sich die Frage, wer was wo zu welchen Konditionen am sinnvollsten wahrnehmen sollte. Seine Entsprechung findet dieses Thema sozusagen eine Etage höher - in der Föderalismuskommission auf Bundesebene. Auch dort geht es um die künftige Gestaltung unseres Gemeinwesens und um die Frage, auf welcher Ebene welche Aufgaben anzusiedeln sind. Angesichts dieser Komplexität wird schon ersichtlich, dass mit „unverzüglich“, wie die PDS-Fraktion es verlangt, hier wohl kaum Politik zu betreiben ist.

Aber auch sonst ist das PDS-Ansinnen merkwürdig. Der Landesregierung soll abverlangt werden, unverzüglich Voraussetzungen für die erste Aufgabenübertragung zu schaffen. Aber selbst in der PDS-Begründung wird auf die Projektgruppe, bestehend aus Landesregierung, Gemeindeverbänden und Landkreistag, verwiesen. Zudem wird anschließend darauf aufmerksam gemacht, dass dort vorgesehen ist, bis 2009 keine Aufgabenübertragung vorzunehmen. Daraus erschließt sich aus meiner Sicht die ganze Unsinnigkeit der Ziffer 1 Ihres Antrags, meine Damen und Herren von der PDS-Fraktion.

Offensichtlich ist man in der Projektgruppe bestrebt, Einvernehmen über die Übertragung von Aufgaben zu erzielen. Das Einvernehmen besagt: Bis 2009 keine Übertragung. Die Landesregierung kann aber nicht aus eigenem Gusto einseitig und unverzüglich irgendwelche Voraussetzungen schaffen, ohne dieses Einvernehmen zu zerstören.

Wenn die PDS-Fraktion der Meinung ist, einige Aufgaben müssten dringend vor 2009 übertragen werden, sollte sie zunächst erklären, welche genau das sein sollen und zu welchen Konditionen das geschehen soll. Eine solche Erläuterung fehlt in dem vorliegenden Antrag völlig. Daher ist Ziffer 1 Ihres Antrags sozusagen eine Luftbuchung.

Was an dem von der PDS-Fraktion unter Ziffer 2 des Antrags

verlangten jährlichen Bericht der Landesregierung so aktuell sein soll, können wir auch nicht ganz nachvollziehen. Die Landesregierung würde berichten, was im Verlauf von zwölf Monaten passiert ist. Im Zweifelsfall sind die Ergebnisse, die präsentiert werden, schon zwölf Monate alt. Die aktuellsten Berichte können wohl eher die Fachausschüsse erhalten.

Damit kommen wir zu Ziffer 3 Ihres Antrags, meine Damen und Herren von der PDS. Es gibt das Sprichwort: Der erste Gedanke ist meistens der richtige. Aber bei der PDS scheint das nicht der Fall zu sein. In Ihrem Antrag ist der letzte Gedanke der richtige - genauer: Der letzte Gedanke geht zumindest in die richtige Richtung. Was meine ich wohl damit? - Richtig, in den Innenausschuss! Dorthin gehört das Thema. Es kann im Rahmen der Beratungen über die Funktionalreform behandelt werden. Dass wir diese Themenzuständigkeit zumindest in dieser Phase im Plenum behandeln sollen, ist nicht einzusehen. Das kann der Innenausschuss selbst beschließen.

Die Forderung, den Innenausschuss quartalsweise zu informieren, halte ich schlicht und ergreifend für übertrieben. Es genügt eine halbjährliche Information.

Also, meine Damen und Herren von der PDS, richten Sie den entsprechenden Antrag an den Ausschuss für Inneres, wenn Sie am Thema „Funktionalreform“ wirklich interessiert sind. - Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der DVU)

Präsident Fritsch:

Wir setzen mit dem Beitrag der CDU-Fraktion fort. Herr Abgeordneter Petke spricht.

Petke (CDU):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! In dem Antrag der PDS vermisse ich Aussagen dazu, worum es uns eigentlich gehen sollte. Die Funktionalreform ist aus Ihrer Sicht offensichtlich ein Selbstzweck. Sie soll aber Vorteile bringen - einige haben Sie aufgezählt; im Antrag selbst findet man dazu nichts -, zum Beispiel eine kostengünstigere Verwaltung, mehr Bürgernähe und eine in qualitativer Hinsicht verbesserte Aufgabenerledigung.

Kollege Bochow hat zu Recht darauf hingewiesen, dass es erst nach der Gemeindereform überhaupt möglich geworden ist, die Übertragung von Aufgaben von den Landkreisen auf die kreisangehörigen Gemeinden in Erwägung zu ziehen; denn erst durch die Gemeindereform haben die Gemeinden die Verwaltungskraft erhalten, die es ihnen ermöglicht, über ein Mehr an Aufgabenwahrnehmung zu diskutieren.

Gleichzeitig ist festzustellen: Das ist nicht so einfach, wie es im Antrag dargestellt wird. Wir werden es auch nicht schaffen, wenn wir uns alle Vierteljahre im Landtag damit beschäftigen oder weil Kollegin Mächtigt die Anträge der PDS-Fraktion aus der vergangenen Legislaturperiode, versehen mit einem neuen Datum und einer anderen Aufteilung, erneut in den Landtag einbringt.

Lassen Sie mich zunächst einmal darauf hinweisen - Sie kennen sich doch auf der kommunalen Ebene aus -, dass es in den

Kommunen hinsichtlich der Forderung, Aufgaben vom Landkreis auf die kreisangehörigen Gemeinden übertragen zu bekommen, viel ruhiger geworden ist. Was zum Beispiel die Bauverwaltung angeht, liegt das daran, dass das Aufkommen zurückgegangen ist. Damit ist auch die Frage der Gebühreneinnahmen in diesem Bereich anders zu beantworten als vielleicht noch vor vier, fünf oder sechs Jahren. Die Kommunen fassen dieses Thema mittlerweile mit spitzeren Fingern an.

Ferner ist die strikte Konnexität zu beachten. Was diese Frage angeht, so haben weder wir noch Sie die Wahrheit gepachtet. Bei der Übertragung von Aufgaben auf kreisangehörige Gemeinden, aber auch auf die Kreise selbst, zum Beispiel vom Land, haben wir die Verfassungslage, die durch Urteile des Landesverfassungsgerichts zur strikten Konnexität geprägt ist, zu beachten. Wenn die Aufgabenübertragung für das Land unter dem Strich teurer wird als die Aufgabenwahrnehmung in ihrer heutigen Ausgestaltung, erweist sich die Funktionalreform insoweit als kontraproduktiv; denn wir würden einem ganz wesentlichen Ziel, der Kosteneinsparung, nicht gerecht.

Lassen Sie uns deswegen mit der notwendigen Gelassenheit und Seriosität an diese Aufgabe herangehen! Streuen wir den Menschen auch an dieser Stelle nicht Sand in die Augen, nach dem Motto: Funktionalreform in Brandenburg bedeutet, dass wir mit einem Fingerschnipsen die Probleme lösen und alles besser wird. Das ist nicht der Fall. Wir brauchen diesbezüglich noch Zeit. Diese sollten wir uns auch nehmen. - Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei CDU und SPD)

Präsident Fritsch:

Vielen Dank. Für die Landesregierung spricht der Innenminister. Bitte, Herr Schönbohm.

Minister des Innern Schönbohm:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Zunächst einmal freue ich mich, dass die PDS in den Kreis der Modernisierer eintreten möchte. Herzlich willkommen!

(Frau Mächtig [PDS]: Da sind wir schon seit langem!)

An den Taten werden wir Sie messen. Nachdem Sie gegen die Kommunalreform waren, wollen Sie jetzt alles zügig umsetzen. Das finde ich sehr gut.

Als wir die Kommunalreform verabschiedeten, wussten wir, was uns als nächstes bevorsteht. Wir haben bereits 2003 - damals waren Sie noch dagegen - den Beschluss gefasst -, die Funktionalreform fortzuführen. Dabei geht es um die interkommunale Aufgabenübertragung von den Landkreisen auf die nach der Gemeindegebietsreform gestärkten Ämter und Gemeinden. Zwei Punkte sind zu betrachten:

Erstens: Es können nur Aufgaben übertragen werden, auf die nicht gänzlich verzichtet werden kann oder die nicht privatisiert werden können. Das ist die Aufgabe, die wir im Augenblick haben. Ich bin gespannt, wie Sie sich positionieren werden, wenn wir auf Aufgaben verzichten wollen.

Zweitens: Die Verteilung der in der öffentlichen Verwaltung

verbleibenden Aufgaben auf mehr kommunale Stellen muss bürgernah und bezahlbar sein. Wir wissen, dass in vielen Fällen eine größere Ortsnähe durch die so genannte Herabzonung von Zuständigkeiten auf die unteren Verwaltungsebenen wünschenswert ist. Wir wollen aber abwarten, welche Möglichkeiten uns E-Government gibt, um dies kostengünstig zu realisieren und damit spürbare Erleichterungen herbeizuführen.

Es ist jedoch schwierig, eine Aufgabe, die das Land an einem, drei oder sogar fünf Standorten wahrnimmt, ohne zusätzliche Finanzmittel auf 18 Standorte - die vier kreisfreien Städte und die Landkreise - zu übertragen. Dabei ist das strikte Konnexitätsprinzip zu beachten, was Ihnen vermutlich bekannt ist. Detailarbeit ist notwendig, keine Schnellschüsse. Bei der Detailarbeit sind wir gerade.

Ich möchte Ihnen darlegen, wo wir stehen. Im April vergangenen Jahres haben wir eine Projektgruppe zur Weiterführung der Funktionalreform gebildet. Ihr gehören jeweils ein Vertreter der Ministerien und der Staatskanzlei, die beiden Geschäftsführer der kommunalen Spitzenverbände sowie vier weitere hochrangige Vertreter der Landkreise und Gemeinden an.

Sie sagen, dass dies eine Vernetzung ist. Das ist ein sehr komplexer Vorgang, den wir mit den Vertretern abstimmen wollen. Wenn wir das nicht tun, sagen Sie wieder, es wurde nach Gutsherrenart über die Köpfe der Kreise hinweg entschieden.

(Zuruf des Abgeordneten Bochow [SPD])

Darum wollen wir das gemeinsam mit den genannten Verbänden und Organisationen gestalten.

Wir prüfen derzeit 80 Aufgabenverlagerungen aus allen Geschäftsbereichen mit Ausnahme der Staatskanzlei und des Justizministeriums, die von den kommunalen Spitzenverbänden und den Ressorts vorgeschlagen worden sind. Es sollen möglichst alle Aufgaben, für die eine Zuständigkeitsänderung innerhalb der vorhandenen Beratungsstrukturen zweckmäßig und bezahlbar ist, erfasst werden.

Ein erster Schritt mit konkreten Empfehlungen wird Ende dieses Jahres fertiggestellt und der Landesregierung vorgestellt. Anschließend ist die Unterrichtung des Landtags vorgesehen. In einem zweiten Schritt sollen sämtliche öffentlichen Aufgaben daraufhin überprüft werden, in welchen künftigen Strukturen des Landes und der Kommunen sie noch effizienter erfüllt werden können. Dieser Schritt setzt die Klärung der rechtlichen, finanziellen und personellen Rahmenbedingungen einer möglichst umfassenden funktionellen Verwaltungsstrukturreform voraus. Wir werden diese Legislaturperiode für eine gründliche Vorbereitung benötigen, um dann die Entscheidungen zu treffen.

Zur Weiterführung der Reform gehört auch die Evaluation bisheriger Aufgabenübertragungen. Ich bin gespannt, was Sie sagen, wenn wir die evaluieren und zu anderen Ergebnissen kommen. Die Rede von heute werden wir uns aufheben; ich komme dann darauf zurück. Die Kommunalisierung staatlicher Aufgaben stellt keinen Selbstzweck dar. Sie muss in jedem Einzelfall daran gemessen werden, ob sie im Sinne des Funktionalreformgrundsatzgesetzes zur wirtschaftlichen und effektiven Aufgabenerledigung führen kann.

Präsident Fritsch:

Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Minister Schönbohm:

Nach den allgemeinen Ausführungen schon eine Zwischenfrage? Herr Kollege Scharfenberg, gern.

Dr. Scharfenberg (PDS):

Herr Minister, könnten Sie mir noch einmal eindeutig begründen, weshalb Sie ausschließen, dass in dieser Wahlperiode, die noch nicht alt ist, die Übertragung von Aufgaben noch nicht möglich ist? Schließen Sie es definitiv aus, dass durch eine zügige Arbeit dieser Projektgruppe vielleicht in zwei Jahren schon die Voraussetzungen gegeben sind, um mit einer ersten Aufgabenübertragung beginnen zu können? Wir reden ja schon sehr lange über die Notwendigkeit.

Minister Schönbohm:

Herr Kollege Scharfenberg, wir sprechen über eine Funktionalreform aller Maßnahmen. Das hat die Kollegin Mächtig angesprochen. Ich schließe überhaupt nicht aus, dass wir Aufgaben verändern. Wir haben einige konkrete Aufgaben in der Diskussion, zum Beispiel: Wie sieht es eigentlich mit dem Kataster auf Kreisebene aus? Dazu gibt es ganz unterschiedliche Überlegungen. Diese Aufgaben werden wir abarbeiten. Es wird auch in dieser Legislaturperiode notwendige Veränderungen geben, aber für die Zusammenfassung aller notwendigen Veränderungen wird die lange Zeit gebraucht, weil es ein komplexes Vorhaben ist.

Ich denke, wir müssen eines berücksichtigen: Bei einer grundlegenden Weichenstellung über künftige Strukturen sollten wir die Diskussion mit den Bürgern, vor allen Dingen aber auch mit den Landkreisen, den Kommunen und den parlamentarischen Gremien führen. Die Diskussion können wir führen, wenn wir den Gesamtansatz haben.

Die Berichtspflichten, die Sie fordern, widersprechen dem, was wir hier im Landtag besprochen haben - zum Beispiel der Deregulierung - und sie widersprechen dem Gesetz zur Aufführung von Berichtspflichten der Landesregierung. Von daher gesehen möchte ich mich den Koalitionsrednern anschließen und Sie bitten, den Antrag abzulehnen.

(Beifall bei CDU und SPD)

Präsident Fritsch:

Vielen Dank, Herr Innenminister. - Frau Mächtig, ich kann Ihnen noch 2 Minuten und 12 Sekunden anbieten. Wollen Sie die Redezeit nutzen?

(Zuruf des Abgeordneten Schulze [SPD])

Frau Mächtig (PDS):

Herr Schulze, Sie können das nicht wissen: Ich war Rechenlehrerin, ich kriege das hin. - Herr Bochow, Sie sagen, Sie benötigen die PDS nicht. Schauen wir doch einmal gemeinsam, was Demokratie heißt. Demokratie bedeutet auch ein aktives Wir-

ken der Opposition im Landtag. Wir nehmen diese Pflicht wahr. Nehmen Sie sie auch wahr und nehmen Sie uns ernst!

(Bochow [SPD]: Das tue ich doch!)

Sie sagen gleichzeitig, wir sollen einen Schnellschuss verhindern. Ich habe darauf hingewiesen: 1996 gab es die Aufgabenstellung zur Funktionalreform. Das sind 13 Jahre. Andere haben in dieser Zeit ihre aktive Schulpflicht hinter sich gebracht. Wir jedoch haben nicht einmal eine dauerhafte Funktionalreform.

(Beifall bei der PDS)

Herr Petke - was ganz selten ist -, ich stimme Ihnen zu - nehmen Sie es zur Kenntnis -, Sie haben die Wahrheit nicht gepachtet und wir auch nicht. Wir sollten gemeinsam nach einer Wahrheit suchen. Vielleicht gibt es dann eine Chance, eine neue Qualität von Zusammenarbeit zu ermöglichen.

Herr Minister, Konnexität bedeutet natürlich, Kosten zu übergeben. Es bedeutet aber nicht, die gleichen Kosten zu übergeben, sondern die, die anfallen, wenn wir Aufgaben vor Ort übergeben. In aller Regel werden diese dann niedriger sein. Damit greifen wir möglicherweise Ihrem Finanzminister hilfreich unter die Arme - wie Sie es wollen -, weil dann die Kosten für das Land minimiert werden können. - Danke schön.

(Beifall bei der PDS)

Präsident Fritsch:

Meine Damen und Herren, ich komme zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion der PDS in Drucksache 4/1075. Wer diesem Antrag seine Zustimmung gibt, den bitte ich um sein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Der Antrag ist ohne Enthaltungen mit großer Mehrheit abgelehnt.

Ich schließe Tagesordnungspunkt 4 und rufe **Tagesordnungspunkt 5** auf:

Sicherung der „Landesschule und Technische Einrichtung für Brand- und Katastrophenschutz (LSTE)“ ohne weitere finanzielle Belastung der Kommunen

Antrag
der Fraktion der PDS

Drucksache 4/1125

Der Kollege Scharfenberg steht bereits in den Startlöchern. Er spricht für die PDS-Fraktion.

Dr. Scharfenberg (PDS):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir befassen Sie mit den aktuellen Problemen der Landesschule und Technischen Einrichtung für Brand- und Katastrophenschutz. Die Landesregierung hat den Innenminister beauftragt, bis Ende 2005 ein Konzept zur Schließung der LSTE oder zur Übertragung der Aufgabenwahrnehmung auf die kommunale Ebene vorzulegen bzw. alternativ die Möglichkeit der Finanzierung aus Mitteln des kommunalen Finanzausgleichs vorzusehen. Das sind die drei Wege, die in diesem Prüfauftrag vorgegeben sind.

Diese Festlegung hat zu großer Unruhe bei den Feuerwehren im Land geführt. Das ist mehr als verständlich. Die Landesfeuerweherschule in Eisenhüttenstadt und die Technische Einrichtung in Borkheide haben einen hohen Stellenwert bei der Sicherung eines möglichst hohen Niveaus des Brand- und Katastrophenschutzes im Land Brandenburg. Ich erinnere an das Strategiepapier „Feuerwehr 2000“, in dem der Landesfeuerwehrverband mit großer Fachkenntnis und sehr energisch die Probleme der brandenburgischen Feuerwehren vorgetragen hat. Bestandteil dieses Papiers war ein umfangreicher Forderungskatalog. Die PDS-Fraktion hatte daraufhin mit einem Antrag ein Konzept für die Entwicklung der Feuerwehr gefordert.

(Unruhe im Saal)

Meine Damen und Herren, es tut mir Leid, aber die große Unruhe im Saal ist mir bei diesem wichtigen Thema unverständlich.

In bewährter Weise hat die Koalition dieses Anliegen mit einem Entschließungsantrag aufgegriffen, der im September 2001 mit großer Mehrheit beschlossen worden ist. Darin wird die Arbeit der Feuerwehrmänner und -frauen nicht nur bei der Hilfeleistung nach Unglücksfällen und bei öffentlichen Notlagen, sondern auch bei der Brandprävention sowie im sozialen und kulturellen Bereich als unverzichtbar bezeichnet.

Doch es blieb nicht nur bei den guten Worten, mit dieser Entschließung wurde den Feuerwehren auch zugesagt, dass der Landtag deren Arbeit nach Kräften unterstützen will. Wörtlich heißt es:

„Die Anliegen der Feuerwehr müssen auch in allen Bereichen des Engagements der Feuerwehr Berücksichtigung finden.“

Dieser Beschluss ist nicht ohne Wirkung geblieben. Inzwischen hat sich einiges getan. So ist nach langem Anlauf 2004 das Brandschutzgesetz mit dem Katastrophenschutzgesetz zu einem Gesetz zusammengefasst worden. Die Landesfeuerweherschule wird umgebaut. Die Kommunen haben, wenn auch in unterschiedlichem Maße, Anstrengungen zur Modernisierung der Technik unternommen.

Es gibt aber nach wie vor große Probleme mit der technischen Ausstattung der Feuerwehren, insbesondere mit der Erneuerung des Fahrzeugbestandes und zunehmend auch bei der Nachwuchsgewinnung. Mit diesen Problemen müssen sich die Kommunen, die Träger des Brandschutzes sind, herumschlagen.

Im Bericht der Landesregierung zum Thema „Förderung und Unterstützung der Feuerwehren im Land Brandenburg“ vom Juni 2002 wird festgestellt, dass eine sinnvolle und zweckmäßige Aufgabenverteilung zwischen den Trägern des Brandschutzes, den Landkreisen, und dem Land notwendig ist. So sollen die kreisfreien Städte, die amtsfreien Gemeinden und die Ämter als Träger des Brandschutzes eine leistungsfähige Feuerwehr vorhalten und die Landkreise für die Vorhaltung von Leitstellen und feuerwehrtechnischen Zentren zuständig sein. Das Land sieht seine Zuständigkeit in der Förderung des Brandschutzes und der Unterhaltung einer zentralen Ausbildungs- sowie technischen Einrichtung zur Stärkung des Brandschutzes.

Diese Verantwortung spiegelt sich auch in § 5 Ziffer 3 des Ge-

setzes zur Neuordnung des Brand- und Katastrophenschutzrechts wider, in dem es heißt:

„Das Land hat zur Erfüllung seiner zentralen Aufgaben im Brandschutz, in der Hilfeleistung und im Katastrophenschutz notwendige zentrale Ausbildungsstätten und technische Prüfdienste einzurichten und zu unterhalten.“

Wenn die Landesregierung jetzt offensichtlich bemüht ist, sich von einer bisher wahrgenommenen Verantwortung zurückzuziehen, so rückt sie damit nicht nur von früheren Zusagen ab, sondern stellt auch die klaren Festlegungen des eben erst beschlossenen Brand- und Katastrophenschutzgesetzes infrage. Das ist eindeutig ein Schritt in die falsche Richtung, denn damit verbindet sich die Gefahr einer erheblichen Verschlechterung des Niveaus des Brand- und Katastrophenschutzes in unserem Land.

Dass die LSTE nicht einfach geschlossen werden kann, darüber besteht sicherlich Konsens. Insofern bliebe nur eine Verlagerung der Kosten auf die Kommunen. Deren finanzielle Situation muss ich nicht näher beschreiben. Sie hat ja im Rahmen der Haushaltsberatungen eine große Rolle gespielt.

Die Kommunen sind bereits jetzt mit Gebühren für einzelne Lehrgänge an der Feuerweherschule belastet, die über das Niveau der meisten anderen Bundesländer hinausgehen, wobei andere Länder nicht nur diese Landeseinrichtung vorhalten, sondern zudem die Feuerschutzsteuern an die Kommunen durchreichen.

Fakt ist, dass von den Kommunen eine zusätzliche Belastung in keiner Weise eingeplant ist. Deshalb wird weder eine anteilige Finanzierung einer LSTE als Gemeinschaftseinrichtung der Kommunen noch eine kostendeckende Bezahlung aller Lehrgänge bei einer kostendeckend arbeitenden Landeseinrichtung oder einer privat betriebenen Schule möglich sein.

Die Folge wäre ein massiver Einbruch bei der Qualität der Ausbildung der Feuerwehren, da solche zentralen Lehrgänge nicht mehr besetzt werden könnten. Die Kommunen wären gezwungen, Lehrgänge nur noch in Eigenregie durchzuführen, was zweifellos mit erheblichen Qualitätsverlusten verbunden wäre. Das wiederum hätte einen Rückgang in der Qualität der Einsatzdurchführung und damit des Niveaus des Brand- und Katastrophenschutzes zur Folge.

Durch mangelnde Ausbildung erhöht sich auch das Unfallrisiko der Feuerwehreinsatzkräfte. Eine ähnliche Situation entsteht in der Technischen Einrichtung in Borkheide. Die alte Feuerwehertechnik kann in normalen Werkstätten kaum noch repariert werden, da es an Ersatzteilen und Kenntnissen des Personals mangelt.

Ein ähnliches Problem würde bei Spezialtechnik wie Funk- und Atemschutztechnik entstehen. Auch hier ist mit erhöhten Ausfallzeiten und höheren Kosten zu rechnen.

Der Innenausschuss konnte sich bei einem Besuch in Borkheide von der hohen Motivation und Fachkenntnis der Mitarbeiter der technischen Einrichtung überzeugen. Das sollte keinesfalls infrage gestellt werden.

Meine Damen und Herren, wir halten es für notwendig, dass

der Landtag dieses wichtige Thema nicht der Landesregierung allein überlässt, indem er geduldig auf das Prüfergebnis wartet und sozusagen wie das Kaninchen auf die Schlange starrt.

Wir sollten im Interesse einer weiteren guten Entwicklung der brandenburgischen Feuerwehren klare Vorgaben für das weitere Vorgehen bestimmen. Die Rahmenbedingungen sind klar, ich habe sie aufgezeigt. Wenn Sie, meine Damen und Herren von den Koalitionsfraktionen, es ernst meinen mit früheren Zusagen und nicht bei Sonntagsreden stehen bleiben wollen, müssen Sie unserem Antrag ohne Wenn und Aber zustimmen. - Danke schön.

(Beifall bei der PDS)

Präsident Fritsch:

Vielen Dank, Herr Scharfenberg. - Jetzt erhält der Abgeordnete Schippel von der SPD-Fraktion das Wort.

Schippel (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Beide Anträge der PDS - sowohl der zur Funktionalreform als auch der zur LSTE - sind entbehrlich. Herr Scharfenberg, wenn Prüfaufträge an 23 Einrichtungen dieses Landes, wo geprüft wird, wer eventuell die Aufgabe wahrnehmen muss, ob die Aufgabe beim Land verbleiben soll und Ähnliches, nicht Funktionalreform bedeuten, was - wenn nicht Überprüfung der Funktionen - ist denn dann in Ihren Augen „Funktionalreform“?

(Vereinzelt Beifall bei der SPD)

Dazu kommt nun dieser Antrag. Sie müssen aufpassen, dass nicht wieder eine Überschrift in der Zeitung steht wie: Ohrfeige von der PDS - Kreisfeuerwehrverband beklagt Missachtung der ehrenamtlichen Arbeit. - Sie schaffen Unruhe an einer Stelle, wo es überhaupt nicht notwendig ist.

Sie wissen, dass es im III. Quartal einen Bericht über die LSTE, über die Frage, was an dieser Stelle passiert, geben wird. Sie wissen auch, dass es einen Brief an die Feuerwehren gab, aus dem hervorging, dass an eine Schließung nicht zu denken ist. Sie malen dieses Gespenst immer noch an die Wand. Wenn Sie dem Schreiben des Innenministers nicht glauben, dann schauen Sie einmal in den Ausgliederungsbericht - er ist Ihnen zugänglich - vom 30.06.2004. Ich kann Ihnen auch noch die Internetadresse sagen, dort können Sie das nachlesen. Darin steht eindeutig:

„Bei der Prüfung der Ausgliederungsmöglichkeiten wurde bislang für den Teilbereich Landesschule keine Organisationsform außerhalb der unmittelbaren Landesverwaltung gefunden, die geeignet wäre, ein einheitliches und hohes Ausbildungsniveau für die Angehörigen der Feuerwehren und des Katastrophenschutzes zu gewährleisten. Hinzu kommt, dass die Ausgliederung der Aufgabe zu einem Aufgabenzuwachs bei den Kommunen führt, gegebenenfalls aufgrund des Konnexitätsprinzips ...“

Sie schüren hier Unsicherheit bei den Feuerwehrleuten. Dieses Vorgehen halte ich für nicht zielführend.

Sie müssen auch einmal zur Kenntnis nehmen: Wenn ich die

Funktionalreform bzw. die Prüfung einer Ausgliederung nach einer bestimmten Systematik durchführe, kann ich mich nicht hinstellen und bei den 23 Objekten, die ich prüfen will, dem Ministerium vorschreiben, was sie dürfen und was nicht; dann kann man die Prüfung vergessen. Logischerweise kommt dann jede Einrichtung und sagt, dass auch sie eine Ausnahme sein möchte. Das Ergebnis einer solchen Prüfung können Sie sich lebhaft vorstellen, denn dabei kann nichts herauskommen.

Es gibt eine zweite Systematik, die wir an allen anderen Stellen - vom Bund bis zum Land und auch vom Land zu den Kreisen - durchführen. Das heißt, dass ich eine Aufgabe habe und die Nutznießer dieser Aufgabe betrachte. Wenn auf einer Ebene ein bestimmter Nutzen entsteht, weil vielleicht ein Teil ihrer Aufgaben mit erfüllt wird, muss man darüber reden können, wie dieser Nutzen letzten Endes umgesetzt wird oder ob ihn eine andere Ebene mit bezahlen muss.

Somit bin ich beim Thema Kosten der Kommunen für die Landesfeuerwehrschule; darüber haben Sie auch gesprochen. Wir schauen beide noch einmal nach, Herr Dr. Scharfenberg, aber wenn ich mich nicht irre, werden im ehrenamtlichen Bereich - freiwillige Feuerwehren - keine Kosten erhoben. Es sind immerhin 43 Euro pro Übernachtung. Es werden von den kreisfreien Städten - Werksfeuerwehren - Kosten erhoben. Von den Berufsfeuerwehren, die die Kosten über Steuern absetzen können, werden zu Recht Kosten erhoben, aber nicht im freiwilligen Bereich.

Überprüfen Sie Ihre Aussage und erzählen Sie nicht immer derartige Geschichten, zum Beispiel, dass meine kleine Heimatgemeinde mit ihrer freiwilligen Feuerwehr in Eisenhüttenstadt Geld bezahlt.

Ich glaube, ich habe Ihnen bewiesen, dass Ihr Antrag entbehrlich und überflüssig ist und nur wieder Unruhe unter den Feuerwehrleuten schafft. Aus diesem Grund lehnen wir diesen Antrag ab. Über das Stöckchen Entschließungsantrag werden wir nicht springen.

(Beifall bei SPD und CDU)

Präsident Fritsch:

Für die DVU-Fraktion spricht der Abgeordnete Claus.

Claus (DVU):

Herr Präsident! Meine Damen! Meine Herren! Mit dem von der PDS-Fraktion vorgelegten Antrag soll die Landesregierung aufgefordert werden, erstens die Kommunen durch den Erhalt der Landesschule und Technischen Einrichtung für Brand- und Katastrophenschutz finanziell nicht weiter zu belasten, sie zweitens in der Verantwortung des Landes zu belassen und drittens sicherzustellen, dass die Einnahmen aus der Feuerwehrsteuer vollständig für den Brandschutz eingesetzt werden. - So weit, so gut.

Ich werde das Gefühl nicht los, dass es sich bei dem Antrag der PDS-Fraktion - Herr Schippel sagte es bereits - um einen Schaufensterantrag handelt. Es ist richtig, den Brand- und Katastrophenschutz nicht allein den Kommunen zu überlassen. Auch das Land hat insoweit Aufgaben und Verpflichtungen, denen es nachzukommen hat. Dies wird spätestens landesweit

und für jedermann deutlich erkennbar, wenn zum Beispiel die Oder oder die Elbe überschwappen. Dann erleben wir, dass Ministerpräsident Platzeck bzw. ein anderer Ministerpräsident und der Innenminister einträchtig nebeneinander auf dem Deich stehen.

Was verdeutlicht das? - Mit der Größe der Ereignisse wachsen auch die Zuständigkeiten. Man könnte auch sagen: Wenn in einem Dorf ein Nebengelass brennt, rücken der Feuerwehrmeister und seine Feuerwehr an und kommen allein mit dem Brand klar. Bei Großschäden wie Oderflut, Waldbrand, Flugzeugabsturz oder Eisenbahnunglück sind die Kräfte auf der Gemeinde- oder Kreisebene oftmals schlicht überfordert. Es bedarf einer überregionalen Koordination auf Landesebene. Das Land steht den Kommunen also gleichschaffend gegenüber, wenn es um die Wahrnehmung dieser Aufgaben geht. Was ergibt sich daraus? - Wer Aufgaben übernimmt, muss auch dafür Sorge tragen, dass er sie erfüllen kann. Also muss er dazu beitragen, die zur Aufgabenerfüllung notwendigen personellen und sächlichen Mittel bereitzustellen. Das gilt für den Brand- und Katastrophenschutz generell und aus unserer Sicht gehört auch die Landesschule und Technische Einrichtung für Brand- und Katastrophenschutz in diesen Zusammenhang. Auch deren Erhalt ist eine Gemeinschaftsaufgabe für das Land und die Kommunen. Daraus folgt, dass sich beide Seiten an der Finanzierung zu beteiligen haben.

Für den Antrag der PDS-Fraktion ergibt sich aus meiner Erkenntnis zu Ziffer 1: Es darf nicht passieren, dass die Existenz der Landesschule und Technischen Einrichtung gefährdet wird. Das Land kann sich nicht aus der Finanzierung zurückziehen oder die Finanzierung einseitig zulasten der Kommunen verschieben. Sparziele aus der Vergangenheit sorgten bekanntlich für leere Gemeindekassen. Ebenso wenig geht es an, dass das Land dafür künftig allein aufkommt. Das Land kann die Kommunen nicht - wie der PDS-Antrag verlangt - von weiteren Belastungen freistellen. Auch Landesmittel sind, wie wir alle wissen, nicht unendlich vorhanden. Weitere finanzielle Belastungen für die Kommunen sind zukünftig generell nicht auszuschließen, wenn neue Aufgaben hinzukommen oder es zu einer allgemeinen Kostensteigerung kommt. Auch hier sind Land und Kommunen gemeinsam gefordert. Das ist das Wesen einer Gemeinschaftsaufgabe.

Zu Ziffer 2, Herr Kollege Scharfenberg: Auch wir halten es für sinnvoll, wenn die Landesschule zukünftig - zumindest federführend - in der Verantwortung des Landes bleibt. Es ergibt sich aus der Natur der Aufgabe: Der Brand- und Katastrophenschutz hat eine landesweite Bedeutung.

Zu Ziffer 3 - Feuerschutzsteuer. Wenn die Feuerschutzsteuer zu sachlichen Zwecken - etwa zum Stopfen von Haushaltslöchern - verwendet werden soll, wäre sie zurückzuweisen. So starr, wie Sie mit Ihrem Antrag vorgehen wollen, kann aus unserer Sicht nicht verfahren werden, Herr Kollege Scharfenberg. Die Verwendung dieser Steuer kann nur auf Feuerwehraufgaben insgesamt bezogen werden, und zwar aus praktischen Gründen: Die Aufgabe der Feuerwehren besteht nicht nur im Brandschutz; es lässt sich bei der Bereitstellung von Sachmitteln durch die Feuerwehr nicht eindeutig zwischen Brandschutz und anderen Feuerwehraufgaben differenzieren. Das Feuerwehrauto dient nicht nur dem Brandschutz, sondern auch anderen Zwecken: Es kommt bei Sturmschäden, Überschwemmungen, Unfällen auf Autobahnen oder Landstraßen zum Ein-

satz. Wir sehen also, dass die Feuerwehr mehrere Aufgaben hat. Aus diesem Grund können wir die Feuerschutzsteuer nicht dazu verwenden. Wir werden Ihren Antrag ablehnen. - Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

Präsident Fritsch:

Die CDU-Fraktion wird vom Abgeordneten Petke vertreten.

(Beifall bei der DVU)

Petke (CDU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wie wir an dem verspäteten Beifall sehen, bekommt die DVU-Fraktion nicht mit, wann eine Rede zu Ende ist.

Herr Kollege Claus, wir haben darüber hinaus zur Kenntnis genommen, dass Sie einen neuen Dienstgrad bei den Kameraden der Feuerwehr eingeführt haben: Feuerwehrmeister. Ich habe Rücksprache mit den Kollegen Dombrowski und Schippel gehalten und festgestellt, dass es einen Feuerwehrmeister nicht gibt. Vielleicht starten Sie ja eine parlamentarische Initiative, um diesen Dienstgrad einzuführen.

Zurück zum Ernst der Diskussion. Der Antrag ist entbehrlich, Herr Kollege Scharfenberg. Niemand hat vor, die LSTE in Eisenhüttenstadt in ihrem jetzigen Bestand zu gefährden. Wir haben eine Sitzung des Innenausschusses vor Ort abgehalten und planen eine zweite Sitzung in Eisenhüttenstadt.

Sie wollen Angst schüren, Angst, dass die Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten, Betreuungsangebote, Wartung von Kfz und Technik in Zukunft wegfallen. Das ist falsch. Natürlich haben wir vor dem Hintergrund der angespannten Haushaltssituation einen Prüfauftrag zu erfüllen. Kollege Schippel hat darauf hingewiesen, dass dieser sich nicht nur auf die LSTE, sondern auf eine ganze Reihe von Objekten bezieht. Ich meine, dies ist auch richtig und angemessen.

Wir wissen, dass der Brand- und Katastrophenschutz keine originäre Landesaufgabe ist, sondern bei den Kommunen angesiedelt werden muss. Wir werden uns selbstverständlich die Frage stellen, wie wir die Kommunen an den entstehenden Kosten beteiligen. Wenn Sie beklagen bzw. darauf hinweisen, dass es bezüglich der Erneuerung des Kfz-Bestandes Nachholbedarf gibt, so haben Sie Recht. Ich darf es noch um die Einführung des digitalen Hörfunks ergänzen, der ebenfalls einen entsprechenden Kostensatz nach sich ziehen wird. Das darf man jedoch nicht einseitig betrachten. Vor allem aber geht es nicht um ein Gegeneinander von Kommunen und Land. Die Kommunen sind gefordert, sie tragen kommunale Verantwortung und werden - so ehrlich muss man sein - in Zukunft noch stärker gefordert sein. Das ergibt sich aus der schwierigen Finanzsituation, in der sich das Land befindet. Wohl wissend, dass die Kommunen auch in einer schwierigen Lage sind, müssen wir darüber reden, wie wir die Lasten anders als bisher verteilen.

Der mit Ihrem Antrag entstandene Eindruck, es werde die Einrichtung in absehbarer Zukunft nicht mehr geben, ist falsch. Wir werden sie erhalten. Sicherlich werden wir über die Finanzierungsform diskutieren, die Einrichtung an sich steht aber nicht infrage. Ich hätte mich gefreut, wenn Sie gewürdigt hätten, dass der Standort Eisenhüttenstadt in den letzten Jahren

mit bedeutenden Investitionen aus dem Innen- und Finanzministerium bedacht wurde. Das, was die Feuerwehrverbände und die Kommunen von uns auf Landesebene erwartet haben, ist umgesetzt worden. Der Standort Eisenhüttenstadt ist, was die Modernität oder die Unterbringungsmöglichkeiten betrifft, in den letzten Jahren deutlich vorangekommen.

Ich teile übrigens die hier geäußerte Auffassung, dass zwischen dem Antrag zur Funktionalreform und dem Antrag zur Sicherung der LSTE ein gewisses Spannungsverhältnis besteht. Vielleicht wäre es einmal an der Zeit, dass die PDS-Fraktion eine Überprüfung ihrer Ziele vornimmt. Will sie das eine oder das andere? - Beides gleichzeitig zu wollen und uns das glaubhaft zu machen geht nicht. - Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei CDU und SPD)

Präsident Fritsch:

Vielen Dank, Herr Petke. - Die Auffassung der Landesregierung zu diesem Thema bringt uns der Innenminister nahe.

Minister des Innern Schönbohm:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Kollege Scharfenberg, es gibt eine befruchtende Unruhe und eine verunsichernde Unruhe. Sie wollen mit dem, was Sie hier vorgetragen haben, eine verunsichernde Unruhe in die Feuerwehr hineintragen, indem Sie glauben machen, wir wollten die Landesschule abschaffen. Das ist völlig falsch. Ich habe die schwierige Finanzlage des Landes erläutert; sie ist Ihnen auch in den Haushaltsverhandlungen deutlich geworden. Der Kabinettsbeschluss vom 1. Februar dieses Jahres betrifft auch die Landesschule und Technische Einrichtung für Brand- und Katastrophenschutz - LSTE. Er enthält unter anderem den Auftrag, bis Ende des Jahres 2005 ein Konzept zur Schließung der LSTE oder die Übertragung der Aufgabenwahrnehmung auf die kommunale Ebene als für diese Aufgabe originär zuständigen Träger vorzulegen bzw. alternative Möglichkeiten zur Finanzierung aus Mitteln des kommunalen Finanzausgleichs vorzusehen.

Wir werden dies prüfen und das Ergebnis der Prüfung vorlegen. Wir werden das im Kabinett besprechen und dann zu einer Entscheidung kommen. Für Alarmismus besteht also überhaupt kein Anlass. Sie sollten die LSTE doch kennen. Ich nehme an, dass Sie bereits bei verschiedenen Gelegenheiten dort gewesen sind. Wenn das zutrifft, werden Sie festgestellt haben, dass wir dort schon sehr viel getan haben. Wir haben zum Beispiel ein neues Bettenhaus gebaut. Zurzeit wird eine Möglichkeit zur Ausbildung im Bereich von Atemschutzübungen geschaffen. Es tut sich dort also eine ganze Menge. Wenn es dann heißt, wir bauten auf, um abzubauen, kann ich darauf nur entgegnen, dass das früher vielleicht einmal so gewesen sein mag.

(Zuruf von der PDS)

Richtig ist, dass wir aufbauen, um die Arbeit dort kontinuierlich fortzusetzen. Von daher ist der vorliegende Antrag wirklich überflüssig.

Wir haben auch noch einmal den Ausbildungsstand bei den

Feuerwehren analysiert. Insofern gibt es übrigens auch in Zukunft noch eine Menge zu tun. Dieser Verantwortung werden wir nachkommen, weil die freiwilligen Feuerwehren bzw. die Männer und Frauen der freiwilligen Feuerwehren ihre Aufgaben wirklich nur dann wahrnehmen können.

Wir haben festgestellt, dass wir insbesondere im Bereich der Führungs- und Spezialausbildung weitere Aufgaben wahrnehmen müssen. Dies hängt damit zusammen, dass wir die Führungs- und Spezialausbildung der Feuerwehren in den Jahren 1998 und 2000 neu geordnet haben, um in diesem Bereich bessere Voraussetzungen zu schaffen. Der Landesschule kommt auf diesem Gebiet eine zentrale Bedeutung zu. Deshalb ist es zwingend notwendig, die bauliche Ausstattung weiterhin zu verbessern. Dieses Ziel verfolgen das Innen- und Finanzressort gemeinsam seit 2001 mit dem Ausbau der LSTE in Eisenhüttenstadt. Einen ersten Meilenstein erreichten wir insoweit im Juni des letzten Jahres mit der Fertigstellung des Bettenhauses, das den Lehrgangsteilnehmern während ihrer Ausbildung als Unterkunft dient. Bereits im Herbst 2004 folgte der erste Spatenstich für den jetzt aktuellen zweiten Bauabschnitt, Errichtung des Atemschutzzentrums sowie von Werkstätten und Garagen. Wir tun also eine ganze Menge.

Eine weitere Frage ist, woher die dafür benötigten nicht unerheblichen Haushaltsmittel kommen. Dass diese Mittel hier gut angelegt sind, ist zwischen uns unstrittig. Die Sicherung einer zeitgemäßen zentralen Führungs- und Spezialausbildung der Feuerwehren und Katastrophenschutzeinheiten dient vor allem den Ämtern sowie den Gemeinden, Kreisen und kreisfreien Städten des Landes Brandenburg. Von daher ist auch darüber diskutiert worden, wie diese daran beteiligt werden können.

Neben den von Mitgliedern der Berufs- und Werksfeuerwehren erbrachten Leistungen, für die ich mich an dieser Stelle ausdrücklich bedanken möchte, ist die Bereitschaft vieler Bürgerinnen und Bürger, sich selbst ehrenamtlich einzubringen, nur dann zu vertreten, wenn wir sie entsprechend ausstatten und ausbilden, und das werden wir tun. Dieses ehrenamtliche Engagement findet die Anerkennung und Unterstützung der Landesregierung. Ich möchte die heutige Gelegenheit nutzen, mich bei den Kameradinnen und Kameraden der freiwilligen Feuerwehren für den Dienst, den sie zum Wohle der Mitbürgerinnen und Mitbürger erbringen, zu bedanken.

Wir werden Ihnen die Ergebnisse der Prüfung vorlegen. Dann können Sie über diese Ergebnisse beraten, aber nicht über Aufträge, und dies ergebnisorientiert und so, dass sich daraus eine tätige Unruhe ergibt. Das ist mein Wunsch. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei CDU und SPD)

Präsident Fritsch:

Herr Abgeordneter Scharfenberg, Sie haben noch einmal das Wort, und zwar für gut zwei Minuten.

Dr. Scharfenberg (PDS):

Ich kann es kurz machen. - Herr Minister, ich bin jetzt etwas überrascht. Ich habe gedacht, dass Sie sich für die Unterstützung durch unseren Antrag bedanken würden; denn das war genau unsere Zielrichtung. Sie sollten unseren Antrag also in diesem Sinne verstehen.

Was die Frage angeht, ob der Antrag entbehrlich oder überflüssig ist, wie von mehreren Vorrednern hier behauptet wurde, möchte ich sagen, dass wir das noch sehen werden, wenn das Prüfergebnis vorliegt. Ich sage Ihnen jetzt schon voraus, dass sich der Antrag nicht als entbehrlich oder überflüssig erweisen wird; denn wir werden dann darüber diskutieren können. Wir sind der Auffassung, dass jetzt schon Zeichen gesetzt werden müssen.

Damit komme ich zu Bemerkungen meiner Vorredner dahingehend, dass wir mit unserem Antrag Unruhe schüfen. Dazu ist zu sagen, dass Unruhe geschaffen worden ist durch den Prüfauftrag, durch das Infragestellen der Einrichtung.

(Schippel [SPD]: Ich denke, Sie wollen eine Funktionalreform!)

Ich habe zitiert, wie der Prüfauftrag lautet.

(Beifall bei der PDS - Zurufe von der SPD)

- Ihr Brief interessiert nicht; die Landesregierung hat hier eine Vorgabe gemacht.

Im Übrigen schaffen wir mit unserem Antrag keine verunsichernde Unruhe, Herr Minister, sondern, um in Ihrer Diktion zu bleiben, eine tätige Unruhe. Wir wollen in dieser Frage Sicherheit schaffen.

Mein letztes Stichwort lautet Funktionalreform. Herr Schippel, machen Sie sich doch nichts vor, das ist ein Teil der Haushaltskonsolidierung.

(Schippel [SPD]: Wozu sonst soll eine Funktionalreform gemacht werden?!)

Das Land will sich entlasten. Von woher soll das Geld denn genommen werden? - Von den Kommunen. Genau das ist der Punkt: Die Kommunen tragen schon jetzt die Hauptlasten für den Brandschutz. Insofern stimmt das, was Sie, Herr Minister, und andere hier gesagt haben, nicht, dass es darum gehe, hier besser zu verteilen. Es ist bereits zuungunsten der Kommunen verteilt worden.

(Beifall bei der PDS - Zuruf des Abgeordneten Schippel [SPD])

Präsident Fritsch:

Meine Damen und Herren, damit sind wir am Ende der Debatte zu diesem Tagesordnungspunkt und kommen zur Abstimmung.

Wir stimmen über den Antrag der PDS-Fraktion in Drucksache 4/1125 ab. Wer diesem Antrag folgt, den bitte ich um sein Handzeichen. - Gibt es Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Bei zwei Stimmenthaltungen ist der Antrag mit deutlicher Mehrheit abgelehnt worden.

Ich schließe Tagesordnungspunkt 5. Ehe ich den nächsten Tagesordnungspunkt aufrufe, begrüße ich auf der Besucherbank Frau Dagmar Hartge, und zwar, wenn ich das richtig sehe, mit ihrer Familie. Auch das ist erfreulich. Seien Sie herzlich willkommen und genießen Sie jetzt noch die Debatte zu einem Tagesordnungspunkt, bevor wir zu der Wahl kommen.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 6** auf:

Tourismuskonzeption für das Land Brandenburg

Antrag
der Fraktion der SPD
der Fraktion der CDU

Drucksache 4/1126

Die Debatte wird durch den Redebeitrag des Abgeordneten Karney für die CDU-Fraktion eröffnet.

Karney (CDU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der gestrige Parlamentarische Abend im Resort Schwielowsee war ein guter Auftakt für die heutige Debatte.

Der Tourismus gewinnt in Brandenburg - diese Nachricht war im März dieses Jahres in aller Munde - nicht nur deshalb, weil ihm nach der Koalitionsvereinbarung von SPD und CDU nun endlich die gebührende Aufmerksamkeit als wichtigster Wirtschaftsfaktor im Lande Brandenburg geschenkt wird, sondern auch deshalb, weil immer mehr Besucher unser Land als Reiseziel wählen. Dies ist die positive Bilanz des Jahres 2004. Das ist für die Tourismusbranche in Brandenburg ein gutes Signal: Das liebste Urlaubsland der Deutschen ist und bleibt Deutschland, auch wenn der Inlandsurlaub in der Reisesaison 2004 erheblich an Attraktivität eingebüßt hat, was sicherlich auch an der Wettersituation jener Saison im Vergleich zu dem Jahrsommer des Jahres 2003 lag.

Meer und Berge, Fremde und Ferne, Alltagskontraste und südliche Sonne können wir in Brandenburg zwar nicht garantieren; aber dafür gibt es in Brandenburg 4 750 km Reitwege, 400 Reiterhöfe und 2 300 km touristische Radwege, außerdem 1 600 km Wasserwege, die mit dem Motorboot befahren werden können, und weitere 6 500 km Wasserwege, die nicht mit dem Motorboot befahren werden können. Das ist eine stolze Bilanz. Im internationalen Vergleich sind das Spitzenwerte.

Die positive Entwicklung des Tourismus in Brandenburg ist keine Eintagsfliege, sondern eine stabile Tendenz. 4 000 Personen ab 14 Jahren wurden repräsentativ im gesamten Bundesgebiet nach ihren Reiseabsichten für 2005 befragt. Das Befragungsergebnis überrascht positiv: Es herrscht eine positive Grundstimmung vor. Deutlich mehr Menschen als im Vorjahr sitzen bereits auf gepackten Koffern und sind fest zur Reise entschlossen. Die Deutschen wollen wieder mehr verreisen. Die Krisenstimmung scheint überwunden zu sein. Es gibt also gute Chancen, dass wir auch in Brandenburg davon profitieren, wenn wir unsere Hausaufgaben machen und die Unentschlossenen für unser Land begeistern können. Deshalb freut es mich besonders, dass auf unsere Initiative hin, durch unseren Antrag zum Thema „Tourismuskonzeption für das Land Brandenburg“, mit der Diskussion über dieses Thema begonnen wird.

Die aktuelle Entwicklung in unserem Lande macht deutlich, dass der begonnene Weg, Brandenburg als Reiseland zu profilieren, richtig ist. Die brandenburgische Tourismuswirtschaft schaut ebenso optimistisch in die Zukunft, wie wir es tun. Mehr als 50 000 Menschen sind in diesem mittlerweile wichti-

gen Wirtschaftsbereich tätig. Weit über 90 000 Brandenburger leben bereits von dieser Branche in unserem Land.

Der Tourismus ist als arbeitsplatzintensive Branche gerade in strukturschwachen Regionen ein stabilisierender Faktor für den Arbeitsmarkt. Die brandenburgische Tourismuswirtschaft weist schon jetzt ein Umsatzvolumen von jährlich 2,6 Milliarden Euro auf.

Den Kern des Tourismusbereiches bilden in Brandenburg die Hotellerie und das Gastgewerbe mit ca. 5 000 meist kleinen Betrieben. Darüber hinaus sind weitere Dienstleistungsbereiche wie die Kulturbranche oder in touristischen Schwerpunkorten auch das ortsansässige Handwerk Teil des Tourismussektors.

Die höchste Steigerungsrate bei den Gästeankünften erreichten im Jahr 2004 die Prignitz und der Spreewald. Das Reisegebiet Fläming erzielte die höchste Anzahl an Übernachtungen. - Das sind gute Nachrichten.

Angesichts dieser guten Nachrichten könnte man meinen, dass wir zufrieden sein könnten. Der Tourismus ist aber kein Selbstläufer. Die in dieser Branche liegenden Potenziale müssen noch besser genutzt werden. Bei der Neuansiedlung im Rahmen der Wirtschaftsförderung wird der Tourismus deshalb auch als Schwerpunkbranche berücksichtigt. Unsere Chancen im Fahrrad-, Reit-, Camping-, Wasser-, Kultur-, Gesundheits- und Familientourismus sind enorm.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn Sie einmal mit dem Blick eines Touristen durch unser Land fahren, dann werden Sie bereits einige Probleme, aber auch die Potenziale erkennen, die wir noch erschließen müssen. Ich möchte Ihnen einige Stichworte nennen: zum Teil schlechte touristische Infrastruktur, oftmals zu wenig Kooperation zwischen den vielen Reisegebieten, die überregional auch noch zu wenig bekannt sind, ungenügende Beschilderungen und Hinweise für Reisende, wenig differenzierte Angebote und ungenügende Vernetzung der regionalen und landesweiten Organisationsstrukturen mit den Angeboten.

Allein in der Landesregierung wollen zumindest fünf Ressorts - MW, MWFK, MIR, MLUV und MASGF - die Tourismuspolitik mitbestimmen. Dadurch versanden oft gute Ideen im Getriebe der Ressortstreitigkeiten. Ich kann verstehen, dass sich vor allem im touristischen Bereich ein Spannungsfeld der fachlichen und regionalen Interessen ergibt. Jedoch darf das nicht dazu führen, die Chancen und Touristen an unserem Land vorbeiziehen zu lassen. Sie sehen, es muss noch vieles angepackt werden.

In ihrem Antrag fordern die Koalitionsfraktionen die Landesregierung auf, bis zum Jahresende die bisherige Landestourismuskonzeption fortzuschreiben und aufzuzeigen, wo wir stehen, wo wir hinwollen, welche Möglichkeiten wir ausschöpfen müssen, was wir im Einzelnen tun können, wen wir einbeziehen müssen, mit wem wir zusammenarbeiten sollten und welche Qualität von uns anzustreben ist.

Gütesiegel haben zwar eine gewisse Aussagekraft, jedoch ist für mich entscheidend, dass ein Gast nach seinem Aufenthalt in unserem Land wiederkommen möchte, weil ihn die brandenburgische Gastfreundschaft, die attraktiven Angebote sowie die wunderbare Landschaft überzeugten.

Es ist unstrittig, dass sich bereits viel Gutes entwickelte. An dieser Stelle danke ich allen Akteuren für ihr Engagement. Meine Redezeit reichte nicht aus, um alle einzeln zu benennen. Deshalb hebe ich die Tourismus-Marketing Brandenburg GmbH und den Landestourismusverband Brandenburg stellvertretend hervor. Die Gründung der TMB war ein richtiger und wichtiger Schritt. Die Professionalität des Marketings unseres Landes wurde erheblich verbessert und die Auswirkungen auf die Beschäftigung in Brandenburg sind unübersehbar. Vielen Dank dafür.

Solange ein Hotelgast in einem bekannten Potsdamer Hotel auf seine Frage, wo sich im nahe gelegenen Berliner Wannsee die bekannte Liebermannvilla befinde und wie er mit öffentlichen Verkehrsmitteln dorthin gelange, nur ein Schulterzucken als Antwort bekommt, haben wir in Brandenburg noch nicht genug getan.

Ich sehe mich diesbezüglich im Einklang mit denen, die im Tourismusbereich tätig sind. Wir müssen das Erreichte weiterentwickeln und den Tourismus in unserem schönen Land Brandenburg für mehr Beschäftigung stärken. Wir sehen uns für das, was die Politik dafür tun kann, in der Verantwortung und haben noch spannende Diskussionen vor uns. Ich bitte Sie, unserem Antrag zuzustimmen. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei CDU und SPD)

Präsident Fritsch:

Für die PDS-Fraktion hat der Abgeordnete Domres das Wort. Bitte schön.

Domres (PDS):

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Diese Koalition ist immer wieder für Überraschungen gut. Der Antrag hat möglicherweise deshalb das Licht der Welt erblickt, weil der LTV, die TMB und der Hotel- und Gaststättenverband gestern zu einem Parlamentarischen Abend einluden und die Koalition nicht mit leeren Händen kommen wollte. Das ist nachvollziehbar und völlig in Ordnung.

Mit dem vorgelegten Antrag fordert sie die Landesregierung auf, bis zum 31.12.2005 eine Fortschreibung der Landestourismuskonzeption vorzulegen. Mit diesem Antrag wird eine Standortanalyse gefordert. Des Weiteren soll die Konzeption unter anderem Aussagen zur künftigen Profilierung und Positionierung der touristischen Leistungsprofile enthalten, Wege zur Vernetzung und Zusammenarbeit regionaler und landesweiter Organisationsstrukturen aufzeigen, neue Vermarktungsstrategien verdeutlichen, einen Beitrag zur Qualitätsverbesserung leisten und länderübergreifende Zusammenarbeit fördern.

Meine Damen und Herren von der Koalition, es wird Sie nicht verwundern, dass wir diesen Antrag nicht ablehnen werden. Im Gegenteil. Einige Anregungen in Ihrem Antrag gab die PDS-Fraktion in der Debatte zur Tourismuskonzeption in der letzten Wahlperiode. Bereits damals führte ich aus, dass eine Überarbeitung und Fortschreibung nur eine Frage der Zeit ist. Die Arbeit mit und an einer solchen Konzeption muss ein dynamischer Prozess sein.

In der damaligen Debatte forderte ich für die PDS-Fraktion, die Vereine und Verbände in die Erarbeitung solcher Papiere frühzeitig und intensiv einzubeziehen. Bei der aktuellen Tourismuskonzeption wurde das nicht bedacht und die Einbeziehung erfolgte zu spät und zu halbherzig. Das muss anders werden.

Wir sind über die Einbringung des Antrags zum jetzigen Zeitpunkt überrascht, weil die Landesregierung - speziell das Wirtschaftsministerium - die Neuausrichtung der Wirtschaftsförderung plant und die neue Förderstruktur für den Tourismus bereits in der Schublade hat. Wie ist dieser Vorschlag entstanden, wenn die Tourismuskonzeption doch erst zum 31.12.2005 überarbeitet sein soll? Ich hoffe, dass dieser Antrag nicht nur ein Alibi-Antrag ist; denn das hätte die Tourismuswirtschaft - ein Wachstumsträger der ostdeutschen und somit auch der Brandenburger Wirtschaft - nicht verdient.

Der vorgelegte Antrag lässt sehr viel Raum für Interpretationen. Jedoch verdeutlicht er auch, dass noch sehr viel Klärungsbedarf besteht. Ich erinnere nur an die wieder geführte Diskussion über die Strukturen im Tourismusmarketing und an den Vorschlag des Präsidenten der IHK Cottbus, Herrn Fey, der erst vor wenigen Wochen eine Neugliederung in zwei Teilbereiche - externes und internes Marketing - vorschlug.

Das Anliegen, durch eine klare Kompetenz- und Aufgabenverteilung ein effizienteres Tourismusmarketing zu erreichen, ist nicht von der Hand zu weisen; jedoch die TMB infrage zu stellen wäre nicht der richtige Weg. Das Reiseland Brandenburg muss überregional an positiver Außendarstellung gewinnen. Jüngsten Umfragen zufolge kennen nach 15 Jahren Einheit noch immer 58 % der westdeutschen Bevölkerung die Reize Ostdeutschlands nicht. Damit ist klar, wo die künftigen Schwerpunkte im Marketing liegen müssen.

Zur Fortschreibung der Landestourismuskonzeption bedarf es nicht nur - wie gefordert - einer Standortanalyse. Wünschenswert wäre auch eine Analyse zur Beschäftigungsstruktur und zur Struktur der Unternehmen mit einer politischen Bewertung.

Aus Sicht der PDS-Fraktion muss eine kritische Bilanz zur Arbeit mit der aktuellen Tourismuskonzeption gezogen werden. Die Fragen „Was hat sich bewährt?“ und „Was muss dringend verbessert werden?“ müssen beantwortet werden. Das sollte die Landesregierung als Arbeitsaufgabe aus dieser Diskussion mitnehmen.

Nun noch einige Anmerkungen zum ÖPNV und SPNV. Hinsichtlich der weiteren Entwicklung des Tourismus in der Fläche und im ländlichen Raum darf eine Konzentration auf die Hauptverkehrsstrecken von und nach Berlin nicht noch mehr zulasten der Mobilitätsbedürfnisse der Menschen in den ländlichen Regionen gehen. In diesem Zusammenhang wirken sich beschlossene Tarifierhöhungen - sie veranlassen, dass vermehrt Fahrgäste wieder auf den Pkw umsteigen - zum 1. August 2005 im Verkehrsverbund Berlin-Brandenburg auch auf die touristische Entwicklung negativ aus.

Leider muss wiederholt kritisiert werden, dass die Verknüpfung von SPNV und Fahrradtourismus noch immer nicht den Bedürfnissen der Nutzer entspricht. Die mangelnde Beschilderung und ein unzureichendes Leitsystem für Touristen werden

immer wieder kritisiert. In dem Zusammenhang kann die Landesregierung einen Beitrag zur Entbürokratisierung leisten; denn vor allem von Hotel- und Gaststättenbetrieben werden die bürokratischen Hürden beim Aufstellen von Hinweisschildern als unüberwindbare Hindernisse dargestellt.

Die Qualitätsoffensive ist in Brandenburg richtig und weiterzuführen. Die Arbeit der Tourismusakademie muss weiter gefördert und die Nachfrage ihrer Angebote durch gezielte Förderung muss gesteigert werden. In diesem Zusammenhang ist die touristische Infrastruktur zu erwähnen. In den letzten Jahren hat sich viel verbessert. In Zusammenarbeit mit den Kommunen und Verbänden wurden Wasser- und Reitwege ausgewiesen, ausgebaut und instand gesetzt. Jedoch gibt es drei Schwerpunkte:

Zum Ersten müssen die Lücken im Netz geschlossen werden, um buchbare Produkte anbieten zu können. Hier muss die Landesförderung zuerst ansetzen.

Präsident Fritsch:

Zum Zweiten ist Ihre Redezeit abgelaufen.

Domres (PDS):

- Noch ein, zwei Sätze bitte.

Zum Zweiten müssen die notwendigen technischen Anlagen - Rastplätze, Anlegestellen, Schleusen etc. - in Ordnung gebracht werden. Zum Dritten müssen die regionale und überregionale Vernetzung der Infrastruktur, aber auch die Vernetzung verschiedener Themen - unter anderem Kultur und Städtetourismus sowie Rad- und Wassertourismus - verbessert werden.

(Heiterkeit bei der CDU)

MAE im Servicebereich verhält sich zum Tourismus kontraproduktiv. Es muss darum gehen, qualitativ hochwertige und versicherungspflichtige Arbeitsplätze zu schaffen. Hier bestünde ein Ansatzpunkt für öffentlich geförderte Beschäftigung. Ich gehe davon aus, dass wir im Wirtschaftsausschuss über den Stand der Überarbeitung der Tourismuskonzeption zeitnah informiert und einbezogen werden. - Danke sehr.

(Beifall bei der PDS)

Präsident Fritsch:

Vielen Dank. Für die SPD-Fraktion hat die Abgeordnete Hackenschmidt das Wort. Bitte schön.

Frau Hackenschmidt (SPD):

Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Tourismus ist ein Thema, bei dem viele etwas tun, noch mehr mitreden - und dies in unterschiedlicher Qualität und Quantität. Auf irgendeine Weise sind wir alle Gastgeber. Ich danke Herrn Karney für die statistischen Daten, mit dem die Potenziale der brandenburgischen Tourismuswirtschaft verdeutlicht wurden.

Der Tourismus liegt mir seit Jahren am Herzen; denn es gibt viele engagierte Bürgerinnen und Bürger, aber auch sehr unterschiedlich arbeitende Strukturen.

Es wurden 13 Reisegebiete geschaffen, um das Land Brandenburg touristisch zu erschließen und die vorhandenen Potenziale zu vermarkten. Erfreulich ist, dass die Diskussion um die Abschaffung der Reisegebiete beendet ist. Eine Abschaffung wäre kontraproduktiv, auch wenn die Arbeitsweise einiger Reisegebiete nicht optimal ist.

Gemeinsames Tun mit aller Kraft für das ganze Land unter der Dachmarke „Mark Brandenburg“ muss im Mittelpunkt stehen. Ein Gast fragt nicht nach einem Reisegebiet, sondern sucht attraktive Produkte nach seinen Vorstellungen unter bestimmten Profilen, beispielsweise Rad-, Wasser-, Camping-, Kultur-, Gesundheits- und Wellness-tourismus.

Wo liegen nun unsere Chancen zur Steigerung der Zahl der Übernachtungen bzw. der durchschnittlichen Verweildauer der Touristen? - An erster Stelle steht die Verbesserung der Qualität und des Service; das heißt, die Kundenzufriedenheit. Denn nur zufriedene Kunden kommen wieder und erzählen es auch weiter. Dabei will ich nicht verheimlichen, dass sich das Schlechte schneller herumspricht. Das ist richtig, man sollte es nicht aus dem Blick verlieren.

An zweiter Stelle steht die gemeinsame Entwicklung attraktiver Produkte aus und über Reisegebiets-, Kreis- und Ländergrenzen hinweg. Denken Sie nur an die IBA, den Radtourismus und das Projekt der Lausitzer Seenlandschaft. Die Entwicklung der Projekte sollen künftig Produkt- und Themenmanager überregional steuern.

Als Drittes müssen die vorhandenen Potenziale - Herr Karney machte es deutlich - an Zahlen und Fakten sowie beispielsweise auch die Natur, das Wasser, Kultureinrichtungen, Denkmale und Städte mit historischem Stadtkern genutzt werden.

Der Tourismus in Brandenburg steht vor der Herausforderung, sich als eine bedeutende und wachstumsträchtige Wirtschaftsbranche zu profilieren und sich dank der neuen Förderrichtlinie sowie unterstützt durch das Wirtschaftsministerium in verstärktem Maße im internationalen Wettbewerb zu behaupten.

Der vorliegende Antrag der Koalition zur Fortschreibung der Tourismuskonzeption hat die grundsätzlichen Aufgabenschwerpunkte für die Tourismuspolitik der Landesregierung und der Tourismusorganisationen in Brandenburg formuliert. Das Landestourismuskonzept muss als eine längerfristige Dachstrategie angelegt werden, um spezifische Maßnahmen und Handlungsansätze zu erarbeiten. Es umfasst Handlungsstrategien zur Steigerung des Stellenwertes des Tourismus in Politik und Gesellschaft ebenso wie die Verbesserung der Rahmenbedingungen Steigerung der Qualität, Optimierung und Einsatz der Förderinstrumente sowie zielgerichtete Maßnahmen im Innen- und Außenmarketing.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

In der nicht nur für Brandenburg typischen angespannten konjunkturellen Lage ist uns allen bewusst, dass es momentan zwei Wachstumsmotoren gibt, die wir durch statistische Zahlen belegen können und die auch in unserem Bundesland mit Pluszahlen verbunden sind. Das sind der Städtetourismus und der Campingtourismus.

Unser Ziel ist die Schaffung eines klaren touristischen Konzep-

tes für das gesamte Land, einer zentralen Produktstruktur unter der Dachmarke „Mark Brandenburg“ mit der Integration eigenständiger Marken wie „Spreewald“ und „Potsdam“ sowie die Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen im Tourismusbereich Brandenburgs. Ein vordringliches Ziel aller tourismuspolitischen Entscheidungen im Land Brandenburg und ihrer Konzeption ist die Optimierung der Vermarktungswege zwischen Leistungsträgern und Kunden. Das erfordert mehr Service und die Entwicklung von Produkten für verschiedene Zielgruppen in Paketen.

Im Vordergrund muss die Qualität stehen, deshalb auch die „Aktion Qualitätssiegel“. Das ist keine Zukunftsmusik, denn wir haben Potenziale. Man sieht es am Hotel „Zur Bleiche“ oder beim Fläming-Skate. So gibt es zahlreiche Aktionen und Veranstaltungen. Selbst im Fernsehsender Bayern 3 ist Brandenburg als Land eine Reise wert.

Wir haben also Chancen, die wir zum Teil selbst totreden oder nicht nutzen. Diese müssen wir jedoch offensiv vermarkten. Dazu will ich Ihnen ein Beispiel nennen. Eine Reisegruppe aus Bremen war in Cottbus, in einem renommierten Hotel. Als der Busfahrer fragte, wohin er fahren könne, sprach ein Gast von der Abraumförderbrücke F60. Das Personal an der Rezeption sagte, dass diese am Vortag gesprengt worden sei. - Wir müssen also das Vorhandene gemeinsam umsetzen.

(Zuruf des Abgeordneten Schippel [SPD])

Dabei denke ich beispielsweise beim Wellness-Tourismus an die Kurbäder. Wir haben Themenbereiche und haben dazu nun Produktlinien zu entwickeln - Fahrrad-, Reit-, Camping-, Skating-, Wander-, Wasser- und Städtetourismus.

Zusätzlich haben wir auch unserer Jugend eine neue Perspektive eröffnet. Mit dem Berufsbild Kauffrau bzw. Kaufmann für Tourismus und Freizeit wurde ein neues Ausbildungsangebot geschaffen. Wir geben damit den touristischen Leistungsträgern die Möglichkeit, eigene Fachkräfte für die wachstumsorientierte Branche Tourismus bedarfsgerecht zu qualifizieren. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der CDU)

Präsident Fritsch:

Die Abgeordnete Hesselbarth spricht für die DVU-Fraktion.

Frau Hesselbarth (DVU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ja, es ist richtig, Brandenburg hat großen Nachholbedarf bei der Tourismusförderung. Deshalb begrüßt die DVU-Fraktion auch den vorliegenden Antrag der Koalitionsfraktionen zur Fortschreibung der Landestourismuskonzeption bis zum 31. Dezember dieses Jahres. Wir hoffen nur, dass auch angesichts leerer Haushaltskassen und geänderter Förderpolitik die für diese wichtige Branche benötigten Gelder da sein werden, und zwar auch außerhalb des Speckgürtels von Berlin. - Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der DVU)

Präsident Fritsch:

Der Wirtschaftsminister spricht für die Landesregierung.

Minister für Wirtschaft Junhanns:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordnete! Sehr geehrte Gäste! Ich begrüße die Initiative der Koalitionsfraktionen, mit diesem Antrag der Tourismusbranche auch einen politischen Schub zu geben, sehr, denn das ist zeitgemäß. Die Behandlung dieses Themas fand letztmalig wohl im Jahr 2001 statt. In den vergangenen Jahren hat sich so viel geändert, dass wir sagen können: Es gibt mehr Akteure, mehr Klarheit über die Potenziale und damit auch einen triftigen Grund, das Miteinander neu abzustimmen.

Wir haben uns das in der Koalitionsvereinbarung vorgenommen und in der Regierungserklärung wurde es noch einmal hervorgehoben. Ich möchte auch hier mit aller Klarheit erklären, dass der Tourismus im Land Brandenburg, in der deutschen Hauptstadtregion zu den Schwerpunktbranchen unserer wirtschaftlichen Entwicklung gehört. Diese Einschätzung trägt sich durch das Engagement vieler Akteure der Tourismuswirtschaft und hat uns in den Diskussionen der letzten Wochen und Monate bestärkt, zuversichtlich in die Zukunft zu schauen.

Sie haben bereits an verschiedenen Stellen gesagt, worauf es ankommt. Ich kann das im Grunde genommen nur bestätigen. Es wird aber bei der Behandlung, Erarbeitung und Beratung dieser Konzeption wesentlich darauf ankommen, uns auf die wichtigsten Eckpunkte zu einigen und es nicht zuzulassen, dass im Unterholz von Partikular- bzw. Regionalinteressen der gesamte Ansatz der Tourismusmarke „Land Brandenburg“ zerredet wird.

Wir haben gegenwärtig die Situation, dass 8,5 Millionen gewerbliche Übernachtungen zu Buche stehen, 2,5 Milliarden Euro touristisch induzierter Bruttoumsatz realisiert werden und 50 000 Beschäftigungsverhältnisse vorhanden sind. Das ist nur der statistische Teil.

Viel wichtiger ist, dass wir im Land Brandenburg erleben können, wie sich die gefühlte touristische Atmosphäre nachhaltig verbessert. Es trifft auch schon das Stolzgefühl vieler Brandenburger als Gastgeber, wenn sie merken, dass der Oder-Neiße-Radweg in der Beliebtheitsskala des ADFC deutschlandweit auf Platz vier rangiert - er ist insbesondere hinsichtlich der Naturgegebenheiten eine Empfehlung -, wenn festgestellt wird, dass unter 1 176 Wellnesshotels die „Bleiche“ das Beste ist und danach das Bad Saarower Spa-Hotel folgt. Es ist auch ein gutes Gefühl, dass sich am Fläming-Skate die Gastronomen gegenwärtig über Umsätze freuen, von denen sie vor fünf Jahren nicht zu träumen wagten.

Gestern Abend, als wir im Resort Schwielowsee sein konnten, hatten wir ein gutes Gefühl, weil sich dafür die großen Reiseanbieter, insbesondere TUI, nicht nur maßgeblich interessieren, sondern sich dort auch engagieren und so zum wirtschaftlichen Erfolg beitragen.

Diese Eindrücke sind außerordentlich wichtig, weil damit auch Zuversicht gestärkt wird. Gleichwohl sind wir aber nicht am Ziel unserer Wünsche. Ich möchte mit Blick darauf, was gegenwärtig strittig diskutiert wird, noch einmal klarstellen, dass man eine oberflächliche Strukturdiskussion beenden kann. Der zentrale Punkt lautet: Wenn wir im harten Wettbewerb um Touristen für unser Land überregionale Märkte erobern wollen, kommt es darauf an, in unseren Angebotsstruk-

turen auf Biegen und Brechen an die Nachfragestrukturen anzudocken.

Die großen Reiseanbieter sagen, was sie wollen und welche Trends transportiert werden können, und diktieren - das muss ausgesprochen werden - ganz einfach die Erwartungen an die Qualität. Wenn wir nicht bereit sind, uns in diese Strukturen einzufügen, werden wir nicht gelistet.

Aus diesem Grund ist natürlich eine Diskussion um Strukturen nicht vordergründig wichtig, aber auch nur mit dem Selbstverständnis zu beenden, dass eine Produktstruktur, wie sie von allen Parteien hier in den Mittelpunkt gestellt worden ist und wie ich sie konsequent verfolge, nicht an den Grenzen eines Reisegebietes Halt machen kann. Vielmehr werden sich die Produktstrukturen über affine wasser- oder radtouristische Gebiete erstrecken. Hierbei geht es darum, gemeinsam Verantwortung für die touristische Infrastruktur zu tragen. Das heißt, es geht nicht an, dass das Reisegebiet Oder-Spree seine Radwege pflegt und dies im Spreewald nicht geschieht; dann bricht im Grunde genommen ein solches Produkt auf.

(Widerspruch bei der SPD)

- Der „Gurkenradweg“ steht in der Kritik, er muss besser gepflegt werden. Solche Kalamitäten dürfen wir zukünftig nicht zulassen.

Wenn wir die Diskussion um Reisegebietsstrukturen mit diesem Verständnis beenden, haben wir uns richtig verstanden. Wir brauchen eine ganz klare Arbeitsteilung. Die Tourismus-Marketing Brandenburg GmbH ist dafür verantwortlich, dass unsere Produkte an die nationalen und internationalen Märkte angedockt werden, aber die Akteure des Tourismus - der Landestourismusverband und damit auch die Landkreise - sind für das Kreieren, für die Organisation und die Pflege dieser Produkte verantwortlich. Mit dieser Arbeitsteilung kommen wir dann gut voran.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich bin zuversichtlich, weil ich die touristischen Potenziale unseres Landes schätzen, ja lieben gelernt habe. Deshalb lade ich Sie zu einer gemeinsamen, konstruktiven und auch kritischen Auseinandersetzung um den besten Weg für das Tourismusland Brandenburg ein. „Marke Brandenburg“ ist schon etwas, das Klang hat; dem müssen wir nur noch mehr Lautstärke verleihen. - Danke schön.

(Beifall bei CDU und SPD)

Präsident Fritsch:

Vielen Dank, Herr Minister. - Wir steigen jetzt nicht in die Diskussion um die Befindlichkeit von Gurken und ihren Radwegen ein, sondern kommen zur Abstimmung über diesen Antrag, hoffentlich mit gutem Erfolg.

Wer der Drucksache 4/1126, dem Antrag der SPD- und der CDU-Fraktion „Tourismuskonzeption für das Land Brandenburg“ seine Stimme gibt, den bitte ich um sein Handzeichen. - So wünsche ich mir einen Sitzungsabschluss. Gibt es Gegenstimmen? - Gibt es Enthaltungen? - Einstimmig angenommen. Herzlichen Dank.

(Vereinzelt Beifall bei SPD, CDU und PDS)

Meine Damen und Herren, ich schließe Tagesordnungspunkt 6 und rufe **Tagesordnungspunkt 7** auf:

Wahl der Landesbeauftragten für den Datenschutz und für das Recht auf Akteneinsicht

Beschlussempfehlung und Bericht
des Ausschusses für Inneres

Drucksache 4/1097

Damit auch völlig klar ist, was die genannte Beschlussempfehlung beinhaltet, darf ich sie noch einmal verlesen:

„Der Ausschuss für Inneres unterbreitet dem Landtag den Vorschlag, Frau Dagmar Hartge als Landesbeauftragte für den Datenschutz und für das Recht auf Akteneinsicht zu wählen.“

Dies, liebe Kolleginnen und Kollegen, wollen wir jetzt tun. Wer dieser Beschlussempfehlung des Innenausschusses seine Zustimmung gibt, den bitte ich um sein Handzeichen. - Gibt es Gegenstimmen? - Gibt es Enthaltungen? - Ein doppelt schöner Tagesabschluss; auch das war einstimmig.

(Allgemeiner Beifall)

Frau Hartge, ich darf Sie zu mir nach vorn bitten.

(Der Präsident sowie die Vorsitzenden der Fraktionen beglückwünschen die Gewählte. - Allgemeiner Beifall)

Wir werden die Berufung und Inauguration der neuen Beauftragten in einer der nächsten Präsidiumssitzungen vornehmen und dort auch noch einmal dem scheidenden Datenschutzbeauftragten danken. Ich tue das auch heute von hier aus.

(Allgemeiner Beifall)

Ich stelle für die Korrektheit des Protokolls fest, dass mehr als die Hälfte der gesetzlichen Zahl der Mitglieder dieses hohen Hauses anwesend war. Damit ist die erforderliche Anzahl der Stimmen gegeben gewesen.

Für die weitere Gestaltung Ihres Abends bin ich gebeten worden, darauf hinzuweisen, dass im Flur der CDU-Fraktion eine Vernissage zu „Terra Australis“ stattfindet, die Sie jetzt noch als kulturelle Abrundung des Tages genießen können.

Ich freue mich auf die 15. Sitzung, die morgen um 9 Uhr beginnt. Die Sitzung ist geschlossen.

Ende der Sitzung: 16.56 Uhr

Anlagen**Gefasste Beschlüsse****TOP 6:****Tourismuskonzeption für das Land Brandenburg**

Der Landtag Brandenburg hat in seiner 14. Sitzung am 19. Mai 2005 folgenden Beschluss gefasst:

„Die Landesregierung wird aufgefordert, bis zum 31. Dezember 2005 dem Landtag eine Fortschreibung der Landestourismuskonzeption vorzulegen, mit der die in der Tourismusbranche vorhandenen Potenziale stärker für das Wirtschaftswachstum und für mehr Beschäftigung im Land Brandenburg erschlossen werden können.

Diese Konzeption soll insbesondere enthalten:

- eine Standortanalyse des Landes Brandenburg für die Tourismusbranche,
- Profilierung und Positionierung der landesweiten touristischen Leistungsprofile im nationalen Wettbewerb,
- Wege der Zusammenarbeit und Vernetzung der regionalen und landesweiten Organisationsstrukturen,
- Vermarktungsstrategien und Darstellung von Maßnahmen für ein gemeinsames Produkt-Image Brandenburgs einschließlich Dachmarke,
- hierzu Pflege, Ausbau und Verbesserung der vorhandenen touristischen Infrastruktur,
- Fortsetzung und Ausbau der Maßnahmen zur Qualitätsverbesserung,
- Möglichkeiten der länderübergreifenden Zusammenarbeit.“

TOP 7:**Wahl der Landesbeauftragten für den Datenschutz und für das Recht auf Akteneinsicht**

Der Landtag Brandenburg hat in seiner 14. Sitzung am 19. Mai 2005 Frau Dagmar Hartge zur Landesbeauftragten für den Datenschutz und für das Recht auf Akteneinsicht gewählt.

Ergebnisse der namentlichen Abstimmungen zu Tagesordnungspunkt 2 - Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplanes des Landes Brandenburg für die Haushaltsjahre 2005 und 2006 (Haushaltsgesetz 2005/2006 - HG 2005/2006)**Einzelplan 12**

Änderungsantrag der Fraktion der PDS, Drucksache 4/1172

Folgende Abgeordnete stimmten mit Ja:

Frau Adolph (PDS)
Prof. Dr. Bisky (PDS)

Frau Böhnisch (PDS)
Christoffers (PDS)
Domres (PDS)
Frau Dr. Enkelmann (PDS)
Gehrcke (PDS)
Görke (PDS)
Frau Große (PDS)
Heinze (PDS)
Dr. Hoffmann (PDS)
Jürgens (PDS)
Krause (PDS)
Frau Mächtig (PDS)
Frau Osten (PDS)
Dr. Scharfenberg (PDS)
Frau Steinmetzer (PDS)
Frau Tack (PDS)
Theel (PDS)
Vietze (PDS)
Frau Weber (PDS)
Frau Wehlan (PDS)
Frau Wöllert (PDS)

Folgende Abgeordnete stimmten mit Nein:

Frau Alter (SPD)
Baaske (SPD)
Birthler (SPD)
Bischoff (SPD)
Frau Blechinger (CDU)
Bochow (SPD)
Dombrowski (CDU)
Frau Fischer (SPD)
Fritsch (SPD)
Frau Funck (CDU)
Frau Geywitz (SPD)
Günther (SPD)
Frau Hackenschmidt (SPD)
Frau Hartfelder (CDU)
Helm (CDU)
Holzschuher (SPD)
Homeyer (CDU)
Junghanns (CDU)
Karney (CDU)
Klein (SPD)
Kuhnert (SPD)
Frau Lehmann (SPD)
Frau Lieske (SPD)
Lunacek (CDU)
Frau Melior (SPD)
Müller (SPD)
Dr. Niekisch (CDU)
Petke (CDU)
Platzeck (SPD)
Pohl (SPD)
Frau Richstein (CDU)
Frau Schier (CDU)
Schönbohm (CDU)
Schrey (CDU)
Frau Dr. Schröder (SPD)
Frau Schulz (CDU)
Schulze (SPD)
Senfleben (CDU)
Frau Siebke (SPD)
Frau Stark (SPD)

Szymanski (SPD)
 Frau Prof. Dr. Wanka (CDU)
 Werner (CDU)
 Dr. Woidke (SPD)
 Frau Ziegler (SPD)
 Ziel (SPD)

Folgende Abgeordnete enthielten sich der Stimme:

Claus (DVU)
 Frau Fechner (DVU)
 Frau Hesselbarth (DVU)
 Nonninger (DVU)
 Schuldt (DVU)
 Schulze (DVU)

**Gesetz zur Beseitigung des strukturellen Ungleichgewichts
 im Haushalt (Haushaltsstrukturgesetz 2005 - HStrG 2005)**

Änderungsantrag der Fraktion der PDS, Drucksache 4/1184

Folgende Abgeordnete stimmten mit Ja:

Frau Adolph (PDS)
 Prof. Dr. Bisky (PDS)
 Claus (DVU)
 Domres (PDS)
 Frau Dr. Enkelmann (PDS)
 Frau Fechner (DVU)
 Gehrcke (PDS)
 Görke (PDS)
 Frau Große (PDS)
 Heinze (PDS)
 Frau Hesselbarth (DVU)
 Dr. Hoffmann (PDS)
 Jürgens (PDS)
 Krause (PDS)
 Frau Mächtig (PDS)
 Nonninger (DVU)
 Frau Osten (PDS)
 Dr. Scharfenberg (PDS)
 Schuldt (DVU)
 Frau Steinmetzer (PDS)
 Frau Tack (PDS)
 Theel (PDS)
 Vietze (PDS)
 Frau Weber (PDS)

Frau Wehlan (PDS)
 Frau Wöllert (PDS)

Folgende Abgeordnete stimmten mit Nein:

Frau Alter (SPD)
 Baaske (SPD)
 BIRTHLER (SPD)
 Frau Blechinger (CDU)
 Dombrowski (CDU)
 Frau Fischer (SPD)
 Fritsch (SPD)
 Frau Funck (CDU)
 Frau Geywitz (SPD)
 Günther (SPD)
 Frau Hartfelder (CDU)
 Helm (CDU)
 Holzschuher (SPD)
 Homeyer (CDU)
 Junghanns (CDU)
 Karney (CDU)
 Klein (SPD)
 Kuhnert (SPD)
 Frau Lehmann (SPD)
 Frau Lieske (SPD)
 Lunacek (CDU)
 Frau Melior (SPD)
 Müller (SPD)
 Petke (CDU)
 Platzeck (SPD)
 Pohl (SPD)
 Frau Richstein (CDU)
 Frau Schier (CDU)
 Schippel (SPD)
 Schönbohm (CDU)
 Schrey (CDU)
 Frau Dr. Schröder (SPD)
 Frau Schulz (CDU)
 Schulze (SPD)
 Senfleben (CDU)
 Frau Siebke (SPD)
 Frau Stark (SPD)
 Szymanski (SPD)
 Werner (CDU)
 Dr. Woidke (SPD)
 Frau Ziegler (SPD)
 Ziel (SPD)